

Der Plan für das Reinigungsgewerbe wurde zu 134,3 Prozent, für die kaufmännischen Berufe zu 122,2 Prozent, für das graphische Gewerbe zu 176 Prozent und für die Friseure sogar zu 366 Prozent erfüllt.

Dagegen sieht die Erfüllung des Nachwuchsplans in lebenswichtigen Berufen folgendermaßen aus: chemische Industrie 49,7 Prozent, Bergbau 47,8 Prozent, Land- und Forstwirtschaft 75,1 Prozent, Metallindustrie 83,8 Prozent, andere Mangelberufe weniger als 50 Prozent. Ich frage: Ist das eine richtige Lenkung der Lehrlingsausbildung?

Ich frage die Verwaltung für Arbeit und die Regierung in Mecklenburg: Wie denken sie die großen Aufgaben der Bauten in Wismar und Rostock und die Bauten der MAS durchzuführen, wenn der Nachwuchsplan im Baugewerbe nur zu 64 Prozent erfüllt wird?

Das sind ernste Fehler, die hier vorliegen und die man korrigieren muß. Vielleicht liegt es daran, daß die Bezahlung und die Vergünstigungen für die Lehrlinge zu gleichmäßig gewährt werden. *Ist es nicht vielleicht notwendig, den Lehrlingen im Bergbau, in der Metallindustrie usw. größere Vergünstigungen zu geben*, während man in bezug auf die Ausbildung im Friseurgewerbe vielleicht doch etwas sparen kann?

Vielleicht sind auch *Fehler in der Aufstellung des Nachwuchsplans* bei der Hauptverwaltung für Arbeit zu verzeichnen. Soweit ich mich informieren konnte, wurde der Plan nicht aufgebaut auf der Grundlage der Pläne der einzelnen Hauptverwaltungen für Industrie. Und vor allen Dingen wurde er *nicht aufgebaut auf den Plänen der Vereinigungen der volkseigenen Betriebe und der SAG-Betriebe*, sondern hauptsächlich auf der Grundlage der Berichte der Länder. Euch allen liegt der Nachwuchsplan der Hauptverwaltung für Arbeit für 1949 vor. Aus diesem Plan ist zu ersehen, daß die *Mädchen bei der Berufsausbildung nicht genügend berücksichtigt sind*. In diesem Plan sind an Angestellten für die Sozialversicherung 2210 Jugendliche vorgesehen, die in Lehrstellen untergebracht werden sollen. Ich verstehe nicht ganz, was das sein soll. Ich glaube, daß es die Aufgabe der Verwaltung für Arbeit ist, nicht vor allen Dingen für den Nachwuchs in der Sozialversicherung zu sorgen, sondern für die in der Industrie entscheidenden Industriezweige. Als altem Gewerkschaftler ist mir bekannt, daß früher die Funktionen in der Sozialversicherung von Gewerkschaftsfunktionären besetzt wurden. Soweit ich die Erfahrungen kenne, war das absolut richtig; denn das sind Menschen,

die im Umgang mit den Sozialversicherten Erfahrungen haben, die die Arbeitsbedingungen kennen und die ihre Erfahrungen sehr gut in der Sozialversicherung anwenden können.

Ich habe mich auch mit dem Entwurf über die Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Ausbildung für Industriearbeiter in den Berufsschulen beschäftigt. Er datiert vom 19. Juli 1948. Bis heute ist es noch nicht möglich gewesen, diesen Entwurf, der manche Mängel aufweist, in fertiger Form dem Sekretariat der Deutschen Wirtschaftskommission vorzulegen. Vielleicht kann man das ein wenig beschleunigen. Ich glaube, in einem halben Jahr hätte man das wirklich schon fertigbringen können.

Ich lenke die Aufmerksamkeit der Deutschen Wirtschaftskommission besonders auf die Ausbildung des *Nachwuchses in der Landwirtschaft*. Nach mir zugegangenen Mitteilungen erhalten etwa 80 Prozent der Jugendlichen in der Landwirtschaft keine systematische Berufsschulung. *Wir halten es deshalb für notwendig, daß in kürzester Frist die Berufsschulen bei den volkseigenen Gütern und bei den Maschinenausleihstationen aufgebaut oder, wo sie schon bestehen, ausgebaut werden und daß man für die Söhne und Töchter der Landarbeiter, Neubauern und Kleinbauern, die in der väterlichen Wirtschaft für die tägliche Arbeit gebraucht werden, besondere Kurse bei den MAS und den volkseigenen Gütern organisiert. Wir wollen erreichen, daß die Söhne und Töchter der werktätigen Bauern eine gründliche Ausbildung erhalten, damit aus ihren Reihen später die Fachleute hervorgehen, die imstande sind, auf verantwortlichen Posten der volkseigenen Güter, in den Leitungen der Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe, in den Genossenschaften und in den staatlichen Verwaltungen für Landwirtschaft zu arbeiten.*

Wir halten es weiter für notwendig, an die Hauptverwaltungen für Industrie und Landwirtschaft und an die Deutsche Verwaltung für Volksbildung die dringende Bitte zu richten, auf Grund der neuen Erfahrungen der Berufsausbildung *die Berufsbilder für alle Berufsgruppen zu überprüfen*. Es gibt Berufszweige, für die bisher noch kein Berufsbild ausgearbeitet wurde. Erst wenn für jeden Berufszweig ein Berufsbild auf Grund der neuen Erfahrungen ausgearbeitet ist und wenn die Herausgabe der *Lehrbücher für die Berufsschulen* in schnellerem Tempo und in größerer Auflage erfolgt, wird es möglich sein, die Berufsausbildung bedeutend zu verbessern. Wir richten von dieser Stelle aus die dringende Bitte an die tech-

nische Intelligenz, die Ingenieure, Techniker und Chemiker, mehr als bisher an den Betriebsberufsschulen zu helfen, ihre eigenen Erfahrungen niederzuschreiben und dazu beizutragen, daß diese technischen Erfahrungen der Ingenieure, Techniker und Chemiker einem möglichst breiten Kreis von Jugendlichen bekanntwerden. *Die jungen Aktivisten, die sich in der Arbeit bewährt haben, erwarten von den Technikern und Ingenieuren eine allseitige Unterstützung und Förderung.* Wir wissen, daß die gegenwärtige Zahl der Betriebsberufsschullehrer angesichts der zunehmenden Zahl von Betriebsberufsschulen noch nicht ausreicht. Wir ersuchen die Verwaltung für Volksbildung, Maßnahmen zu ergreifen, damit *qualifizierte Fachkräfte zu Berufsschullehrern* ausgebildet werden, die ihre Erfahrungen systematisch der Jugend vermitteln. Das erfordert aber gleichzeitig, daß die Deutsche Verwaltung für Volksbildung und die Volksbildungsministerien der Länder dafür sorgen, daß die *Weiterbildung der Berufsschullehrer, insbesondere ihre Ausbildung in Fragen der Gesellschaftswissenschaft,* besser durchgeführt wird als bisher und daß Maßnahmen ergriffen werden, um die wirtschaftliche Lage der Berufsschullehrer zu verbessern.

Von jungen Aktivisten und auch von Berufsschullehrern wurde darauf hingewiesen, daß die Vernachlässigung der Schulbildung in der Hitlerzeit ein bedeutendes Hindernis ist. Ohne Zweifel ist ein bestimmtes Grundwissen notwendig, damit die Lehrlinge, die Berufsschüler, sich größeres Fachwissen aneignen können. Deshalb sprechen wir den Wunsch aus, daß die *Lehrprogramme der Berufsschulen und der Fachschulen überprüft* und in diesen Lehrprogrammen auch in höherem Maße als bisher Kenntnisse in Deutsch und Gesellschaftskunde zum Gegenstand der Prüfungen gemacht werden und daß die Schulen helfen, die Jugendlichen anzuleiten, damit sie die großen, fortschrittlichen Werke der deutschen Literatur, der sowjetischen Literatur und die Werke der fortschrittlichen Schriftsteller anderer Länder lesen.

Kultur, Frohsinn und Erholung

Unsere Gegner haben immer wieder behauptet, daß die Aktivisten Menschen seien, die nur noch schuften und leisten. Wir sind anderer Meinung. *Der Aktivist zeichnet sich nicht nur dadurch aus, daß er*

mit jeder Minute rechnet, daß er die Organisation der Arbeit verbessert, daß er neue Erfindungen macht, die Qualität seiner Arbeit erhöht und sparsam mit Rohstoffen umgeht, sondern der Aktivist soll auch ein kultureller Mensch sein, der sich für die Werke der fortschrittlichen Schriftsteller, für Kunst und Sport interessiert.

Eine Besonderheit des Wirtschaftsplans besteht darin, daß er einen Abschnitt für die kulturelle Entwicklung enthält, in dem bestimmt ist, wie viele Schulen, Berufsschulen, Volkshochschulen geschaffen, wie viele Lehrer ausgebildet und wie viele Museen und Theater ausgebaut oder neuerrichtet werden sollen. Im Plan für 1949 wird gesagt:

„Außerdem sind in den großen Betrieben und Maschinenausleihstationen Klubs und Kulturräume sowie Betriebskinos zu schaffen. Das System der Betriebsbibliotheken und Büchereien für mehrere Betriebe oder für das Gebiet einer Maschinenausleihstation ist weiter auszubauen. Für die weitere Entwicklung der Körperkultur und des Sportes sind der demokratischen Sportbewegung Sportgeräte zur Verfügung zu stellen und Einrichtungen für Betriebsturnhallen vorzubereiten.“

Das heißt also, nachdem dieser Wirtschaftsplan durch den Beschluß des Plenums der DWK Gesetz geworden ist, gilt es nicht nur, die Produktionsaufgaben zu lösen, sondern auch den Teil des Plans durchzuführen, der die großen kulturellen Aufgaben enthält bis zur Schaffung der Betriebsturnhallen, bis zur Herstellung von Sportgeräten für die Jugend.

Dem Beschluß über die kulturellen Aufgaben im Wirtschaftsplan ist unmittelbar die Verordnung der Deutschen Wirtschaftskommission über die Erhaltung und Entwicklung der deutschen Wissenschaft und Kultur gefolgt. Diese Verordnung des Plenums der Deutschen Wirtschaftskommission ist von größter Bedeutung für die deutsche Jugend. In diesem umfassenden Dokument sind die Richtlinien für den Kulturaufbau dargestellt. Dort wird gesagt, daß die Wiedergeburt und das Aufblühen der demokratischen Kunst, Wissenschaft und Kultur wesentliche Faktoren des neuen Lebens in Deutschland sein werden. Der Intelligenz werden die größten Möglichkeiten zum wahren Dienst am Volke eröffnet, da wir der deutschen Jugend in den Berufsschulen und Fachschulen, an den Hochschulen und Universitäten helfen, sich die großen Erfahrungen der Wissenschaft anzueignen.

In dem Beschluß der Deutschen Wirtschaftskommission wird aber zugleich gesagt, daß eine *neue Intelligenz aus den Reihen der Arbeiter und Bauern* entwickelt werden muß, die mit der alten Intelligenz zum Wohle des ganzen Volkes zusammenarbeiten möge. Die Heranbildung einer solchen Intelligenz wird nicht nur in den Fach- und Hochschulen gewährleistet, sondern im Beschluß der Deutschen Wirtschaftskommission ist die bedeutungsvolle Direktive enthalten, daß zur Vorbereitung von Arbeitern, Bauern und ihren Kindern auf die Hochschulen *dreijährige Arbeiter- und Bauernfakultäten* zu schaffen sind. Durch die Schaffung der dreijährigen Arbeiter- und Bauernfakultäten werden Bedingungen geschaffen, daß die Jugendlichen aus den Reihen des arbeitenden Volkes, die begabt sind, sich die Kenntnisse aneignen können, die es ihnen ermöglichen, die Universität zu besuchen und führende Funktionen auf wissenschaftlichem Gebiet, im Wirtschaftsapparat, im Staat und in den kulturellen Einrichtungen auszuüben. Die volkseigenen Betriebe, die Gewerkschaften und öffentlichen Institutionen werden aufgefordert, sich an der Sicherung des Unterhalts der von ihnen an die Hochschulen entsandten Studierenden zu beteiligen. Zur Vorbereitung des wissenschaftlichen Nachwuchses für die Forschungs- und Lehrstätten sollen die begabtesten Jugendlichen, die fortschrittlichsten Jugendlichen besondere Stipendien erhalten. Im Jahre 1949 sollen *150 Stellen für Anwärter des wissenschaftlichen Nachwuchses* an öffentlichen Schulen und an der Akademie der Wissenschaften vorgesehen werden. Das heißt, den fähigsten Jugendlichen ist der Weg bis zur Akademie der Wissenschaften frei gemacht. Durch die Stipendien sollen die materiellen Möglichkeiten geschaffen werden, daß die Jugendlichen auf diesem Wege vorwärtsschreiten und ihre Fähigkeiten entwickeln können.

Diese kurzen Hinweise zeigen euch schon, welchen Wert wir darauf legen, daß alle Fähigkeiten in der deutschen Jugend entwickelt werden. *In der sowjetischen Besatzungszone ist im wahrsten Sinne des Wortes die Bahn für den Aufstieg der Jugend frei gemacht. Die Lösung der Aufgaben hängt jetzt von unserer eigenen Initiative ab.* Wir sind uns klar, daß es viele Widerstände gibt und noch viel Unverständnis vorhanden ist. Aber die Hindernisse und Schwierigkeiten sind dazu da, daß man sie überwindet. Im Kampf gegen die vorhandenen Schwierigkeiten, im Kampf gegen reaktionäre Auffassungen werden die demokratischen Kräfte wachsen und erstarken.

Als Aktivisten habt ihr das Recht, zu fordern, daß in den volkseigenen Betrieben die besten Künstler, Schriftsteller und andere Kulturschaffende auftreten. Wenn wir bisher unsere Arbeit geführt haben unter der Losung: Mehr produzieren, um besser leben zu können, so müssen wir jetzt hinzufügen:

Mehr lesen, mehr lernen, um besser schaffen und sich die großen Kulturgüter aneignen, sich der großen Kulturgüter erfreuen zu können.

Mehr lesen, das heißt die Fachliteratur studieren, das heißt solche große Werke lesen, wie Lessings „Nathan der Weise“ oder die Werke von Schiller und Goethe, Gedichte von Puschkina und Erzählungen von Maxim Gorki. Studiert die Verfassung der sozialistischen Sowjetunion und andere Bücher aus der Schriftenreihe über das Sowjetland. Lest solche Bücher wie „Lehren deutscher Geschichte“ von Albert Norden, studiert das Lebensbild von Ernst Thälmann, um diesem Kämpfer nachzueifern, lest und studiert das Grundwerk des wissenschaftlichen Sozialismus, das „Manifest der Kommunistischen Partei“ von Karl Marx und Friedrich Engels. Lest die Schriften von Lenin über den Staat, greift zu dem bedeutenden wissenschaftlichen Werk Stalins „Über die Grundlagen des Leninismus“. Viele von euch werden sich für die Befreiungskämpfe des schaffenden Volkes in anderen Ländern interessieren: In der Volksschriftenreihe des Verlages „Volk und Wissen“ sind eine ganze Anzahl lezenswerter Bücher erschienen; oder nehmt zum Beispiel Burchett „Sonnenaufgang über Asien“ und andere Schriften.

Zum Lernen und Studieren gehört selbstverständlich auch die Erholung. Die Freie Deutsche Jugend hat ein *Ferien- und Wanderwerk* geschaffen und will gemeinsam mit dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund in diesem Jahre 150 000 jungen Aktivisten und Betriebsarbeitern Erholungsmöglichkeit geben. *Wer seine Pflicht im Betrieb erfüllt, hat auch Anspruch auf Erholung.* Wir sind der Meinung, daß der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund in noch größerem Maße als bisher der Jugend bei der Organisation von Ferienlagern und bei der Versorgung dieser Jugendlichen in den Ferienlagern, bei der Beschaffung von Plätzen in den Erholungsstätten des Harzes, des Thüringer Waldes und des Erzgebirges helfen sollte.

Im letzten Jahr haben wir auch *bedeutende Fortschritte in der Sportbewegung* zu verzeichnen gehabt. Es ist das Verdienst des Zen-

tralrates der Freien Deutschen Jugend, daß er die Sportbewegung durch die Organisierung der Sportgemeinschaften der Freien Deutschen Jugend neugestaltet hat. Noch vor einem Jahr kamen Jugendliche zu mir und klagten, daß sie keine Bälle und andere Sportgeräte bekommen. Nun, der Mangel ist auch jetzt noch vorhanden. Aber von Monat zu Monat nimmt die Produktion an Sportgeräten zu. Ich möchte den Wunsch aussprechen, daß *ihr Aktivisten mit dafür sorgt, daß in allen Großbetrieben Sportgemeinschaften mit Turnhallen, mit Sportplätzen und den dazugehörigen Sportgeräten geschaffen werden. Die Sportgemeinschaften der Betriebe müssen zum Rückgrat der neuen Sportbewegung werden.* Die Sportgruppen in den volkseigenen Betrieben sollen miteinander in Wettbewerb treten. Sie sollten den Beweis erbringen, daß sie die besten Fußballmannschaften, die besten Handballmannschaften, die besten Sportler in allen Sparten haben.

Die Aktivisten — Kämpfer für den Frieden

Ich möchte zum Schluß noch einige Bemerkungen über die Aufgaben der Aktivisten im Kampf um den Frieden machen. Wir sind uns alle bewußt, daß *die große Arbeit, die gegenwärtig geleistet wird, nur in Verbindung mit dem Kampf um die Wiederherstellung eines einigen Deutschlands und um die Sicherung des Friedens einen Sinn hat.*

Es gibt manche Jugendliche, die meinen, sie könnten der Stellungnahme zu den großen politischen Fragen der Neugestaltung Deutschlands ausweichen. Aber welcher Jugendliche sieht nicht, wie die Konzern- und Bankherren von New York und London Deutschland zerreißen und damit auch das Leben der Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone erschweren? In einem einheitlichen Deutschland wäre es viel leichter, die Aufgaben des Wiederaufbaus zu lösen, als in einem zerrissenen Deutschland, in dessen westlichem Teil gewisse Leute ihre in Indien und Afrika erprobten Kolonialmethoden gegen das werktätige Volk und gegen die deutsche Jugend anwenden. Die Finanzhyänen aus den USA und England wollen Deutschland nicht als fortschrittliches, demokratisches, friedliches und wirtschaftlich starkes Land wieder aufkommen lassen. Sie wollen Deutschland ohnmächtig halten, in möglichst viele Stücke teilen, da-

mit sie selbst die früheren deutschen Absatzmärkte beliefern können und die deutschen Qualitätswaren nur in geringer Menge oder möglichst überhaupt nicht auf den Weltmarkt kommen.

Gewisse Kreise der Rüstungsgewinnler in den USA treten in die Fußstapfen Hitlers und wollen jetzt selbst die Welt ihrem Willen unterordnen. Diese Kriegshetzer sind die gleichen Herren, die einst ohne militärische Notwendigkeit die Wohngebiete der deutschen Bevölkerung durch ihre Bombenflugzeuge in Trümmer legten. Sie haben besondere Auffassungen über eine friedliche Wirtschaft. Darunter verstehen sie die Drosselung der deutschen Fertigungsindustrie mit Hilfe der Macht der amerikanischen und englischen Besatzungsorgane.

Diese Herren, die Westdeutschland in eine Kolonie verwandeln wollen, verfolgen den Aufbau in der Ostzone mit tiefstem Haß. Denn der Aufbau aus eigener Kraft in der Ostzone beweist, daß es möglich wäre, ohne die kolonialen Bedingungen des Marshallplans nicht nur ganz Deutschland wiederaufzubauen, sondern auch normale Wirtschaftsbeziehungen zu den anderen Ländern — vor allem zur großen Sowjetunion — herzustellen. Wenn es uns schon möglich ist, den Wiederaufbau in der Ostzone und in einem Teil Berlins aus eigener Kraft durchzuführen, um wieviel besser wäre es, wenn in einem einheitlichen Deutschland alle Kräfte für den Aufbau eingesetzt werden könnten und wenn eine Außenhandelsverwaltung eines einigen Deutschlands Handelsverträge mit anderen Staaten auf der Grundlage der Gleichberechtigung abschließen könnte.

Ich glaube, alle Deutschen, die ihr Vaterland lieben, haben den Beschluß des Deutschen Volksrates begrüßt, der die Vertreter des Bonner Parlamentarischen Rates und des Frankfurter Wirtschaftsrates zu gemeinsamen Besprechungen über die notwendigen Schritte zur Herstellung der Einheit Deutschlands ersucht und den Vorschlag gemacht hat, daß die Vertreter des Volksrates, des Bonner Parlamentarischen Rates und des Frankfurter Wirtschaftsrates in Braunschweig zusammenkommen, um sich über die Wege zur Wiederherstellung eines einigen Deutschlands auf demokratischer Grundlage zu beraten. Mit Haß haben General Clay und die Londoner Vasallen der USA auf diesen Vorschlag des Deutschen Volksrates geantwortet. *Aber so wie Hitlers Protektorscherrschaft über die Tschechoslowakei scheitern mußte, so werden die Kolonialmethoden der USA und Englands nur dazu führen, daß das deutsche Volk die egoistischen Inter-*

essen der amerikanischen Rüstungsplutokraten erkennt und sich um den Deutschen Volksrat zum Kampf für Einheit und gerechten Frieden zusammenschließt.

Eure Aufgabe als Jungaktivisten ist es, nicht nur beizutragen, daß wir unseren Wirtschaftsplan erfüllen und übererfüllen, sondern auch mitzuhelfen, die Masse der Werktätigen, die Jungen und Erwachsenen von den friedlichen Zielen unseres großen Aufbauwerkes zu überzeugen.

Auf die friedliche Arbeit zur Durchführung des Fünfjahrplans in der Sowjetunion, auf die friedliche Arbeit zum Aufbau des Sozialismus in den volksdemokratischen Ländern und sogar auf unsere friedliche Arbeit zur Erfüllung des Zweijahrplans in der Ostzone Deutschlands antworten die Söldlinge der Konzern- und Bankherren der USA und Englands mit Verleumdungskampagne und Kriegshetze. Wir verstehen sehr gut, daß die herrschenden Klassen in Amerika und England in der Periode der allgemeinen Krise des Kapitalismus, in der Zeit der Verschärfung der inneren Widersprüche in den kapitalistischen Ländern Furcht haben vor dem erfolgreichen Beispiel des friedlichen Aufbaus in der Sowjetunion und in den volksdemokratischen Ländern.

Diese Kräfte der alten Gesellschaft, die zum Untergang verurteilt sind, fürchten den friedlichen Wettbewerb. Sie fürchten, daß das Beispiel des friedlichen demokratischen Aufbaus in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands den Beweis erbringt für die Überlegenheit der volkseigenen Betriebe und daß dieses Beispiel ermutigend wirkt auf den Freiheitskampf des werktätigen Volkes in den Westgebieten Deutschlands.

Wenn man uns die Frage stellt, wohin wir uns orientieren, so kann es nur eine Antwort geben: Das deutsche Volk kann sich nur auf die Kräfte in der Welt orientieren, die vorbehaltlos den Kampf des deutschen Volkes für ein einiges, demokratisches, friedliches Deutschland unterstützen. Diese Kräfte sind die Sowjetunion, die volksdemokratischen Länder und alle antifaschistisch-demokratischen Kräfte in den kapitalistischen Ländern und in den Kolonien.

Die demokratischen Kräfte in Westdeutschland mögen wissen, daß in der Ostzone die gesamte Verantwortung für die Festigung der Demokratie, für den wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau und für den Außenhandel bereits in den Händen des Volkes liegt. Das Selbstbestimmungsrecht für ganz Deutschland werden wir dann haben,

wenn die demokratischen Kräfte der Ostzone und der Westgebiete Deutschlands gemeinsam den Kampf gegen die kolonialen Unterdrückungsmethoden des amerikanischen und englischen Imperialismus führen und wenn sie den westlichen Besatzungsmächten zum Bewußtsein bringen, daß die Mehrheit des werktätigen Volkes den unverzüglichen Abschluß eines Friedensvertrages wünscht.

So ist der Kampf gegen die Kriegshetze, gegen die Haßpropaganda der amerikanischen und englischen Soldschreiber über die Ostzone ein untrennbarer Bestandteil der vollen Entfaltung der Initiative der Bevölkerung für die Durchführung der großen Aufgaben des Wiederaufbaus.

Ihr Jungaktivisten, ihr Hennecke-Aktivisten, ihr sollt euch bewußt sein, daß die großen Aufgaben der Sicherung des demokratischen Fortschritts nur erfüllt werden können, wenn sich die fortschrittlichen, friedliebenden Kräfte in Deutschland aufs engste mit der Sowjetunion verbunden fühlen. *Deshalb ist es die Aufgabe jedes Aktivisten, keinerlei Kriegshetze mehr zuzulassen und mitzuhelfen, die Wahrheit über den Friedenswillen der Sowjetunion zu verbreiten.*

Möge sich jeder Aktivist mit den Erfolgen des Sozialismus in der Sowjetunion vertraut machen. Die Sowjetunion ist nicht nur das Land, in dem die Fabriken und der Grund und Boden dem werktätigen Volke gehören, *die Sowjetunion ist in der Tat das Land der Jugend*, denn in der Sowjetunion ist die freie Entwicklung aller Fähigkeiten der Jugend gewährleistet und der Aufstieg der Jugend gesichert. In der Sowjetunion baut die Jugend an dem großen geschichtlichen Werk des Übergangs vom Sozialismus zum Kommunismus und verwirklicht das Ziel, für das die Ausgebeuteten der ganzen Welt seit einem Jahrhundert opferreiche Kämpfe geführt haben.

Ihr Jungaktivisten habt euch an die Spitze des Wettbewerbs gestellt. Ihr habt in der Tat das Ansehen der deutschen Jugend wiederhergestellt. Gegenüber allen Verdächtigungen, die von gewissen Kreisen ausgestreut wurden, habt ihr den Beweis erbracht, daß große Teile der deutschen Jugend, die sich früher von einer verhängnisvollen Propaganda irreführen ließen, aus ihren Fehlern gelernt haben und daß sie nicht nur mutig und zielbewußt arbeiten, sondern schon so manchen Alten in seiner Leistung übertroffen haben.

Euer Kongreß der Jungaktivisten möge deshalb zum Kongreß des großen Erfahrungsaustausches werden, der dazu beiträgt, den Wettbewerb weiter zu entfalten, der mithilft, die Fortschritte, die die

Aktivisten erzielt haben, zur Sache aller Jugendlichen zu machen. Möge das Werk, das ihr als die Vorhut der deutschen Jugend begonnen habt, nunmehr zur Sache aller Mädel und Jungen werden.

Darin sehen wir die Hauptaufgabe des Zweiten Kongresses der Jungaktivisten: die Maßnahmen zu beraten, die notwendig sind, um die Erfahrungen der Jungaktivisten, der fortschrittlichen Kräfte der Jugend, zur Sache aller jungen Menschen zu machen. Und eine weitere Aufgabe besteht darin, daß ihr Jungaktivisten, die ihr in Betrieben, auf den volkseigenen Gütern, in Maschinenausleihstationen oder auf Hochschulen Vorbildliches geleistet habt, euer Wissen bereichert. Deshalb möge eure Hauptlosung heißen: *Lernen, lernen und nochmals lernen.*

Rede auf dem Zweiten Kongreß der jungen Aktivisten
in Erfurt am 2. und 3. April 1949.

Unsere Wirtschaft braucht wissenschaftlichen Nachwuchs

Durch die gesellschaftlichen Veränderungen wurde das alte Bildungsmonopol der herrschenden kapitalistischen Klasse beseitigt und wurden die Vorbedingungen geschaffen, damit der zahlenmäßig stärkste Teil der Bevölkerung, die Arbeiter und Bauern, die Möglichkeit zum Studium bekommt. Die Angehörigen der technischen Intelligenz haben jetzt eine Perspektive, sie haben in den volkseigenen Betrieben der Industrie und der Landwirtschaft sowie in den staatlichen Wirtschaftsorganen freie Bahn für den Aufstieg. Sie studieren nicht an der Technischen Hochschule und an anderen Universitäten, um später einer kleinen Gruppe von Monopolherren zu dienen, sondern im Interesse des Volkes und für die Erreichung eines höheren persönlichen Lebensniveaus zu arbeiten. Zum erstenmal in der deutschen Geschichte arbeitet die Intelligenz für den Aufbau einer friedlichen Ordnung, für den Aufbau der Wirtschaft eines demokratischen Deutschlands, in dem des Volkes Wille oberstes Gesetz ist. Damit wird zugleich das Beispiel für ganz Deutschland gegeben.

Wir betrachten die Heranziehung der Arbeiter und Bauern zum Studium als einen Teil des Demokratisierungsprozesses, der unser gesamtes gesellschaftliches Leben erfaßt. Die Entwicklung einer fortschrittlichen Intelligenz soll aus allen Schichten der Bevölkerung erfolgen. Für die großen Aufbauaufgaben, wie sie der Zweijahrplan vorsieht, und die folgenden Aufgaben, die ein noch größerer Plan enthalten wird, ist die Heranziehung aller zur ehrlichen Mitarbeit bereiten Angehörigen der Intelligenz und die Erweiterung der Intelligenz aus Arbeiter- und Bauernkreisen notwendig. Diese Aufgabenstellung zeigt, daß die Entwicklung einer neuen Intelligenz aus den Kreisen des werktätigen Volkes nicht nur keine Zurücksetzung der alten Intelligenz bedeutet, sondern im Gegenteil: die Verantwortung der alten Intelligenz nimmt zu, denn die großen Aufgaben des Plans können nur verwirklicht werden mit Hilfe neuer Erfindungen, neuer technischer Verbesserungen, durch Hebung der Qualität der Produktion, durch Hebung des allgemeinen fachlichen Niveaus der Arbeiterschaft. Wir fragen nicht danach, welchen Organisationen die Angehörigen der Intelligenz früher angehört haben, wir verlangen auch nicht als Vorbedingung das politische Bekenntnis zur Demokratie. Wir werden alles tun, damit vor allem die technische Intelli-

genz alle Möglichkeiten für ehrliche Arbeit und für die Entfaltung ihrer ganzen Initiative erhält, denn wir sind überzeugt, daß im Prozeß der Arbeit und durch die Erfolge der demokratischen Ordnung noch bestehende Zweifel an der Richtigkeit des neuen Weges bei allen, die ehrlich mitarbeiten, überwunden werden.

Bei der Begründung des Zweijahrplans im Juni 1948 erklärte ich:

„Bei der Durchführung des Planes haben die *Ingenieure, Techniker, Werkmeister und Wissenschaftler* die allergrößten und interessantesten Möglichkeiten, ihre Kenntnisse in den Dienst des Volkes zu stellen. Die Forschungsarbeit zur Auffindung neuer Kohlenvorkommen, die Schaffung billiger Materialaustauschstoffe, die Forschungs- und Konstruktionsarbeit zur Modernisierung der Industrieausrüstung, die Forschungsarbeit für die Erschließung billiger Baumaterialien aus örtlichen Rohstoffen usw. sowie die Forschungsarbeiten auf dem Gebiet der Fettsäuren zur Beschaffung von Seife und Waschmitteln für die Bevölkerung sind von größter Bedeutung.“

Und später bei der Begründung der Wirtschaftspolitik für 1949 legte ich dar, daß es notwendig ist, der technischen Intelligenz weitgehende Schaffensmöglichkeit zu gewähren und ihre materielle Lage zu verbessern, damit sie mithilft, die großen Aufgaben des Zweijahrplans vorfristig zu erfüllen. Solche Aufgaben sind: die Verbesserung der Maschinen und Aggregate, die Entwicklung der betrieblichen Forschung, die Normung und Typisierung, die Entwicklung besserer Methoden der Qualitätskontrolle, Entwicklung neuer Stoffe und neuer Produktionsverfahren usw.

Ich möchte anerkennend hervorheben, daß die technische Intelligenz von Anfang an positiv zum Zweijahrplan stand und daß nicht wenige Ingenieure, Chemiker, Techniker, die früher Mitglieder der Hitlerpartei und sogar aktive Nazis waren, große Leistungen vollbracht haben, wodurch sie gleichzeitig den Beweis erbrachten, daß sie mit der Vergangenheit gebrochen haben und gewillt sind, ihre Fehler wiedergutzumachen und ehrlich am Neuaufbau zu arbeiten.

Wir erwarten vor allem, daß aus den technischen Hochschulen hochqualifizierte Ingenieure und Techniker hervorgehen, die imstande sind, leitende Funktionen in den Industriebetrieben wie in den Organen der Wirtschaft zu bekleiden. Ich habe Meinungen gehört, daß die Arbeiter- und Bauernfakultäten die Aufgabe haben,

den Studenten nur ein umfassendes Allgemeinwissen zu vermitteln. Ich erlaube mir, an der Richtigkeit dieser Auffassung zu zweifeln. Selbstverständlich sollen die Studenten ein hohes Allgemeinwissen erhalten, aber sie sollen sich zugleich darauf einstellen, gute Maschinenbauer, Elektrotechniker, Chemiker usw. zu werden.

Das Studium der Arbeiter und Bauern an einer Hochschule ist eine große und schwere Aufgabe. Sie erfordert überdurchschnittliche Lernbereitschaft und Fähigkeit. Unter den Millionen Werktätiger gibt es viele Tausende, die diese Eignung besitzen. Sie können aber ihre Fähigkeiten nur dann entwickeln, wenn man ihnen verständnisvoll, aufgeschlossen und hilfsbereit entgegenkommt. Ein Mitarbeiter des Ministeriums für Volksbildung erklärte mir einmal, daß man wohl zehn bis fünfzehn Jahre warten müsse, bis gute Fachleute heranwachsen. Mir erscheint diese Auffassung völlig falsch. Wenn in höherem Maße als bisher junge Aktivisten, die sich in den Betrieben durch vorbildliche Leistungen ausgezeichnet haben, Studenten der Technischen Hochschule werden, wenn jeder Platz an der Technischen Hochschule von solchen Studenten besetzt wird, die ihre ganze Energie einsetzen, um hochqualifizierte Fachleute zu werden, und wenn die Professoren ihr großes Fachwissen diesen Studenten vermitteln, dann werden schon in wenigen Jahren aus der Technischen Hochschule Fachleute hervorgehen, die imstande sind, die neuen Aufgaben in der Industrie zu erfüllen.

Damit die Technische Hochschule Dresden ihre großen Aufgaben erfüllen kann, ist es notwendig, den Lehrplan zu verbessern. Wir legen vor allem Wert darauf, daß die Fakultäten für Maschinenbau, Elektrotechnik, Naturwissenschaften und Chemie wie auch die Fakultät für Bauwesen ausgebaut werden. Das Institut für Eisenbahn- und Verkehrswesen sollte zu einer selbständigen Fakultät entwickelt werden. Ich habe Gelegenheit genommen, mich über den Stand der Technischen Hochschule zu informieren und habe auch Kenntnis bekommen von der Meinung der Studentenschaft zum Studium an der Technischen Hochschule.

Ich möchte bemerken, daß meiner Ansicht nach ein grundlegender Fehler darin besteht, daß es noch keine Fakultät für Planwirtschaft gibt. Man spricht gelegentlich von Betriebswissenschaft. Das ist ein alter Begriff. In der Zeit der Wirtschaftsplanung kann es keine isolierte Betriebswissenschaft geben, denn die betriebstechnischen und organisatorischen Fragen können nur gelöst werden auf Grund der

Kenntnis des Systems der Wirtschaftsplanung, des Finanzplans und der neuen Arbeitslehre, wie sie von den Arbeitsaktivisten angewendet wird. Ein Betriebswirtschaftler, der nicht die Probleme der Wirtschaftsplanung beherrscht, wird sich durch viele Fehldispositionen auszeichnen und wird nicht in der Lage sein, in ein kameradschaftliches Verhältnis zu den Arbeitern zu kommen, was die Voraussetzung für die höhere Leistung im Betrieb ist.

Arbeiterschaft und technische Intelligenz in den volkseigenen Betrieben und die Intelligenz an den Hochschulen haben ein gemeinsames Interesse. Die Hauptsache ist jetzt, alles zu tun, damit die Hörer der Universität die Möglichkeit erhalten, sich eine hohe Allgemeinbildung und ein gründliches Fachwissen anzueignen, das die Grundlage für ihren gesamten weiteren Lebensweg ist. Jeder ein Meister seines Faches! Jeder ein überzeugter Demokrat! Wenn die Technische Hochschule in diesem Sinne ihre Aufgabe auffaßt, dann wird sie die Voraussetzungen schaffen, damit jeder Student nach Beendigung der Technischen Hochschule imstande ist, in der Schule des Lebens den großen Aufgaben gewachsen zu sein.

Aus der Rede anlässlich der Eröffnung der Arbeiter- und Bauernfakultät an der Technischen Hochschule Dresden am 29. Oktober 1949.

Über die Rolle der volkseigenen Betriebe

Die volkseigenen Betriebe — die Grundlage unserer demokratischen Ordnung

Die Tagung der volkseigenen Betriebe hat für die deutsche Republik eine besondere Bedeutung. Denn die volkseigenen Betriebe der Industrie und Landwirtschaft sind die Grundlage der neuen demokratischen Ordnung. Die Festigung dieser neuen demokratischen Ordnung, die Übererfüllung des Wirtschaftsplans — das alles ist abhängig von den Erfolgen der Betriebe des volkseigenen Sektors unserer Wirtschaft. Die Betriebe, die dem Volke gehören, sollen nicht nur vorbildlich sein in bezug auf die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, auf die Höchstleistungen in der Qualitätsarbeit, sondern ich möchte hier den Wunsch aussprechen, daß die Belegschaften der volkseigenen Betriebe, die Arbeiter und Angestellten und die Ingenieure auch die bewußtesten Demokraten sein mögen, damit es gelingt, Deutschland zu einem Hort des Friedens und des Fortschritts zu machen.

Alle Arbeiter, Angestellten und Ingenieure der volkseigenen Betriebe mögen sich bewußt sein, daß die Deutsche Demokratische Republik ihr Staat ist, daß jeder einzelne von ihnen die volle Mitverantwortung für das Tempo des Neuaufbaus trägt. Deshalb ist die erste Aufgabe, dieses demokratische Staatsbewußtsein in den volkseigenen Betrieben zu stärken, jeden einzelnen Arbeiter, jede Arbeiterin, jeden Ingenieur und Techniker zu einem überzeugten Anhänger und Kämpfer der Deutschen Demokratischen Republik zu machen. *Die volkseigenen Betriebe sollen Zentren der höchsten Arbeitsproduktivität, der besten Qualitätsarbeit, der Vermittlung des neuen kulturellen Schaffens und des höchsten demokratischen Bewußtseins werden.*

Zu Beginn des Zweijahrplans haben wir die Aufgabe gestellt: Mehr produzieren, um besser leben zu können. Das heißt: Die Auf-

gabe der Schaffung hochwertiger Waren, hochwertiger Erzeugnisse unserer Industrie — das ist die grundlegende Aufgabe, die in der nächsten Zeit vor uns steht. Heute kann niemand mehr bestreiten, daß die großen Anstrengungen, die von Ihnen allen unternommen wurden, die großen Anstrengungen der Aktivisten, an deren Spitze unser Freund Hennecke steht, der die größten Leistungen vollbracht hat, von Erfolg gekrönt sind. Diesen Aktivisten und all den Mitarbeitern, die unermüdlich geschafft haben, ist es zu verdanken, daß das Leben besser wird, daß die Normalisierung des Lebens schon weitgehend durchgeführt werden konnte.

Mit gutem Gewissen können wir sagen, daß die Zeit der Erfolge begonnen hat. Die Zeit der Erfolge hat begonnen vor allem dank den Leistungen der volkseigenen Betriebe, dank der Entfaltung der Wettbewerbsbewegung, dank der Entwicklung der Produktionsberatungen und dank der engeren kameradschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Arbeitern und der technischen Intelligenz.

Als ich nach der Begründung des Zweijahrplans in einem Bitterfelder Großbetrieb vor den Arbeitern und Chemikern sprach, trat ein alter Fachmann auf und sagte: „Das wichtigste ist die Kameradschaft!“ Das ist richtig. Das wichtigste ist *die Kameradschaft unter den Arbeitern und vor allem zwischen den Aktivisten und der technischen Intelligenz*. Von dieser Kameradschaft ist abhängig die Erfüllung unserer großen Aufgabe der Erreichung der Höchstleistungen der Qualitätsarbeit. Alle Regierungen des verfaulenden Kapitalismus haben dem Volke immer gepredigt, daß man durch Raubkriege zu einem besseren Leben kommt; und das Volk hat das schon mehrmals mit Millionen Toten bezahlen müssen. Wir sagen, unser Volk kommt zu einem besseren Leben durch die hohe Qualität seiner Arbeit, und im Zeichen der Erfüllung dieser großen geschichtlichen Aufgabe steht Ihre heutige Tagung.

Die Anstrengungen vergrößern!

In dem Beschluß der Regierung über die Verbesserung der Lebensmittelrationen und die Versorgung der Bevölkerung mit Industriewaren wird gesagt, daß die Hauptaufgabe darin besteht, in der Industrie bis Ende 1950 die Arbeitsproduktivität und die Qualität der

Arbeitsleistung der Friedenszeit zu erreichen. Das erfordert eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität um ungefähr 20 Prozent. Denn soviel sind wir durchschnittlich noch hinter der Arbeitsproduktivität der Friedenszeit zurück. In der Landwirtschaft soll der Hektarertrag der Friedenszeit erreicht werden. Das bedeutet aber, daß die Maschinenausleihstationen mit mehr Ersatzteilen und mit neuen Traktoren versorgt werden müssen. Wir müssen es fertigbringen, im nächsten Jahr 5000 Traktoren zu produzieren, mehr als wir im ursprünglichen Plan vorgesehen haben, damit wir die Hektarerträge erhöhen können.

Weiter wird in dem Beschluß der Regierung die Aufgabe gestellt, zu ermöglichen, daß Ende 1950 das Kartensystem für Lebensmittel — mit Ausnahme von Fleisch und Fett — und für die industriellen Waren des Massenbedarfs abgeschafft wird. Und wir wollen weiter bis Ende nächsten Jahres erreichen, daß ein einheitliches normales Preisniveau zustande kommt. Die Tatsache, daß wir zweierlei Preise haben, ist der Ausdruck dafür, daß wir noch schwer mit den Kriegsfolgen, mit den Folgen der Hitlerherrschaft zu kämpfen haben, daß wir noch nicht genügend Waren besitzen. Deshalb muß in Verbindung mit der Steigerung der Warenproduktion erreicht werden, daß wir bis Ende nächsten Jahres zu einem einheitlichen Preisniveau kommen. Dann können wir sagen, daß wir den Friedensstand der industriellen Produktion, den Friedensstand der landwirtschaftlichen Erzeugung und auch eine Normalisierung des Handels erreicht haben. Das erfordert aber auch größere Anstrengungen, um die Rentabilität der volkseigenen Betriebe zu sichern beziehungsweise herbeizuführen und die Finanzdisziplin strenger durchzuführen. Das ist die nächste grundlegende Aufgabe, die wir alle gemeinsam lösen müssen!

Ich kann sagen, daß dank den gewaltigen Leistungen der gesamten Bevölkerung erreicht wurde, daß die Zahlen, die für das erste Jahr des Zweijahrplans vorgesehen waren, bedeutend übertroffen werden konnten. Und in diesem Zusammenhang soll jeder von Ihnen erkennen, daß diese höheren Leistungen über die Zahlen des ersten Jahres des Zweijahrplans hinaus es uns ermöglicht haben, die Exportzahlen bedeutend zu steigern. Dadurch war es möglich, in größerem Maße Fleisch, Gemüse und Obst aus Ungarn und anderen Ländern, Rohstoffe aus der Sowjetunion und aus Polen einzuführen. Das war die Voraussetzung, damit dieser Beschluß der Regierung über die

Verbesserung der Ernährung gefaßt werden konnte. Das heißt, es bewahrheitet sich, was wir zu Beginn des Zweijahrplans gesagt haben: Die Erfüllung und Übererfüllung des Plans wird unmittelbar zur Verbesserung der Lage der Bevölkerung führen.

Ich möchte darauf hinweisen, daß in einer Reihe großer Betriebe in diesem Jahre bedeutende Produktionserfolge erzielt wurden. Im Jahre 1949 wurden in den Stahl- und Walzwerken in Riesa, Hennigsdorf, Gröditz, Kirchmöser, Burg und Unterwellenborn Öfen und Walzstraßen neu gebaut. Gegenüber dem Jahre 1949 wird die Produktion im Jahre 1950 bei Rohstahl um 50 Prozent und bei Walzstahl um 108 Prozent erhöht.

Trotz der überalterten Anlagen haben die Kraftwerke den Plan in den ersten drei Quartalen dieses Jahres mit 110,7 Prozent erfüllt.

Die Kohlenindustrie der Republik wird das im Zweijahrplan für 1950 gesteckte Ziel bereits im Jahre 1949 erreichen. Dieser gewaltigen Leistung der Bergarbeiter, der Arbeiter unter Tage, der Ingenieure usw. danken wir es, daß es möglich war, unsere gesamte Industrie schneller, als im Plan vorgesehen war, zu entwickeln.

Im Jahre 1949 wurden im Maschinenbau für Investitionen rund 136 Millionen bereitgestellt. Besonders zu erwähnen ist der Schiffbau, der 38 Prozent dieses Betrages erhielt. Im Maschinenbau soll im Jahre 1950 gegenüber 1949 eine weitere Steigerung von 27 Prozent erreicht werden.

In der Chemie wird im Jahre 1950 die Produktion gegenüber dem Jahre 1948 um etwa 50 Prozent höher liegen. Es sollen 246 000 Tonnen Schwefelsäure produziert werden, das sind fast 50 Prozent mehr als im Jahre 1949. Ein Engpaß besteht weiterhin bei der Produktion von Soda und Ätznatron, der schnellstens überwunden werden muß.

Bei Baumaterialien wurde die Produktion im Jahre 1949 über die Planzahlen hinaus erhöht. 1950 soll eine weitere Steigerung von 31 Prozent erfolgen.

Und in bezug auf Textilien kann man sagen, daß ebenfalls die im Zweijahrplan für das erste Jahr vorgesehenen Zahlen übertroffen wurden. Die volkseigenen Betriebe der Textilindustrie haben bereits bis Ende Oktober den Jahresplan für 1949 erfüllt.

Wachsamkeit tut not!

Man hat uns in diesem Zusammenhang die Frage gestellt: Wie steht es unter den Bedingungen des Kampfes um die vorfristige Erfüllung des Plans mit der Produktion der privatkapitalistischen Betriebe? Ich möchte hier ganz offen darüber sprechen. Entsprechend dem Inhalt des Zweijahrplans wird sich auch die Produktion der kapitalistischen Betriebe erhöhen. Auch der Umfang des privaten Handels wird sich erweitern. Das ist unvermeidlich und notwendig, damit alle vorhandenen Produktionsmöglichkeiten zur schnellen Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung ausgenutzt werden. Selbstverständlich wird die Produktion des volkseigenen Sektors der Wirtschaft schneller wachsen, der staatliche Handel wird an Bedeutung gewinnen, und damit werden die Grundlagen der neuen demokratischen Ordnung gestärkt. Aber von dem allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung haben gegenwärtig auch die Privatunternehmer Nutzen.

Wir haben keine Furcht, daß daraus eine Änderung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse bei uns erfolgt. Die volkseigenen Betriebe, der volkseigene Handel, die volkseigenen Banken und die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik sind stark genug, um die demokratische Entwicklung im Sinne des großen Wirtschaftsplans und des allgemeinen Fortschritts zu sichern. Wir dürfen jedoch nicht unterschätzen, daß es Leute gibt, die die Entwicklung der Produktion in privatkapitalistischen Betrieben ausnutzen, um die allgemeine Durchführung des Wirtschaftsplans zu stören.

Die Erfolge unserer Wirtschaft lassen die Feinde nicht ruhen. Sie wissen, daß sie keine Aussicht mehr haben, die neue Ordnung zu beseitigen. Deshalb sind sie zur Entsendung von Agenten übergegangen, die Sabotageakte organisieren und bestrebt sind, rückständige Elemente zur Schädlingsarbeit zu veranlassen. Es gibt bei uns Sabotageakte, die von Agenten organisiert wurden, Leuten, die in westlicher Kriegsgefangenschaft waren und dort für solche Aufgaben speziell ausgebildet wurden. Es gibt bei uns auch Leute, die Schädlingsakte aus Egoismus durchführen, und es gibt bei uns Leute, die aus Gleichgültigkeit und Verantwortungslosigkeit Schädlingsarbeit leisten, die leichtfertig mit Feuer umgehen, die Kessel nicht richtig

bedienen, die sich nicht interessieren für die Einhaltung der Sicherheitsbestimmungen, die keine Sorgfalt zeigen bei der Ausübung des Bahndienstes usw.

Wir haben auch eine ganze Reihe Fälle, wo die gegnerischen Agenturen ganz legal die Verbindung mit früheren Freunden aus Konzernen im Gebiet der Republik aufgenommen haben. Der Fall Herwegen ist kein Einzelfall, denn Herwegen hat in seiner ganzen Tätigkeit die Politik jener Gruppierung zum Ausdruck gebracht, die im Dienste des ausländischen und westdeutschen Monopolkapitals die Industrie in der Republik stören, die Durchführung des Plans verhindern wollen und bereits Millionenwerte nach Westdeutschland verschoben haben.

Ich appelliere an dieser Stelle ausdrücklich an die Wachsamkeit aller Betriebsangehörigen der volkseigenen Betriebe. Man muß Schluß machen mit der Sorglosigkeit. Gerade weil der Feind eine Niederlage erlitten hat, gerade weil die Kräfte der Demokratie und des Friedens wachsen, deshalb arbeiten die Spionagezentren, die Sabotagezentren um so aktiver. Sie können heute nicht mehr Einfluß auf die Bevölkerung gewinnen. Sie können aber rückständige, reaktionäre Elemente ausnutzen für Sabotageakte, für ihre Diversionen, für Brandstiftungen und was sie alles betreiben.

Die volkseigenen Betriebe dienen der Einheit Deutschlands

Die Leistungen der schaffenden Bevölkerung im Gebiet der Republik haben nicht nur zur Normalisierung des Lebens und zur Verbesserung der Lage der Bevölkerung geführt, sondern haben eine große Bedeutung für den Kampf um die Wiederherstellung der Einheit unseres deutschen Vaterlandes. Durch ihre Leistungen in den volkseigenen Betrieben beweisen sie allen friedliebenden Kräften in Westdeutschland, daß, wenn das Volk selbst im Besitz der Großbetriebe ist, jene Reaktionäre die Macht verloren haben, die ihre Betriebsgewinne zur Kriegspropaganda und zur Haßpropaganda gegen andere Völker benutzen. Durch die Leistungen der volkseigenen Betriebe beweisen sie vor dem ganzen deutschen Volk, daß mit der Beseitigung der Machtposition der alten Konzernherren die Vor-

aussetzungen geschaffen sind, daß die Wirtschaft im Interesse des Volkes geleitet wird und daß nicht mehr die egoistischen Interessen einzelner Finanzherren maßgebend sind.

Die heutige Konferenz der Vertreter der volkseigenen Betriebe findet zu Beginn eines neuen Abschnittes der Entwicklung des volkseigenen Sektors unserer Wirtschaft statt. Nachdem eine Reihe Voraussetzungen für die normale Produktion geschaffen sind, nachdem die Arbeitsproduktivität erhöht wurde und die Aktivistenbewegung eine breitere Basis hat, stehen nunmehr in den volkseigenen Betrieben folgende grundlegende Aufgaben:

1. Erhöhung der Qualität der Produktion als Hauptinhalt des Wettbewerbes bei gleichzeitiger Erhöhung der Arbeitsproduktivität auf den Friedensstand.
2. Strenge Betriebswirtschaftsplanung, Senkung der Selbstkosten, Sicherung der Rentabilität der Betriebe.
3. Bessere Ausbildung des Facharbeiternachwuchses und Entwicklung der Aktivisten zu hochqualifizierten Arbeitern, Ingenieuren und Technikern. Gleichzeitig mit der Förderung der Arbeit der alten Intelligenz ist es notwendig, eine neue technische Intelligenz zu schaffen, da wir nur mit einem breiteren Kreise von Ingenieuren, Technikern, Chemikern, Wissenschaftlern die großen Aufgaben des Neuaufbaues und die Entfaltung unseres Exports von Qualitätswaren lösen können.

Die Regierung hat vor einigen Tagen eine wichtige Verordnung über die Erhöhung der Qualität der Produktion erlassen. Wir können heute schon sagen, daß manche Waren das Weltmarktniveau erreicht haben. Aber das genügt nicht. Es ist notwendig, daß die Bevölkerung mit Qualitätswaren beliefert wird und daß noch mehr hochwertige Waren für den Export erzeugt werden, damit wir mehr Rohstoffe und Lebensmittel einführen können.

Das ist die Lebensfrage für unser deutsches Volk. Sie bedeutet, daß das Lebensniveau unseres Volkes abhängt von der Höhe der Technik, von den Leistungen unserer Erfinder, von der Qualität der Produktion in unserer Industrie. Diese entscheidende Aufgabe kann man nicht lösen mit einer Gleichmacherei in Fragen des Lohnes und der Versorgung. Wenn wir in der Lage sind, die Lebensmittelrationen ab 1. Dezember zu verbessern, so in der Hauptsache deshalb,

weil wir dank den Leistungen unserer Ingenieure und Chemiker den Außenhandel steigern konnten. Selbstverständlich müssen wir unsere technische Intelligenz entsprechend ihren Leistungen bezahlen. Das hat sich zum Vorteil für die gesamte Bevölkerung ausgewirkt. Wir wollen durch die bessere Bezahlung der Angehörigen der technischen Intelligenz aber erreichen, daß jeder Arbeiter, jeder Angestellte, jeder Jugendliche sich bewußt wird, daß er durch Erwerbung höherer Fachkenntnisse ein überdurchschnittliches Lebensniveau erreichen kann. Wir wollen ihm dabei nach Kräften helfen. Vor allem gilt es, den Aktivisten zu helfen, damit sie sich in Ingenieurschulen und Fachkursen die notwendigen fachtechnischen, wissenschaftlichen Kenntnisse erwerben können. Von dieser Entwicklung der Qualitätsarbeit, von der Erziehung eines viel breiteren Kreises von Ingenieuren, Chemikern usw., von der besseren fachlichen Schulung der Arbeiter und Angestellten ist das Tempo des Aufbaus und der Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung abhängig.

Aus der Rede auf der Tagung der Vertreter der volkseigenen Betriebe der Deutschen Demokratischen Republik in Leipzig am 27. November 1949.

Die neuen Aufgaben in der Landwirtschaft

Für die Erhöhung der Erträge

Auf der I. SED-Parteikonferenz wurde hervorgehoben, daß es notwendig ist, im Laufe der Jahre 1949/50 unbedingt eine solche Ertragssteigerung in der Landwirtschaft zu erreichen, daß wir Ende 1950 ungefähr auf die Friedenserträge kommen. Das heißt, wir haben uns die Aufgabe gestellt, den Beschluß des Zweiten Volkskongresses durchzuführen, wonach durch Hebung der landwirtschaftlichen Produktion mehr Nahrungsmittel für das Volk erzeugt werden müssen. Wir stehen jetzt vor der Frage: Wie soll diese Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung erreicht werden?

In dem Beschluß des Zweiten Volkskongresses über den Neuaufbau der gesamten deutschen Wirtschaft wurde gesagt, daß es im Interesse der Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung notwendig ist, die Arbeit der Maschinen- und Geräteausleihstationen zu verbessern und die Bauernwirtschaften reichlicher mit Ersatzteilen für die landwirtschaftlichen Geräte zu versorgen. Es wurde verlangt, daß Spezialbetriebe typisierte Maschinen produzieren, die für die Maschinen- und Geräteausleihstationen und für die bäuerlichen Familienwirtschaftlich geeignet sind. Das wurde als eine der wichtigsten Aufgaben zur Herbeiführung der Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung bezeichnet. Ich knüpfe deshalb an diesen Beschluß des Zweiten Volkskongresses an, um hervorzuheben, daß diese Aufgaben nicht Aufgaben nur der SED-Mitglieder sind, sondern Aufgaben aller aufbauwilligen Kräfte in der sowjetischen Besatzungszone.

Die Hauptaufgabe ist heute die Festigung der demokratischen Umwandlung. Das grundlegende Gesetz der demokratischen Umwandlung auf dem Land war das Gesetz über die Bodenreform. Mit Hilfe dieses Gesetzes wurde die Diktatur der Junker und Großgrund-

besitzer auf dem Lande gebrochen. Die Klein- und Mittelbauern sind zahlenmäßig und in bezug auf die Bodenfläche die ausschlaggebenden Kräfte im Dorf geworden. Wir können also als großen Erfolg verbuchen, daß die Ausbeutung im Dorf eingeschränkt wurde, denn es gibt keine Güter mehr über 100 Hektar, auf denen kapitalistische Ausbeutung herrscht. Durch diese grundlegende Maßnahme wurde die Bahn für die demokratische Entwicklung im Dorfe freigelegt. Und nicht nur das, es wurde zugleich der Weg bereitet für die Anwendung der Ergebnisse der modernen Agrarwissenschaft in allen Bauernwirtschaften. Nachdem die Bauern durch die Hilfe der Arbeiterklasse Boden erhalten haben, nachdem die Grundlagen der demokratischen Ordnung geschaffen wurden, steht nunmehr als wichtigste Aufgabe die praktische Hilfe für die werktätigen Bauern, um ihre Lage zu verbessern und die Ernährung unseres Volkes zu erhöhen.

Was sind die nächsten Aufgaben?

1. Die bessere und umfassendere Ausnutzung der maschinellen Kräfte zur Bearbeitung des Bodens;
2. die Durchführung von Maßnahmen, damit die Neubauern und Kleinbauern mit Herdbuchvieh zu annehmbaren Preisen versorgt werden;
3. die Verbesserung der Düngemittelversorgung, damit die Neubauern und Kleinbauern sowie die Mittelbauern in höherem Maße als bisher in die Lage versetzt werden, sich Hochzuchtsaatgut zu verschaffen;
4. die Ausdehnung der bäuerlichen Beratung durch Vermittlung der Ergebnisse der modernen Agrarwissenschaft;
5. die Entwicklung der kulturellen Tätigkeit, allgemeine Hebung des kulturellen Niveaus durch systematische Kulturarbeit im Dorfe.

Unsere Losung heißt: Durch Festigung des Bündnisses der Arbeiterschaft und der werktätigen Bauern zur Übererfüllung des Zweijahrplans und zum Wohlstand des Volkes!

Mehr motorische Kraft für die werktätigen Bauern

Wenn wir auf der Parteikonferenz erklärt haben, in der gegenwärtigen Periode der Festigung der demokratischen Ordnung kommt es auf die Hilfe für die werktätigen Bauern an, so müssen wir uns bewußt sein, daß die entscheidende Maßnahme dieser Hilfe die Versorgung der Bauern mit motorischer Kraft, der Einsatz von Traktoren und anderen landwirtschaftlichen Geräten ist. Deshalb sehen wir unsere erste Aufgabe darin, zu helfen, daß die Maschinenausleihstationen ausgebaut werden und die Maschinen voll zum Einsatz kommen.

Unmittelbar nach der Parteikonferenz sind wir darangegangen, uns mit den einzelnen Maßnahmen der Hilfe für die Bauern zu beschäftigen. Das Politbüro unserer Partei hat in seiner Sitzung vom 17. Februar 1949 einen Beschluß gefaßt, in dem es heißt:

„Das Politbüro hält es für notwendig, daß im Interesse der Erhöhung der Hektarerträge die werktätige Bauernschaft mehr als bisher durch motorische Zugkraft unterstützt wird. Es ist deshalb notwendig, die Arbeit der bestehenden MAS zu verbessern und neue Maschinenausleihstationen zu schaffen. Das Politbüro hält diese Aufgabe für eine vordringliche Aufgabe bei der Vorbereitung der Frühjahrsbestellung. Das Politbüro ersucht die Genossen Rau und Selbmann, der Deutschen Wirtschaftskommission unverzüglich Vorschläge zu unterbreiten in bezug auf den Ausbau der Maschinenausleihstationen und weitere Maßnahmen zur Erhöhung der Hektarerträge zu treffen. Das Politbüro lenkt die Aufmerksamkeit besonders darauf, daß im Jahre 1949 die Produktion von mindestens 500 Traktoren und im Jahre 1950 von 4000 Traktoren erreicht werden muß.“

Das heißt, nach den Berechnungen, die wir auf der Grundlage des Zweijahrplans angestellt haben, halten wir es für möglich, die ursprünglichen Zahlen des Zweijahrplans in bezug auf die Produktion von Traktoren und landwirtschaftlichen Geräten bedeutend zu übertreffen, und zwar deshalb, weil wir infolge der hohen Leistungen der Hennecke-Bewegung im Bergbau imstande sind, mehr Kohlen zu erzeugen, als ursprünglich berechnet wurde. Wir sind uns allerdings bewußt, daß diese Zahl von Traktoren und landwirtschaftlichen Geräten noch nicht ausreicht, die Schwierigkeiten zu beseitigen. Wir

hielten es daher für notwendig, Versuche zu unternehmen, um noch eine größere Zahl von Traktoren und anderen landwirtschaftlichen Geräten zu bekommen.

Wenn wir der Frage der Hilfe für unsere Bauern eine so große Aufmerksamkeit widmen, so besonders auf Grund der Anregungen, die die *Konferenz der Aktivisten der Maschinenausleihstationen* in Osterburg gegeben hat. Der Generalsekretär der Zentralvereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe, Genosse Vieweg, hat auf dieser Konferenz richtige Vorschläge über die Maßnahmen zum Ausbau der Maschinenausleihstationen gemacht, und wir müssen sagen, daß es schon eine ganze Anzahl von Kreisen gibt, in denen die Leitungen der VdgB und die Landräte begonnen haben, Maschinenausleihstationen zu schaffen beziehungsweise auszubauen.

Die MAS zu agrartechnischen und kulturellen Zentren machen

Wenn wir den jetzigen Stand der Maschinenausleihstationen überprüfen, müssen wir leider feststellen, daß in manchen Gebieten den MAS nicht genügend Aufmerksamkeit gewidmet wurde. Mir liegt die Statistik über die Maschinenausleihstationen im Lande Brandenburg vor. Nach der offiziellen Statistik sollen laut Plan in zwanzig Kreisen 110 MAS bestehen. Aber die Kontrolle seitens anderer Organe hat ergeben, daß 33 MAS nicht vorhanden sind. Nach dem Kontrollbericht sind weiter in den drei Oderbruchkreisen 25 Stationen auf dem Papier vorhanden, aber nur eine ist wirklich in Betrieb. Aus dem Kreise Zauch-Belzig wird uns berichtet, daß die verantwortlichen Leiter der Maschinenausleihstationen sehr fahrlässig mit den Maschinen umgehen, daß die Maschinen zum Teil im Freien stehen, daß keine genügende Sorgfalt auf die Behandlung der Maschinen verwandt wird. In einem Kontrollbericht aus Mecklenburg lesen wir, daß die Maschinenhöfe der VdgB in Ückermünde acht Traktoren besitzen, aber diese Traktoren stehen still, weil die Verwaltung zu lange Zeit braucht, um die Ersatzteile frei zu bekommen. Unsere Freunde berichten, daß die Wartezeit für Ersatzteile in diesem Gebiet neun bis zwölf Monate beträgt. Auf dem Maschinenhof in Leese im Kreis Schwerin sind von 25 Treckern nur zehn einsatzfähig.

Wir haben den Eindruck, daß es einige Landmaschinenwarte gibt, die die Bedeutung der Maschinenhöfe noch nicht ganz verstanden haben. Vielleicht liegt das auch daran, daß die Partei, die Gewerkschaften und die VdGB die leitenden Funktionäre für die Maschinenhöfe nicht sorgfältig genug ausgewählt haben.

Was wollen wir erreichen?

Wir wollen erreichen, daß die Maschinen, die bisher das Monopol der Großgrundbesitzer und reichen Bauern waren, jetzt zum Arbeitsinstrument der Klein- und Mittelbauern werden.

Man wird uns vielleicht die Frage stellen: Warum gebt ihr dann nicht den einzelnen Bauern Traktoren und Maschinen? Die Betroffenen, die diese Frage stellen, wissen sehr gut, daß wir dazu auf lange Zeit gar nicht in der Lage sind. Wenn wir die Traktoren und andere landwirtschaftliche Maschinen zum Arbeitsinstrument der Klein- und Mittelbauern machen wollen, so müssen wir die volkseigenen MAS schaffen.

Was sind die Maschinenausleihstationen?

Sie sind volkseigene technische, agronomische und kulturelle Einrichtungen in erster Linie zur Hilfe für die Klein- und Mittelbauern. Jede Maschinenausleihstation muß ein Minimum von Einrichtungen bekommen, das heißt sie muß eine Garage besitzen, ihr muß eine Reparaturwerkstatt angegliedert sein, ferner Maschinenschuppen, Gebäude für die kulturelle Betätigung. Entweder benutzt man dazu Schlösser, die frei gemacht wurden, oder man muß im Zentrum des Dorfes neue Kulturgebäude bauen. Wir wollen also, daß zur MAS ein Gebäude mit Vortragssaal, Lesesaal, Kino, Unterhaltungszimmer gehört und das zugleich auch die Büroräume für die MAS enthält. Wir haben an unsere Genossen in der Deutschen Wirtschaftskommission den Wunsch gerichtet, daß im Plan für 1949 genau festgelegt wird, wieviel solcher Gebäude in jedem Lande planmäßig zu erstellen sind. Es handelt sich also nicht darum, nur allgemein zu sagen: die MAS muß ein solches Gebäude haben, sondern es soll bestimmt werden, in welchen Dörfern des Kreises noch in diesem Jahr solche Gebäude zu errichten sind.

Wir sind der Meinung, daß vor allen Dingen hochqualifizierte, demokratisch gesinnte Kräfte als Leiter der Maschinenausleihstationen ausgewählt und bestimmt werden sollen. *Wie soll die Leitung einer MAS aussehen?* Sie soll bestehen aus einem Direktor und zwei Stellvertretern. Stellvertreter sind der Agronom oder der Hauptmechaniker und der Leiter der Kulturarbeit. Daraus erseht ihr, daß erreicht werden muß, die MAS zu agrartechnischen und kulturellen Zentren in den landwirtschaftlichen Gebieten zu machen. Wenn wir, um den Bauern zu helfen, die Maschinenausleihstationen in schnellem Tempo ausbauen wollen, so erfordert das qualifizierte Kräfte.

Damit die *Kulturarbeit* in Gang kommt, sind wir der Meinung, daß bei der Verwaltung der MAS für die Zone und bei jeder Landesverwaltung der MAS eine Kulturabteilung geschaffen wird und daß für die Arbeit in diesen Kulturabteilungen und für die Vorbereitung der Kulturarbeit der MAS unverzüglich mit der Schulung von 500 Kulturarbeitern begonnen wird. Ich glaube, wir können sagen: Wenn die Arbeiterklasse den Bauern nach 1945 geholfen hat, die Junker und Großgrundbesitzer zu entmachten, wenn auf der Grundlage der Bodenreform das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern geschaffen wurde, so wollen wir jetzt durch die von mir gekennzeichneten Maßnahmen den Bauern weiter helfen, um das Bündnis von Arbeiterklasse und werktätiger Bauernschaft zu festigen.

Notwendig ist vor allem, entschlossene Maßnahmen durchzuführen, damit die Maschinen, die jetzt schon in den MAS stehen, auch unverzüglich einsatzbereit gemacht werden. Wir ersuchen unsere Freunde in der Deutschen Wirtschaftskommission, Maßnahmen zu treffen, damit sofort, das heißt noch in der nächsten Woche, bestimmt wird,

erstens, welche Fabriken und Werkstätten ausschließlich die Ersatzteilproduktion für die MAS und die volkseigenen Güter durchzuführen haben, und außerdem, daß die Zentrale für Landtechnik innerhalb von zehn Tagen ihre Arbeit aufnimmt;

zweitens, daß dort, wo die MAS noch keine Reparaturwerkstätten haben, durch die Landesregierungen Maßnahmen getroffen werden, um den MAS Reparaturwerkstätten anzuschließen;

drittens, daß festgestellt wird, welche Traktoren und andere große landwirtschaftliche Maschinen und Geräte zur Zeit der Bodenreform vorhanden waren und nicht für die Verteilung an

Kleinbauern in Frage kamen, um zu ermitteln, welche davon in der Zwischenzeit verschleudert oder gestohlen worden sind. Warum sage ich das? Wir haben gehört, daß es gewisse Leute gibt, die jetzt Traktoren frei verkaufen, und zwar solche, die von den Gütern der enteigneten Großgrundbesitzer stammen. Den Betreffenden, die das versuchen, soll gesagt sein, daß sie auf Grund des Wirtschaftsstrafgesetzes von den ordentlichen Gerichten mit lebenslänglichem Zuchthaus bestraft werden können. Weiter halten wir es für notwendig, daß unverzüglich dazu übergegangen wird, die Unterbringung und Versorgung der Mitarbeiter der MAS vorzubereiten.

Es ist an uns die Frage gerichtet worden: Zu welchen Bedingungen werden die werktätigen Bauern die Maschinen und Geräte geliehen bekommen? Im Sinne unserer Stellungnahme auf der Parteikonferenz sind wir der Meinung, daß man keine einheitlichen Preise beim Ausleihen von Maschinen, Geräten, Dreschkasten usw. nehmen kann, sondern daß je nach der Lage Neubauern, Kleinbauern und Mittelbauern ein Rabatt gewährt werden muß.

Volkseigene Güter — Mustergüter

Ich gehe nun zur Frage der volkseigenen Güter über.

Die volkseigenen Güter sollen hochwertig landwirtschaftliche Produkte im Interesse der gesamten Bevölkerung billiger erzeugen, und sie sollen den werktätigen Bauern ihres Gebietes Hilfe leisten.

Leider müssen wir feststellen, daß ein Teil der Leiter der volkseigenen Güter diese Aufgaben noch nicht vollständig verstanden hat. Das landeseigene Gut Selbelang zum Beispiel, das 1463 Hektar umfaßt, weist einen Rückgang des Viehbestandes auf, was auf eine schlechte Leitung dieses Gutes schließen läßt. Der Betriebsleiter hat für sich persönlich gesorgt, sich aber wenig um die Entwicklung des Gutes gekümmert. Ich glaube, es ist an der Zeit, daß man durch die Volkskontrollausschüsse einige volkseigene Güter kontrolliert, damit solche Zustände beseitigt werden. Wir haben auch feststellen müssen, daß auf einer Reihe von volkseigenen Gütern die jugendlichen Landarbeiter unter Tarif entlohnt werden, daß die Wohnverhältnisse der Landarbeiter nicht den Möglichkeiten entsprechen, die gegenwärtig trotz unserer Notlage gegeben sind.

Zur Verbesserung der Arbeit der volkseigenen Güter hat die Deutsche Wirtschaftskommission beschlossen, eine *Vereinigung volkseigener Güter für die Zone* zu schaffen, in der alle volkseigenen Güter einschließlich der Güter der Deutschen Saatzuchtgesellschaft vereinigt werden. Durch die Schaffung dieser Vereinigung wollen wir erreichen, daß sich die volkseigenen Güter zu Musterwirtschaften entwickeln und ihre landwirtschaftliche Erzeugung so gesteigert wird, daß die Bauern erkennen, wie man mit Hochzuchtsaatgut und unter Ausnutzung aller Erfahrungen auf dem Gebiet der Düngung den Ertrag bedeutend steigern kann. Wir wollen weiter damit erreichen, daß mit Hilfe der volkseigenen Güter die Ungleichmäßigkeit im Ertrag, wie sie gegenwärtig in den Dörfern vorhanden ist, durch den Erfahrungsaustausch verringert und der Ertrag der Bauernwirtschaften allgemein erhöht wird.

*Arbeitswettbewerb — die wichtigste Methode
der Produktionssteigerung*

Damit das geschieht, ist es notwendig, daß auf den volkseigenen Gütern und auch auf den MAS *auf neue Weise gearbeitet* wird. Die MAS und die volkseigenen Güter sind Einrichtungen, die dem Volke gehören. Der Landarbeiter, der Treckerführer, der Agronom, alle arbeiten im wahrsten Sinne für das Volk. Das ist die Grundlage dafür, daß auf den MAS und den volkseigenen Gütern *der Arbeitswettbewerb zur Hauptmethode der Produktionssteigerung* wird. Ich spreche ausdrücklich nur vom Arbeitswettbewerb in den MAS und auf den volkseigenen Gütern, nicht schlechthin vom Arbeitswettbewerb in der Landwirtschaft, und zwar deshalb nicht, weil ein Unterschied besteht zwischen den volkseigenen Gütern und den MAS einerseits — das heißt den Betrieben, die dem Volke gehören und in denen es keine Ausbeutung und keine Kapitalisten mehr gibt — und den Bauernwirtschaften andererseits, die Privateigentum sind.

Ich lenke die Aufmerksamkeit besonders auf den Arbeitswettbewerb, mit dem der Erfahrungsaustausch verbunden sein muß, damit wir unsere Viehzucht möglichst schnell entwickeln und den Hektarertrag möglichst hoch steigern. Im Arbeitswettbewerb geht es auch um die größtmögliche Sauberkeit auf dem Hofe, um die Organisation und Ausgestaltung der kulturellen Zusammenkünfte und anderes.

Wir mußten leider feststellen, daß die *fachliche Schulung* auf einer Anzahl volkseigener Güter sehr viel zu wünschen übrigläßt. Wenn wir einen Nachwuchs von qualifizierten Agronomen schaffen wollen, müssen wir *in erster Linie Fachschulen bei den Volksgütern und den MAS* schaffen. Wir halten es deshalb nicht für richtig, wenn auf einigen Volksgütern unsere eigenen Genossen die Ausbildung der jungen Landarbeiter und der FDJ-Mitglieder vernachlässigen. Wir haben eine ganze Reihe von Beispielen, die zeigen, daß *die Freie Deutsche Jugend die Initiative im Wettbewerb auf den Volksgütern und in den Dörfern ergriffen hat*. Nehmen wir einige Beispiele. Die FDJ in Wandersleben (Thüringen) hat für 1949 ein Programm für die Durchführung des Plans und des Wettbewerbs ausgearbeitet, in dem es unter anderem heißt:

Zur Aufforstung des Gemeindewaldes werden bis zum Sommer Pflanzlöcher für 1000 Pappeln ausgehoben, 10 000 Stecklinge im Saatgarten der Gemeinde gezogen und die im vorigen Jahre gesetzten Stecklinge betreut. Dazu sind 300 Kubikmeter Boden zu bewegen.

Um die Errichtung der MAS zu beschleunigen, werden die anfallenden Erd- und Straßenbauarbeiten vordringlich und im freiwilligen Arbeitseinsatz durchgeführt.

Für fünf Hektar Gemeindewiese werden Bewässerungsgräben gezogen.

Zur Verschönerung des Dorfes wird am Anfang des Birkenweges (vom Bahnhof her) ein Feierabendpark angelegt.

Die Mitglieder der Sportgemeinschaft werden in der gleichen Zeit eine Überholung der Sportplatzanlagen durchführen.

Ich glaube, das ist ein ausgezeichnetes Beispiel für die Initiative der Freien Deutschen Jugend, das man in allen Dörfern nachahmen sollte.

Ich nehme ein anderes Beispiel. Von der FDJ-Gruppe in Kladrup (Mecklenburg) wird berichtet, daß die Dorfgruppe in ihrer bisherigen Tätigkeit unter anderem nachstehende Erfolge zu verzeichnen hat:

Die Maureraktivistengruppe trägt einen großen Teil zu dem Gelingen und der Durchführung der Siedlungsbauten bei. Die Tischleraktivistengruppe arbeitet bei der Durchführung des Befehls 209

und erzielte 288 Überstunden. Die landwirtschaftliche Maschinenaktivistengruppe hat 1370 Stunden Mehrleistung.

Diese Jugendgruppe hat sich im Rahmen des Zweijahrplans folgende Aufgaben gestellt:

Errichtung einer Fortbildungsschule, Schaffung eines Jugendheimes, Holzeinschlag für alte und bedürftige Gemeindemitglieder, Mitarbeit am Bau eines Siedlungswohnhauses und von zwei Stallscheunen usw.

Wir können also sagen, daß die Freie Deutsche Jugend die Initiative im Wettbewerb im Dorf übernommen hat und bereits Fortschritte erzielen konnte.

Leistungslohn in den MAS und volkseigenen Gütern

In diesem Zusammenhang steht die Frage der Entlohnung sowohl in den MAS wie auch auf den volkseigenen Gütern. Bisher haben wir in den meisten Fällen den Zustand, daß die Treckerführer nach Arbeitsstunden entlohnt werden. Damit aber hat der Treckerführer keinen Anreiz, innerhalb seiner achtstündigen Arbeitszeit mehr Hektar umzupflügen. Das ist also eine rückständige Arbeitsmethode, und die Bauern müssen dafür zahlen. Denn wenn der Traktorist im Stundenlohn arbeitet, so wird er sich Zeit nehmen. Er würde aber, wenn er nach Hektar bezahlt würde, das Doppelte leisten, und damit würden selbstverständlich die Kosten in den MAS bedeutend sinken. Es kommt hinzu, daß die Traktoristen zur Zeit der Frühjahrsbestellung und während der Ernte über acht Stunden hinaus arbeiten. Diese Leistung über acht Stunden wird zwar zusätzlich bezahlt, aber dieses Mehr ist geringer, als die tatsächliche Mehrleistung ausmacht, die dem Bauern großen Nutzen bringt. Wir schlagen vor, auf jeder MAS und jedem volkseigenen Gut ein Arbeitsvorbereitungsbüro zu schaffen. Dieses Büro hat die Aufgabe, die technisch begründeten Normen nicht nur für die Treckerführer zu berechnen, sondern auch für alle Arbeiten auf dem volkseigenen Gut und der MAS. Notwendig ist, daß die Gewerkschaften gleichzeitig Lohnkommissionen bilden, damit die Löhne richtig festgesetzt werden. Ich weiß, manche werden sagen: „Wie wollt ihr denn alle Arbeiten im Leistungslohn durchführen?“ Nun, im Laufe des nächsten halben

Jahres werden wir beweisen, daß das geht und sehr gut geht. Das ist alles schon ausprobiert, und man kann sehr wohl an die bereits vorliegenden Erfahrungen anknüpfen.

Weiter muß man den Bauern dadurch mehr helfen, daß das System der *Wirtschaftsberater* ausgebaut wird. Die Wirtschaftsberater sind Beauftragte der VdgB. Das ist an sich richtig, aber sie müssen einen Stützpunkt haben. Wäre es nicht zweckmäßig, wenn die Wirtschaftsberater diesen Stützpunkt auf dem volkseigenen Gut oder auf der MAS erhielten und von ihm aus ihre Aufgaben erfüllen? Dann können sie alle Erfahrungen und alle die Mittel, die den MAS und den volkseigenen Gütern zur Verfügung stehen, praktisch mit verwerten und so den Bauern wirklich helfen.

Fachschulung verstärken!

Wenn wir diese Aufgaben erfüllen wollen, ist es, wie bereits erwähnt, besonders notwendig, der Fachschulung größte Aufmerksamkeit zu widmen. Aus den Mitteilungen der Bauern, vor allen Dingen der Freien Deutschen Jugend in den Dörfern, wissen wir, daß ein großer Drang vorhanden ist, sich Fachwissen anzueignen.

Kürzlich sagte mir ein alter Bauer: „Das wichtigste ist die landwirtschaftliche Schulung und der Austausch von Erfahrungen.“

Wir halten es deshalb für erforderlich, daß von seiten der Deutschen Wirtschaftskommission besondere Maßnahmen ergriffen werden, um im Plan für 1949 festzulegen, wieviel Fachschulen geschaffen werden, wieviel Berufsschulen bei den volkseigenen Gütern und den MAS jetzt organisiert werden sollen. Dabei lenken wir die Aufmerksamkeit besonders darauf, daß ein Teil der bisherigen Fachschulen offenkundig seine Aufgaben noch nicht erfüllt. Nach den Berichten, die wir bekommen haben, gibt es sogenannte Landwirtschaftsschulen, auf denen die Söhne und Töchter der Klein- und Neubauern fast keine Plätze bekommen haben. Vor mir liegt der Bericht einer jungen Genossin, die mitteilt, daß auf der Landwirtschaftsschule, die sie besucht, nur fünf Prozent Neubauernsöhne sind und ein einziges Mädchen. Die Mehrzahl der Schüler sind Söhne von Großbauern. Ich frage: Ist das demokratisch? Wer kann bestreiten, daß die Mehrzahl der Bauern im Dorf Klein- und Mittelbauern sind?

Aber auf den landwirtschaftlichen Schulen sitzen in der Mehrzahl Großbauernsöhne. Was für eine Demokratie ist das? Muß man nicht dafür sorgen, daß vor allen Dingen die Neu- und Kleinbauernsöhne und -töchter auf diese Schulen kommen?

Es gibt eine Reihe von Beispielen, die erkennen lassen, daß bereits gute Vorschläge in die Tat umgesetzt werden. In der „Lausitzer Rundschau“ lesen wir einen Bericht, daß die Volkshochschule des Kreises Löbau für die landwirtschaftlichen Saatgutbetriebe Berthelsdorf, Großhennersdorf und Rennersdorf die erste Betriebsvolkshochschule eröffnet habe. Das ist ein sehr wichtiges Mittel, um die Erwachsenenbildung zu fördern.

Ich fasse also zusammen: *Mehr Aufmerksamkeit den vorhandenen landwirtschaftlichen Schulen, Schaffung neuer Fachschulen bei den MAS und den volkseigenen Gütern, Kontrolle des Lehrplans und besondere Schulung der Lehrer für die landwirtschaftlichen Schulen.* Wenn wir das durchführen, werden wir auch auf diesem Gebiete vorwärtskommen.

Einige Aufgaben der VdgB

Nun einiges zur Tätigkeit der VdgB. Auf der Parteikonferenz habe ich im einzelnen dargelegt, welche Maßnahmen wir vorschlagen, um die Lage der Kleinbauern und vor allem der Neubauern durch die Differenzierung der Abgaben, der Grundsteuer, der Preise für Hochzuchtsaatgut usw. zu erleichtern.

Ich lenke eure Aufmerksamkeit besonders auf die Tatsache, daß der *Anbauplan von Ölkulturen* für das Jahr 1949 erweitert worden ist. Warum ist das geschehen? Nach dem neuen Plan, über den ihr schon informiert seid, sollen 142 000 Hektar mit Ölkulturen bestellt werden. Das ist für die Bevölkerung der Ostzone eine Lebensnotwendigkeit. Ihr wißt sehr gut, daß wir im vorigen Jahre nicht einmal die Fettkarte voll beliefern konnten, daß wir jetzt aber so weit sind, daß sie voll beliefert wird und daß wir in der Lage sind, den Betriebsarbeitern auf Grund des Befehls 234 zusätzlich Lebensmittel zur Verfügung zu stellen, wobei auch eine gewisse Verbesserung der Fettversorgung einbezogen ist. Aber diese Fettmenge reicht noch nicht aus, die Rationssätze für die gesamte Bevölkerung zu erhöhen. Hinzu kommt, daß wir auch in der Fleischversorgung noch bis zum

Herbst 1950 große Schwierigkeiten haben werden. Obwohl wir mehr Fett, Fleisch und Fische aus dem Ausland einführen, sind noch Schwierigkeiten vorhanden. Wenn wir also im Herbst dieses Jahres die Fettrationen für die gesamte Bevölkerung verbessern wollen, so hängt das wesentlich davon ab, daß wir die Ölkulturen entwickeln und daß in den einzelnen Kreisen und Dörfern die Maßnahmen festgelegt werden, damit Ölpflanzen in verstärktem Maße angebaut werden. Wir brauchen die Ölpflanzen außerdem zu anderen wichtigen Zwecken. Wir bitten die Bauern, diese Anstrengungen auf sich zu nehmen, damit die Versorgung der Bevölkerung allmählich weiter verbessert werden kann. Aber auch hierbei müssen die volkseigenen Güter beispielgebend sein.

Wir haben in letzter Zeit Mitteilungen bekommen, daß die Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe in Verbindung mit dem Kreisrat oder der Gemeindevertretung dazu übergegangen sind, sozusagen einen Zweijahrplan für ein Dorf beziehungsweise für einen Kreis zu schaffen. Mir liegt der Bericht über einen solchen Plan aus dem Ort Manchow-Gorgast vor, in dem gesagt wird, daß sich die Bauern zum Ziel setzen, bis 1950 die Friedensproduktion zu erreichen, daß sie vor allem in größerem Umfange Frühgemüse anbauen und weitere Maßnahmen ergreifen wollen, um durch intensiveren Anbau die Bodenergiebigkeit zu erhöhen.

Mir scheint es notwendig zu sein, daß nach diesen Beispielen in allen Kreisen und Gemeinden ganz konkrete Pläne für 1949/50 ausgearbeitet werden, damit wir bis zum Herbst 1950 den Friedensstand der Erzeugung in der Landwirtschaft erreichen. Das erfordert große Anstrengungen, aber die Aufgabe ist lösbar, besonders wenn die Industrie noch mehr künstlichen Dünger als gegenwärtig erzeugt.

Entwicklung einer breiten Demokratie im Dorfe

Nun hat man bei der Überprüfung der Lage im Dorf feststellen müssen, daß es viele Fälle gibt, wo die Entwicklung im Dorf durch den Bürokratismus oder durch diktatorische Methoden von Bürgermeistern, Gemeindevertretern usw. aufgehalten wird. Wir lenken eure Aufmerksamkeit besonders darauf, daß die Durchführung des Zweijahrplans beziehungsweise des Plans für 1949 entscheidend von

einer schnelleren demokratischen Entwicklung im Dorf abhängt. Wir können die uns gestellten Aufgaben nur erfüllen, wenn die ganze Initiative der werktätigen Bauern zur Entfaltung kommt, und das ist noch nicht überall der Fall.

Warum unterstreichen wir so die Bedeutung der demokratischen Entwicklung? Weil davon auch die materielle Lage und die Entwicklung des Wohlstandes der Bauern abhängig ist. Wenn im Ortsausschuß der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe in der Mehrzahl Dorfreiche sitzen, kann man doch nicht erwarten, daß sie die Interessen der Mehrheit, nämlich der Klein- und Mittelbauern, vertreten. Was ist also notwendig?

Erstens muß man dafür sorgen, daß die Klein- und Mittelbauern, die die übergroße Mehrheit bilden, in den Ortsausschüssen der VdgB auch dementsprechend entscheidenden Einfluß haben. Das ist das erste Gesetz der Entwicklung der Demokratie im Dorf.

Zweitens muß man in den landwirtschaftlichen Genossenschaften, die zum Teil von früheren Feldwebeln, Militärzahlmeistern usw. beherrscht werden, die Demokratie verwirklichen, indem man die Berichterstattung in den Mitgliederversammlungen der Genossenschaften durchführt und Genossenschaftsleitungen wählt, die denjenigen, die im Dorfe die Mehrheit bilden, nämlich den Klein- und Mittelbauern, auch in den Genossenschaften den entscheidenden Einfluß sichern.

Drittens muß man dazu übergehen, die Gemeindevertretungen dahin zu bringen, daß über die Differenzierung öffentlich in Bauernversammlungen berichtet und daß mit den Bauern über diese Fragen beraten wird. Wie viele Dörfer gibt es noch, wo nicht nur die Gemeindevertreter, sondern sogar Vorsitzende der VdgB erklären: „Wir lassen alles beim alten; denn wenn wir jetzt die Differenzierung durchführen, so macht mir das nur Schwierigkeiten!“ Nach unserer Meinung muß man das jetzt ändern. Die Differenzierung muß in Bauernversammlungen zur Diskussion gestellt werden, damit die Bauern wirklich demokratisch mitbestimmen und auf diese Weise die Ungerechtigkeiten bei der Differenzierung beseitigt werden.

Auf der Parteikonferenz habe ich über die Frage der Bürgermeister und der Gemeindevorsteher im Dorf gesprochen. Daraufhin habe ich einige Briefe erhalten. In einem der Briefe wird folgender Vorschlag gemacht: Um das undemokratische Verhalten gewisser Bürgermeister und Gemeindevorsteher zu beseitigen, sei es viel-

leicht ganz angebracht, in der Tagespresse unter Nennung der Namen die Fehler bestimmter Bürgermeister öffentlich anzuprangern. Ich denke, das ist gar nicht schlecht; denn allein mit gutem Zureden geht es nicht. Wenn wir Namen, Adresse und Hausnummer gewisser Bürgermeister und Gemeindevorsteher veröffentlichen, wird vielleicht manches besser werden und die Demokratie im Dorfe schneller entwickelt.

Rede auf der Bauernkonferenz der SED in Halle
am 19. und 20. Februar 1949.

Antwort auf Fragen der Bauern

Hier wurde eine ganze Reihe von Vorschlägen gemacht. Die Kommission, die sich mit den Fragen des *Wettbewerbs* beschäftigte, hat in richtiger Weise ihre Vorschläge entwickelt, wie schon in der Frühjahrsbestellung der Wettbewerb entfaltet werden soll. *Wer ist für die Organisation des Wettbewerbs verantwortlich?* Genauso, wie zum Beispiel in den Metallbetrieben der Metallarbeiterverband für die Organisation des Wettbewerbs und die Produktionsberatungen verantwortlich ist, so ist es auf den volkseigenen Gütern und den Maschinenausleihstationen der Landarbeiterverband. Ich glaube, der Landarbeiterverband muß sich anstrengen, damit er diese großen und wichtigen Aufgaben lösen kann. Das beste wird es sein, wenn er sich dabei mit der Freien Deutschen Jugend in Verbindung setzt und mit ihr gemeinsam diese wichtige Aufgabe in Angriff nimmt.

Aber der Wettbewerb soll nicht nur auf den volkseigenen Gütern und den Maschinenausleihstationen durchgeführt werden, sondern es gibt auch noch gewisse gesellschaftliche Aufgaben im Dorfe, die ebenfalls in die Wettbewerbsbewegung mit einbezogen werden können, zum Beispiel die Verschönerung des Dorfes, die Errichtung oder Herrichtung des Kulturhauses, die Organisation kultureller Veranstaltungen und vieles andere. Dieser Wettbewerb bezieht sich also auf bestimmte *gesellschaftliche* Einrichtungen, die das ganze Dorf angehen.

Nun zu der Frage, warum wir den Wettbewerb nicht auf die privaten Bauernwirtschaften ausdehnen. Diese Frage ist von der Kommission richtig beantwortet worden. Es geht hier um eine prinzipielle Frage, die auch mit der Planung zusammenhängt. Wir leben in einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung, nicht in einer sozialistischen. Produktionsaufträge auf volle Ablieferung der Produktion können und sollen also nur an volkseigene Betriebe, an Betriebe staatlichen Charakters gegeben werden. In der Industrie geben wir deshalb an die privatkapitalistischen Betriebe keine Produktionsaufträge mehr, sondern wir gehen zum Vertragssystem über. Die Initiative des Privatunternehmers soll nicht behindert werden. Er schließt Verträge mit volkseigenen Betrieben, mit Handelszentralen, mit der Außenhandelszentrale und anderen Stellen ab und verpflichtet sich, den Vertrag genau einzuhalten. Auf der Grundlage dieses

Vertrages bekommt er Rohstoffe oder Ersatzteile für jede wirtschaftlich notwendige Produktion. Wenn er aber Schund produziert oder Dinge, die kein Mensch braucht, bekommt er keine Rohstoffe. Im übrigen erhält er alles Wesentliche, was er zur Erfüllung seines Vertrages benötigt. *Wir haben also ein sehr kompliziertes Wirtschaftssystem*, weil es bei uns verschiedene wirtschaftliche Formationen gibt. Es gibt volkseigene Betriebe, es gibt privatkapitalistische Betriebe, und es gibt Betriebe der einfachen Warenproduktion des Handwerks und der Kleinbauern. Das ist die Lage.

Es ist notwendig, daß wir diese Besonderheiten der Wirtschaftspolitik in der gegenwärtigen Periode beachten und daß nicht Genossen, wie das auch hier auf der Konferenz geschehen ist, von Sozialismus sprechen. Es würde bedeuten, daß wir es der Arbeiterklasse erschweren, die reale Lage zu erkennen. Denn wenn wir in der Industrie die privatkapitalistischen Betriebe und die Betriebe des volkseigenen Sektors beziehungsweise im Dorfe die volkseigenen Güter und die privaten Bauernbetriebe in der Planung auf eine Stufe stellen, so heißt das, in der Ostzone seien die Klassen schon abgeschafft, es gebe keine Klassengegensätze mehr. Aber wer das sagt, der lügt. Es gibt bei uns Klassen; es gibt bei uns Klassengegensätze und auch Klassenkampf. Der Gegner führt ihn manchmal sogar ziemlich massiv gegen uns. Wir haben kein Interesse daran, die Tatsache der Existenz der Klassen und der Klassengegensätze zu verschleiern. Deswegen legen wir auch so großen Wert darauf, daß die Arbeit des Landarbeiterverbandes entwickelt und der Landarbeiterschutz gesteigert wird, daß also diejenigen Kräfte gestärkt werden, auf die sich die Arbeiterklasse auf dem Lande stützen muß. Das ist unser ganz klarer Standpunkt.

Man hat uns gefragt: Wenn solche Schwierigkeiten bestehen, *warum kämpft ihr dann nicht mit anderen Mitteln und greift zu Zwangsmaßnahmen?* Warum enteignet ihr nicht die Großbauern usw.? Wir haben den Betreffenden gesagt: Das würde der wirtschaftlichen Entwicklung in der jetzigen Etappe nur Schwierigkeiten bereiten, nichts weiter. Denn was ist die Besonderheit in der gegenwärtigen Situation? Die Besonderheit besteht darin, daß die Arbeiterklasse, überhaupt die Werktätigen dabei sind zu lernen, den Staat, die Wirtschaft, die Verwaltung zu leiten, das heißt *mit ökonomischen Mitteln* die Überlegenheit zu gewinnen. Deshalb verlangen wir, daß die Besten in die Leitung der volkseigenen Güter kommen; deshalb

verlangen wir die Ausbildung von demokratischen Direktoren für die MAS; deshalb verlangen wir die Entwicklung der Kulturarbeit im Dorfe. Ihr sollt lernen, in allen Zweigen der Arbeit auf dem Dorfe wirklich die führende Rolle zu erringen.

Theoretisch ist die Situation klar: Die Arbeiterklasse kämpft um die führende Rolle. Aber heißt das nur Agitation treiben? Nein das heißt diese führende Rolle jeden Tag realisieren und verwirklichen. Wie aber verwirklichen wir sie? Indem wir die volkseigenen Betriebe zu Musterbetrieben machen, indem wir den Plan übererfüllen, indem ihr lernt, den Staatsapparat zu führen, die Landwirtschaft zu leiten, indem die SED und die Arbeiterklasse lernen, aus ihren Reihen gute Spezialisten, die besten Agronomen, Techniker und Chemiker zu entwickeln. Diese Kräfte müssen jetzt entwickelt werden, und wenn wir so darauf drücken, daß man der FDJ mehr Raum gibt, so deshalb, weil wir wollen, daß heute die Aktivisten der FDJ auf die Hochschulen und Fachschulen kommen, damit wir in einigen Jahren über gute Spezialisten verfügen. So steht die Frage, und das ist auch der Sinn der Beschlüsse der Parteikonferenz. Gewiß, es ist eine sehr große und sehr schwere Aufgabe, deren Lösung wir uns vorgenommen haben, aber ihr habt ja aus einer Reihe von Maßnahmen, die schon kurz nach der Parteikonferenz getroffen wurden, gesehen, daß wir nicht nur einen schönen Plan haben, sondern einige Maßnahmen sehr schnell durchführen, so schnell, daß manche unserer Genossen in der Deutschen Wirtschaftskommission kaum mitkommen.

Die zweite Frage, die gestellt wurde, ist die Frage der Festigung der Bodenreform durch den *Bau von Neubauernhäusern*. Die Genossen, die hier gesagt haben, man müsse die Verträge über den Bau von Neubauernhäusern mit festen Preisen abschließen, haben vollständig recht. Ich kenne Fälle in Brandenburg, wo die Preise durch die sogenannte Landbaugesellschaft dreimal erhöht worden sind. Ich frage mich: Brauchen wir überhaupt so viele Gesellschaften, und kann man die Sache nicht ein wenig einfacher machen? Ich glaube, man kann es, und die Landesregierung in Brandenburg und auch andere Landesregierungen, die eine solche besondere Bauorganisation geschaffen haben, sollten sich einmal überlegen, ob es nicht auf andere Weise besser und billiger geht. Wir haben bei der Überprüfung des Baus von Neubauernhäusern festgestellt, daß die „Landbaugesellschaft“ die Aufträge in vielen Fällen an Privat-

unternehmer vermittelt hat. Dagegen ist an sich nichts einzuwenden. Sie hat aber nichts getan, um die Initiative der Bauern und aller anderen Werktätigen im Dorfe zu entfalten. Viele FDJler haben zwar aktiv geholfen, aber der Bau der Neubauernhäuser muß zur Sache der Volksinitiative in den landwirtschaftlichen Gebieten werden.

Es wurde hier angeführt, daß in Brandenburg Neubauern ihr Holz an Sägewerke verkaufen und dann die Bretter oder Balken zu mehrfachem Preis zurückkaufen müssen. Ich sage ganz offen: Das ist absolut ungesetzlich. Es wäre Sache der Landesregierung in Brandenburg, dafür zu sorgen, daß die Neubauern die Möglichkeit bekommen, dieses Holz in Lohnauftrag an die Sägewerke zu geben. Selbstverständlich wird der Besitzer des Sägewerkes seine Gestehungskosten in den Preis einrechnen, aber daß der Bauer sein Holz verkaufen und dann die Bretter und Balken zum mehrfachen Preis zurückkaufen muß, geht nicht an; das grenzt schon an Wucher, und ich denke, das sollte die Landesregierung ändern.

Als dritte Frage wurde über das *Erfassungssystem* gesprochen. Zwei Genossen haben in der Diskussion gesagt, daß sie in ihrem Gebiet dazu übergegangen sind, die Erfassung den landwirtschaftlichen Genossenschaften zu übertragen. Wir haben andere Vorschläge vorbereitet, und ihr werdet aus der Broschüre über die Parteikonferenz ersehen, daß ich dort von einem staatlichen Erfassungsapparat gesprochen habe. Das ist etwas anderes. Wir sind zu der Schlußfolgerung gekommen, daß die bisherige Methode der Ablieferung ungenügend ist. Ihr habt mit eurer Kritik vollkommen recht, daß Viehhändler und Getreidehändler die Bauern betrügen. Als wir diese Berichte bekamen, haben wir daraus die Schlußfolgerung gezogen, daß man alle privaten Unternehmer aus der direkten Erfassung ausschließen muß. In der Deutschen Wirtschaftskommission wurde bereits die Vorlage beraten, daß die Hauptverwaltung für Handel und Versorgung aufgeteilt und eine besondere Verwaltung für Erfassung geschaffen wird, so daß der staatliche Verwaltungsapparat nicht nur bis zum Kreis geht, sondern bis hinunter an die Basis, und unten die Erfassung nicht mehr in der Hand der sogenannten Viehhändlergenossenschaft, oder wie die Organe alle heißen, liegt, sondern daß dort der staatliche Erfassungsbeauftragte arbeitet. Ihr habt recht, daß es das richtigste wäre, wenn wir Sammelstellen im Ort schaffen könnten — das ist auch der Plan —, von denen aus die staatliche

Erfassungsstelle die abgelieferten landwirtschaftlichen Produkte abholt. Wir können das aber nicht mit einemmal machen, weil wir nicht über genügend Transportmittel verfügen. Wir werden also Schritt für Schritt vorwärts gehen, um dieses Ziel zu erreichen.

Bedeutet das nun die vollständige Ausschaltung der Getreidehändler, Viehhändler usw.? Nein! Der Erfassungsbeauftragte der Verwaltung für Erfassung schließt die Verträge mit dem Viehhändler oder Getreidehändler ab, der dann seine Silos, seine Lagerräume usw. zur Verfügung stellt. Damit wird das Verhältnis geändert. Bisher hat der Händler kommandiert, jetzt aber bestimmt die staatliche Verwaltung. Ich denke, so könnte man es vorläufig machen.

Wir sind gegen die Übergabe der Erfassung an die Genossenschaften. Die Genossenschaften sollen helfen, sollen ihre Lager zur Verfügung stellen, sollen mit den Erfassungsstellen Verträge abschließen usw., aber man soll die Genossenschaften nicht zu Erfassungsorganen machen. Das hätte verschiedene unangenehme Folgen, die wir nicht wünschen, und aus dem Grunde sind wir zu unserem Vorschlag gekommen.

Nun zur Frage der *Maschinenausleihstationen*. Hier wurde über die Rolle der MAS gesprochen, und ich bin froh darüber, daß fast alle Bauern, die auf unserer Konferenz sind, ihre volle Zustimmung dazu gegeben haben, daß die MAS ausgebaut werden, damit vor allen Dingen die Klein- und Mittelbauern maschinelle Hilfe bekommen. Aber die Maschinenausleihstationen sollen noch mehr Hilfe leisten. Denn wenn wir solche technische Zentren haben, wird es leichter sein, auch die Reparaturen anderer landwirtschaftlicher Geräte durchzuführen, und es wird eher möglich sein, von der Industrie die Ersatzteile zu bekommen, die die Bauern unbedingt brauchen. In dem von uns ausgearbeiteten Plan ist genau festgelegt, welche Reparaturwerkstätten jeder Maschinenausleihstation angeschlossen werden müssen. Die Verwaltung der MAS setzt sich aus den beteiligten wirtschaftlichen Organen, die das Kapital dazu geben, zusammen. So wird die Deutsche Wirtschaftskommission die Traktoren, von denen ich sprach, in die MAS einbringen und auch noch andere Kapitalien zur Verfügung stellen. Damit wird sie 51 Prozent des Kapitals der MAS stellen. Die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe wird ebenfalls eine große Zahl von Traktoren als Kapital einbringen und die landwirtschaftlichen Genossenschaften einzelne Reparaturwerkstätten.

Weiter wurde über die Frage der *volkseigenen Güter* gesprochen. In dieser Beziehung ist es das wichtigste, ihre Arbeit zu verbessern. Es ist notwendig, daß sich jedes einzelne volkseigene Gut einen genauen Plan macht und festlegt, bis wann es den Friedensstand der Erzeugung erreicht haben muß. Nach meiner Meinung muß die Mehrzahl der Güter dieses Ziel in diesem Jahre erreichen. Je früher die volkseigenen Güter den Friedensstand in der Erzeugung erreichen, um so eher und um so mehr können sie den Kleinbauern und vor allem den Neubauern helfen.

Ich möchte mich jetzt zu den Fragen, die die *Deutsche Saatzuchtgesellschaft* betreffen, nicht weiter äußern, aber mir scheint, daß, so wertvoll die Arbeit der DSG in bezug auf die Erzeugung von Elitesaatgut und Hochzuchtsaatgut ist, in der Frage der Verteilung und in einigen anderen Aufgaben große Mängel vorhanden sind, die man genau untersuchen und dann Maßnahmen veranlassen sollte, damit sie in kürzester Frist beseitigt werden. Denn wir diskutieren über diese Fragen schon ein halbes Jahr, und wenn man nach der Presse urteilt, so ist auf den Gütern der DSG alles in Ordnung. Ich glaube aber, was in der Presse steht, ist doch nicht ganz richtig. Wir sollten die Arbeit der DSG etwas selbstkritischer beurteilen, damit wir die Schwächen sehen, um sie schneller überwinden zu können.

Von einigen Rednern wurde über die *Differenzierung* gesprochen. Ich sage euch ganz offen: *Die Frage der richtigen Differenzierung ist die Frage des Kampfes um die Demokratie im Dorfe.* Wenn irgendein Bürgermeister als Dorfpascha kommandiert, kann es keine richtige Differenzierung geben, und wenn die Mehrheit der Bauern, die Neu-, Klein- und Mittelbauern, nicht den entscheidenden Einfluß im Dorfe haben, dann ist die Folge eine falsche Differenzierung. Ich weiß, daß manche Kleinbauern — ich möchte beinahe sagen — eingeschüchtert sind und behaupten: Es läßt sich ja doch nichts machen! Das ist aber ein falscher Standpunkt! Es ist durchaus möglich, mit Hilfe *aller* demokratischen Organisationen, das heißt aller Parteien des antifaschistisch-demokratischen Blocks, der Gewerkschaften und der VdGB, endlich die Demokratisierung mit größerer Entschlossenheit durchzuführen und die Berichterstattung der Gemeindevertretung regelmäßig entgegenzunehmen. Sollen doch die Bauern ihre Meinung sagen, wenn der Plan über die Differenzierung in der Bauernversammlung vorgetragen wird. Ich kenne viele Beispiele, wie der Landrat Bauernversammlungen einberufen hat, in denen alle

Bauern des Dorfes anwesend waren und wo er über die Differenzierungsvorschläge berichtet hat, wo darüber diskutiert und dann auch ein Beschluß gefaßt wurde. In diesen Orten gab es keinen Streit über die Differenzierung und eine wirklich kameradschaftliche Zusammenarbeit. Deshalb sage ich: *Die Hauptfrage bei der richtigen Differenzierung und der richtigen Hektarveranlagung ist die Anwendung demokratischer Methoden im Dorfe.*

Zwei Redner haben die Frage der *Punktarte* behandelt. Es ist euch bekannt, daß wir dafür eingetreten sind, den Kleinbauern ebenfalls die Punktarte zu geben. Aus verschiedenen Gründen, über die ich jetzt nicht zu sprechen brauche, hat die Deutsche Wirtschaftskommission anders beschlossen. Welchen Weg können wir hier einschlagen? Einer der Diskussionsredner hat hier die Frage ganz richtig beantwortet. Die Genossin sprach davon, daß man dazu übergehen muß, durch die Ausdehnung und Verbreiterung des Systems der freien Läden den Bauern die Möglichkeit zu geben, nach Bedarf zu kaufen. Nun wird man einwenden: Die Bauern, vor allem die Kleinbauern, haben aber nicht genügend Mittel. Die Genossin hat darauf ganz richtig gesagt, daß es sich dabei eben um die richtige Differenzierung handelt. Und hier liegt der Haken.

Wir haben einen Beschluß gefaßt, daß das Ablieferungssoll auf keinen Fall erhöht wird. Das ist eine wichtige Maßnahme im Interesse der Bauern; denn sie haben von jeder größeren Anstrengung, von der Steigerung der Ergiebigkeit des Bodens und der schnelleren Entwicklung der Viehwirtschaft allein den Nutzen. Wenn wir das Ablieferungssoll nicht erhöhen, so bedeutet das, daß in den nächsten Jahren der Ertrag der Bauernwirtschaften ständig steigt, weil von Jahr zu Jahr die Bauern größere freie Mengen zur Verfügung haben werden. Das ist unser Prinzip: Wer intensiver anbaut und besser wirtschaftet, wird schneller größere Einnahmen haben, damit aber auch die Möglichkeit bekommen, die für ihn wichtigen und notwendigen Waren in freien Läden oder durch die landwirtschaftlichen Genossenschaften zu kaufen. Diesen Weg wollen wir gehen, und wir glauben, daß die Bauern nicht dagegen sein werden, wenn das Ablieferungssoll nicht erhöht wird und sie den vollen Nutzen aus den größeren freien Mengen haben werden.

In der Diskussion ist an den *landwirtschaftlichen Fachschulen* scharfe Kritik geübt worden. Mit Recht wurde gefordert, daß Berufsschulen auf den volkseigenen Gütern und bei den MAS geschaffen

werden, daß der Lehrplan der landwirtschaftlichen Fachschulen überprüft wird, daß man vor allem freundschaftlich mit den Lehrern spricht, damit auch sie sich schulen und verstehen lernen, sich in den neuen Problemen zurechtzufinden und in diesem Sinne die Schüler zu lehren. Wir sind in der Agrarwissenschaft kein so fortschrittliches Land, wie sich mancher Lehrer heute noch einbildet, sondern sind zum Beispiel der Sowjetunion gegenüber weit zurück. Die Lehrer der Fachschulen müssen sich jetzt bemühen, noch einmal zu lernen und gründlich zu lernen. In diesem Zusammenhang möchte ich hier offen die Bitte aussprechen, daß die Sowjetunion den Agrarfachleuten, die sich in Offiziersuniform in unserer Zone aufhalten, die Erlaubnis gibt, auf unseren Schulen über agrarwissenschaftliche Fragen zu lehren, um uns und unseren Lehrern zu helfen, die neuen Probleme zu verstehen.

Nun noch einige Worte zur *kulturellen Entwicklung* im Dorf. Ihr habt dem zugestimmt, daß jetzt sofort begonnen wird, in allen Dörfern Lesezimmer und Bibliotheken einzurichten.

Ich möchte insbesondere vorschlagen, daß in den Dörfern in größerem Umfang Filmveranstaltungen durchgeführt werden. Nach den Mitteilungen, die mir von unseren Fachleuten gemacht wurden, besteht die Möglichkeit, feststehende Kinoapparaturen zu beschaffen. Wir sprechen den Wunsch aus, daß die Zeiss-Werke noch in diesem Jahre für die MAS 500 Kinoapparaturen zur Verfügung stellen. Wir müssen erreichen, daß das kulturelle Niveau auf dem Dorfe gehoben und die alte KdF-Unkultur liquidiert wird, daß eine neue, volkstümliche, realistische Kunst gepflegt wird, um auch auf dem Lande das allgemeine Bildungsniveau unseres Volkes zu heben.

Damit bin ich am Schluß angelangt. Wenn wir die Vorschläge, zu denen wir hier gemeinsam gekommen sind und die im einzelnen in den Kommissionen eingehend behandelt wurden, in die Tat umsetzen, so wird es sich erweisen, daß diese Maßnahmen zu einer Verbesserung der Lage der Bauern und zu einer Hebung der Volksernährung in unserer Zone führen. Aber noch mehr! Den Verleumdern und Meckerern im Westen, den Großgrundbesitzern und Konzernherren, die bisher behauptet haben, durch die Bodenreform gehe die Ergiebigkeit der Landwirtschaft zurück, die aber praktisch die Bodenreform im Westen verhindert haben, werden wir beweisen, daß wir es nicht nur verstanden haben, eine wirklich demokratische Bodenreform durchzuführen, sondern daß wir auch auf der Grund-

lage dieser Bodenreform imstande sind, höhere Erträge zu erzielen, als das in Westdeutschland der Fall ist. Wir sind überzeugt, daß dann nicht nur die Mehrheit der Arbeiterklasse und der Werktätigen, sondern auch die Mehrheit der Bauern dafür gewonnen wird, diese demokratische Politik in ganz Deutschland, in einem einheitlichen Deutschland zu verwirklichen.

Schlußwort auf der Bauernkonferenz der SED
in Halle am 19. und 20. Februar 1949.

Der Landjugend ein besseres Leben

Eine erfreuliche Bilanz

„Unserem Volke mehr Brot — der Landjugend ein besseres Leben“, diese Losung eures Kongresses verwirklichen, das bedeutet vor allem, *den Geist des Fortschritts, den Geist der neuen Zeit in das Dorf tragen*, und ihr, die Aktivisten der Jugend, seid diejenigen, die diesen Geist des Fortschritts ins Dorf tragen sollt, damit auch auf dem Lande die demokratische Ordnung gefestigt wird. Wir sind uns bewußt, daß die großen Aufgaben, die wir zu erfüllen haben, nur gelöst werden können, wenn es uns, nachdem die volkseigene Industrie aufgebaut ist, nachdem wir die großen Erfolge der Hennecke-Bewegung und der vorfristigen Erfüllung des Industriepfandes verzeichnen können, gelingt, den Geist des Fortschritts auch in das Dorf zu tragen und die tiefgreifenden Veränderungen, die mit der Bodenreform begonnen wurden, weiterzuführen und zu vollenden. Den neuen Geist ins Dorf tragen, das heißt *die Masse der Landarbeiter und der werktätigen Bauern überzeugen* und sie für die neuen großen Aufgaben gewinnen.

Es geht darum, daß durch die Maßnahmen, die jetzt von uns vorbereitet werden, die neuen Kräfte entwickelt werden, die wir brauchen, um später den großen Wirtschaftsplan durchführen zu können. Die Erreichung der Friedenserträge erfordert zwar große Anstrengungen; aber wir müssen weiter vorwärtsschreiten. Es muß uns gelingen, nach der Erfüllung des Zweijahrplans auch bei uns die Natur umzugestalten und Hektarerträge zu erzielen, die alles weit übertreffen, was bisher in Deutschland erreicht wurde. Wir wollen beweisen, daß es im Zeichen unseres Wirtschaftsplans möglich ist, die Landwirtschaft so weit zu entwickeln, daß wir *Erträge erreichen, wie sie bisher in Deutschland nicht bekannt waren*. Das ist der

Grund, warum wir solchen Wert darauf legen, daß die Landarbeiterjugend gründlich und systematisch beruflich geschult wird, daß die modernsten Ergebnisse der Agrarwissenschaft unserer deutschen Jugend bekanntwerden. Deshalb werden wir dazu übergehen, eine enge wissenschaftliche Zusammenarbeit herzustellen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und den Wissenschaftlern der Sowjetunion, zum Nutzen unseres Volkes und vor allem auch zum Nutzen unserer Jugend.

Wenn wir solch große Aufgaben vor uns haben, ist es notwendig, daß wir eine gewisse Bilanz aus dem ziehen, was wir bisher erreicht haben, um feststellen zu können, wie die Arbeit weitergehen soll. Wir können uns jetzt die Aufgabe der Erreichung der Friedenserträge stellen, weil wir bereits 1945 mit der landwirtschaftlichen Planung begonnen haben, so daß wir auf Grund dessen in der Lage waren, den Zweijahrplan auszuarbeiten.

Welche Fortschritte haben wir erzielt? Wenn wir die Ergebnisse der Ernte von 1949 im Verhältnis zur Ernte von 1947 betrachten, so zeigt sich, daß alle Hektarerträge außer bei Kartoffeln 1949 um über 50 Prozent höher lagen als im Jahre 1947. Bei den Ölfrüchten waren es sogar mehr als 100 Prozent. Bei Getreide hatten wir 1949 einen Hektarertrag von 19 Doppelzentner gegenüber dem Friedensertrag von 21,7 Doppelzentner. Bei den Ölfrüchten sind wir in diesem Jahre schon ziemlich nahe an die Friedenserträge herangekommen. Es ist bekannt, daß eine Reihe von Dörfern, darunter eine ganze Anzahl Neubaugemeinden, in denen die Arbeiten planmäßig organisiert waren und auf der Basis der gegenseitigen Hilfe durchgeführt wurden, die Friedenserträge schon in diesem Jahr erreicht hat. Ja, es gibt sogar Dörfer, in denen im Durchschnitt der Friedensertrag übertroffen wurde.

Wir wissen, daß es in bezug auf Kartoffeln und Zuckerrüben infolge der ungünstigen Witterungsverhältnisse nicht möglich war, in diesem Jahr die Erträge des Vorjahres zu erreichen, daß sie sogar bedeutend niedriger liegen. Auf anderen Gebieten haben wir jedoch bedeutende Fortschritte gemacht, zum Beispiel auf dem Gebiete der Viehzucht. Durch die Einführung der Hektarveranlagung haben wir einen sprunghaften Anstieg des Viehbestandes zu verzeichnen. Während im ganzen Jahre 1948 die Rinderzahl nur um 97 000 anstieg, wuchs sie im ersten Halbjahr 1949 um weitere 235 000 Stück. Ebenso ist es mit der Schweinezucht. Die Zahl der Schweine stieg im Jahre

1948 um 540 000, in den ersten neun Monaten des Jahres 1949 dagegen um weitere 1 225 000. Das heißt, der Plan in bezug auf die Schweinezucht wurde übererfüllt. Die Anzahl der Pferde erhöhte sich im Jahre 1948 um 15 000, im ersten Halbjahr 1949 um fast 40 000. Wir sehen also auf dem Gebiete der Viehzucht einen ganz bedeutenden Fortschritt.

Erlaubt mir, in diesem Zusammenhang noch auf die große Unterstützung hinzuweisen, die von seiten der demokratischen Verwaltungsorgane geleistet wurde, um im Zusammenhang mit der Durchführung der Bodenreform das Neubauernbauprogramm zu verwirklichen. Es wurden 604 Millionen DM langfristige und außerdem noch 11 Millionen DM kurzfristige Kredite gegeben. 1949 wurden 15 374 Bauernhäuser, 23 152 Ställe, 16 109 Scheunen gebaut. Das bedeutet, daß vom Beginn der Bodenreform bis Ende 1949 durch Umbau oder Neubau 50 413 Wohnhäuser, 55 518 Ställe und 34 529 Scheunen neu erstellt wurden. Im Zuge der Bodenreform wurden 3 254 320 Hektar Land an die Neubauern und Kleinbauern aufgeteilt. Außerdem erhielten sie: 184 000 Pferde, 337 900 Milchkühe, 428 000 sonstiges Rindvieh usw.; an Maschinen: 266 000 Pferdepflüge, 147 000 Eggen usw.

Wir können also feststellen, daß beim Aufbau der neuen demokratischen Ordnung den werktätigen Bauern große Hilfe zuteil wurde. Aber das ist längst nicht alles.

Für die Durchführung der Meliorationsarbeiten zur Gewinnung von 131 000 Hektar neuen Ackerlandes wurden 45 Millionen DM zur Verfügung gestellt, weitere Summen für die Wasserwirtschaftsanlagen, so daß wir allein für diesen Zweck 187 Millionen DM ausgegeben haben.

Bei der Gründung der Maschinenausleihstationen wurden etwa 100 Millionen DM investiert, seitdem erfolgten weitere Investitionen in Höhe von 53 Millionen DM. Hierbei wollen wir dankbar die Hilfe erwähnen, die uns die Sowjetregierung erwiesen hat. Auf besondere Anweisung des Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, Generalissimus Stalin, wurden uns im Jahre 1949 1000 Traktoren, 540 Lastkraftwagen, 500 Kultivatoren und andere landwirtschaftliche Geräte zur Verfügung gestellt.

Während in unserem Zweijahrplan ursprünglich vorgesehen war, daß dieses Jahr 500 neue Traktoren produziert werden, wird es ge-

lingen, bis Ende des Jahres 1949 in eigener Produktion 800 Traktoren herzustellen.

Für die Deckstationen der VdgB wurden 5 Millionen DM bereitgestellt, für wirtschaftlich schwache Betriebe 10 Millionen DM. Der Erwerbsgartenbau erhielt 180 000 Quadratmeter Glas, außerdem Briketts und Rohbraunkohle, damit er weiterentwickelt werden kann.

Alle diese und andere Maßnahmen zusammengenommen sind eine große Hilfe für die Landwirtschaft zur Überwindung der Folgen des Krieges und zum Übergang zur Friedenswirtschaft. Ich glaube, man kann sagen, daß die Mehrzahl der kleinen und mittleren Altbauern — also die Mehrzahl der werktätigen Bauern — den Lebensstandard der Friedenszeit schon erreicht hat oder ihm immerhin sehr nahe gekommen ist.

Die Fortschritte, von denen ich sprach, sind das Ergebnis der seit 1945 eingeleiteten Wirtschaftsplanung. Ich möchte von dieser Stelle aus unseren besonderen Dank den sowjetischen Freunden aussprechen, die unmittelbar nach dem Sturz des Hitlerfaschismus bei der Ausarbeitung der Landwirtschaftspläne, des Viehzuchtplans usw. mitgeholfen und ihre großen wissenschaftlichen Erfahrungen auf dem Gebiete der Planung, der Agrarwissenschaft usw. zur Verfügung gestellt haben, wodurch wesentliche Fehler vermieden wurden. Eben diese Hilfe, diese wissenschaftliche Hilfe, diese praktische tägliche Hilfe bei der Ausarbeitung und auch bei der Durchführung der Pläne hat es uns ermöglicht, daß wir auf dem Gebiet der Landwirtschaft schon so weit gekommen sind, wie wir das jetzt feststellen können.

Die Aufgaben im Jahre 1950

Der Ministerpräsident der provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, hat in seiner ersten Regierungserklärung über die Entwicklung der Landwirtschaft im Jahre 1950 folgendes gesagt:

„Das Ziel für das Jahr 1950 ist die Erreichung der Vorkriegsernteerträge in der Landwirtschaft, die es ermöglichen, die Zwangsbewirtschaftung von Lebensmitteln, außer Fleisch und Fett, nach der nächstjährigen Ernte aufzuheben. Die Regierung wird mit den dazu notwendigen Maßnahmen baldigst an die Öffentlichkeit treten. Die Arbeiter der Industrie, die Wissen-

schaftler, die Bauern müssen Hand in Hand arbeiten, um dieses Ziel zu erreichen, das der ganzen Bevölkerung zugute kommen wird.“

Durch die 1949 erzielten Erfolge in Landwirtschaft und Industrie war die neue Regierung in der Lage, eine Reihe von Sofortmaßnahmen durchzuführen, zum Beispiel die Abschaffung der Karte IV, die in der Verordnung über die Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Industriewaren festgelegt wurde.

Um das vom Ministerpräsidenten Grotewohl gesteckte Ziel, die Vorkriegserträge zu erreichen, zu verwirklichen, sieht die Regierung auf dem Gebiete der Viehzucht folgendes für das Jahr 1950 vor: Hebung des Rindviehbestandes auf 3 630 000, darunter 1 150 000 Kühe; Hebung des Schweinebestandes auf 5 600 000, darunter 500 000 Sauen; Hebung des Schafbestandes auf 1 240 000, darunter 590 000 Muttertiere; Hebung des Pferdebestandes auf 721 000.

Es ist klar, daß dieses Ziel nur bei einer ganz sorgfältigen Pflege der Tiere erreicht werden kann. Wir glauben, daß es möglich sein wird, die Einfuhr von Futtermitteln dank der Produktionssteigerung auf Grund der Erfolge der Aktivistenbewegung in der volkseigenen Industrie zu erhöhen. Wir beabsichtigen, im Jahre 1950 etwa 350 000 Tonnen Futtergetreide, 200 000 Tonnen Sonnenblumenkernkuchen und 20 000 Tonnen Eiweißkonzentrate einzuführen. Mit Hilfe dieser Mengen wird es möglich sein, den Viehaufzuchtplan für 1950 zu erfüllen. Bei der Verteilung dieser Futtermittel muß ein besonderes Augenmerk der Notwendigkeit geschenkt werden, daß sie an diejenigen arbeitsintensiven klein- und mittelbäuerlichen Wirtschaften abgegeben werden, die auf Grund ihrer organischen Struktur durch Ausdehnung ihrer Viehzucht den Betrieb normalisieren und seine Rentabilität erhöhen können.

Die Leistungen der volkseigenen Industrie für die Landwirtschaft unserer Republik werden im kommenden Jahr besonders umfangreich sein. Es ist im Plan für 1950, der Anfang 1950 von der Volkammer beraten wird, folgende Produktion an Traktoren und Maschinen vorgesehen: 5200 Traktoren, 8000 Traktorenpflüge, 1100 Schlepper-Kultivatoren, 3500 Traktoreneggen, 600 Traktorendrillmaschinen usw. Außerdem sollen hergestellt werden: für 13 400 000 DM Ersatzteile für Traktoren und für 12 800 000 DM Ersatzteile für Landmaschinen. Die volkseigene Industrie wird alle Anstrengungen unternehmen, von diesen Ersatzteilen soviel wie möglich noch bis zum Beginn der Frühjahrsbestellung zu produzieren. Aus diesem

Grunde haben wir die Anweisung an die Ministerien für Materialversorgung und für Industrie gegeben, daß aus den im vierten Quartal dieses Jahres einzuführenden Walzwerkerzeugnissen unverzüglich ein bedeutender Teil zur Verfügung gestellt wird für die Produktion von Ersatzteilen für landwirtschaftliche Maschinen, damit bis zum Frühjahr die Schwierigkeiten in der Ersatzteilbeschaffung weitgehend vermindert werden.

Besondere Aufwendungen müssen gemacht werden für die Schaffung von Betriebsberufsschulen bei allen Maschinenausleihstationen und volkseigenen Gütern.

Die für die Fortsetzung des Neubauern-Bauprogramms notwendigen Summen sind noch nicht endgültig festgelegt. Aber es kann schon jetzt gesagt werden, daß der Bautätigkeit in den östlichen Gebieten Mecklenburgs größere Aufmerksamkeit gewidmet werden muß, damit dort mehr Neubauernhäuser gebaut werden.

Ferner wird sich die Regierung in der nächsten Zeit mit gewissen Erleichterungen für die werktätigen Bauern in steuerlicher Beziehung beschäftigen. Das landwirtschaftliche Steueraufkommen von 1947 soll nicht überschritten werden. Es ist aber notwendig, diese Steuererbringung gerechter zu gestalten, damit nicht, wie es jetzt teilweise geschieht, Klein- und Mittelbauern steuerlich stärker belastet werden als die Großbauern.

Durch den Ausbau des Handelsapparates und durch verstärkte Belieferung der Dörfer mit Industrieprodukten des täglichen Bedarfs soll verhindert werden, daß noch Schwarzmarktkäufe getätigt werden. Wenn wir berücksichtigen, daß bis zum Ende des nächsten Jahres die Handelsorganisation ihr Verkaufsnetz auch in den landwirtschaftlichen Gebieten ausdehnen wird und weitere Preissenkungen erfolgen werden, dann kann man sagen, daß es absolut möglich sein wird, auch in den landwirtschaftlichen Gebieten das Leben zu normalisieren.

Worin besteht die Normalisierung? Sie besteht darin, daß wir bis Ende nächsten Jahres den Friedensstand der industriellen Produktion und der landwirtschaftlichen Erzeugung erreichen wollen. Wenn man das Kartensystem aufheben will, ist es notwendig, einige Änderungen im Ablieferungssystem durchzuführen. Im Zusammenhang mit der Schaffung einheitlicher Preise ist eine solche Lage herbeizuführen, daß die Bauern gewisse Waren nicht mehr schwarz einkaufen, sondern sie auf normalem Wege erhalten.

Die demokratische Initiative auf dem Lande entfalten

Wir sind überzeugt, daß die gemeinsamen Anstrengungen der Industriearbeiterschaft und der werktätigen Bauern es uns ermöglichen werden, bis Ende nächsten Jahres zu einer solchen Normalisierung des wirtschaftlichen Lebens auf Friedensgrundlage zu kommen. Damit aber diese Aufgabe gelöst werden kann, ist es *notwendig, die Demokratisierung im Dorf zu beschleunigen und das kulturelle Niveau der Landbevölkerung bedeutend zu heben. Wir können diese großen Ziele, die wir bis Ende des nächsten Jahres erreichen wollen, nur erreichen, wenn es gelingt, breitere Kreise der Landarbeiter und der werktätigen Bauern zu bewußten Kämpfern für die Sache der Demokratie und für das Gelingen der vorzeitigen Erfüllung des Zweijahrplans zu machen.* Dazu gehört auch der wirksame Schutz der Landarbeiter und der Schutz der Landarbeiterjugend. Dazu gehört die obligatorische Berufsausbildung der Landjugend. Dazu gehört die Schaffung neuer und der Ausbau alter Schulen, die Heranziehung demokratischer Neulehrer für das Dorf, die Ausbildung einer größeren Zahl von Neulehrern für die Dörfer und die Verbesserung des Gesundheitswesens und des Gesundheitsschutzes im Dorfe.

Wir halten die gemeinsamen Maßnahmen der werktätigen Bauern in einigen Dörfern in bezug auf die Durchführung der Aufgaben des Landwirtschaftsplans für ebenso bedeutungsvoll wie die Erfolge der Aktivisten der Hennecke-Bewegung. Zum Beispiel hat die Initiative der *Kampehler Bauern* nach unserer Meinung als Beispiel für alle Dörfer eine große Bedeutung. In einer Entschliebung der Kampehler Bauern vom Juli dieses Jahres hieß es:

„In der heute stattgefundenen Mitgliederversammlung der Ortsvereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe des Dorfes Kampehl im Kreise Ruppín haben die Bauern zu ihrer Arbeit Stellung genommen. Nach eingehender Beratung sind sich die Bauern und Bäuerinnen darüber einig, daß es möglich ist, durch gute Zusammenarbeit die Vorkriegserträge im Erntejahr 1950 zu erreichen.“

Und sie haben eine Reihe Maßnahmen vereinbart, wie diese Ernteträge erreicht werden können.

Solche Beispiele gibt es in allen Ländern der Republik, und mir scheint, daß eine solche gemeinsame Beratung der Aufgaben, die

gemeinsame Beschlußfassung, der Erfahrungsaustausch in den Versammlungen der werktätigen Bauern, die Annahme von Beschlüssen, in denen sozusagen die Selbstverpflichtung für jedes Dorf festgelegt wird, ein großer Fortschritt in der Richtung der Planaufgaben sind. Denn wir müssen uns bewußt sein: Jetzt hat jeder einzelne im Dorf, jeder friedliebende demokratische Bürger die volle Verantwortung für die Erfüllung des Plans für den demokratischen Aufbau.

Wie können wir über vorhandene Schwierigkeiten hinwegkommen? Nur dadurch, daß wir *die demokratische Initiative entfalten*, daß wir in den Dorfversammlungen offen über diese Fragen sprechen, daß wir die Kritik von unten her entfalten und daß wir die Namen der Saboteure veröffentlichen, daß wir sie anprangern, damit sich jeder einzelne seiner moralischen Verpflichtung gegenüber dem gesamten Volk bewußt wird.

Es ist auch notwendig, daß wir den *Kampf gegen die Feinde des Plans* durchführen, gegen jene, die gewisse noch vorhandene Schwierigkeiten zu vergrößern suchen und die sich bemühen, die demokratischen Kräfte zu schwächen. Wir sollen uns bewußt sein, daß mit der Festigung der demokratischen Ordnung die feindlichen Elemente ihren Kampf nicht abschwächen, sondern verschärfen. Gerade deshalb, weil sie überzeugt sind, daß sie nie mehr imstande sein werden, im Gebiet der Republik das Rad der Geschichte zurückzudrehen, gehen sie zu Mitteln der Sabotage über und wenden sogar Mittel des Terrors an, um dadurch die Aufbauarbeit zu stören.

Die wichtigste Aufgabe — Entwicklung der MAS

Welches sind die Grundaufgaben, die wir anpacken müssen, damit wir unser Ziel erreichen? Das wichtigste ist die Entwicklung der Maschinenausleihstationen. Die Maschinenausleihstationen wurden geschaffen, um den Klein- und Mittelbauern die Errungenschaften der modernen Technik zur Verfügung zu stellen, damit sie nicht mehr von den Großbauern abhängig sind. Die Maschinenausleihstationen sollen zu agronomischen, kulturellen und politischen Zentren ihres Gebietes entwickelt werden. Eine der wichtigsten Voraussetzungen, um diese Aufgaben der MAS lösen zu können, ist die *Entwicklung der Aktivistebewegung in den MAS selbst*.

Wir können sagen — und das ist ein großes Verdienst vor allem der Freien Deutschen Jugend —, daß sich die Aktivistenbewegung in den MAS im letzten halben Jahr bedeutend entwickelt hat. Wir haben ganz hervorragende Leistungen von Jungaktivisten zu verzeichnen. Ich denke an den Jungaktivisten *Bruno Kießler* von der Außenstelle Grieben der MAS Köckte, der durch Anhängen eines Dreischarpflugs, einer schweren Egge, einer Walze und noch einer Stachelwalze den Acker in einem Arbeitsgang saarfertig machte und dabei seine Norm im Durchschnitt von elf Tagen zu 293 Prozent erfüllte! Ein anderes Beispiel bietet die Traktoristin *Agnes Meckel*, die in 24 Arbeitsstunden zehn Hektar Saatfurche bearbeitete und ihre Norm zu 152 Prozent erfüllte.

Wir müssen, wenn es in der Ausarbeitung des Leistungslohnes Schwierigkeiten gibt, sorgfältig studieren, wo Fehler vorhanden sind, wo Normen nicht richtig berechnet werden, wo die Differenzierung nicht genügend durchgeführt wird usw. Aus der mir bekannten Tabelle der technisch begründeten Arbeitsnormen, die von der Zentralverwaltung der MAS herausgegeben wurde, habe ich gesehen, daß man sich bemüht hat, die bisherigen Fehler weitgehend zu beseitigen, und wir dürfen erwarten, daß die Aktivisten selber mithelfen und Vorschläge machen, wie der Leistungslohn besser und richtiger anzuwenden ist.

Auf dem Gebiet der *beruflichen Ausbildung der Jungarbeiter in den MAS* haben wir kaum erst begonnen. Diese FDJ-Traktoristen haben eine große Arbeit geleistet, ihre Aufgabe ist jedoch eine viel umfassendere. Die Traktoristen, die Mitarbeiter der MAS haben mit den Bauern unmittelbaren persönlichen Kontakt. Von ihnen hängt es wesentlich ab, daß die Bauern überzeugt werden und das Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft gefestigt wird. Deshalb ist der nächstwichtige Schritt, daß die Traktoristen, die Mitarbeiter der MAS und auch der volkseigenen Güter die notwendigen agronomischen Kenntnisse erhalten, daß sie unsere Landwirtschaftspolitik gut verstehen, daß in Kursen und wissenschaftlichen Vorträgen alle diese Fragen durchgearbeitet werden, damit auch ein junger Traktorist einen erwachsenen Klein- oder Mittelbauern überzeugen kann, wenn dieser irgendeine feindliche Radiostation gehört hat und nun dumme Geschichten erzählt. Da muß eben dieser FDJler imstande sein, ihn zu überzeugen. Und wenn der Bauer überholte Methoden der Bodenbestellung anwendet, dann muß eben dieser junge

Traktorist so von uns geschult sein, daß er diesem Bauern die fortschrittlichen agronomischen Methoden erklären kann. Dann sollt ihr einmal sehen, was für eine Autorität die FDJ in den Dörfern bekommt!

Das scheint mir von besonderer Bedeutung zu sein, ich möchte sogar sagen, das ist die grundlegende Aufgabe, die vor uns steht. Aus diesem Grunde haben wir auch bei unseren Beratungen mit den Ministerien für Landwirtschaft und für Volksbildung besonderen Wert darauf gelegt, daß die *Berufsausbildung bei den MAS und volkseigenen Gütern jetzt schnell entwickelt wird* und daß die notwendigen Lehrkräfte ausgebildet werden. Viele von euch sind einfach als FDJler auf die Traktoren gesetzt worden, nicht wahr, und haben ganz gut gearbeitet. Aber so, wie wir in der Industrie die Aufgabe gestellt haben, daß die Aktivisten, die hohe Arbeitsleistungen vollbracht und ihre Norm übererfüllt haben, zu guten Facharbeitern werden und weiter zu guten Technikern, Ingenieuren, Chemikern, so gilt dasselbe für euch in der Landwirtschaft! Ihr habt schon hohe Leistungen vollbracht. Aber jetzt kommt es auf die Qualität an. Jetzt kommt es auf die Schulung an. Jetzt kommt es auf die Vermittlung der wissenschaftlichen Kenntnisse an. Und es ist auch gar nicht so schwer, einem Jugendlichen die modernsten fortschrittlichsten Erfahrungen der Wissenschaft zu vermitteln. Er wird bald in der Lage sein, in Verbindung mit seinen Erfahrungen den werktätigen Bauern zu helfen, so zu helfen, daß wirklich die enge Zusammenarbeit zwischen Arbeiterschaft und werktätigen Bauern und die enge Verbindung zwischen Stadt und Land erreicht wird.

Die Gesamtzahl der Arbeiter und Angestellten der Maschinenausleihstationen beträgt gegenwärtig etwas über 20 000. Davon sind 30 Prozent Jugendliche im Alter von 14 bis 25 Jahren, also eine sehr gute Zusammensetzung. Aber weniger günstig ist die Tatsache, daß von diesen 6417 Jugendlichen nur 1434, also weniger als ein Viertel, Lehrlinge sind, die eine ordnungsgemäße Ausbildung erhalten.

Dort liegt die Fehlerquelle, dort liegt unsere Schwäche. Hier muß die Regierung helfen. Hier muß die VdGB helfen. Hier muß auch der Landarbeiterverband helfen. Es ist also wichtig, daß die von der zentralen Verwaltung der MAS geplante intensive *Schulung der Traktoristen in Dreimonatslehrgängen* jetzt wirklich intensiv betrieben wird.

Das wird ein wichtiger Schritt sein zur Vermeidung von Fehlern

und Mißständen. Denn wir haben die bedauerliche Tatsache zu verzeichnen, daß von den 7660 Traktoren der MAS im Durchschnitt 37 Prozent ausgefallen sind. Nun, ein Teil ist wegen Ersatzteilmangels ausgefallen. Aber ich sage es ganz offen: Diesen Mangel hätte man leicht beheben können. Da wird uns erklärt: Die und die Traktoren fahren nur deshalb nicht, weil Düsen gefehlt haben! Nun, die hätte man beschaffen können. So weit hätte die zentrale Stelle voraussehen können, daß man Düsen braucht, und man hätte rechtzeitig für Ersatz sorgen können. Weil es solche Schwierigkeiten gibt, deshalb haben wir besondere Maßnahmen veranlaßt, damit die Ersatzteilproduktion jetzt beschleunigt wird.

Ähnlich ist es mit jenen Dreschmaschinen, die bei einer Durchschnittsleistung von 1,25 Tonnen je Stunde nur eine Leistung von 0,75 Tonnen erreichten. Es ist klar, daß der zu hohe Ausfall an Traktoren und die ungenügende Ausnutzung der Dreschmaschinen, vor allen Dingen aber die unzureichende und nicht rechtzeitige Belieferung mit Ersatzteilen durch Sondermaßnahmen hätte vermieden werden müssen.

Ich glaube, diese Beispiele zeigen, daß es erforderlich ist, *bestimmte bürokratische Arbeitsmethoden in unserer Verwaltung zu beseitigen* und operativer zu arbeiten, damit rechtzeitig Mängel und Fehlerquellen aufgedeckt werden. Wenn wir so arbeiten, wie ich sagte, dann werden wir erreichen, daß die fortschrittliche Jugend wirklich zum aktiven Träger des Bündnisses der Arbeiterschaft mit den werktätigen Bauern wird. Das grundsätzlich Neue muß darin bestehen, den Klein- und Mittelbauern die moderne Technik in Gestalt der MAS zur Verfügung zu stellen, damit sie auf diese Weise aus der Abhängigkeit der Großbauern befreit werden, was große politische Konsequenzen hat. Denn Klein- und Mittelbauern, die nicht von der Technik des Großbauern abhängig sind, werden auch geistig selbständiger sein: Ihr demokratisches Bewußtsein wird sich schneller entwickeln, als wenn sie an den Großbauern dadurch gebunden sind, daß sie auf seine Geräte, auf seine landwirtschaftlichen Maschinen angewiesen sind. Damit diese Arbeit besser vonstatten geht, scheint es uns notwendig zu sein, daß die MAS-Beiräte endlich ihre Arbeit beginnen beziehungsweise besser arbeiten, soweit sie bereits bestehen. Der MAS-Beirat soll aus einem Vorsitzenden und sieben Mitgliedern aus dem Kreis der in der VdGB organisierten Bauern bestehen, die mit der MAS Verträge abschließen, er soll sozusagen das

Bindeglied zwischen der werktätigen Bauernschaft und der MAS sein. Das Arbeitsgebiet des Beirats erstreckt sich also auf die Förderung sowohl der wirtschaftlichen wie auch der kulturellen Arbeit der MAS, das heißt, mit Hilfe des Beirats wird auch die kulturelle Arbeit im Dorf entwickelt werden. So muß der Beirat zur Aufstellung der Arbeitspläne beitragen und Vorschläge erstellen, damit die Leistungsfähigkeit der MAS voll ausgenutzt wird.

Die fortschrittliche Kultur ins Dorf tragen

Auf dem Gebiet der Kulturarbeit hat die FDJ zweifellos viele wesentliche Fortschritte im Dorf zu verzeichnen. Die FDJ-Betriebsgruppe der MAS Döbeln in Sachsen leistete 350 freiwillige Arbeitsstunden beim Bau des Kulturhauses. Die Zahl der Volkskunstgruppen ist in letzter Zeit auf 358 gewachsen. Die Betriebssportgemeinschaften der FDJ auf dem Lande haben ebenfalls Fortschritte zu verzeichnen. Ich betrachte es als einen großen Fortschritt, daß es in Mecklenburg bereits 95 ländliche Betriebssportgemeinschaften gibt. Ich habe gehört, daß es in einer ganzen Reihe von Dörfern noch alte Sportvereine gibt, die eigentlich nicht mehr existieren sollten. Wie wäre es, wenn wir dazu übergingen, *bei jeder MAS, bei jedem volkseigenen Gut eine wirkliche Sportgemeinschaft der FDJ und des FDGB zu bilden, die sozusagen das Zentrum der Sportbewegung ihres Gebietes ist?*

Deshalb sind wir der Meinung, daß die Sportgeräte jetzt in erster Linie den Sportgemeinschaften der MAS und der volkseigenen Güter zur Verfügung gestellt werden sollen. Man muß dazu übergehen, in einem solchen Lande wie Mecklenburg, das reich an Wassersportmöglichkeiten ist, Stadien usw. direkt bestimmten Sportgemeinschaften der MAS und der volkseigenen Güter zur Verfügung zu stellen, damit sie dort segeln, Rudersport treiben können usw. Also diejenigen, die für die ganze wirtschaftliche Entwicklung in den Landwirtschaftsgebieten die Hauptverantwortung haben, die Mitarbeiter der MAS und der volkseigenen Güter, müssen auch in dieser Hinsicht besonders gefördert und die Aktivisten der MAS und der volkseigenen Güter müssen bei der Schaffung von Erholungsplätzen bevorzugt werden, sowohl im Sommer als auch im Winter.

Wenn wir so die Arbeit durchführen, werdet ihr bald sehen, daß die MAS und die volkseigenen Güter nicht nur die fortgeschrittenste Technik haben, sondern auch zu Zentren des kulturellen Fortschritts und der politischen Entwicklung im ganzen Gebiet werden.

Unsere Gegner behaupten immer, daß wir kollektivieren wollen, aber ihr seht, wir machen etwas ganz anderes: Wir tragen die fortschrittliche Kultur ins Dorf, wir helfen dem Bauern mit der fortschrittlichen Technik und sorgen dafür, daß die bäuerliche Jugend Sport treiben kann, daß künstlerische Veranstaltungen von hohem Niveau auch in den Landgebieten stattfinden, daß die großen Künstler nicht nur in den Großstädten spielen, sondern daß man endlich dazu übergeht, sie auch in die Zentren der landwirtschaftlichen Gebiete zu schicken, wo die MAS und die volkseigenen Güter sind, und zwar unsere besten Künstler, damit dort die ganze Kulturbewegung einen großen Aufschwung erreicht.

Es ist also eigentlich das gleiche, was wir in der Industrie machen. In der Industrie schaffen wir die besten Klubs in den großen Betrieben, schicken wir die Künstler in die großen Betriebe, schaffen wir dort Sportgemeinschaften, sorgen wir dafür, daß diese bevorzugt mit Sportgeräten beliefert werden, schaffen wir Erholungsheime für die Belegschaften — und die großen Betriebe werden so zu wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Zentren. Auf landwirtschaftlichem Gebiet machen wir dasselbe. Das heißt: Wir reden nicht soviel über die führende Rolle der Arbeiterklasse, wir organisieren sie aber.

Dazu gehört auch, daß wir der *Entwicklung der Organisationen der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft* größere Aufmerksamkeit widmen. Ich denke, daß es keine MAS und kein volkseigenes Gut geben darf, wo nicht eine starke, gut arbeitende Gruppe der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft gebildet wird, die mit ihrer ganzen Arbeit in alle Dörfer ausstrahlt. Es wird Dörfer geben, wo man nicht gleich eine Organisation der Gesellschaft gründen kann, weil man noch nicht vorgearbeitet hat. Dann soll die Gruppe, die bei der MAS besteht, in diese Dörfer ihre Freunde schicken und dort eine Gruppe der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft organisieren. Bis jetzt haben wir in 296 MAS Betriebsgruppen der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, in denen 6200 Mitglieder organisiert sind. Aus diesen Zahlen erseht ihr, daß hier noch eine große Aufgabe zu erfüllen ist.

Landarbeit muß ein Beruf werden

Eine der wichtigsten Maßnahmen, um die von mir aufgezeigte Abhängigkeit und Unterdrückung der Klein- und Mittelbauern und Landarbeiter endgültig zu beseitigen, ist, sie zu selbstbewußten, denkenden und fachlich gutgeschulten Menschen zu erziehen. Diese Notwendigkeit hat der Zentralrat der Freien Deutschen Jugend richtig erkannt, wenn er in seinem Landjugendprogramm schreibt, daß das Netz landwirtschaftlicher Berufsschulen ausgebaut werden muß, daß geeignete Lehrer herangezogen werden müssen, daß in den MAS und volkseigenen Gütern Betriebsfachschulen einzurichten sind und daß die Ausbildung vereinfacht werden muß. Wir können diese Forderungen auf Grund der uns vorliegenden Materialien voll und ganz unterstützen.

Ich möchte darauf hinweisen, daß im Kreise Waren in Mecklenburg von 4000 berufsschulpflichtigen Jugendlichen nur 1080 erfaßt sind, daß aber von diesen 1080 Jugendlichen auch nur 60 bis 65 Prozent regelmäßig den Unterricht besuchen. Es muß also festgestellt werden, daß weit mehr als drei Viertel der Jugendlichen dieses Kreises entweder gar keine oder eine unzureichende Ausbildung durch die Berufsschule erhalten. In Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sind die Verhältnisse nicht ganz so kraß, aber auch dort muß sehr vieles verbessert werden. Es ist notwendig, daß sich die verantwortlichen Ministerien und Dienststellen unbedingt die Forderung der Freien Deutschen Jugend zu eigen machen, daß in den Agrargebieten *wenigstens im Umkreis von sechs Kilometern eine landwirtschaftliche Berufsschule* geschaffen wird. Denn man kann von dem lernbegierigsten Jugendlichen nicht erwarten, daß er bei stundenlangen An- und Abwegen nach seiner täglichen Arbeitszeit noch in der Lage ist, dem Unterricht aufmerksam zu folgen. Das Netz der Berufsschulen auf dem Lande muß also bedeutend dichter werden.

Auch die *Demokratisierung dieser Schulen* scheint eine dringende Notwendigkeit zu sein. Ich kenne eine ganze Reihe von Berichten der staatlichen Kontrollkommission, in denen auf Mißstände an diesen Schulen aufmerksam gemacht wird. So ist es in der Landwirtschaftsschule in Mittweida vorgekommen, daß ein Lehrer die Schüler in zwei verschiedene Klassen getrennt hat, in solche für Landarbeiter- und in solche für Bauernkinder, unter dem Vorwand, daß die Land-

arbeiter oft ihre Stellung und daher ihre Kinder auch die Schule wechseln müßten. Das ist aber kein Argument, das man anerkennen kann.

Ich möchte darauf hinweisen, daß während des laufenden Jahres 102 landwirtschaftliche Betriebsberufsschulen geschaffen wurden, daß wir aber im Jahre 1950 nicht nur erreichen müssen, daß diese Betriebsberufsschulen gut arbeiten, sondern daß bei jeder MAS und bei jedem volkseigenen Gut eine Betriebsberufsschule eingerichtet wird.

Es geht jedoch nicht nur um die schulische Ausbildung. Die FDJ kritisiert im Landjugendprogramm mit Recht die unzulängliche Zahl von Lehrstellen. Unseres Erachtens ist es notwendig, ihre Zahl zu vervielfachen, und hier müssen ebenfalls die MAS und die Vereinigung der volkseigenen Güter mit gutem Beispiel vorangehen. So stehen zum Beispiel auf dem volkseigenen Gut Karow von 43 Jugendlichen 35 im Lehrverhältnis. Das ist schon ein bedeutender Fortschritt gegenüber dem Zustand auf anderen Gütern. Darüber hinaus ist es auch notwendig, die im Landjugendprogramm aufgestellte Forderung zu verwirklichen, wonach die Zahl geeigneter Lehrstellen in bäuerlichen Betrieben zu vergrößern ist.

Wir wollen also erreichen, daß, ebenso wie der Beruf des Facharbeiters in der Industrie, auch der des Landarbeiters ein qualifizierter Beruf wird, der die Fähigkeit verleiht, alle anfallenden Arbeiten mit produktiven Methoden zu bewältigen.

Wenn wir dieses Ziel erreichen, dann wird es nicht schwer sein, die im Landjugendprogramm niedergelegte Verpflichtung einzuhalten, die lautet: „Wir schicken die fähigsten Aktivisten unter uns an die Arbeiter- und Bauernfakultäten der Hochschulen, damit sie als die zukünftigen Leiter der volkseigenen Güter, als Lehrer, Forscher, Bauern- und Wirtschaftsberater zu uns zurückkehren können.“ Ja wohl, das wollen wir!

Wir wollen, daß die Aktivistenbewegung und die Berufsschulung so entwickelt werden, daß wir nicht wie jetzt an den Arbeiter- und Bauernfakultäten einen Mangel an Hörern aus der Landwirtschaft haben, sondern daß genügend fähige und erfahrene Jungaktivisten vorhanden sind, die die Arbeiter- und Bauernfakultäten unserer Hochschulen besuchen, damit sie künftig die volkseigenen Güter leiten oder als Lehrer, Forscher, Bauern- und Wirtschaftsberater tätig

sein können. Dann werden aus ihren Reihen wirklich die Angehörigen der neuen Intelligenz kommen, die in den Landwirtschaftsministerien usw. ihre Arbeit vorbildlich erfüllen, damit keiner der dort tätigen Angestellten sagen kann, er sei unersetzlich. Es wird nicht lange dauern, dann wird das Wort wegfallen, daß jemand „unersetzlich“ sei. Ich hoffe, daß ihr durch euer Studium dafür sorgt, daß niemand mehr von denen, die schwach arbeiten, sagen kann, er sei unersetzlich, sondern daß diese Leute merken, auch wenn sie noch so alt sind, daß sie alle gründlich weiterlernen müssen, damit sie nicht durch Jugendliche ersetzt zu werden brauchen. Wir wollen erreichen, daß überall die Alten mit ihren Erfahrungen und die Jugendlichen mit ihrem Elan gemeinsam arbeiten und gemeinsam den Kampf um ein besseres Leben führen.

Den Bauern die fortschrittlichste Agrarwissenschaft

Damit wir die Hektarerträge der Vorkriegszeit erreichen, ist es besonders wichtig, die agronomische Beratung der Bauern bedeutend zu fördern. Wir sollen uns bewußt sein, daß die Landwirtschaft des kapitalistischen Deutschlands sehr zurückgeblieben war, weil sie unter der Herrschaft der Großgrundbesitzer und Junker nur den egoistischen Interessen dieser Herren diene. Wenn wir also nicht nur den Hektarertrag der Friedenszeit erreichen, sondern darüber hinaus bedeutend überschreiten wollen, so müssen wir dazu übergehen, bei uns die fortschrittlichste agrarwissenschaftliche Forschung in der Sowjetunion und ihre Ergebnisse auszuwerten. Wir müssen daher dafür sorgen, daß *an den Berufsschulen, Hochschulen und Universitäten* den Hörern *diese fortschrittlichen Ergebnisse der Agrarwissenschaft* vermittelt werden. Leider ist das heute fast nicht der Fall. Vielleicht sind wir selber daran etwas schuld; vielleicht ist von seiten des Landwirtschaftsministeriums und des Volksbildungsministeriums nicht genügend getan worden, um die Lehrer an den landwirtschaftlichen Schulen, Hochschulen usw. besonders zusammenzufassen und ihnen die Ergebnisse der fortschrittlichen Agrarwissenschaft zu vermitteln. Vielleicht muß man in dieser Beziehung die Arbeit verbessern. Aber es gibt dort auch einige Leute, denen das offenkundig schwerfällt, und vielleicht muß man einige jüngere Leute,

Assistenten usw. einsetzen, damit sie mithelfen, daß die Ergebnisse der fortschrittlichen Wissenschaft den Hörern an allen Schulen vermittelt werden.

Ich sagte schon, daß die Mitarbeiter der MAS und der volkseigenen Güter eine große Verantwortung bei der Vermittlung der agrarwissenschaftlichen Kenntnisse an die Bauern tragen. Wir müssen erreichen, daß die MAS und die volkseigenen Güter zu starken Stützpunkten in der Bauernberatung werden. Die Bauern müssen durch Anlage von Versuchsfeldern, also durch die Praxis, davon überzeugt werden, wie wichtig es ist, hochwertiges Saatgut zu verwenden, den richtigen Fruchtwechsel durchzuführen usw. Hier möchte ich die Verdienste hervorheben, die sich die FDJ-Betriebsgruppe der Studenten der Rostocker Universität erworben hat, indem sie in Mecklenburg in mehreren Gebieten den Bauern das Strohsiloverfahren und andere fortschrittliche Maßnahmen auf agrotechnischem Gebiet vorgeführt hat. Auch durch die Organisierung einer Lysenko-Diskussion hat sich diese Betriebsgruppe hervorgetan.

Die ersten Schritte in der von mir gezeigten Richtung sind von fortschrittlichen Bauern in einer Anzahl von Dörfern bereits unternommen worden. Wir haben beispielsweise aus den Dörfern Kampehl, Kunersdorf, Zirzow und anderen Berichte, daß fortschrittliche Bauern die großen Erfahrungen und Ergebnisse der Agrotechnik und der fortgeschrittenen Wissenschaft bereits anderen Bauern vermittelt haben. Man berichtet mir, daß im Neubauerndorf Berreuth die Höchsterträge der Jahre 1940 bis 1945 an Roggen und Weizen schon im Jahre 1947 überschritten wurden und daß die Erträge an Gerste und Hafer im Jahre 1949 erreicht beziehungsweise überschritten worden sind.

Es kommt darauf an, daß die fortschrittlichen Beispiele der Masse der Bauern mitgeteilt und ein Erfahrungsaustausch durchgeführt wird und daß die Bauern die Möglichkeit erhalten, sich solche vorbildliche Bauernwirtschaften anzusehen, um sich selbst von dem Nutzen zu überzeugen.

In diesem Zusammenhange hat die Durchführung der Wunschbaupläne eine große Bedeutung, weil die Abstimmung der Wunschbaupläne im Rahmen der Erfordernisse des Gesamtplans dazu beiträgt, die Initiative der Bauern zu fördern.

Die Dorfgenossenschaften — Organe gegenseitiger Hilfe

Von großer Bedeutung ist auch die Entwicklung der Dorfgenossenschaften. Die Dorfgenossenschaften können bei der Hebung der Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft große Dienste leisten. Das hängt wesentlich ab von der Zusammensetzung und der Fähigkeit der Leitungen der betreffenden Genossenschaften, nämlich davon, ob die verantwortlichen Leute ihre Aufgaben im Sinne der Beschlüsse der Konferenz der landwirtschaftlichen Genossenschaften und mit innerer Überzeugung durchführen.

Wir sollen uns bewußt sein, daß die bisherigen landwirtschaftlichen Genossenschaften ein Produkt des Kapitalismus waren, daß sie in ihrem Geschäftsverkehr kapitalistische Methoden angewandt haben und davon noch heute teilweise nicht loskommen können. Das zeigte sich in der Kreditpolitik. Früher bekam jener Bauer Kredit, der die sicherste Gewähr dafür bot, daß er diesen Kredit auch rechtzeitig und voll zurückzahlen würde. Das war natürlich der Großbauer, der über eine gut eingerichtete, ertragreiche Wirtschaft verfügte. Dagegen gingen die im Aufbau begriffenen oder durch Naturschäden betroffenen Klein- und Mittelbauern bei dieser Kreditpolitik meist leer aus, weil sie als unsichere Kantonisten galten, bei denen nicht sicher war, ob sie nicht noch ganz zahlungsunfähig werden würden. Nun, wir haben auch heute noch in manchen Genossenschaften solche Tendenzen, daß man nicht genügend die Notwendigkeit der Förderung der Kleinbauernwirtschaften berücksichtigt. Und deshalb ist es notwendig, auch die Arbeit mancher Genossenschaftsfunktionäre kritisch zu überprüfen. Wir wollen wirkliche Dorfgenossenschaften, die auf gegenseitiger Hilfe beruhen.

Unser Weg geht dahin, daß die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe die eigentliche Berufsorganisation, die wirtschaftliche Organisation der Bauern, die führende Kraft auf landwirtschaftlichem Gebiet werden soll. Aber dazu fehlen hier und da noch gewisse Voraussetzungen. Die leitenden Funktionäre der VdgB sind noch nicht genügend geschult worden. Die VdgB unternimmt noch nicht genügend Anstrengungen, um die leitenden Funktionäre gründlich zu schulen, damit sie wirklich dieser großen Aufgabe, die ich hier erwähne, gerecht werden können.

Das Neubauern-Bauprogramm beschleunigt durchführen

Bei der Überprüfung der Durchführung der Bodenreform haben wir festgestellt, daß zwar die von mir angeführte große Zahl von Neubauerngehöften errichtet wurde, daß aber bei der Durchführung dieses Bauprogramms Schwierigkeiten eingetreten sind. Ich hatte gesagt, daß über 600 Millionen DM für die Errichtung der Neubauerngehöfte ausgegeben wurden. Auch 1950 wird das Bauprogramm weitergeführt werden. Trotzdem ist es notwendig, daß sich vor allem die Landräte und die Kreisräte um die Lage der Neubauern kümmern.

Ich muß sagen, daß für einen Teil der Mißstände die Landbau-GmbH und ähnliche Einrichtungen in den Ländern eine große Verantwortung tragen, weil sie durch bürokratische Methoden, durch Anerkennung überhöhter Forderungen seitens der Bauunternehmer und sogenannter Vertrauensarchitekten die Baukosten der Neubauernhöfe vielfach unnatürlich erhöht haben. Deshalb sind wir der Meinung, daß diese Landbau-GmbH dort, wo sie noch bestehen, aufgelöst und ihre Funktionen an die bestehenden zuständigen Organe übergeben werden sollten.

Aber mir scheint auch notwendig, daß die demokratischen Kräfte, die demokratischen Parteien und Massenorganisationen den Neubauern dabei helfen sollten, die Rechnungen solcher Gesellschaften nachzukalkulieren. Warum müssen sie denn die hohen Forderungen gewisser sogenannter Vertrauensarchitekten anerkennen? Ich bin der Meinung, daß wir den Neubauern helfen sollten, damit sie selber nachkontrollieren können, damit sie sich selber verantwortlich fühlen für ihr Haus, und wenn die Kosten falsch, zu hoch, berechnet werden, sollen sie sich beschweren und sich an die staatliche Kontrollkommission wenden, dann werden wir schon Ordnung schaffen. Manche Bauern — das ist ein Beweis für die teilweise noch vorhandene Ideologie aus der Vergangenheit — sind der Meinung: Wenn eine Behörde oder, in diesem Falle, eine Landbau-GmbH etwas angeordnet hat, dann kommt es von oben, und dann ist es unbedingt richtig. Das kann man in diesem Falle wirklich nicht sagen. Deshalb scheint es notwendig zu sein, daß die demokratischen Kräfte den Neubauern helfen und dort, wo sie sehen, daß die Sache nicht klappt, mit kontrollieren und die Initiative der Bevölkerung im Dorfe entfalten, damit

diesen Neubauern geholfen wird und ihnen endlich ihre Gebäude erstellt werden.

Volkseigene Güter — Helfer der Neubauern

Wir haben die Tatsache zu verzeichnen, daß die Arbeit der volkseigenen Güter sich in der letzten Zeit verbessert hat. Aber ich möchte darauf hinweisen, daß wir sehr viele Beschwerden bekommen, wonach die Leiter und Mitarbeiter der volkseigenen Güter zwar ihr volkseigenes Gut zu einer Musterwirtschaft entwickeln, sich aber auf diese Tätigkeit beschränken. Und diese Beschränktheit mancher Direktoren und Mitarbeiter volkseigener Güter muß man endlich überwinden. Die volkseigenen Güter sollen nicht nur Mustergüter für sich werden, die hohe Erträge herausholen, sondern sie sollen den Neubauern helfen. Sie sollen ihnen helfen, daß sie gutes Zuchtvieh bekommen. Wenn die Neubauern in schwieriger Lage sind, sollen sie ihnen Zugmittel zur Verfügung stellen usw. Die Leiter und Mitarbeiter der volkseigenen Güter sollen sich mitverantwortlich fühlen für die Entwicklung der Neubauernwirtschaften in ihrem Gebiet.

Ich appelliere in diesem Zusammenhang besonders an die Freunde der FDJ, an die Betriebsgruppen der FDJ auf den volkseigenen Gütern, daß sie dort, wo keine genügende Hilfe an die Neubauern erfolgt, dies offen in den Betriebsversammlungen zur Sprache bringen und auch dazu übergehen, in der Presse darüber zu berichten, da wir größere Anstrengungen unternehmen müssen, um die Neubauernwirtschaften so zu entwickeln, daß der Neubauer seine wirtschaftlichen Aufgaben erfüllen kann und zu einem normalen Leben kommt.

Wir wissen, daß es bei der Durchführung dieser Aufgaben, vor allen Dingen bei der Versorgung mit Saatgut, eine Reihe von Schwierigkeiten und auch Mißstände gegeben hat. Wenn man auch feststellen kann, daß die Deutsche Saatzuchtgesellschaft bedeutende wissenschaftliche Leistungen vollbracht hat, so weist doch ihre Verwaltungsarbeit sehr große Mängel und Mißstände auf. Es ist deshalb notwendig, diesen Verwaltungsapparat grundlegend zu ändern. Die Maßnahmen, die das Ministerium für Landwirtschaft eingeleitet hat, müssen so bald wie möglich durchgeführt werden, und zwar in

der Weise, daß das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft und die Landesministerien alle Aufgaben der Saatzuchtplanung, die Sorge der Anbauplanung und der Kontrolle des Anbaues, der Erfassung und des Saatgutenerkennungswesens übernehmen. Bei der Deutschen Saatzuchtgesellschaft verbleibt die Entwicklung von Superelite und Elite, das Vertragssystem zur Produktion von Hochzucht (wobei die Verträge mit den volkseigenen Gütern und den Dorfgenossenschaften abgeschlossen werden sollen), die Erfassung, Reinigung und Aufbereitung des Saatgutes und der Verkauf an die Dorfgenossenschaften. Auf diese Weise soll eine klare Trennung der einzelnen Arbeitsgebiete erreicht und eine Quelle von Mißständen beseitigt werden.

Mehr Schutz der Landarbeiterjugend

Ich möchte nun zur Frage des Landarbeiterschutzes übergehen. Vor einiger Zeit wurde von der Volkskammer das Gesetz über den Landarbeiterschutz angenommen, und es ist eine Zusatzverordnung zum Schutz der Landjugend in Vorbereitung. Durch die Annahme des Landarbeiterschutzgesetzes und die Verordnung zum Schutze der Landjugend wurde dem Beschluß des Dritten Parlaments der FDJ Rechnung getragen, das gefordert hatte, daß unverzüglich alle Anstrengungen unternommen werden, dem in Vorbereitung befindlichen Landarbeiterschutzgesetz und seiner Durchführung schnellstens Gesetzeskraft zu verleihen. Dieses Gesetz ist ein großer Fortschritt und bedeutet eine erhebliche Verbesserung der sozialen Lage der Landarbeiter. Aber das Wichtigste kommt erst jetzt. Ein Gesetz auszuarbeiten ist nicht schwer. Das Entscheidende ist die Durchführung und die richtige Durchführung. Das ist in erster Linie eine Aufgabe der IG Land- und Forstwirtschaft, aber auch der VdGB.

Wir haben schon bei der Vorbereitung der Wahlen für die Gewerkschaft Land und Forst gesehen, welche Schwierigkeiten im Dorf vorhanden sind. Großbauern haben versucht, die Landarbeiter vom Besuch der Wahlversammlungen fernzuhalten, oder haben sogar in einigen Fällen versucht, die Versammlungen der Landarbeiter zu sprengen. In vielen Fällen wurden Gewerkschaftsinstrukteure von Großbauern vom Hof gewiesen.

Ich denke, es ist *notwendig, überall die Lehren aus den Wahlen der IG Land und Forst zu ziehen*. Die Lehre besteht meiner Meinung nach darin, daß schneller die Aktivierung der Landarbeiter in den MAS und volkseigenen Gütern gefördert und das demokratische Bewußtsein der Landarbeiter gestärkt werden muß; denn die Landarbeiter sollen sich bewußt werden, daß sie jetzt voll mitverantwortlich sind für den demokratischen Aufbau und für die Erfüllung des Plans. Sie sind in einer ganz neuen Lage. Sie sind jetzt Träger des Staates und haben die volle Mitverantwortung. Darum ist es notwendig, sie besser zu schulen, ihnen mehr zu helfen, als das bisher der Fall gewesen ist.

Ich muß sagen, daß die genaue Analyse der Wahlen in der Landarbeitergewerkschaft gezeigt hat, daß in den privaten bäuerlichen Betrieben und in den privaten Gartenbaubetrieben nur eine schwache Arbeit geleistet wurde. Wahrscheinlich ist das zum Teil darauf zurückzuführen, daß der FDGB, die anderen demokratischen Massenorganisationen und die Parteien die Landarbeitergewerkschaft bei der Arbeit unter den Beschäftigten in den privaten bäuerlichen oder Gartenbaubetrieben nicht genügend unterstützt haben. Daraus ergibt sich, daß in Zukunft *die Arbeit unter den Landarbeitern, vor allem in den großbäuerlichen Betrieben, entscheidend verbessert und gestärkt werden muß*.

Wenn wir über die Verbesserung der Lebenslage der Landarbeiter sprechen, müssen wir uns besonders *für die Lage der Umsiedler interessieren*. Es gibt heute noch viele Gemeinden, wo die Umsiedler als Menschen zweiter Klasse behandelt werden. Das tritt in Erscheinung bei der Versorgung mit Wohnraum wie auch mit allem anderen, ja sogar beim Verkauf von Lebensmitteln. Es gibt Dörfer, wo die Umsiedler nicht in der Lage sind, sich im Dorfe auch nur die notwendigsten Lebensmittel zu kaufen, weil bestimmte Bauern ihnen diese Lebensmittel einfach verweigern.

In bezug auf die jugendlichen Landarbeiter haben wir ähnliche Fälle. Es gibt Beispiele, daß *jugendliche Landarbeiter* unter rückständigsten, ich möchte sagen barbarischen Lebensverhältnissen zu leiden haben.

Mir sind andere Fälle bekannt, wo Bauern den jungen Landarbeitern Schläge androhten oder verabreichten, als sie Bezahlung nach dem Tarifvertrag verlangten. Natürlich geht es auch anders. Wir haben zum Beispiel einen Bericht von einer Bäuerin Hering aus

dem Kreis Lebus vorliegen, die erklärt, daß die Zahlung des Tariflohns an die Landarbeiter keine finanziellen Schwierigkeiten bereite. Ihre 15 Hektar große Wirtschaft wird intensiv bearbeitet, und sie hat Getreide und Ölfrüchte, die sie als freie Spitzen verkaufen kann. Man kann also nicht behaupten, daß der Tarifvertrag nicht durchführbar sei. Aber gewisse Großbauern können einfach nicht von der alten Tradition loskommen, die Landarbeiter wie ein Stück Vieh zu behandeln. Sie versuchen immer wieder, die Arbeitsbedingungen zu diktieren.

Das gilt auch für *die Länge der Arbeitszeit*. Hier ist es notwendig, die Schutzbestimmungen, die im Landarbeiterschutzgesetz und im Jugendschutzgesetz vorgesehen sind, durchzuführen.

Mir scheint, daß es besonders notwendig ist, die *menschenunwürdige Unterbringung vieler jugendlicher Landarbeiter in Mecklenburg* zu überprüfen.

Die vom Landarbeiterverband begonnene Hofbegehung sollte weitergeführt werden, um auf jedem Hof festzustellen, wie die Situation dort ist, wie die Arbeitsverhältnisse der Landarbeiter und der jugendlichen Landarbeiter sind. Wir sind der Meinung, daß die jugendlichen Landarbeiter auch genügend Zeit haben müssen, um zu lernen und sich kulturell zu betätigen. Wir brauchen das nicht nur im Interesse jedes einzelnen jugendlichen Landarbeiters selbst, sondern wir brauchen das überhaupt vom Standpunkt des ganzen demokratischen Fortschritts im Dorfe, denn nur dann, wenn alle jugendlichen Landarbeiter, wenn alle Arbeiter der MAS und volkseigenen Güter zum Lernen, zum Studieren genügend Zeit haben, nur dann sind sie imstande, an der großen Aufgabe der Demokratisierung des Dorfes aktiv mitzuarbeiten.

Helft das neue demokratische Dorf schaffen

Wir müssen uns bewußt sein, daß die Demokratisierung des Dorfes mehr erfordert als die Beratung von Wunschanbauplänen und dergleichen mehr und daß es notwendig ist, alle wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Fragen im Dorfe grundlegend anders zu stellen, als das früher der Fall war. Mir scheint, daß so, wie in der MAS und auf den volkseigenen Gütern die Belegschaftsversammlung der große

Erziehungsfaktor ist — indem auf ihr die Erfahrungen ausgetauscht, die Fehler kritisiert werden, indem besprochen wird, wie die Arbeit verbessert werden kann —, *die Bauernversammlung im Dorfe* die gleiche große erzieherische Bedeutung hat. Auf diesen Dorfversammlungen erstattet der Bürgermeister oder der Leiter der VdGB Bericht, dort werden Erfahrungen in bezug auf die Bodenbearbeitung, die Düngung usw. ausgetauscht, dort werden die besten Beispiele den Bauern mitgeteilt. In dieser Versammlung aller Bewohner des Dorfes wird Kritik und Selbstkritik geübt, wenn der Gemeindevorsteher oder die Gemeindeverwaltung ihre Aufgaben nicht richtig erfüllt haben.

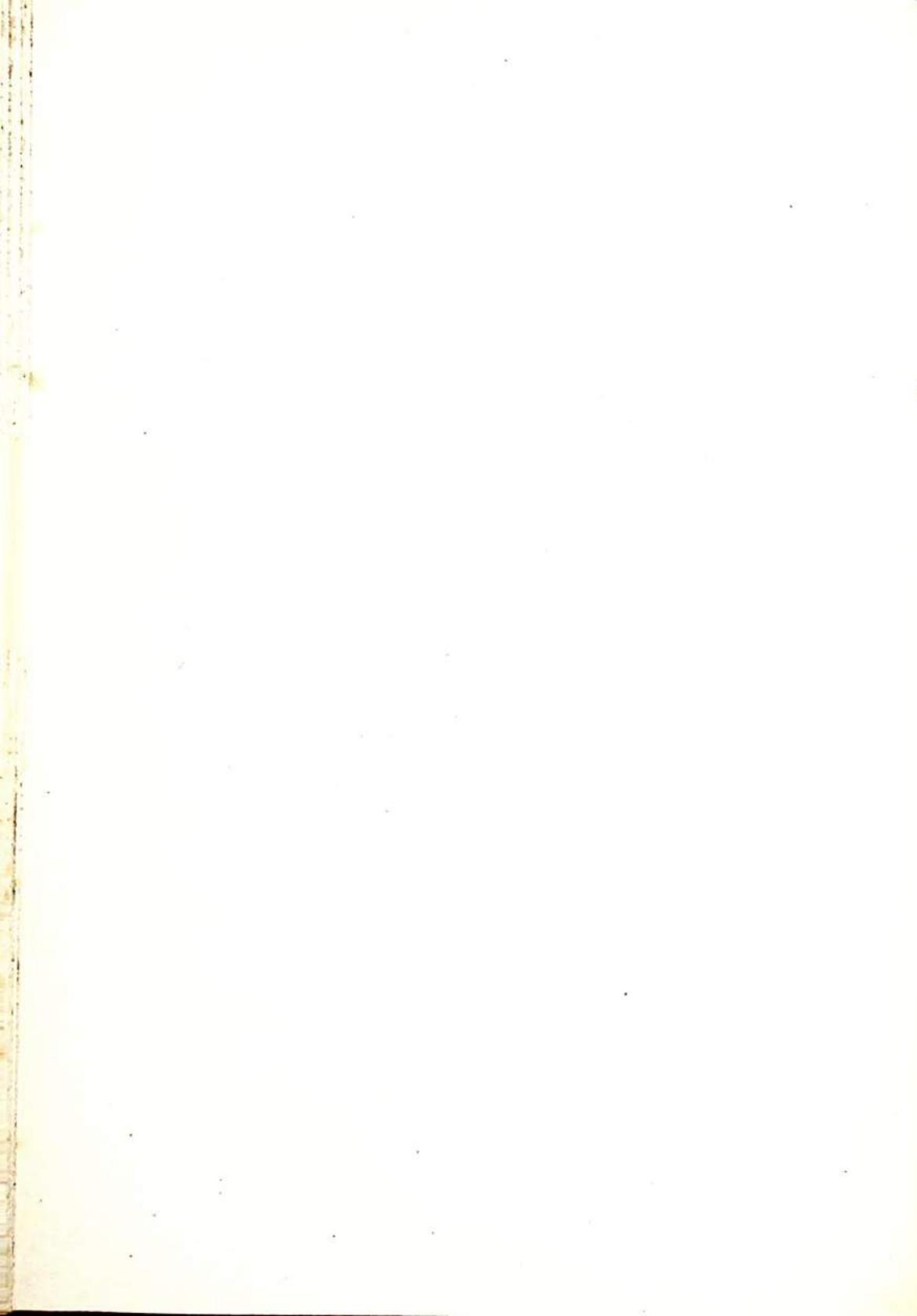
Ich denke, der Kampf um die Demokratie im Dorf erfordert, daß ein solcher *offener Meinungs Austausch* entwickelt wird und daß die Dorfversammlungen regelmäßig stattfinden, denn dadurch werden Unklarheiten beseitigt, Mißverständnisse überwunden, Fehlern wird vorgebeugt. Das Verantwortungsbewußtsein der Einwohner wird dadurch gestärkt, und es wird leichter sein, die gegnerischen Argumente zu widerlegen.

Wenn die Arbeit so entwickelt wird, wenn die gesellschaftliche Arbeit im Dorf verbessert und das Zusammengehörigkeitsgefühl auf demokratischer Grundlage entwickelt wird, wenn die VdGB noch größere Anstrengungen machen, um die Volkskunstgruppen im Dorf und die Laienspielgruppen usw. zu entwickeln, wenn die MAS Filmvorführungen im Dorf organisieren, wenn sie dafür sorgen, daß Büchereien in die Dörfer kommen, wenn die MAS und die volkseigenen Güter dafür sorgen, daß wissenschaftliche Vorträge, Vorträge über die Sowjetunion usw. gehalten werden, dann müßte es doch sonderbar sein, wenn es nicht gelingen sollte, nicht nur ein paar Musterdörfer als vorbildliche Beispiele zu schaffen, sondern überhaupt die Dörfer so zu entwickeln, daß man in einiger Zeit sagen kann: Es gibt in der Deutschen Demokratischen Republik das neue, das demokratische Dorf.

Wir haben die Grundlagen der demokratischen Ordnung geschaffen und sind dabei, diese Grundlagen zu festigen. *Um aber unser großes Ziel, die Schaffung eines einigen demokratischen Deutschlands, die Erfüllung der Wirtschaftspläne, zu verwirklichen, ist die Initiative der Jugend entscheidend notwendig.* Wir Älteren haben auf Grund unserer wissenschaftlichen Erkenntnisse und unserer internationalen Erfahrungen die Grundlage geschaffen, aber das

künftige große Werk muß mit *euren* Kräften, durch *eure* Initiative vollbracht werden. Wir werden die Pläne ausarbeiten, die notwendig sind; aber wir können die Pläne nicht allein durchführen, dafür ist eure Arbeit, eure Erfahrung, euer demokratisches Bewußtsein entscheidend. Deshalb steht — nicht nur vor der Freien Deutschen Jugend, sondern vor der Landjugend überhaupt — die Grundaufgabe, daß sie, damit sie sich künftig wirklich zu führenden Kräften in der neuen Ordnung, im neuen Staat entwickeln kann, die Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung studiert und sich die wissenschaftlichen Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin zu eigen macht, daß sie gute Fachleute hervorbringt, daß sie sich die fortschrittliche Agrarwissenschaft aneignet. Von der Jugend erwarten wir, daß sie in ihrer Arbeit den Beweis erbringt, daß sie wirklich die Jugend der neuen Zeit ist, daß sie den Geist der neuen Zeit in das Dorf trägt, daß sie beweist, daß das Dorf von früher, das ein Bollwerk der Schwarzen Reichswehr war, in dem die reaktionären Ideen sozusagen zu Hause waren, in Deutschland nicht mehr existiert, sondern daß dieses Dorf zu dem neuen Dorf entwickelt wird, in dem die fortschrittlichen Kräfte herrschen, zu jenem Dorf, das charakterisiert ist durch das Bündnis der Arbeiterschaft, der werktätigen Bauern und der fortschrittlichen Intelligenz, zu jenem Dorf, das sich dadurch auszeichnet, daß die fortschrittlichen Kräfte der Massenorganisationen Schulter an Schulter mit euch, mit der Jugend, arbeiten. *Wenn wir so die Aufgabe des gemeinsamen Kampfes unter der Führung der alten Kräfte, die sich im Kampf gegen den Faschismus, im Kampf um den Aufbau der neuen Ordnung bewährt haben, auffassen, dann bin ich überzeugt, daß die Zeit kommen wird, wo wir sagen können, daß der glorreiche Weg, von dem Generalissimus Stalin spricht, zu einem einigen, friedlichen, demokratischen Deutschland und zu einer großen Zukunft unserer Nation führt.*

Aus der Rede auf dem Kongreß junger Aktivisten der Landwirtschaft in Schwerin am 17. und 18. Dezember 1949.



Einige theoretische Aufgaben

Die Politik zur Durchführung des Zweijahrplans besteht in der Festigung der demokratischen Ordnung; in der Stärkung des volkseigenen Sektors der Wirtschaft bei gleichzeitiger Ausnutzung der privaten Unternehmerinitiative im Interesse der Steigerung der Produktion; in der Erhöhung der Ergiebigkeit der Landwirtschaft durch Ausbau der Maschinenausleihstationen, Entwicklung der volkseigenen Güter zu Mustergütern und Verbesserung der Einrichtungen der Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe und der landwirtschaftlichen Genossenschaften; in der staatlichen Organisation des Großhandels und der ordnungsgemäßen Belieferung des Kleinhandels, um die Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten. Im Mittelpunkt des Kampfes um die Erfüllung und Übererfüllung des Zweijahrplans stehen die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, die Verbesserung der Rentabilität der volkseigenen Betriebe und die größte Sparsamkeit auf allen Gebieten. Das wichtigste in den volkseigenen Betrieben ist, in der Arbeiterschaft das Bewußtsein vom neuen Verhältnis zur Arbeit zu festigen, die Wettbewerbsbewegung zu entfalten und zu einer sorgfältigen Ausarbeitung der Arbeitsnormen, der Grundlage für die Berechnung des Leistungslohns, überzugehen.

Für die Wissenschaftler und Studenten an den Universitäten und Hochschulen ergibt sich aus dem Zweijahrplan die Aufgabe, folgende Fragen gründlich zu studieren:

1. Die Ursachen der Krisen im kapitalistischen Deutschland unter den Bedingungen der allgemeinen Krise des Kapitalismus und die Wurzeln der faschistischen Wirtschaftspolitik des deutschen Imperialismus in der Vergangenheit.

2. Die ökonomischen Grundlagen der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und die neuen Probleme der Struktur und Arbeitsweise der demokratischen staatlichen Verwaltung; die Untersuchung,

welche kapitalistischen Gesetze in der sowjetischen Besatzungszone aufgehoben oder verändert wurden.

3. Die Besonderheiten der Wirtschaftspolitik und der Wirtschaftsplanung unter den Bedingungen der antifaschistisch-demokratischen Ordnung, wo der volkseigene Sektor die entscheidende Rolle spielt, aber doch verschiedene Wirtschaftsformationen nebeneinander existieren.

4. Das neue Verhältnis zur Arbeit im volkseigenen Sektor der Wirtschaft, die Bedeutung der Aktivistebewegung und des Wettbewerbs zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität; Systematisierung der neuen Erfahrungen und Aufgaben der Betriebswirtschaftslehre, die aus einer selbständigen Disziplin zu einem Teil der Wirtschaftsplanung geworden ist.

5. Studium der Erfahrungen des Kampfes um den Sozialismus in der Sowjetunion und der Probleme des Übergangs zum Sozialismus in den volksdemokratischen Ländern.

Das scheinen mir die grundlegenden Probleme zu sein, die eines gründlichen Studiums bedürfen. Die Erfüllung dieser wissenschaftlichen Aufgabe bedeutet, die wissenschaftliche Lehre des Marxismus-Leninismus auf die gegenwärtigen Verhältnisse in Deutschland anzuwenden, und befähigt die fortschrittlichen Kräfte, den weiteren Weg der gesellschaftlichen Entwicklung vorzusehen, um die Strategie und Taktik entwickeln zu können zur Erreichung des Ziels aller fortschrittlichen Menschen, des Sozialismus.

Aus der Vorlesung vor den Hörern der Gesellschaftswissenschaftlichen und der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Leipzig am 28. April 1949.

Die Deutsche Demokratische Republik hilft Westdeutschland

Fragen und Antworten anlässlich eines Gesprächs mit 22 Besuchern aus Nordrhein-Westfalen, die am 19. Mai 1950 von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik in Berlin empfangen wurden.

Keinerlei Produktionsbeschränkung in der DDR

Frage: Bei uns in Westdeutschland spielt die Demontage und die Unterbindung bestimmter Zweige der Friedenswirtschaft eine große Rolle. Ich selbst stamme aus einem Fischer-Tropsch-Werk in Wanne-Eickel. Nachdem wir den ersten Schrecken der Demontagegefahr im vorigen Jahr gebannt hatten, sind wir dann seit dem 31. Dezember unter das Produktionsverbot gefallen. Auf Grund dieser Sachlage möchte ich im Interesse meiner Kameraden in Westdeutschland einmal fragen, wie es hiermit in der Deutschen Demokratischen Republik aussieht?

Antwort: Ich möchte darauf antworten und ganz offiziell erklären, daß es bei uns in der Deutschen Demokratischen Republik Produktionsbeschränkungen überhaupt nicht gibt. Bei uns kann alles produziert werden, was der Befriedigung der friedlichen Bedürfnisse der Bevölkerung oder dem Export dient. Wir produzieren selbstverständlich Benzin, synthetischen Kautschuk usw., weil das im Interesse unseres Volkes, unserer Wirtschaft, wozu auch der Export gehört, notwendig ist. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß es besser ist, diese wichtigen Rohstoffe selbst zu erzeugen, als in Abhängigkeit von anderen Ländern ausländisches Benzin usw. zu hohen Preisen einzuführen. Bei Ihnen im Westen werden solche Werke aus Konkurrenzgründen demontiert, weil die amerikanischen Herren der

Petroleumindustrie möglichst hohe Profite machen wollen. Bei uns stehen diese Fragen anders.

Die Sowjetische Kontrollkommission hat uns nicht nur keine Produktionsbeschränkungen auferlegt, sondern die sowjetischen Organe haben mit aller Kraft geholfen, daß unsere Wirtschaft nach der furchtbaren Katastrophe schneller in Gang kam und wieder aufgebaut wurde. Wir verraten kein Geheimnis, wenn wir sagen, daß uns sowjetische Wissenschaftler, Wirtschaftsfachleute usw. geholfen haben, die Betriebe wieder in Gang zu bringen. So etwas war in der Geschichte noch nicht da, daß ein Land, das von deutschen Truppen zerstört wurde, dann noch mithilfe, die deutschen Betriebe wieder aufzubauen. Wir sind dem Sowjetvolk und der Sowjetregierung dafür sehr dankbar. Wir haben in diesem Zusammenhang die Möglichkeit bekommen, auch die fortgeschrittensten wissenschaftlichen Erfahrungen auf dem Gebiete der Wirtschaftsplanung, der Landwirtschaft sowie die wissenschaftlichen Erkenntnisse der Sowjetunion auf anderen Gebieten für uns auszuwerten. Bei uns hat also die Besatzungsmacht die umgekehrte Rolle gespielt wie bei Ihnen. Bei Ihnen bemüht sie sich, die Produktion zu beschränken, damit ihr nicht die deutschen Waren, zum Beispiel die Solinger Stahlwaren, auf dem Weltmarkt Konkurrenz machen. Bei uns ist es umgekehrt; man sagt uns: Produziert, soviel ihr könnt! Das liegt im Interesse des deutschen Volkes und auch im Interesse des Außenhandels. Wir haben keine Absatzsorgen; unser Absatzgebiet reicht zwar „nur“ bis Peking, aber immerhin: Auf diesem Gebiet kann man schon allhand Waren absetzen, nicht nur im Rahmen des Zweijahrplans, sondern auf sehr, sehr lange Zeit. Wir stehen mit niemand im Konkurrenzkampf. Wir verständigen uns mit den Wirtschaftsministerien und Regierungen der anderen Länder, so daß sich ein freundschaftliches, kameradschaftliches Verhältnis der Zusammenarbeit entwickelt hat. Wir geben damit das Beispiel, wie Staaten, die auf dem Boden des Sozialismus stehen, und solche Staaten wie wir, die Deutsche Demokratische Republik, sehr friedlich zusammenarbeiten können, wenn es in diesen Staaten keine Imperialisten gibt, die sich stets auf dem Wege von Raubkriegen zu bereichern suchen. Das ist die Voraussetzung für eine solche Zusammenarbeit.

Die Wahrheit über die Reparationen

Frage: Ich möchte dazu eine grundsätzliche Frage stellen: In welcher Beziehung stehen die sowjetischen Aktiengesellschaften zu der Wirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik, und wie stellt sich die Regierung der DDR zu den sowjetischen Aktiengesellschaften?

Antwort: Es gibt bei uns sowjetische Aktiengesellschaften. Das sind Betriebe, die auf Grund der Potsdamer Beschlüsse an die Sowjetunion auf Reparationskonto übergeben wurden. Diese Betriebe arbeiten im Rahmen unserer Wirtschaftsplanung. Die Arbeit in diesen Betrieben vollzieht sich auf der Grundlage der Gesetze der Deutschen Demokratischen Republik. Alle Fragen der Materialbeschaffung, des Exportes usw. werden im Rahmen unseres gesamten Wirtschaftsplans geregelt. Die Arbeitsbedingungen werden gleichfalls im Rahmen der Tarifverträge, wie sie bei uns üblich sind, geregelt. Die Produkte, die in diesen sowjetischen Betrieben erzeugt werden, sind in unsere Planung einbezogen, und die Regierung hat mit dem Besitzer der sowjetischen Betriebe vereinbart, in welcher Weise die Produkte verwertet werden, was man exportiert, was man importiert, was wir in der eigenen Wirtschaft brauchen. Wir bekommen eine Unmenge Rohstoffe aus diesen Betrieben für die Versorgung unserer Bevölkerung.

Zuruf: Wieviel geht auf Reparationen?

Antwort: Das ist ein ganz minimaler Teil. So bekommen wir die Zellwolle, die wir zur Erzeugung von Textilien brauchen, zum größten Teil aus diesen Betrieben. Dasselbe gilt für Benzin, Buna, künstlichen Kautschuk und, wie ich betonen möchte, auch für unseren Bedarf an diesen Erzeugnissen für den Außenhandel. Wir bekommen auch die ganze Düngemittelproduktion, Stickstoff usw. aus diesen sowjetischen Betrieben. Sie werden ordnungsgemäß zu den regulären Preisen, die von der Regierung bestimmt sind, bezahlt und berechnet. Alle Fragen werden also bei uns kameradschaftlich geregelt. Dafür haben wir einen einheitlichen Wirtschaftsplan.

Frage: Was machen die Reparationen prozentual aus? Und worin besteht die Neuregelung der Reparationsleistungen?

Antwort: Die Reparationen machen gegenwärtig, also im Jahre 1950, 6,3 Prozent aus, einschließlich Besatzungskosten. Aber ich muß

hier hervorheben, daß die Reparationszahlungen bedeutend herabgesetzt wurden, nämlich um die Hälfte. Die von uns zu zahlenden Reparationen betragen ein Minimum unserer Produktion. Die westliche Propaganda hat folgenden Trick angewandt: Man hat gezählt, wieviel Waggons mit Waren über die deutschen Grenzen nach Polen oder nach der Sowjetunion gehen. Dabei hat man alles das, was wir laut Außenhandelsvertrag an Polen liefern, auf Reparationskonto gebucht, ebenso das, was auf Grund des Außenhandelsvertrages an die Sowjetunion geliefert wurde. Alle diese Waren bezeichnet die westliche Propaganda als „Reparationen“. Aber unser Außenhandel mit der Sowjetunion ist doch bedeutend höher als die Reparationen. Das war auch bisher schon so. Es ist also ein Betrug an der Bevölkerung Westdeutschlands, wenn solche Märchen produziert werden. Jeder kann das mit Leichtigkeit nachrechnen. Die genauen Reparationszahlen sind veröffentlicht. Die deutschen Organe sind verantwortlich für die Leistungen und Reparationen. Das Ministerium für Industrie gibt die Produktionsanweisungen; diese werden also nicht von einer sowjetischen Reparationsverwaltung gegeben, sondern alles liegt in den Händen der deutschen Organe. Sie können in jedem Betrieb jederzeit nachrechnen, wie hoch die Reparationsleistungen sind. Das ist die Wirklichkeit.

Wir haben auch über die gesamte Entwicklung unseres Außenhandels öffentlich berichtet. Da kann jedermann ausrechnen, in welchem Tempo unser Außenhandel gewachsen ist. Wir führen in diesem Jahr aus der Sowjetunion allein 500 000 Tonnen Brotgetreide ein. Selbstverständlich liefern wir dafür andere Waren, Kali usw. Für die Lieferungen an Fleisch, Fett, Walzwerkserzeugnissen, Kupfer, Traktoren usw. müssen wir selbstverständlich Gegenlieferungen leisten, wie das in jedem anständigen Staat der Fall ist, der Handelsverträge abschließt.

Handelsmöglichkeiten mit dem Osten auch für Westdeutschland

Frage: Was für Möglichkeiten der Hilfe für die westdeutsche Wirtschaft sieht die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, und wie kann der Ost-West-Handel entwickelt werden? Welche Schwierigkeiten sind dabei noch zu überwinden? Dann eine Frage,

die wir immer wieder hören: Wie werden die Abnehmer in der Deutschen Demokratischen Republik und in den anderen Oststaaten die Waren bezahlen, die sie von der westdeutschen Industrie erhalten?

Antwort: Nach unserer Meinung ist es möglich, der westdeutschen Wirtschaft eine große Hilfe zu gewähren. Wir führen eine Wirtschaftspolitik nicht allein für das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik, sondern für ganz Deutschland. Der Herr Minister für Außenhandel kann Ihnen bestätigen, daß wir von westdeutschen Firmen Angebote für Lieferungen nach Volkschina angefordert haben. Wir haben diese Angebote westdeutscher Firmen ordnungsgemäß nach Peking übermittelt. Unsere Handelsdelegation, die im Sommer nach China fährt, hat von der Regierung den Auftrag, die Angebote und Vorschläge der westdeutschen Firmen mit zu berücksichtigen. Wenn die westdeutschen Firmen in der Lage sind, die von ihnen vorgeschlagenen Waren zu liefern, werden sie auch die entsprechenden Gegenwerte an Waren bekommen. Dasselbe gilt auch für andere Länder, wo es bei Handelsvertragsverhandlungen und auch bei Sonderberatungen möglich und sogar wünschenswert ist, die Interessen der westdeutschen Wirtschaft zu berücksichtigen.

Wir sind also heute schon in der Lage, zu helfen, daß die Arbeitslosigkeit in Westdeutschland vermindert wird. Ich will Ihnen aber offen sagen: Diese Hilfe, die wir der westdeutschen Wirtschaft gewähren, hängt nicht in erster Linie von uns ab, sondern hängt davon ab, welche Kräfte in Westdeutschland in den Verwaltungsorganen sitzen, ob sie bereit sind, ordentliche Geschäfte abzuschließen, oder ob sie sich so weit mit der Konkurrenz in New York eingelassen haben, daß sie die Hände nicht frei haben und außerstande sind, ordnungsgemäße Geschäfte zu vereinbaren. Das ist die Frage.

Ich kann mir vorstellen, daß es auch für einen Unternehmer in Westdeutschland eine sehr bittere Sache ist, wenn er mit Vertretern anderer Länder Beratungen führt, vor dem Abschluß eines Abkommens steht und dann der Amerikaner oder Engländer kommt und ihm die Aufträge vor der Nase wegschnappt. Das ist gegenwärtig der „normale“ Zustand. Aber es gibt auch Leute in Westdeutschland, die den amerikanischen und englischen Konkurrenten dabei helfen. Das scheint mir das schlimmste zu sein. Denn was können die amerikanischen Unternehmer machen, wenn die Deutschen zusammenhalten und ihre Wirtschaftsbeziehungen so organisieren, wie das im

Interesse der deutschen Wirtschaft notwendig ist? Gar nichts können die Herren in USA und England dagegen machen. Die größte Gefahr ist, daß es Deutsche gibt, die im Dienste der anglo-amerikanischen Konkurrenzunternehmer stehen und deren Geschäfte besorgen und die normale Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen hindern. Das ist meines Erachtens das Haupthindernis, denn ich kann mir nicht vorstellen, daß es einen Unternehmer in Westdeutschland gibt, der nicht Wert auf normale Beziehungen zu uns legt, zu einem Handelspartner, der gewohnt ist, Vereinbarungen einzuhalten.

Zwischenfrage: Kann ein Vertreter der westdeutschen Unternehmerschaft Mitglied der Nationalen Front sein? Ich stamme aus Solingen. Ich gehöre gewissermaßen in die Gruppe mittlerer Fabrikanten und bin Mitglied des Arbeitgeberverbandes in Solingen. Von Angehörigen des Solinger Unternehmertums wird die Frage, ob ein Unternehmer Mitglied der Nationalen Front sein kann, oft gestellt. Deshalb möchte ich gern Ihre Auffassung hören.

Antwort: Unabhängig von der Frage, welche politische Einstellung der einzelne hat, sagen wir offen, daß die Deutsche Demokratische Republik mit jedem, der bereit ist, geschäftliche Beziehungen zu unterhalten, Geschäfte durchführen wird. Welche Weltanschauung er hat, interessiert uns dabei überhaupt nicht. Ob das ein Großunternehmer ist oder ein kleiner Unternehmer, ist für uns nicht entscheidend. Für uns ist entscheidend, daß der Mann bereit ist, die Verträge, die abgeschlossen werden, einzuhalten. Das ist das Geschäftsprinzip, das auch sonst überall gültig ist. Warum soll man das nicht in Deutschland einhalten? Mit jedem Unternehmer werden wir Wirtschaftsberatungen führen und auch die Angebote der Unternehmer in unseren Außenhandel einbeziehen. Zum Beispiel haben wir von westdeutschen Vertretern der Metallindustrie aus Solingen Angebote in unsere Vereinbarungen mit Polen einbezogen. Das können wir selbstverständlich mit jedem anderen Land auch machen. Es wäre sogar wünschenswert, daß das geschieht.

Es ist für die westdeutschen Unternehmer eine Lebensfrage. Die amerikanischen und englischen Herren sind bemüht, sie niederzukurrieren. In amerikanischer oder englischer Offiziersuniform schicken sie ihre Konzernleute, damit sie ausspionieren, was es Neues in Westdeutschland gibt, und damit sie feststellen, welche industrielle Produktion man drosseln oder ganz verhindern muß. Dazu ist die west-

liche Besatzungsmacht da. Das ist eine sehr eigenartige Aufgabe. Sie erinnert mich manchmal an die Methoden, die Hitler und die deutschen Konzerne in Frankreich und der Tschechoslowakei angewandt haben. Ein sehr großer Unterschied besteht hier nicht.

Wenn also die Lage so ist, muß sich doch jeder Unternehmer auch die Frage stellen: Wie sollen wir weiterkommen? Gibt es eine Aussicht, daß die amerikanischen Herren mehr deutsche Waren kaufen werden? Die Krise wird sich entwickeln, und sie werden daher die deutsche Produktion weiter drosseln. Die Herren haben keinerlei Perspektive. Vor den westdeutschen Unternehmern steht also die Frage: Wo kann ich meine Waren absetzen? Die kann man nicht im Westen absetzen, sondern entweder bei uns oder mit unserer Hilfe in den Ländern des Aufstiegs, nicht in den Ländern des Niedergangs.

Nun verbinden Sie diese Frage mit der Nationalen Front. Diese Frage ist berechtigt auch vom Standpunkt der Perspektive. Die anglo-amerikanischen Kolonialherren, die da in Westdeutschland ihr Unwesen treiben, haben keinen Ausweg aus der jetzigen Lage. Deshalb gehen sie dazu über, die Wirtschaft auf die Geleise des Krieges, der Rüstungsproduktion zu führen. In Amerika legen sie Milliarden in der Atomindustrie an. Es ist ein altes kapitalistisches Prinzip, daß, wenn Milliarden angelegt werden, sie auch entsprechende Profite abwerfen sollen. Die amerikanischen Monopole sind der Meinung, im Kriege werden sich die Milliarden rentieren. Wir sind anderer Meinung. Es gibt einige Leute, die sich zu Handlangern dieser Herren herabgewürdigt haben, wie Adenauer und etliche andere, die glauben, daß es durch die Schaffung des Ruhr-lothringischen Rüstungskombinats möglich sei, auf dem Wege der Rüstungsproduktion einen wirtschaftlichen Ausweg zu finden. Aber dieser Weg ist der Weg, der zum drittenmal in die Katastrophe führt.

Wenn Sie also an mich die Frage richten: Gehört der Unternehmer in Westdeutschland in die Nationale Front?, so muß ich Ihnen sagen: Er hat gar keinen anderen Ausweg.

Sie werden mich fragen: Ja, aber wie werden wir uns vertragen? Da sind Sozialisten, da sind christliche Sozialisten, da sind Demokraten, da sind Unternehmer, die in einigen Fragen sogar ziemlich konservative Auffassungen haben. Erlauben Sie mir einen einfachen Vergleich. Wir sind in unserem deutschen Haus sozusagen in folgender Lage: Unten in der ersten Etage wohnt meinetwegen ein Unternehmer, in der zweiten Etage ein Angestellter, in der dritten

Etage ein Handwerker und in der vierten Etage ein Arbeiter. In dieses Haus kommen Vertreter der westlichen Besatzungsmacht, nicht etwa, um das Haus zu schützen, sondern um es anzuzünden. Nun kann man selbstverständlich zwei Wege gehen. Man kann zuerst diskutieren, was man in der Zukunft alles tun wird. Wir können aber auch den Weg gehen, daß wir uns sofort in der Nationalen Front einigen und diesen Brandstiftern die Mittel, mit denen sie das deutsche Haus anstecken wollen, aus der Hand schlagen. Das, glaube ich, ist der richtigere Weg. Wenn wir auf diese Weise den Frieden gesichert haben, dann soll das deutsche Volk entscheiden, welche innere Ordnung es in Deutschland gestalten will.

Vielleicht sind wir hier in manchen Fragen ganz verschiedener Meinung. Das ist aber nicht entscheidend. Sie sind Deutsche, und wir sind Deutsche. Wir sind der Meinung, daß alle Deutschen, unabhängig von der Weltanschauung, von ihrer sozialen Lage in der Gesellschaft, gegenwärtig ein gemeinsames Interesse haben, nämlich das Interesse an der Sicherung des Friedens, daran, den Brandstiftern, die drauf und dran sind, unser Haus zu zerstören, dies unmöglich zu machen und zu erreichen, daß es Agenten nicht erlaubt wird, diesen Brandstiftern von innen her noch zu helfen. Alle Deutschen müssen sich verständigen, müssen gemeinsam handeln gegen einen gemeinsamen Feind, der Deutschland wirtschaftlich zugrunde richten will und Deutschland durch seine Kriegsprovokationen, durch die Verwandlung Westdeutschlands in eine Militärbasis tatsächlich zugrunde richtet. Das ist die reale Lage.

Da Herr Truman einmal so freundlich war, offen zu sagen, das wichtigste sei, die Deutschen und die Russen gegeneinander zu bringen, damit sie sich die Köpfe einschlagen, sind wir auf die Idee gekommen, daß es besser ist, es umgekehrt zu machen: daß wir uns eingliedern in die große Friedensfront und gemeinsam in ihr kämpfen. Sollen die Amerikaner in Amerika machen, was sie wollen. Das ist Sache des amerikanischen Volkes. Wir aber bitten darum, daß man dem deutschen Volk auch erlaubt, in Deutschland zu tun, was es in seinem Interesse für notwendig hält. Wir sagen den englischen und amerikanischen Besatzungstruppen, daß es besser ist, wenn sie nach Hause gehen.

Unabhängig von unseren sonstigen parteimäßigen, weltanschaulichen Auffassungen haben wir alle ein gemeinsames Interesse. Darin sehen wir die Bedeutung unserer Zusammenkunft, daß wir uns dar-

über verständigen, wie man verhindern kann, daß die feindlichen Kräfte das Feuer des Krieges anzünden, und wie man verhindern kann, daß sie die Wirtschaft in Westdeutschland ruinieren. Selbstverständlich ist es für uns schwer, diese Zusammenarbeit so zu entwickeln, wie wir und wie Sie alle das wünschen, solange Sie einen Adenauer haben, der nur mit seiner eigenen Stimme Ministerpräsident geworden ist, und solange sich nicht endlich dort Leute finden, die die Verantwortung übernehmen und die sich auf den Willen der Kräfte stützen können, die die Einheit Deutschlands wollen. Mit einem alten Separatisten wie Adenauer kann man keine Verhandlungen führen. Mit jedem anderen kann man Verhandlungen führen, aber nicht mit Adenauer und Schumacher. Wir stellen die Frage nicht vom Standpunkt des Parteiinteresses, aber wir sagen offen: Solche alten Separatisten sind unfähig, in der Richtung der Einheit Deutschlands irgendwie auch nur zu denken. Darum müssen Sie mithelfen, daß Menschen in Westdeutschland in die verantwortlichen Stellen kommen, die ehrlich den Frieden erhalten wollen, weiter nichts.

Das sind die Hauptfragen, um die es geht. Alles andere sind Fragen von untergeordneter Bedeutung, über die man sich jederzeit verständigen kann. Wir glauben, daß es notwendig ist, die Wirtschaftsbeziehungen so zu entwickeln, daß ein bedeutender Nutzen für die Wirtschaft Westdeutschlands herauskommt. Wir haben, obwohl gegenwärtig Deutschland gespalten ist, in jeder Hinsicht ein gemeinsames Interesse: in bezug auf den Frieden, in bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung, in bezug auf das künftige einige Deutschland. Deshalb ist es notwendig, in Westdeutschland alles zu tun, um diese wirtschaftlichen Beziehungen zu entwickeln und die amerikanische und englische Konkurrenz daran zu hindern, diese Beziehungen zu stören. Es ist notwendig, auch hinter deren Rücken Wirtschaftsbeziehungen zu entwickeln. Das deutsche Interesse, das Interesse der Nation muß über allem anderen stehen. Die Arbeiter unter Ihnen haben sicher Differenzen mit ihrem Unternehmer, aber in diesem Punkt ist es notwendig, ihm klarzumachen, daß das gemeinsame nationale Interesse entscheidend ist, daß er so arbeiten soll, daß die Wirtschaftsbeziehungen entwickelt werden, ohne daß die Amerikaner und Engländer dahinterkommen, damit die Maßnahmen der anglo-amerikanischen Konkurrenz weitgehend durchkreuzt werden.

Der Zweijahrplan wird übererfüllt

Frage: Welches sind die Hauptergebnisse des Zweijahrplans?

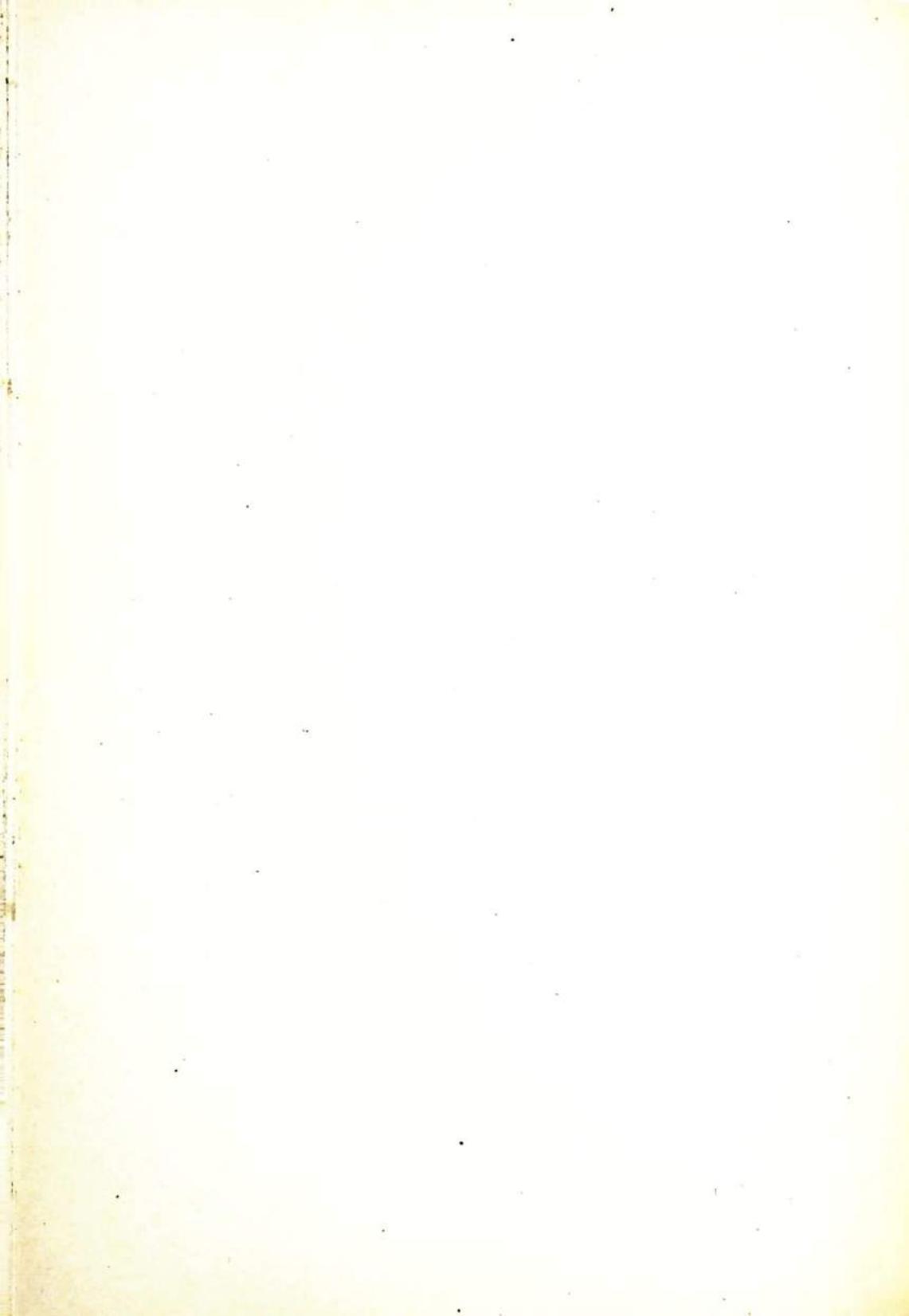
Antwort: Als wir vor fast zwei Jahren, Ende Juni 1948, den Zweijahrplan vorlegten, wurde in der Presse folgendermaßen diskutiert: Diese Zahlen sind ja ganz undenkbar, die kann ja niemand erfüllen, denn erstens haben wir nicht die Rohstoffe, und zweitens ist es undenkbar, die Produktion überhaupt so zu steigern, noch dazu mit diesem abgenutzten Produktionsapparat.

Interessant war, daß die technische Intelligenz — die Wissenschaftler, die Chemiker usw. — den Plan für real hielt. Und was meinen Sie? Unsere Zahlen waren so „schlecht“, daß wir diesen Zweijahrplan mehrere Monate früher erfüllen, als festgelegt war, das heißt, wir werden ihn im Juli 1950 erfüllt haben. Was zeigt das? Das zeigt, daß eine Arbeiterschaft, der die volkseigenen Betriebe gehören, und eine technische Intelligenz, die für das Volk arbeitet, ganz andere Leistungen vollbringen, als es irgendwann in Deutschland der Fall war. Wir werden in bezug auf Erfindungen und Verbesserungen in der Produktion usw. Westdeutschland weit überholen. Das ist gar nicht so schwer. Das ist das „Geheimnis“ einer fortgeschrittenen demokratischen Ordnung, in der nicht die egoistischen Interessen einiger Leute bestimmen, sondern die Vertreter der Werktätigen im Staatsapparat im Interesse des Volkes.

Frage: Können Sie uns etwas über die Hennecke-Bewegung sagen?

Antwort: Die geschichtliche Bedeutung der Hennecke-Bewegung besteht darin, daß der Beweis erbracht wurde, daß wir in unserer Deutschen Demokratischen Republik eine höhere Arbeitsproduktivität als unter dem alten Kapitalismus erreichen. Eine höhere Arbeitsproduktivität und höhere Arbeitsergiebigkeit, die Erreichung einer höheren Kulturstufe — das ist entscheidend für den Sieg der demokratischen Ordnung in ganz Deutschland. Leute aus der Kriegshetzerclique erzählen alle möglichen Geschichten über uns, sie behaupten, daß bei uns irgendwelche wirtschaftliche Schwierigkeiten bestehen. Ja, wenn wir neue Fabriken und Hüttenwerke bauen, gibt es Schwierigkeiten. Das versteht sich von selbst. Die Schwierigkeiten lösen wir aber auf einer viel höheren Stufe, die weit über dem Friedensniveau liegt. Das ist das Entscheidende.

Das alles bedeutet, daß es möglich ist, aus eigener Kraft zu einem unabhängigen Deutschland zu kommen, unabhängig von den anglo-amerikanischen Imperialisten. Wenn Schumacher sagt: „Ja, dann bekommen wir keine Lebensmittel mehr“ — liebe Freunde, soviel Lebensmittel, wie wir brauchen, kann man in dem Riesengebiet von Berlin bis Peking auf dem Wege des Außenhandels beschaffen.



Der Fünfjahrplan und die Perspektiven der Volkswirtschaft

Einleitung

Etwas Neues, Großes ist in der Deutschen Demokratischen Republik Wirklichkeit geworden. Werktätige, die vor einigen Jahren noch verzagt ihres Weges gingen, die keine Möglichkeit sahen, wie man die Folgen des Hitlerkrieges überwinden und zu einem neuen Leben kommen kann, stehen jetzt stolz an ihren Maschinen und vollbringen Leistungen, wie sie im alten Deutschland nicht möglich waren. Zu Ehren des Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands konnten Arbeiter, Arbeiterinnen und technische Intelligenz in den Industriebetrieben, aber auch Werktätige in der Landwirtschaft über Erfolge berichten, die zeigen, daß eine tiefe Wandlung in unserem Volke vor sich geht. Jungaktivisten der FDJ-Brigaden erfüllen vorfristig ihre Aufgaben beim Bau von Talsperren. Alte erfahrene Facharbeiter pflegen mit Sorgfalt ihre Maschinen und haben den Kampf um hohe Leistungen im Schnelldrehverfahren aufgenommen. Viele Berichte sprechen von Arbeitern und von Angehörigen der technischen Intelligenz, die zu Ehren des Parteitages neue, technisch begründete Arbeitsnormen erarbeitet haben. In der Kammgarnspinnerei an der Werra haben drei Aktivistinnen es fertiggebracht, an je tausend Spindeln zu arbeiten. Im Walzwerk Brandenburg sollten nach dem erhöhten Plan in diesem Jahr zwei Siemens-Martin-Öfen gebaut werden; es wurde ein neuer Plan ausgearbeitet, der besagt, daß vier Siemens-Martin-Öfen mit den Neben- und Hilfsanlagen gebaut werden sollen. Und der erste Ofen wurde von den Arbeitern und der technischen Intelligenz vorfristig erstellt und gab am Tage der Eröffnung unseres Parteitages den ersten Stahl.

Wir haben auch schon Beispiele, daß nicht nur Brigaden der ausgezeichneten Qualität bestrebt sind, Produkte von hoher Qualität zu schaffen und den Prozentsatz des Ausschusses weiter herabzudrücken, sondern daß es bereits Arbeiter und Arbeitsbrigaden gibt, die für Einsparungen von Material prämiert wurden. Und wie viele Werktätige griffen zum Bleistift oder zum Federhalter und schrieben ihre Vorschläge zur Verbesserung der Arbeit und ihre Kritik nieder. Auch Künstler haben durch neue Werke zu Ehren des Parteitages ihre Verbundenheit mit der Partei der Arbeiterklasse bekundet.

Alle diese Leistungen zeigen, mit welchem Enthusiasmus die Werktätigen den Kampf führen um höhere Leistungen und für ein besseres, schöneres Leben unseres Volkes. Diese Erhöhung der Arbeitsproduktivität ist der bedeutendste Erfolg der Partei der Arbeiterklasse und aller aufbauwilligen Kräfte. *Diese Leistungen waren nur möglich, weil sich immer breitere Kreise des werktätigen Volkes bewußt werden, daß jetzt die Arbeiterschaft die Hauptpositionen im Staat in ihren Händen hat, daß die Leistungen der Werktätigen in der volkseigenen Wirtschaft dem ganzen Volk und jedem einzelnen zugute kommen.*

Im Kampf um den Neuaufbau unserer Heimat, im Kampf um ein besseres Leben beginnen sich die Menschen zu ändern. Jeder wird interessiert an der Verbesserung der Arbeitsorganisation, an einer höheren Qualität der Leistung und an größter Sparsamkeit. Was vergeudet wird, verliert letzten Endes jeder Werktätige selbst. *Ein weiteres Kennzeichen des Neuen ist wohl die Tatsache, daß überall gelernt wird, eifriger gelernt wird denn je in Deutschland.*

Die Ziele des Fünfjahrplans

Die Kontrollzahlen des Fünfjahrplans, die das Politbüro zur Beschlußfassung vorlegt, sind *ein Dokument von großer nationaler Bedeutung*. In dem Dokument sind die Hauptaufgaben der Entwicklung der Volkswirtschaft und der Kultur in den nächsten fünf Jahren bestimmt. Welches sind diese Hauptaufgaben?

Der Fünfjahrplan ist der große Plan des Kampfes um die Gestaltung eines friedlichen, fortschrittlichen Deutschlands, in dem nach Beseitigung der Kriegsfolgen das Lebensniveau des Volkes das

Lebensniveau im imperialistischen Deutschland bedeutend übertreffen wird.

Der Fünfjahrplan sieht eine Steigerung der friedlichen Industrieproduktion auf das Zweifache gegenüber dem Stand von 1936 vor. Es wird sich erweisen, daß es

auf Grund unserer neuen demokratischen Ordnung möglich ist, ein Tempo der industriellen Entwicklung im Jahr zu erreichen, welches für kein kapitalistisches Land erreichbar ist. Dieses Tempo wird unvergleichlich größer sein als das industrielle Wachstum in der Zeit der Hochkonjunktur im imperialistischen Deutschland.

Ein solcher Aufschwung erfordert den weiteren Ausbau des volkeigenen Sektors der Wirtschaft, aber auch die Entfaltung der Privatinitiative zur Ausnutzung aller Produktionsmöglichkeiten und die Entwicklung des Handwerks, dessen Qualitätsarbeit besondere Bedeutung hat.

Der Fünfjahrplan ermöglicht eine Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung, wie sie im imperialistischen Deutschland nie erreicht wurde. Die volle Ausnutzung der fortschrittlichen Agrarwissenschaft, die Entwicklung der Bauernberatung, die maschinelle Hilfe für die werktätigen Bauern, die erhöhte Produktion von Kunstdünger, die Entfaltung der privaten Initiative jedes Bauern mit Hilfe der Dorfwirtschaftspläne und des kulturellen Aufschwungs im Dorfe ermöglichen es, bei normaler Witterung höhere Durchschnittshektarerträge zu erreichen als in Westdeutschland und in den westeuropäischen Ländern.

Der Fünfjahrplan soll auch die fortschrittliche deutsche Wissenschaft, unsere Kultur und Kunst zu hoher Blüte bringen und der Entwicklung einer wahren Volkskultur dienen. Es gilt, der Masse der werktätigen Bevölkerung eine hohe Bildung und technische Qualifikation zu vermitteln.

Im Fünfjahrplan ist eine solche Erhöhung der Qualität des Schulunterrichtes, der fachlichen Schulung, der wissenschaftlichen Forschung vorgesehen, daß die *Entfaltung aller Fähigkeiten in unserem Volke, vor allem in unserer Jugend, gewährleistet* wird. Die junge Intelligenz aus den Reihen der Arbeiter und anderer Werktätiger, besonders der Aktivisten, die Mitglieder der Freien Deutschen Jugend, die jungen Wissenschaftler, die jungen Schriftsteller, die jungen

Künstler werden besonders gefördert. Die Schul- und Lehrbücher sollen auf die Höhe der fortgeschrittenen Wissenschaft gebracht werden. *Zum erstenmal in der deutschen Geschichte sollen die Errungenschaften der Kultur den Massen des Volkes vermittelt werden.*

Der Fünfjahrplan basiert auf den freundschaftlichen Beziehungen und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den Ländern des Friedensblockes. Die Zugehörigkeit der Deutschen Demokratischen Republik zur großen Familie der friedliebenden Staaten ermöglicht uns den Neuaufbau aus eigener Kraft, die Verhinderung jeder Abhängigkeit und Verschuldung gegenüber imperialistischen Mächten, die Sicherung gegen die Krisenwirkungen, die aus den Ländern ausstrahlen, wo das Finanzkapital herrscht.

Der Fünfjahrplan wird durch einen nicht dagewesenen Aufschwung der Friedenswirtschaft und des kulturellen Lebens die demokratische Ordnung in der Deutschen Demokratischen Republik weiter festigen. Damit wird zugleich der Kampf für ein einheitliches, friedliches, demokratisches Deutschland verstärkt.

Der Fünfjahrplan wird der Arbeiterschaft und Bevölkerung Westdeutschlands das leuchtende Beispiel sein, wie das ganze deutsche Volk ohne imperialistischen Marshallplan, ohne Besatzungsstatut, ohne anglo-amerikanische Militärgouverneure leben kann, wenn es sein Leben auf der Grundlage einer friedlichen und fortschrittlichen demokratischen Ordnung aufbaut und die Grundgesetze der Planwirtschaft anwendet.

Die Politik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erbringt vor dem ganzen deutschen Volke den Beweis, daß alle Lebensfragen des deutschen Volkes lösbar sind, wenn das Volk selbst bestimmt und nicht die anglo-amerikanischen Gouverneure und ihre Lakaien, die unfähige Adenauer-Clique.

Der Fünfjahrplan ist der große Plan der friedlichen Arbeit zur Erreichung eines besseren Lebens des schaffenden Volkes. In Westdeutschland dagegen wird die Qualitätsproduktion von den anglo-amerikanischen Konkurrenten gedrosselt, und unter dem Deckmantel der „freien Wirtschaftsinitiative“ werden Erwerbslosigkeit und wirtschaftliches Durcheinander zum Dauerzustand.

Das Beispiel der friedlichen, ehrlichen Arbeit wird überzeugend auf die Arbeiterschaft und die Bevölkerung Westdeutschlands wir-

ken. Sie werden erkennen, wer der Freund und wer der Feind des deutschen Volkes ist. So ist der Fünfjahrplan zugleich der Plan des Kampfes zur Überwindung der Spaltung Deutschlands und zur Herstellung seiner Einheit, er entspricht also voll und ganz den Lebensinteressen unseres deutschen Volkes.

Bei der Ausarbeitung des Fünfjahrplans haben wir uns leiten lassen von den richtunggebenden Worten des großen Freundes des deutschen Volkes, Josef Wissarionowitsch *Stalins*, der in seiner Begrüßung der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik sagte:

„Die Erfahrung des letzten Krieges hat gezeigt, daß das deutsche und das sowjetische Volk in diesem Kriege die größten Opfer gebracht haben, daß diese beiden Völker die größten Potenzen in Europa zur Vollbringung großer Aktionen von Weltbedeutung besitzen. Wenn diese beiden Völker die Entschlossenheit an den Tag legen werden, für den Frieden mit der gleichen Anspannung ihrer Kräfte zu kämpfen, mit der sie den Krieg führten, so kann man den Frieden in Europa für gesichert halten.“

Die Durchführung des Fünfjahrplans dient der Erfüllung dieser großen Aufgaben von Weltbedeutung.

Die Entwicklung des Wirtschaftsplans von 1945 bis 1950

Der Fünfjahrplan basiert auf den großen Leistungen, wie sie bei uns seit 1945 von den Arbeitern, den Angestellten und der technischen Intelligenz sowie den Bauern auf dem Gebiete der Wirtschaftsorganisation vollbracht wurden. *Im Kampf um die Überwindung der Folgen des Hitlerkrieges und die Verbesserung der Lebenshaltung der Bevölkerung wurden die Erfahrungen gesammelt und die Berechnungen erarbeitet, die nun die Vorlage des großen Fünfjahrplans ermöglicht haben.* Die Arbeitshelden vom Jahre 1945, die mit den primitivsten Mitteln die Versorgung der Bevölkerung mit Wasser, Strom und Gas wieder ermöglichten und den Verkehr wieder in Gang brachten, die jungen demokratischen Verwaltungsorgane, sie alle haben die Voraussetzungen für den weiteren Aufbau geschaffen. *Das alles war nur möglich, weil uns die Regierung der Sowjetunion*

und insbesondere Genosse Stalin mit Lebensmitteln und Rohstoffen und durch andere praktische Hilfe unmittelbar unterstützt haben.

Vergessen wir nicht, daß die demokratischen Kräfte einen fast neuen Verwaltungs- und Wirtschaftsapparat schaffen mußten. Es gab keine Berechnungen für die Materialversorgung, keine Berechnungen für die Ablieferung landwirtschaftlicher Produkte, keine Übersicht über die noch vorhandenen Produktionsmöglichkeiten. Die Folgen der kapitalistischen Wirtschafts-anarchie und des Zusammenbruchs der Wirtschaft zwangen dazu, mit den einfachsten Maßnahmen zu beginnen und die Wirtschaft vorerst an den Schwerpunkten wieder in Gang zu bringen. Niemand möge vergessen, daß es die Offiziere der Sowjetarmee waren, die auf Grund ihrer großen Erfahrungen die ersten Pläne zur Ingangbringung der einzelnen Industriebetriebe ausarbeiteten und die mit uns zusammen ins Dorf fuhren und in Besprechungen mit Bauern, Vertretern der landwirtschaftlichen Genossenschaften und Gemeindevorstehern die Richtlinien für die neue Landwirtschaftspolitik mit uns ausarbeiteten.

So begann damals die Arbeit. *Die Planung begann mit den Produktionsbefehlen für die wichtigsten Großbetriebe, für die Energieversorgung, für den Transport und für die einzelnen Industrien.* Es folgten Pläne der Materialversorgung für einzelne Industrien, bis es endlich durch den Aufbau von unten her, durch die Summierung der Erfahrungen auf den verschiedenen Gebieten der Wirtschaft möglich war, reale Zahlen zu erarbeiten, die ihren Niederschlag fanden in Quartalsplänen und dann im Halbjahrplan für das zweite Halbjahr 1948. Das war der Anfang einer volkswirtschaftlichen Gesamtplanung. Der Zwang zum Aufbau von unten her hatte dazu geführt, daß das Schwergewicht anfangs bei den Landesverwaltungen, bei den Landräten und Kreisverwaltungen lag. Damals gab es noch keinen Materialversorgungsplan, keinen Finanzplan, keinen Plan für den kulturellen Aufbau. Der Wirtschaftsaufbau wurde zwar von den Landesverwaltungen gelenkt, aber ihre Anweisungen wurden tagtäglich von den Beauftragten der alten Konzernherren und Großgrundbesitzer sowie von ihnen hörigen Leuten, Schiebern und Großhändlern und allen möglichen faulen Elementen, die sich in die Verwaltung eingeschlichen hatten, sabotiert und durchkreuzt. Damals gab es nur eine Kraft, die ein *Programm des demokratischen Neuaufbaus und der wirtschaftlichen Neuordnung* hatte, das war das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands und ihr

Politbüro. In der programmatischen Erklärung der KPD, die einen Tag nach der Zulassung der politischen Parteien, am 11. Juni 1945, erschien, hieß es:

„Wir sind vielmehr der Auffassung, daß die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage für Deutschland einen anderen Weg vorschreiben, und zwar den Weg der Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk.“

Und dementsprechend begannen wir damals, im Jahre 1945, mit dem Einsatz aller Kräfte zur Sicherung der Ernte und Vorbereitung der Herbstsaat, mit der Organisierung der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung und der Wiederingangsetzung der Betriebe und bereiteten gleichzeitig die Enteignung der Großgrundbesitzer und die Aufteilung des Bodens an die von Hitler zugrunde gerichteten Bauern, an landarme Bauern und Landarbeiter vor.

Entsprechend den damals von der KPD ausgearbeiteten Grundsätzen wurde die demokratische Umwandlung im Gebiet der sowjetischen Besatzungszone durchgeführt. Eine Voraussetzung für die Ausarbeitung und Durchführung eines Wirtschaftsplans war die *demokratische Bodenreform*, das heißt die Liquidierung der Herrschaft der militaristischen Großgrundbesitzer auf dem Lande. Dadurch wurde eine grundlegende Änderung der sozialen Struktur auf dem Lande herbeigeführt.

Auf die Bodenreform folgte die *Übernahme der Betriebe der Konzernherren und anderer Kriegsverbrecher in die Hände des Volkes*. Dadurch wurde nicht nur die feste Grundlage für die Wirtschaftsplanung geschaffen, sondern auch die Voraussetzung für den schnellen Aufbau dieser Betriebe und die Entfaltung aller Produktivkräfte. Heute werden in den volkseigenen Betrieben Leistungen vollbracht, wie sie unter der Herrschaft der alten Konzernherren unbekannt waren.

In unserer Industrie bestehen neben dem volkseigenen Sektor *die privatkapitalistischen Betriebe* fort. Vom gesamten Produktionswert der Industrie entfielen im ersten Halbjahr 1950 auf den volkseigenen Sektor 68 Prozent und auf die privatkapitalistischen Betriebe 32 Prozent. Dabei muß berücksichtigt werden, daß Energieerzeugung, Bergbau, Metallurgie fast vollständig in den Händen des Volkes sind. Private Unternehmungen sind in der Holzindustrie 65 Prozent, in der

Textilindustrie 38 Prozent, in der Leichtindustrie 62 Prozent, in der Zellstoff- und Papierindustrie 48 Prozent und in der Lebensmittelindustrie 56 Prozent aller Betriebe.

Die monopolistischen Banken wurden in *Volksbanken* verwandelt und das ganze System der Finanzwirtschaft verändert. Heute sind die Volksbanken wichtige Instrumente zur Durchführung des Wirtschaftsplans, zur Kontrolle der genauen Einhaltung der Investitionen und zur Kontrolle der Finanzwirtschaft in den Betrieben des volkseigenen Sektors.

Durch das *Schulgesetz* wurde die Bahn freigemacht für die Anwendung der fortschrittlichen Pädagogik, für die Überwindung der Rassenideologie und anderer reaktionärer Ideologien im Schulwesen, für den Einzug des demokratischen Geistes in die Schulen.

Diese Erfolge ermöglichten es dem Parteivorstand unserer Partei, am 30. Juni 1948 den *Zweijahr-Volkswirtschaftsplan* zu beschließen und ihn der damaligen Deutschen Wirtschaftskommission und allen aufbauwilligen Kräften in der sowjetischen Besatzungszone als Vorlage zu unterbreiten. Die Ausarbeitung dieses ersten Wirtschaftsplans war nur möglich auf Grund der Ausnutzung aller Erfahrungen der Sowjetunion. *Bei der Begründung des Plans im Parteivorstand der SED erklärte ich damals, daß der Zweijahrplan der Wiederherstellung der Friedenswirtschaft dient und den Übergang zu einer bewußten Lenkung des gesellschaftlichen Fortschritts bedeutet.*

Es wurde damals die Deutsche Wirtschaftskommission erweitert und die Organisation der volkseigenen Industrie durchgeführt. Es wurden die „Vereinigungen volkseigener Betriebe“ für die Industrie und später die „Vereinigungen volkseigener Güter“ geschaffen. Auf dem Gebiete des Handels wurden die Außenhandelszentralen, die Handelsorganisationen, später die Staatlichen Handelszentralen und die „Vereinigung der volkseigenen Erfassungs- und Aufkaufbetriebe“ geschaffen. Gleichzeitig wurde begonnen, mit Hilfe des Vertragssystems die Produktion der privaten Betriebe zu fördern.

Es lohnt sich, heute daran zu erinnern, daß damals, vor zwei Jahren, große Teile der Arbeiter und des werktätigen Volkes sich noch abwartend verhielten. Es gab viele, bei denen die reaktionären Auffassungen aus der Weimarer Zeit und der Nazizeit noch fortwirkten. Das fand seinen Ausdruck in der Forderung mancher Werktätiger: Zuerst mehr essen, dann erst besser arbeiten! Diesen Werktätigen war nicht bewußt, daß dies die Losung der anglo-amerikanischen Im-

perialisten war, die unter dem Vorwand der Gewährung von Lebensmittelkrediten ihre Herrschaft auch über das Gebiet der sowjetischen Besatzungszone ausüben wollten.

Die bewußten Arbeiter, die Arbeiteraktivisten, waren es, die 1948 den Durchbruch vollzogen, die trotz schlechter Lebensmittelversorgung unter der Losung der SED kämpften: *Mehr produzieren, um besser leben zu können!* Adolf Hennecke übertraf am 13. Oktober 1948 seine bisherige Norm um das Mehrfache. Die Leistungen der Aktivisten bedeuteten nicht nur einen wirtschaftlichen Erfolg, sie waren nicht nur die Voraussetzung für die Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung, sondern sie waren auch eine große nationale Tat. Erst die Leistungen der Hennecke-Aktivisten sicherten die Durchführung unseres Plans: den Neuaufbau aus eigener Kraft unter Ausschaltung jeder imperialistischen Einmischung. *Die Saat, die damals die Aktivisten gesät haben, geht jetzt auf und trägt ihre Früchte.*

Die Erfüllung des Zweijahrplans in anderthalb Jahren

Mit Dankbarkeit nehmen wir auf unserem heutigen Parteitag die Berichte der Werktätigen über die Erfüllung des Zweijahrplans in anderthalb Jahren entgegen. Im Zweijahrplan war vorgesehen, daß im Jahre 1950 ein Produktionsstand der Industrie in Höhe von 81 Prozent im Verhältnis zu 1936 erreicht wird. In der Tat wird jedoch bis Ende des Jahres ein Produktionsstand von 103,1 Prozent im Verhältnis zu 1936 erreicht.

Der Vorschlag des Parteivorstandes der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik, den Zweijahrplan bis zum 20. Juli dieses Jahres zu erfüllen, ist verwirklicht worden. Das Ziel des Zweijahrplans ist in anderthalb Jahren erreicht worden. In der Rohbraunkohlenförderung wurden in den anderthalb Jahren 108 Prozent erreicht, in der Brikketterzeugung 111 Prozent. In zwei wichtigen Positionen ist es allerdings nicht gelungen, den Zweijahrplan in anderthalb Jahren zu erfüllen. Das betrifft die Steinkohlenförderung, wo der Plan infolge Materialmangels und Schwäche der Partei- und Gewerkschaftsarbeit nur zu 93 Prozent erfüllt wurde, und die Rohstahlerzeugung mit 89 Prozent Planerfüllung. Im Maschinenbau, der ein Gradmesser für

die Entwicklung der Produktivkräfte ist, wurden bis zum 1. Juli 1950 187 Prozent des Produktionsstandes von 1947 erreicht.

Die chemische Industrie erreichte am 30. Juni bereits 108 Prozent des Zweijahrplans. Die Holzbearbeitungsindustrie übererfüllte den Zweijahrplan in anderthalb Jahren, indem die Produktion auf 127 Prozent im Verhältnis zu 1936 gesteigert wurde. In der Produktion von Geweben wurden am 30. Juni 104 Prozent des Zweijahrplans erreicht, in der Kunstseidenproduktion 126 Prozent.

In der Landwirtschaft wurde die Anbaufläche entsprechend dem Plan erweitert, so daß wir bis Ende des Jahres auf 102,6 Prozent der Anbaufläche im Verhältnis zu 1938 kommen. Was die Ernteerträge betrifft, so ist damit zu rechnen, daß die im Plan festgelegten Hektarerträge übertroffen werden. In bezug auf den Viehbestand wurde der Zweijahrplan bis zum 3. Juni 1950 wie folgt erfüllt: Pferde 101 Prozent, Rindvieh 101 Prozent, Schweine 130 Prozent. Entscheidend ist die qualitative Verbesserung auf dem Gebiete der Viehzucht.

Die Reichsbahn hat das Ziel des Zweijahrplans in bezug auf die Wagengestellung voll erfüllt. Trotzdem sind nicht alle Anforderungen der Wirtschaft befriedigt worden. Während im II. Quartal 1948 die durchschnittliche Umlaufzeit der Wagen 4,5 Tage betrug, konnte sie bis zum II. Quartal 1950 auf 3,72 Tage gesenkt werden.

Nun zu den Investitionen. Bis zum 30. Juni 1950 wurden 26 Prozent mehr Mittel investiert, als im Zweijahrplan vorgesehen waren. Durch die erhöhten Investitionen konnte die Roheisenkapazität der Max-Hütte zum 30. Juni 1950 die planmäßig festgesetzte Höhe um 10 Prozent überschreiten.

In bezug auf den Nachwuchs an Arbeitskräften wird der Plan überschritten. Bis Ende 1950 wird die Zahl der Lehrlinge 14 Prozent der Industriearbeiter betragen, das ist ein bisher nicht dagewesener Höchststand an Nachwuchskräften. Die Schülerzahl an berufsbildenden Schulen stieg von 509 000 im Jahre 1947 auf 845 000 im Jahre 1950, die Zahl der Schüler in Betriebsschulen stieg von 13 000 im Jahre 1948 auf 90 000 im Jahre 1950.

Die Arbeitsproduktivität entwickelte sich, wenn wir 1936 als Grundlage nehmen, wie folgt: 1947 betrug sie 56 Prozent, 1949 85 Prozent und am 30. Juni 1950 betrug sie 93,8 Prozent.

Das Ziel des Zweijahrplans auf Zunahme der Gesamtlohnsumme um 15 Prozent ist bedeutend überschritten. Die Lohnsumme dürfte

nach den jetzt bestehenden Lohnsätzen 22 Prozent höher sein als 1948.

An Stelle der im Zweijahrplan vorgesehenen Senkung der Selbstkosten um 7 Prozent wurden bereits am Ende des ersten Jahres des Zweijahrplans 7,6 Prozent erreicht.

In bezug auf den Warenumsatz wurde im ersten Jahr des Zweijahrplans, im Jahre 1949, der Plan um 35,5 Prozent übererfüllt.

Wir können sagen, daß sich die Versorgung der Bevölkerung Schritt um Schritt, wenn auch langsam, verbesserte. Es begann mit der Abschaffung der Kartengruppe VI, dem folgte am 1. Oktober 1948 die Erhöhung der Rationen für Brot, Nahrungsmittel und Kartoffeln, dann wurde die Zuckerration erhöht. Es folgten am 1. Juli 1949 die Erhöhung der Fett ration, die Erhöhung der Rationen für Kinder, die zusätzliche Verpflegung für die Angehörigen der schaffenden Intelligenz. Es wurde die warme Schulspeisung eingeführt, und es wurde allgemein eine reibungslose Belieferung der Lebensmittelkarten erreicht. Bei der Begründung des Zweijahrplans habe ich erklärt, daß die kartenmäßige Lebensmittelversorgung der Bevölkerung um 30 Prozent erhöht wird, das heißt auf 2000 Kalorien täglich. Dieser Versorgungsplan ist ohne Zweifel übererfüllt worden.

Der volkseigene Handel der HO hat sich vom I. Quartal 1949 bis zum I. Quartal 1950 verdoppelt. Wenn wir die Preise der HO für Industriewaren vom November 1948 mit 100 annehmen, so ist bis März 1950 eine Preissenkung auf 30,3, das heißt auf weniger als ein Drittel erfolgt. Wenn wir heute die Preise von Weizenmehl, Nahrungsmitteln, Fleisch und anderen Lebensmitteln mit den HO-Preisen von Ende 1948 vergleichen, so betragen die Preise dieser wichtigsten Lebensmittel zwischen 20 und 10 Prozent des damaligen Preises. Und wir sind imstande, die Preissenkungen weiterzuführen. Allgemein kann man sagen, daß sich auch die Qualität der Waren allmählich verbessert.

Auf dem Gebiete des Schulwesens haben wir die Tatsache zu verzeichnen, daß im Juni 1950 insgesamt 13 570 allgemeinbildende Schulen bestehen, das sind 9 Prozent mehr als 1948 und 25 Prozent mehr als 1939. Im Jahre 1945 kamen 49,8 Schüler auf einen Lehrer, im Jahre 1950 nur noch 37,1 Schüler.

Diese Erfolge sind der Ausdruck des Umschwunges im Denken und im Verhältnis zur Arbeit. Im Kampf um die Übererfüllung des Planes, im Kampf um die Aneignung der fortgeschrittensten Wissen-

schaft, im Kampf um die Beherrschung der fortgeschrittensten Technik sind Menschen mit einem neuen Bewußtsein herangewachsen, Menschen, die mit dem Lied vom Plan, mit dem Lied vom neuen Leben an die Arbeit gehen. Wir danken den ungezählten Arbeitern, Jungarbeitern, Technikern und Ingenieuren, Traktoristen und werktätigen Bauern, die zu Ehren des Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei höhere Produktionsleistungen vollbracht haben. Die Bergarbeiter der Kupferschächte von Mansfeld und Sangerhausen, die Bergarbeiter des mitteldeutschen Gebietes, die ihre Produktionsleistungen erhöht haben, die Arbeiter des Stahl- und Walzwerkes Gröditz, die den Plan vorfristig erfüllten, die Qualitätsbrigaden einer Anzahl Maschinenfabriken, die Jungaktivisten der großen Bauten der Sosatalsperre und anderer Bauten, Bruno Kießler und andere Jungtraktoristen einer Anzahl Maschinenausleihstationen, die ihre Norm übererfüllt haben — sie alle haben geholfen, das Leben unseres Volkes zu verbessern, sie haben mit dazu beigetragen, die Voraussetzungen für die Ausarbeitung des Fünfjahrplans zu schaffen.

Erhöhung der Rationen für Fleisch und Fett ab 1. September 1950

Auf Grund der Erfüllung des Zweijahrplans in anderthalb Jahren halten wir es für möglich, daß noch in diesem Jahr eine Verbesserung der Lebenslage der werktätigen Bevölkerung durchgeführt wird. *Wir schlagen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vor:*

1. die Verkaufspreise der Handelsorganisation in diesem Jahre noch weiter zu senken und dementsprechend auch die Preise in den HO-Gaststätten herabzusetzen;
2. die *Zahl der Verkaufsstellen der Handelsorganisation* bis Ende des Jahres zu verdoppeln, damit die Bedürfnisse der Werktätigen und der Bauern in den kleinsten Gemeinden mehr berücksichtigt werden können. Die Anzahl der Verkaufsstellen für Spezialwaren des bäuerlichen Bedarfs ist zu vergrößern. In Mecklenburg, Sachsen-Anhalt und Brandenburg ist die Anzahl der Verkaufsstellen zu dreifachen.
3. Wir schlagen vor, ab 1. September 1950 folgende *Erhöhung der monatlichen Lebensmittelrationen* durchzuführen:

die Rationen der Lebensmittelgrundkarte um 450 Gramm Fleisch und 450 Gramm Fett;

die Rationen für Kinder bis zu 9 Jahren um 300 Gramm Fleisch und 300 Gramm Fett, für Kinder von 9 bis 15 Jahren um 450 Gramm Fleisch und 450 Gramm Fett;

die Rationen auf Zusatzkarte D um 300 Gramm Fleisch und 300 Gramm Fett;

die Monatssätze für Gemeinschaftsverpflegung um 450 Gramm Fleisch und 450 Gramm Fett.

Für Groß-Berlin wird berücksichtigt, daß die Lebensmittelrationen höher sind als in der Republik. Deshalb gelten für einige Gruppen andere Sätze der Lebensmittelerhöhungen.

Die Sätze der Werkküchenverpflegung werden bei Fleisch um 510 Gramm im Monat erhöht und für Nahrungsmittel um 600 Gramm.

Diese Verbesserungen werden ermöglicht durch die Fortschritte in unserer Landwirtschaft, die die Planzahlen übertroffen hat, sowie durch die zusätzlichen Lieferungs- und Kreditabkommen, die wir in der letzten Zeit mit der Sowjetunion, Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei abschließen konnten.

4. Im Interesse der Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung mit Textilwaren wurde mit der Regierung der Sowjetunion ein Zusatzvertrag über die Lieferung von 8000 Tonnen Baumwolle bis Ende dieses Jahres abgeschlossen. Dadurch wird es uns möglich, die Baumwollspinnereien voll zu beschäftigen und die Produktion von Untertrikotagen bedeutend zu erhöhen.

Es kommt hinzu, daß dank des freundschaftlichen Entgegenkommens der Regierung der Tschechoslowakei noch in diesem Jahr 1 400 000 Paar *Lederschuhe* für unsere Bevölkerung geliefert werden. Darunter ist auch ein Teil Arbeitsschuhe für die Betriebsarbeiter. Außerdem liefert uns die Volksrepublik Ungarn 100 000 Paar Arbeitsschuhe. Diese Schuhe gehen nicht an die HO, sondern werden an die Betriebsverkaufsstellen gegeben, damit sie zu normalen Preisen an die Belegschaftsmitglieder verkauft werden können. Es ist Pflicht der staatlichen Kontrollorgane, eine scharfe Kontrolle durchzuführen, damit die Schuhe ausschließlich an die Betriebsbelegschaften verkauft werden.

5. Wir schlagen der Regierung weiter vor, daß das Ministerium der Finanzen beauftragt wird, Vorschläge für die *Erhöhung der*

Renten auszuarbeiten. Die Rentenerhöhung müßte ab 1. September erfolgen.

Erhöhung der Löhne der Arbeiter und Angestellten in den volkseigenen und gleichgestellten Betrieben

Die Erfolge der Wettbewerbsbewegung und die allgemeine Steigerung der Arbeitsproduktivität haben bereits zu einer Erhöhung des Reallohns der Arbeiter, der Angestellten und der technischen Intelligenz geführt. Das vorhandene Lohngefüge entspricht jedoch noch nicht den volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten. Heute ist es so, daß nach dem Tarifvertrag der HO-Angestellte mehr verdient als der Bergarbeiter. *Das Lohngefüge muß jedoch prinzipiell so gestaltet werden, daß in den lebenswichtigsten Industrien die Löhne am höchsten sind, einmal, weil die Arbeit am schwersten ist oder eine besonders hohe Fachkenntnis erfordert, aber auch deshalb, um durch höhere Löhne einen Anreiz zu geben, damit in diesen Industrien die Zahl der Arbeitskräfte erhöht werden kann.* Deshalb schlagen wir vor, ein solches Lohngefüge zu schaffen, in dem die Höhe der Löhne entsprechend der Bedeutung der einzelnen Wirtschaftszweige festgelegt wird. Die Unterschiede der Löhne in den einzelnen Industriezweigen sind zugunsten der schweren und qualifizierten Arbeiten zu vergrößern, so daß das Durchschnittsverhältnis der untersten zu obersten Lohngruppe in allen Wirtschaftszweigen 1 : 2 sein wird.

Für die volkseigene Wirtschaft wird im Laufe des Fünfjahrplans die alte Ortsklasseneinteilung aufgehoben, und an ihre Stelle tritt eine der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Betriebe entsprechende Einstufung.

Wir schlagen vor, daß die Erhöhung der Löhne in den volkseigenen und gleichgestellten Betrieben ab 1. September dieses Jahres erfolgt. Das zu schaffende Lohngefüge soll der volkswirtschaftlichen Bedeutung der einzelnen Wirtschaftszweige Rechnung tragen. Dementsprechend sollen zum Beispiel in der Ortsklasse 1 ab 1. September folgende Lohnerhöhungen erfolgen:

Bergbau, Steinkohle und Erz unter Tage	8 bis 30 Prozent
Metallurgie	8 bis 25 Prozent
Schwermaschinenbau	8 bis 20 Prozent.

Für alle anderen Gruppen beträgt die Lohnerhöhung 8 bis 15 Prozent.

Die Gehälter der technischen und kaufmännischen Angestellten sind zu überprüfen und entsprechend zu erhöhen. Im Untertagebau und Übertagebau des Steinkohlenbergbaus, in der Metallurgie und in der Chemie sind die Gehälter für Meister und technische sowie für kaufmännische Angestellte vordringlich zu erhöhen.

Die Entlohnung aller in der volkseigenen Wirtschaft beschäftigten Angestellten hat nach festen Gehaltsgruppen zu erfolgen. Mit leitenden Angestellten, wie Hauptdirektoren, Direktoren, Chefingenieuren, Haupt- und Oberbuchhaltern, werden *Einzelverträge* abgeschlossen. Wir wünschen, daß die Hauptverwaltungen der Vereinigungen der volkseigenen Betriebe den Schematismus, der bei ihnen in bezug auf die Bezahlung der technischen Intelligenz zum Teil noch vorhanden ist, in kürzester Frist beseitigen.

Was Berlin betrifft, so schlagen wir vor, daß die Löhne in Berlin, die unter diesen neuen Sätzen liegen, den neuen Lohnsätzen angeglichen werden.

Diese Erhöhung der Lebensmittelrationen und der Löhne sowie die weitere Senkung der Preise in der HO zeigen, daß in der Tat die Erfolge der Produktion den Werktätigen zugute kommen. Wir hoffen, daß das dazu beitragen wird, die Qualität der Arbeit zu verbessern und den Wettbewerb auch in bezug auf größere Sparsamkeit durchzuführen, denn davon hat jeder Arbeiter selbst den Nutzen.

Dank an die Aktivisten und Jungaktivisten

Erlaubt mir, meine Ausführungen über die Ergebnisse des Zweijahrplans zu beenden mit dem Dank an die Aktivisten und Jungaktivisten, indem ich *das Beispiel von zwei Aktivisten* erwähne. Der eine Aktivist ist unser Freund *Adolf Hennecke*, der sich nicht nur durch eine hohe Förderleistung, durch gute Arbeitsorganisation auszeichnete, sondern der auch emsig an sich selbst arbeitet, um sein Fachwissen zu erweitern. Seinem Wunsche, einen Sonderlehrgang der Bergakademie in Freiberg zu besuchen, wurde entsprochen, und wir sollten allen Aktivisten die Möglichkeit geben, sich fachlich weiterzubilden, damit sie imstande sind, leitende Funktionen in unserer Wirtschaft mit Erfolg auszuüben.

Das andere Beispiel ist die Leistung eines früher ungelerten Arbeiters, des Genossen *Hans Garbe*, der als Feuerungsmaurer bei

Siemens-Plania in Berlin tätig ist. Er senkte zuerst die Arbeitszeit für ein Arbeitsstück um die Hälfte und erklärte seinen Kollegen: „Jetzt arbeiten wir für uns, und wir teilen uns die Arbeit anders ein.“ Er erklärte seinen Kollegen, daß sie nie besser leben werden, wenn sie weiter so langsam arbeiten. Durch Rationalisierungsmaßnahmen schaffte er es, eine Arbeit, zu der früher 3 bis 4 Stunden gebraucht wurden, ohne größere Anstrengung in 10 Minuten durchzuführen. Er brachte es fertig, einen Ringofen, für dessen Reparatur bisher vier Monate notwendig waren — das bedeutete Stilllegung und vier Monate Produktionsausfall —, mit einigen Kollegen in acht Wochen gut zu reparieren, und das, ohne daß der Ofen stillgelegt zu werden brauchte. Die Fachleute erklärten, so etwas sei seit Menschengedenken nicht möglich gewesen. Das wichtigste aber ist, daß der Genosse Garbe durch diese Arbeitsleistung auch einen *Umschwung in der SED-Betriebsgruppe* zustande brachte, da er seine berufliche Arbeit mit einer guten politischen Arbeit verband. *Hans Garbe* sagte selbst:

„Jetzt sind es Genossen geworden, einer wie der andere, die Kollegen sind jetzt so weit, daß alle einsehen, der alte Trott kann nicht mehr weitergehen. Sie sehen, daß wir jetzt schon bedeutend besser leben als 1945, 1946, 1947... Wenn ich an meine Arbeit denke, dann denke ich auch an die Partei.“ Und er schloß den Bericht über seine Arbeit mit Worten, an denen sich manches junge Parteimitglied ein Beispiel nehmen kann: „*Mag kommen, was will*“, sagte er, „*aber die Partei sehe ich als mein Heiligtum an und kämpfe für sie. Ich muß einfach für sie kämpfen, weil sie die Partei der Arbeiter ist.* Lieber härter arbeiten, aber für den Frieden. Wir müssen das, was wir jetzt aufbauen, hüten und darum kämpfen, daß es uns erhalten bleibt.“

Der Fünfjahrplan

Die Ausarbeitung des Fünfjahrplans entsprang der Direktive des Politbüros der SED vom 14. Februar 1950. In dieser Direktive wurde gesagt, daß eine Kommission unter der Leitung von mir beauftragt wird, die Kontrollzahlen für den Plan bis zum 15. Juni 1950 vorzulegen und zu diesem Zwecke eine exakte Bilanz der Volkswirtschaft aufzustellen.

In dieser Direktive wurde festgelegt, daß die industrielle Bruttoproduktion bis 1955 auf das Doppelte der Vorkriegsproduktion des Jahres 1936 gesteigert werden soll.

Das dem Parteitag vorliegende Dokument enthält alle grundlegenden Kontrollzahlen. Gleichzeitig wurden bereits die Spezialpläne für die Durchführung der großen Investitionen in der Hüttenindustrie, den Werften, der Energieerzeugung und im Bergbau ausgearbeitet. Diese große Arbeit konnte in der verhältnismäßig kurzen Frist nur durchgeführt werden dank der Hilfe unserer Fachleute, mit denen wir eingehende Beratungen durchgeführt haben. Im Auftrage des Politbüros danke ich den Parteigenossen wie auch den parteilosen Angehörigen der technischen Intelligenz sowie den Konsultanten, die eine große Arbeit geleistet haben.

Die Veröffentlichung der Kontrollzahlen des „Fünfjahrplans zur Entwicklung der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik (1951 bis 1955)“ soll die Arbeiter, Angestellten und Angehörigen der technischen Intelligenz in der Industrie, die Mitarbeiter der MAS und der volkseigenen Güter, die Angestellten im Wirtschafts- und Staatsapparat, die Mitglieder und Mitarbeiter der Akademie der Wissenschaften, der Kammer der Technik und aller wissenschaftlichen Institute zur *Meinungsäußerung und Kritik* anregen. Der Fünfjahrplan soll mit zum Inhalt der Versammlungen gemacht werden, die in der nächsten Zeit in Verbindung mit der Vorbereitung der Wahlen durchgeführt werden und wo alle Kreise der Bevölkerung die Möglichkeit haben, ihre Vorschläge zu machen und auch Kritik an vorhandenen Mängeln zu üben.

Das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wird den Plan in kurzer Zeit dem Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik übergeben. Der Plan selbst soll dann so vorbereitet werden, daß er von der am 15. Oktober zu wählenden Volkskammer beraten und zum Gesetz des Staates und des Volkes erhoben wird.

Die großen Aufgaben, die im Fünfjahrplan gestellt sind, bedürfen der unmittelbaren Vorbereitung. Aus der exakten Ausarbeitung der Zahlen, die wir vorlegen, ergibt sich, daß eine Reihe Aufgaben der Hüttenindustrie, des Schiffbaus, des Schwermaschinenbaus, der Energieerzeugung bereits im August dieses Jahres in Angriff genommen werden muß.

Zur Vorbereitung des Fünfjahrplans gehört auch die *planmäßige Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den Volksrepubliken*. Die bedeutsame Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen mit der Sowjetunion, die in den letzten Monaten abgeschlossenen Abkommen

mit Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn sind Vorbereitungen für Fünfjahreshandelsabkommen mit diesen Ländern.

Im Interesse einer langfristigen Zusammenarbeit und der Teilnahme an den Einrichtungen der gegenseitigen Hilfe der Sowjetunion und der volksdemokratischen Staaten halten wir es für wünschenswert, daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik an die Regierungen, die dem „Rat für gegenseitige wirtschaftliche Hilfe“ angehören, herantritt mit der Bitte, auch unsere Regierung in den Rat aufzunehmen. Wir glauben, daß dieses Ersuchen positiv beantwortet wird, da in der Deutschen Demokratischen Republik die Grundlagen einer friedlichen Ordnung geschaffen wurden und da die Entwicklung der Wirtschaftsplanung in der Deutschen Demokratischen Republik nunmehr auch Vereinbarungen auf längere Frist mit den Staaten möglich macht, die den Rat bilden. Das wird uns helfen, die deutsche Friedenswirtschaft zum Wohle des ganzen Volkes zu stärken.

Zu Beginn meiner Ausführungen habe ich die grundsätzliche Bedeutung und die politischen und sozialökonomischen Aufgaben im allgemeinen dargelegt. Jetzt möchte ich auf die Einzelheiten eingehen.

Welches sind die Hauptaufgaben, die der Plan für die Zeit von 1951 bis 1955 stellt?

Die praktischen Hauptaufgaben in den Jahren 1951 bis 1955

Die *industrielle Produktion* soll in der Zeit des Fünfjahrplans auf 190 Prozent im Vergleich zum Stand von 1950 gebracht werden, also auf das Doppelte der Produktion von 1936.

Die *Hektarerträge* in der Landwirtschaft sollen um durchschnittlich 25 Prozent gesteigert werden.

Die *Arbeitsproduktivität* soll um 60 Prozent steigen.

In der volkseigenen Industrie soll im Jahre 1955 eine *Senkung der Selbstkosten* von mindestens 23 Prozent gegenüber dem Jahre 1950 erreicht werden.

Der *Lebensstandard* der Bevölkerung wird verbessert, indem das *Volkseinkommen* auf mehr als 160 Prozent im Verhältnis zu 1950 er-

hört wird. Der Arbeitslohn der Arbeiter, Angestellten, Ingenieure und Techniker wird in der gesamten Volkswirtschaft um 16,8 Prozent und in der Industrie um 20 Prozent im Verhältnis zu 1950 erhöht. Der Arbeitslohnfonds wird im Jahre 1955 insgesamt 137 Prozent im Verhältnis zu 1950 ausmachen.

In der Zeit des Fünfjahrplans ist der *Gesamtumfang der großen Aufbauarbeiten mit 26,89 Milliarden DM veranschlagt*. Neben den großen Industriebauten soll der planmäßige Wiederaufbau der zerstörten Städte in der Republik erfolgen.

Für die *Volksbildung* und die Entwicklung der Kultur werden im Jahre 1955 um 40 Prozent mehr Mittel verausgabt als 1950.

Im Laufe der Jahre 1951 und 1952 wird schrittweise der *freie Handel* mit allen Nahrungsmitteln und Industriewaren zu einheitlichen Preisen eingeführt.

Ich gehe nun zu den einzelnen Planzahlen für die Industrie über.

Der Aufschwung der Industrie

Der Umfang der Bruttoproduktion für die gesamte Industrie ist für das Jahr 1955 auf 43,8 Milliarden DM gegenüber 23 Milliarden DM im Jahre 1950 festgesetzt. Die grundlegende Aufgabe ist die Überwindung der infolge der Spaltung Deutschlands in unserer Industrie vorhandenen Disproportionen. Mit Hilfe der vollständigen Wiederherstellung der Elektrizitätswerke und des Ausbaus der bestehenden Werke ist die Erzeugung von Elektroenergie 1955 auf 31,6 Milliarden Kilowattstunden zu steigern, das heißt auf 176 Prozent gegenüber 1950.

Die *Produktion der metallurgischen Industrie ist so zu steigern, daß die maximale Versorgung des Maschinenbaus mit Metall aus eigener Erzeugung gesichert wird*. Zu diesem Zweck ist die *Produktion der metallurgischen Industrie* wertmäßig auf 237 Prozent im Verhältnis zu 1950 zu steigern. Um diese außerordentliche Leistung der metallurgischen Industrie zu erreichen, müssen fünf metallurgische Betriebe mit einer Produktionskapazität von 2 Millionen Tonnen Rohstahl im Jahr wiederhergestellt sowie ein neues Hüttenkombinat mit einer Produktionskapazität von 500 000 Tonnen Roheisen im Jahr neu erbaut werden. Weitere neue Roheisenkapazi-

täten in Höhe von 400 000 Tonnen im Jahr müssen bereitgestellt werden. Die Projekte für das neue Hüttenwerk sind bereits fertig, so daß schon in einigen Wochen am Ufer der Oder mit den Arbeiten begonnen werden kann.

Es sind besondere Anstrengungen notwendig, um *mehr Eisenerz und Kupfererz zu fördern*. Die vorhandenen Eisenerzgruben sind systematisch auszubeuten und neue Erzlagerstätten zu erschließen, so daß bis 1955 die Förderung von Eisenerz auf 1,8 Millionen Tonnen gesteigert wird. Durch Ausbau der bestehenden Schächte des Kupfererzbergbaus und Anlegung neuer Schächte ist die Förderung auf 1,5 Millionen Tonnen zu erhöhen. Das bedeutet, daß wir 70 Prozent des benötigten Kupfers aus eigenen Schächten fördern werden.

Die Voraussetzung für die Lösung der großen Aufgaben der Hüttenindustrie und der Industrie überhaupt ist die Steigerung der *Braunkohlenförderung* auf 205 Millionen Tonnen (das sind 155 Prozent im Verhältnis zu 1950) und die Steigerung der *Steinkohlen-erzeugung* auf 4 Millionen Tonnen (das sind 121 Prozent im Verhältnis zu 1950). Das erfordert, daß mindestens drei neue Steinkohlenschächte abgeteuft werden. *Die Tätigkeit der Geologischen Anstalt muß bedeutend verbessert werden*, damit die bei uns vorhandenen Steinkohlen- und Erdölvorkommen festgestellt und erschlossen werden.

Die Produktion im *Maschinenbau* soll auf 221 Prozent erhöht werden; die der elektrotechnischen Industrie auf 196 Prozent und der Feinmechanik und Optik auf 239 Prozent.

Damit Bergbau, Energiewirtschaft, Metallurgie und Schiffbau mit schweren Maschinen und großen Aggregaten ausgerüstet werden können, damit die größere Produktion von Spezialmaschinen und die Steigerung des Maschinenexports möglich sind, ist es notwendig, den Schwermaschinenbau schneller zu entwickeln. Deshalb ist zur Herstellung der Ausrüstungen für die Energiebetriebe die Rekonstruktion beziehungsweise der Ausbau der Werke Bergmann-Borsig, Görlitzer Maschinenfabrik und zweier Kesselfabriken notwendig. Die Ausrüstungen für den Bergbau sollen in den Werken Schwartzkopff Wildau, LEW Hennigsdorf und ABUS Nordhausen produziert werden; Fördermaschinen und Hebezeuge für den Bergbau und die Werke der Metallurgie im Werk Kranbau Eberswalde und anderen Betrieben, darunter im Werk Waggonbau Gotha. Die

Herstellung von schweren Werkzeugmaschinen soll in den Niles-Werken Chemnitz, in der Werkzeugmaschinenfabrik Aschersleben und in einer Reihe anderer Werke organisiert werden. Wir müssen die Gesamtproduktion von Werkzeugmaschinen auf 347 Prozent gegenüber 1950 steigern.

Die Produktion von *Lastwagen* ist auf das Zehnfache zu erhöhen.

Eine große Hilfe beim Wiederaufbau sind die Sowjetischen Aktiengesellschaften, die uns in bezug auf Arbeitsorganisation ein Beispiel geben und den größten Teil der Reparationsverpflichtungen der Deutschen Demokratischen Republik erfüllen. Das Schaffen der Arbeiter und der technischen Intelligenz in den Betrieben der SAG Wismut ist von großer Bedeutung für die Erhaltung des Friedens und für den wissenschaftlichen Fortschritt.

Von besonderer Bedeutung ist die *Entwicklung des Schiffbaus*. Im Interesse der Versorgung der Bevölkerung mit Fischen werden in den Jahren 1951 bis 1955 hergestellt:

680 Logger,
100 Seiner,
810 Kutter.

Zugleich beginnen wir mit dem Bau von Hochseefischdampfern. Bis 1955 sind 78 Hochseefischdampfer zu bauen.

Von großer Bedeutung für die Weiterentwicklung unseres Außenhandels ist die *Schaffung einer neuen Hochseehandelsflotte* der Deutschen Demokratischen Republik. Das ist besonders wichtig für den Handel mit China und anderen Ländern des Ostens. Zu diesem Zweck werden neue Werften erbaut. Bis 1955 müssen mindestens 18 Handelsschiffe fertiggestellt werden. Außerdem werden noch Handelsschiffe für andere Länder gebaut.

Wir sind interessiert an der Steigerung der *Produktion von feinmechanisch-optischen Geräten*, insbesondere von Meß- und Prüfeinrichtungen. Die Feinmechanik und Optik stehen zum Beispiel vor großen Aufgaben in bezug auf die Ausrüstung von Schiffen mit Instrumenten.

In der *chemischen Industrie* ist die Produktion auf 182 Prozent im Verhältnis zu 1950 zu erhöhen. Die Produktion von Stickstoffdünger ist auf 113 Prozent zu erhöhen, von synthetischem Kautschuk auf 159 Prozent, von Benzin auf 175 Prozent, von Phosphordünger auf 191 Pro-

zent usw. Ein solch hohes Produktionsniveau kann nur erreicht werden mit Hilfe der Rekonstruktion einer Reihe bestehender chemischer Werke und des Baus neuer chemischer Anlagen und Werke.

Um die Versorgung der Bevölkerung mit Textilwaren zu verbessern, soll die Erzeugung von Grundstoffen zur *Herstellung vollsynthetischer Fasern* auf das Achtfache erhöht werden. Die Forschungsarbeit zur Herstellung einer synthetischen Faser, die in der Qualität der Naturfaser gleichkommt, ist zu fördern. Um Metall und Holz zu sparen, ist die Produktion von *Kunststoffen* auf 213 Prozent zu steigern. Die Produktion von *Autoreifen* wird auf 200 Prozent erhöht.

Die Produktion der *Textil- und Lederindustrie* ist während der fünf Jahre weiter zu erhöhen, um eine ausreichende und bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung zu sichern. Die Kunstseideerzeugung ist auf 314 Prozent, die Erzeugung von Perlon auf 362 Prozent, die Produktion von Stoffen und Strümpfen auf das Doppelte und die Herstellung von Trikotagen auf 303 Prozent zu steigern. Von entscheidender Bedeutung ist die Erhöhung der Qualität der Waren und die Herstellung der richtigen Sortimente. Die Produktion von Lederschuhem soll 1955 den Stand von 1936 überschreiten.

Transportwesen

Die stark steigende Warenproduktion erfordert eine entsprechende *Erhöhung der Güterbeförderung*. Die Beladung von Güterwagen ist von täglich 19 750 im Jahre 1950 auf 31 000 im Jahre 1955, also auf 157 Prozent, zu steigern. Die Umlaufzeit eines Güterwagens ist von 3,75 Tagen auf 3,25 Tage zu verringern. Die Zahl der zu befördernden Personen wird um 10 Prozent zunehmen. Es sind 2300 Kilometer Eisenbahnstrecke durch Reparaturen wiederherzustellen und 750 Kilometer neue Gleise zu legen. Es muß eine Verbesserung der Durchlaßfähigkeit der Strecken und eine Erweiterung des Gleisnetzes, die technische Vervollkommnung der Rangierbahnhöfe und der Bau von vollautomatischen Sicherungseinrichtungen auf den wichtigsten Strecken erfolgen.

Die *Binnenschifffahrt* wird ihre Transportleistungen auf 140 Prozent steigern, der Kraftverkehr auf 167 Prozent. Die Personenbeför-

derung im Omnibusverkehr wird von 86 auf 125 Millionen Personen erhöht. Dabei ist vor allem der Berufsverkehr zu verbessern. In der Zeit des Fünfjahrplans soll die Wiederherstellung und Rekonstruktion von 35 Millionen Quadratmeter Straßendecke erfolgen und die Wiederherstellung und Festigung von 23 000 laufenden Metern Straßenbrücken gewährleistet werden.

Ich glaube, es wird niemanden geben, der daran zweifelt, daß es uns nach der vorfristigen Erfüllung des Zweijahrplans und nach der Erreichung des Friedensstandes in den Hauptindustrien gelingen wird, die im Fünfjahrplan gestellten Aufgaben erst recht zu erfüllen.

Jeder Deutsche hat die Möglichkeit, Vergleiche zwischen dem großen Aufschwung der Industrie in der Deutschen Demokratischen Republik und der Konkurrenzdemontage und der Drosselung der Qualitätsproduktion in Westdeutschland anzustellen.

In Westdeutschland demontiert man die Betriebe zur Erzeugung von synthetischem Benzin, synthetischem Kautschuk und anderen wichtigen Rohstoffen, bei uns wird hingegen die Produktionsleistung dieser Betriebe bedeutend erhöht.

Selbstverständlich ist *bei uns eine grundsätzlich andere Lage als in Westdeutschland*. Wir haben mit Hilfe der sowjetischen Besatzungsmacht die Grundlagen der Produktion für friedliche Zwecke geschaffen, indem wir die Macht der deutschen Kriegsinteressenten, der Konzern- und Bankherren beseitigt haben. Das war die Voraussetzung dafür, daß uns die Sowjetische Kontrollkommission das Recht der freien Entwicklung der friedlichen Produktion auf allen Gebieten gewährt hat. Wir sind der Sowjetregierung dankbar für das Vertrauen, das sie den demokratischen Kräften in der Deutschen Demokratischen Republik entgegenbringt, und verpflichten uns, alle Sicherungen zu treffen, damit die Wirtschaft den friedlichen Interessen des Aufbaus und der Verbesserung der Lebenshaltung unseres Volkes dient.

Als ich kürzlich eine Besprechung mit Vertretern der Kammer der Technik und mit Vertretern der Akademie der Wissenschaften hatte, fragten einige Wissenschaftler: Ja, dürfen wir denn das und das arbeiten? Dürfen wir denn die und die Forschungen durchführen? Wir haben ihnen gesagt: Für friedliche Zwecke können Sie nicht nur forschen, sondern je bessere Forschungsergebnisse Sie erzielen, desto höhere Prämien werden Sie dafür bekommen!

Privatbetriebe

In der Zeit des Fünfjahrplans wird die *Produktion in den privaten Betrieben* auf 156,5 Prozent steigen. Diese Zahl zeigt, daß wir daran interessiert sind, daß alle Produktionsmöglichkeiten der Privatindustrie voll ausgenutzt werden.

Die feindliche Presse in Westdeutschland erhebt Klage darüber, daß die Produktion in den privaten Betrieben „nur“ um 56,5 Prozent steigt. Diesen Schwätzern möchte ich sagen, daß die Unternehmer in Westdeutschland froh wären, wenn in den nächsten fünf Jahren ihre Produktion auch nur um 10 Prozent steigen würde. Die Herren der Bonner Protektoratsverwaltung haben selbst erklärt, daß sie im Jahre 1951 mit über zwei Millionen Erwerbslosen rechnen.

Die Sicherung der Existenz der privaten Unternehmer im Rahmen des Wirtschaftsplans verpflichtet diese jedoch auch, einen Teil des Gewinnes in Form von Steuern dem Staatshaushalt zur Finanzierung des Wiederaufbaus zuzuführen. Diese Steuerleistungen der privaten Unternehmer sind Volkseigentum und sind wie dieses zu behandeln. Eine Anzahl Privatunternehmer hat diese staatsbürgerlichen Pflichten nicht erfüllt und hat sich durch Steuerhinterziehung, die von einigen bürgerlichen Finanzministern der Länder geduldet wurde, ungegerechtfertigt bereichert. Was soll man sagen, wenn die Strumpfwirkerei Peretz in Chemnitz ihren Betriebsverlust im Jahre 1947 mit 16 800 DM angibt, aber im selben Jahr für private Zwecke 102 100 DM dem Betrieb entnimmt? Die Firma Max Pfau, Strumpf-fabrik, Burkhardtsdorf im Kreis Chemnitz, warf 1948 einen Betriebsgewinn von 19 380 DM aus, aber im selben Jahr wurden 218 100 DM dem Betrieb zur privaten Verfügung entnommen. Den Privatunternehmern sei gesagt, daß sie durch den Aufschwung der Wirtschaft auf Grund der Wirtschaftsplanung bedeutenden Nutzen haben, daß sie aber auch die gesetzlichen Bestimmungen über die Steuerleistungen erfüllen müssen.

Entwicklung des Handwerks

Das Handwerk wird im Fünfjahrplan an Bedeutung weiter zunehmen. Seine Gesamtproduktion soll auf 160 Prozent steigen. Diese Entwicklung des Handwerks ist nicht nur wichtig für die Versorgung

der Bevölkerung mit Gegenständen des täglichen Bedarfs, sondern auch für die Entwicklung von Qualitätserzeugnissen, die auch für den Export von Bedeutung sind. Der Beschluß der Regierung, den Handwerkern aus den Überplanbeständen der volkseigenen Betriebe Rohmaterial im Werte von 50 Millionen DM zu überlassen, muß mit Hilfe der zuständigen Handelszentralen realisiert werden. Die Einkaufs- und Lieferungs-genossenschaften der Handwerker müssen ihre Bemühungen verstärken, Vertragsabschlüsse mit den volkseigenen Betrieben und Handelsorganisationen durchzuführen. Dadurch wird auch die Materialversorgung der Handwerksbetriebe erleichtert. Wir halten es für notwendig, daß zur Normalisierung der Tätigkeit der Handwerksbetriebe für regelmäßig wiederkehrende handwerkliche Leistungen Festpreise bestimmt werden.

Der frühere Zustand, daß die Steuerbehörden die Handwerksbetriebe laufend kontrollierten, die großen Industriebetriebe jedoch selten, muß geändert werden. Vielleicht kann man die Steuerzahlung so vereinfachen, daß der selbständige Handwerksmeister zur gleichen Steuerleistung herangezogen wird wie ein Meister der gleichen Branche in einem Betrieb am gleichen Ort und daß entsprechend der Zahl der beschäftigten fremden Arbeitskräfte Steuerzuschläge erhoben werden. Dadurch wird die komplizierte Buchführung überflüssig, die von den Nazis eingeführt wurde. Die Mehrleistungen kommen den Handwerksmeistern dann ebenso zugute, wie einem Meister im Betrieb, der zusätzlich Prämien erhält.

Herabsetzung der Reparationen

Der Wille des Sowjetvolkes, dem deutschen Volke die Durchführung der großen Aufbauaufgaben zu erleichtern, hat den Ministerrat der Sowjetunion veranlaßt, die auf Grund des Potsdamer Abkommens noch zu leistenden Reparationsverpflichtungen um 50 Prozent herabzusetzen. Wir sind dem Vorsitzenden des Minister-rats der UdSSR, Generalissimus Stalin, für diese Hilfe zu großem Dank verpflichtet.

Die Reparationsaufträge haben sich geändert. Es sind keinerlei Waren des Massenbedarfs und auch keine Holzhäuser mehr im Reparationsplan enthalten. Wir werden bestimmte hochwertige Maschinen liefern, für die zum größten Teil die Rohstoffe aus der

Sowjetunion geliefert werden. An dieser Stelle möchte ich einige Worte zu der Tätigkeit der sozialdemokratischen Spionagezentrale in Hannover sagen. Dort hat man sich von einer anglo-amerikanischen Agentur Zahlen geben lassen, die beweisen, daß die Propaganda der sozialdemokratischen Führung in die Sackgasse gekommen ist. Diese Schreiberlinge wenden einen einfachen Trick an: Alle Waren, die im Außenhandelsvertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetunion enthalten sind, rechnen sie auf Reparationskonto. Dieser Betrug hat jedoch immer weniger Wirkung.

Die Reparationslieferungen hatten für die deutsche Wirtschaft zwei Seiten. Die eine Seite war die Wiedergutmachung, die Wiederherstellung des Ansehens Deutschlands durch die Ersetzung eines Teiles dessen, was von den deutschen Truppen zerstört wurde, und die andere Seite war die Ingangsetzung unserer eigenen Industrie. Kein patriotischer Deutscher wird heute mehr bestreiten, daß sich diese Politik, durch die erst die Grundlage eines freundschaftlichen Verhältnisses zur Sowjetunion geschaffen wurde, als richtig erwiesen hat. Die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik aber waren die Voraussetzung für den großen Aufschwung, den wir jetzt erleben. Zugleich möchte ich daran erinnern, wie viele zerstörte Großbetriebe unter der Leitung von Sowjetoffizieren in einem Tempo wiederaufgebaut wurden, wie wir es allein nicht geschafft hätten. Viele dieser Betriebe haben zum Teil Reparationsaufträge durchgeführt. Aber heute — und in noch größerem Maße ab 1. Januar 1951 — arbeiten diese Betriebe für den deutschen Bedarf und vor allem für den Export der Deutschen Demokratischen Republik.

Selbst westdeutsche Industrielle erkennen heute an, daß es klüger war, unmittelbar nach dem Hitlerkrieg den Hauptteil der Reparationsverpflichtungen zu erfüllen und den Aufbau aus eigener Kraft durchzuführen, statt wie in Westdeutschland die amerikanischen Konkurrenten um Hilfe zu bitten und sich dann von ihnen allmählich erwürgen zu lassen beziehungsweise noch jahrelang unter der Drohung der Konkurrenzdemontage zu leben. Wir haben alles in unseren Kräften Stehende getan, um durch genaue Erfüllung der Reparationsverpflichtungen das Ansehen des deutschen Volkes wiederherzustellen und dadurch den Neuaufbau zu beschleunigen.

Über die Aufgaben der Gewerkschaften

Nachdem ich die großen Aufgaben in der Industrie behandelt habe, möchte ich einige kurze Bemerkungen zu den Aufgaben der Gewerkschaften machen. Die Annahme des Fünfjahrplans erfordert für die Gewerkschaften eine gründliche Wendung in der Gewerkschaftsarbeit. Die Gewerkschaften sind die Massenorganisation, in der die führende Kraft, die Arbeiterklasse, organisiert ist. Deshalb haben die Gewerkschaften eine besonders hohe Verantwortung. Ich lenke die Aufmerksamkeit der Freien Gewerkschaften auf folgende Hauptaufgaben:

1. Es ist notwendig, *das politische Bewußtsein und das Staatsbewußtsein zu heben und den Geist des Internationalismus in den Gewerkschaften zu stärken*. Die Gewerkschaften müssen zu Schulen der Demokratie und des Sozialismus werden.

2. Auf dem Gebiete der Wirtschaft sind die Gewerkschaften für die *Organisierung und Entfaltung des Wettbewerbes* verantwortlich. Die wirtschaftlichen Verwaltungsorgane sollen helfen, aber die Verantwortung für Wettbewerb und Aktivistenbewegung haben die Leitungen der Industriegewerkschaften. Das bedeutet, daß die Leitungen der Industriegewerkschaften konkreter die Arbeit der Betriebsgewerkschaftsgruppen anleiten und unterstützen müssen. Mit Hilfe der Kritik und Selbstkritik gilt es, die bürokratischen Tendenzen in den Industriegewerkschaftsleitungen zu überwinden.

3. Die Freien Gewerkschaften müssen mehr die *Tagesinteressen der Arbeiter, der Arbeiterinnen und der technischen Intelligenz vertreten*. Ich habe heute im Auftrage des Politbüros eine ganze Reihe Vorschläge für die Verbesserung der Lage der Arbeiter gemacht: Lohnerhöhungen, Lebensmittelverbesserungen, Verbesserung der Versorgung mit Industriewaren, besondere Maßnahmen für die Bergarbeiter und anderes. Aufgabe der Gewerkschaften ist es, für die exakte Durchführung dieser Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Arbeiter Sorge zu tragen. Es gibt darüber hinaus viele Möglichkeiten der gegenseitigen Hilfe für Gewerkschaftsmitglieder, die in irgendwelche Schwierigkeiten geraten sind.

Wir lenken die Aufmerksamkeit der Gewerkschaften besonders auf die Privatbetriebe. Das sind in unserer Republik die Mehrzahl der Betriebe. In diesen Betrieben werden zum Teil die im Arbeitsgesetz

festgelegten Bestimmungen noch nicht durchgeführt. Wir empfinden es als einen ernsten Fehler, daß die Industriegewerkschaftsleitungen sich nicht genügend für den ideologischen Zustand der Gewerkschaftsmitglieder in den Privatbetrieben interessieren. Es ist leider eine Tatsache, daß manche Gewerkschaftsmitglieder unter dem Einfluß des privatkapitalistischen Unternehmers stehen. Es kommt hinzu, daß die Gewerkschaftsleitungen die volle Verantwortung für den Ausbau der Sozialversicherung übernehmen müssen. Unser Grundprinzip, daß die Entlohnung entsprechend der Leistung erfolgt, muß wirklich zur Sache aller Werktätigen werden.

4. Die neuen Aufgaben auf wirtschaftlichem, gesellschaftlichem und kulturellem Gebiet erfordern ein *höheres Bildungsniveau der Gewerkschaftsfunktionäre und -mitglieder*. Sie müssen die Fragen des Planes, der Finanzwirtschaft, der fortschrittlichen Technik beherrschen lernen und ihr politisches Wissen erweitern. Deshalb sollte der FDGB die ganze Schulungsarbeit systematisch organisieren.

5. Die Leitung der *Kulturarbeit in den Betrieben, in den Maschinenausleihstationen, auf den volkseigenen Gütern sowie in den staatlichen Verwaltungen* soll in die Hände der Gewerkschaften übergehen. Dieser Übergang der Verantwortung für die Kulturarbeit soll noch in diesem Jahr erfolgen, denn das ist zugleich ein Teil der Vorbereitungen für den Fünfjahrplan. Bisher haben die Gewerkschaften die Kulturarbeit als eine untergeordnete Frage behandelt und möglichst die ältesten Genossen, die andere Aufgaben nur schwer erfüllen können, damit beauftragt. So kann es nicht weitergehen. Wir sprechen den Wunsch aus, daß in kürzester Frist eine Wendung in der Kulturarbeit der Freien Gewerkschaften erfolgt.

Es ist notwendig, daß die Parteileitungen die SED-Mitglieder, die Gewerkschaftsfunktionäre sind, anleiten, damit sie ihre ganze Kraft einsetzen, um in diesem Sinne bei der Entwicklung der Arbeit der Gewerkschaften Initiative zu entfalten.

Die Aufgaben in der Landwirtschaft

Um die weitestgehende Versorgung der Bevölkerung aus der eigenen Landwirtschaft zu erreichen, haben die staatlichen Organe im Gebiete der Deutschen Demokratischen Republik in den letzten Jahren *den werktätigen Bauern bedeutende Hilfe geleistet*. Erlaubt mir, die Zahlen im einzelnen vorzutragen:

	1948	1949	1950	insg.
	Mill.	Mill.	Mill.	Mill.
A. Kredite				
1. Neubauernkredite	123	316	145	584
2. Andere langfristige Kredite für die Landwirtschaft	—	17,9	8,0	25,9
	123	333,9	153,0	609,9
B. Preisstützungen				
1. Preisstützungen für Düngemittel ..	72,5	47,6	56,2	176,3
2. Preisstützungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse	333	147	49	529
	405,5	194,6	105,2	705,3
C. Andere wirtschaftliche Hilfe				
1. Preisstützungen für den Aufkauf freier Spitzen durch die VVEAB ..	—	305	605	910
2. Zuschüsse an die MAS	—	79	80,8	159,8
3. Kapitalausstattung f. d. Bauernbank	—	—	25	25
	—	384	710,8	1094,8
insgesamt				2410,0

Es wurden also 2 Milliarden 410 Millionen DM für die Landwirtschaft zur Verfügung gestellt.

Die wichtigste Aufgabe der Landwirtschaft in den nächsten fünf Jahren ist die Erreichung hoher Ernteerträge und die Steigerung der Viehzucht, damit die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln vorwiegend aus der eigenen landwirtschaftlichen Erzeugung bedeutend erhöht werden kann. Unsere Losungen sind:

Dem Volke mehr Lebensmittell

Dem Bauern mehr Industriewaren!

Der ganzen Dorfbevölkerung die Errungenschaften der fortschrittlichen Kultur!

Die Bruttoerträge der landwirtschaftlichen Kulturen müssen im Vergleich zu den mittleren Jahreserträgen der Vorkriegszeit (1934 bis 1938) wie folgt gesteigert werden:

Getreide und Hülsenfrüchte	auf 111,0 Prozent
Ölfrüchte und Faserpflanzen	auf 708,0 Prozent
Zuckerrüben auf 125,7 Prozent
Kartoffeln auf 125,4 Prozent

Das erfordert die Erreichung folgender durchschnittlicher Ernteerträge:

Getreide und Hülsenfrüchte	25 Doppelzentner je Hektar
Ölfrüchte 17 Doppelzentner je Hektar
Zuckerrüben 315 Doppelzentner je Hektar
Kartoffeln 200 Doppelzentner je Hektar

Der Umfang der Erzeugnisse der Viehzucht ist im Jahre 1955 auf folgende Höhe zu bringen:

Fleisch und Geflügel (Schlachtgewicht)	1 357 000 Tonnen
Milch 6 772 000 Tonnen
Eier 1980 Millionen Stück

Das bedeutet eine Steigerung der Erzeugung gegenüber dem Vorkriegsjahr 1938 bei Fleisch und Geflügel auf 160,5 Prozent, bei Milch auf 131 Prozent, bei Eiern auf 152,5 Prozent.

Diese Aufgaben können bei Ausnutzung aller Produktionsreserven ohne Zweifel übererfüllt werden. Worin bestehen die Reserven?

Erstens: *in der Verbesserung der Bodenkultur;*

zweitens: *im Ausbau der Technik, der maschinellen Hilfe;*

drittens: *in der Ausnutzung der fortgeschrittensten agrotechnischen Wissenschaft;*

viertens: *in der Pflanzenzüchtung zur Entwicklung hochproduktiver Sorten;*

fünftens: *in der Entwicklung der gegenseitigen Hilfe der Dorfgemeinschaften;*

sechstens: *in der systematischen Anleitung und Hilfe für die zurückgebliebenen Wirtschaften von Klein- und Mittelbauern.*

Als wir zur Vorbereitung des Fünfjahrplans mit den Agrarwissenschaftlern Besprechungen durchführten, sagte uns Professor Mitscherlich, daß es möglich sei, die Erträge des Ackerbaus im Laufe von

Jahren um 50 Prozent zu erhöhen. Und er fand die Zustimmung anderer Agrarwissenschaftler. Es soll niemand kommen und sagen, daß wir schon heute hohe Hektarerträge haben, so daß es deshalb sehr schwer sei, diese Hektarerträge weiter zu steigern. Die Wissenschaft lehrt etwas anderes, und wir sollen helfen, daß sich die Mitarbeiter der Maschinenausleihstationen, der volkseigenen Güter und die Bauern die Erfahrungen und die Ergebnisse der fortgeschrittenen Wissenschaft mehr als bisher aneignen.

Nachdem wir bereits in diesem Jahr die Friedenshektarerträge überschreiten werden, besteht die grundlegende Aufgabe darin, um höhere Ernteerträge und höhere Erträge der Viehzucht zu kämpfen. *Diese höheren Erträge können und sollen erreicht werden durch die volle Entfaltung der privaten Initiative der werktätigen Bauern bei gleichzeitiger Hilfe durch die Maschinenausleihstationen und die volkseigenen Güter mit Maschinen, hochwertigem Saatgut, hochwertigem Zuchtvieh usw.*

Wenn der werktätige Bauer in der Deutschen Demokratischen Republik, der von der Diktatur des Finanzkapitals befreit wurde, seine Lage vergleicht mit der Lage der werktätigen Bauern in Westdeutschland, so sieht er, daß er bei uns vor Absatzschwierigkeiten und Krisen geschützt ist, während in Westdeutschland der Bauer durch den sogenannten „Liberalismus des Handels“, das heißt der unbeschränkten Einfuhr von Gemüsekonserven, Fleischkonserven, Früchten und anderen Lebensmitteln so schwer geschädigt wird, daß man von einer Krise in der Landwirtschaft Westdeutschlands sprechen muß. Die anglo-amerikanischen Militärgouverneure und die Bonner Schreiberlinge versuchen ihre Unfähigkeit dadurch zu verschleiern, daß sie den Bauern Westdeutschlands einzureden versuchen, aus der Deutschen Demokratischen Republik drohe ihnen die Kollektivierung. In Wirklichkeit zeigt der Inhalt des Fünfjahrplans, daß wir unter *Beibehaltung der bisherigen Landwirtschaftspolitik* zu einer bedeutenden Steigerung der Erträge kommen können und kommen werden.

Die Bedeutung der Dorfwirtschaftspläne

Die vordringlichste Aufgabe zur Erhöhung der Erträge ist die Vereinbarung der Dorfwirtschaftspläne unter gegenseitigem Erfahrungs-

austausch, Vermittlung der fortgeschrittensten agrotechnischen Erfahrungen und gegenseitiger Hilfe sowie die Anleitung und Hilfe der werktätigen Bauern, die aus verschiedenen Gründen zurückgeblieben sind. Der Dorfwirtschaftsplan kann nur das Ergebnis gemeinsamer Beratung und Beschlußfassung durch die Werktätigen selbst sein. Uns liegt eine Anzahl Dorfwirtschaftspläne vor, in denen festgelegt ist, welche Hektarerträge und welche Erhöhung des Viehbestandes im Jahre 1950 erreicht werden sollen. In diesen Dorfwirtschaftsplänen ist die Rede vom Gespannplan, von der Organisation der Druschkolonnen, von der Erstellung des Druschplans, von der hundertprozentigen Durchführung der Schäl- und Winterfurche, vom Einsatzplan der MAS-Maschinen, von der Düngerversorgung durch die Dorfgenossenschaften, von der Durchführung des Zwischenfruchtanbaus, von der Saatgutbeschaffung, von der Unkraut- und Schädlingsbekämpfung und von der ordnungsgemäßen Mistpflege. In den Dorfwirtschaftsplänen lesen wir auch etwas über den Besuch der Volkshochschulkurse, über die Mithilfe bei der Erstellung von Neubauernhäusern, über die Schaffung des Kulturraumes im Dorfe, über die Anlage eines Sportplatzes und über die Beziehungen zum nächstgelegenen volkseigenen Gut. In verschiedenen Kreisen fand ein Erfahrungsaustausch von Klein- und Mittelbauern statt, die auf Grund ihrer großen Erfahrungen hohe Erträge auf ihren Musterwirtschaften erzielen. Dieser Erfahrungsaustausch ist sehr zu begrüßen. Wie sich die Initiative im Dorf entwickelt, das zeigt das Schreiben eines parteilosen Bauern aus dem Kreis Gera anläßlich unseres Parteitages:

„Sobald das Vertrauen zwischen Bauern und Partei überall hergestellt ist und eine Zusammenarbeit auf allen Gebieten erreicht wird, kann es eigentlich keine noch so große Aufgabe geben, die wir nicht gemeinsam, gleichgültig ob parteigebunden oder parteilos, in Stadt und Land zu lösen vermöchten.“

Und dieser parteilose Bauer schlägt nun anläßlich unseres Parteitages vor, Dorfleistungspläne einzuführen:

„Ein solcher Leistungsplan müßte in jeder Gemeinde an sichtbarer Stelle angebracht werden. Aus ihm soll jeder erkennen, wie hoch die Leistung auf den einzelnen Gebieten in jedem bäuerlichen Betrieb liegt. Als die wichtigsten Punkte dieses Planes sehe ich folgende an: die Saatgutaufbereitung, die Durchführung der Aussaat, die Erntearbeiten, die Ablieferung pflanzlicher und tierischer Erzeugnisse, die Erfüllung des Viehaufzuchtplanes, die Durchführung der Schälfurche, die Herbstbestellung und die Winterfurche.“

Diese Vorschläge von werktätigen Bauern sollten wir annehmen und durchführen helfen.

Eines der Haupthindernisse dafür, daß die Zahl der Dorfwirtschaftspläne noch nicht größer ist, scheint mir der Bürokratismus in einer Reihe Kreis- und Gemeindeverwaltungen und die ungenügende Arbeit der Agronomen und Kulturleiter der Maschinenausleihstationen und der volkseigenen Güter in den umliegenden Gemeinden zu sein. Wie viele Agronomen und Kulturleiter gibt es, die die Bauernversammlungen der in der Nähe gelegenen Dörfer nicht besuchen. Sie überlassen das oft allein den Traktoristen. Der Erfahrungsaustausch der Bauern, der von einigen Maschinenausleihstationen organisiert wurde, hat bei den Bauern großen Anklang gefunden.

Die Bauern sind begeistert von der Entfaltung des Wettbewerbs von Traktorist zu Traktorist, von Brigade zu Brigade, denn dadurch wird eine schnellere Einbringung der Ernte gewährleistet.

Wir müssen uns bewußt sein, daß *eine hohe landwirtschaftliche Kultur abhängt von der agronomischen Schulung und dem demokratischen Bewußtsein der Bauern und der Bauernjugend*. Deshalb ist der *nächstwichtige Schritt die fachliche Schulung der Söhne und Töchter der werktätigen Bauern und Landarbeiter*. Die Schaffung von 450 Betriebsberufsschulen auf den volkseigenen Gütern und 98 Berufsschulklassen in den Maschinenausleihstationen ist lediglich ein Anfang. Es gilt, überall Mitschurin-Zirkel zu organisieren, die landwirtschaftlichen Schulen zu verbessern, in den Kreisstädten Volkshochschulen zu organisieren. Wir schlagen vor, in den Dörfern eine Bewegung der Neuerer zu schaffen, die die fortgeschrittenen Erfahrungen der Agrotechnik in ihrer Wirtschaft anwenden. Diese Fortschritte werden zugleich von Nutzen sein für die Entwicklung der Agrarforschung. Unser Ziel muß es sein, daß in jedem Dorf ein wissenschaftlich ausgebildeter Agronom tätig ist. Als erster Schritt ist es notwendig, das System der Bauernberater auszubauen.

Bisher wurden die wissenschaftlichen Arbeiten auf agrarwirtschaftlichem Gebiet nicht nach einem festen Plan durchgeführt. Unseren Agrarwissenschaftlern wurde nicht die erforderliche Unterstützung gewährt. Damit die wissenschaftliche Arbeit auf dem Gebiet der Agrarwirtschaft auf eine höhere Stufe gehoben wird, schlagen wir der Regierung vor, unverzüglich ein *Zentralinstitut für Wissenschaft und Forschung in der Landwirtschaft* zu schaffen. Diesem Zentral-

institut sollen alle Forschungs- und Versuchsanstalten unterstellt werden. Das Institut soll der Akademie der Wissenschaften angegliedert werden, erhält jedoch die Forschungsaufträge direkt vom Ministerium für Land- und Forstwirtschaft und wird auch von dort kontrolliert. Das Zentralinstitut soll das Recht haben, zum Zwecke des Erfahrungsaustausches direkt mit werktätigen Bauern und Landarbeitern in Verbindung zu treten.

Zur Erhöhung der Ernteerträge der landwirtschaftlichen Kulturen soll im Fünfjahrplan die vollständige Versorgung der Landwirtschaft mit Mineraldünger im notwendigen Umfange erreicht werden.

Welche Maßnahmen halten wir zur Steigerung der Hektarerträge für notwendig?

Maßnahmen zur Steigerung der Hektarerträge

a) Bei jedem Bauern sind Bodenuntersuchungen durchzuführen und auf diesen Ergebnissen fußend die Düngerberatung und Düngung durchzuführen.

Verantwortlich sind die Dorfgemeinschaften.

b) Richtige Auswahl des Saatgutes unter Berücksichtigung des örtlichen Klimas und der Bodenstruktur.

Die volkseigenen Güter helfen den werktätigen Bauern durch Lieferung von Saatgut über die Dorfgemeinschaften.

Innerhalb der Dorfgemeinschaften ist die Schaffung von Saatgutringen zu empfehlen, um den Vermehrungsanbau des Handelssaatgutes zu fördern. Dadurch wird die Wirtschaftsberatung im Feldfruchtanbau erleichtert, und die Voraussetzungen zum ständigen Saatgutwechsel werden geschaffen.

c) Die Vermehrung aller Anbaustufen von Elite an aufwärts ist nur noch auf den volkseigenen Gütern durchzuführen und eine genaue Kontrolle der Anbauflächen und der Erträge regelmäßig vorzunehmen.

d) Die Wirtschaftsberatung ist in jedem Dorf unter der Leitung der VdgB bei der Dorfgemeinschaft zu organisieren, die Wirtschaftsberater erhalten jedoch ihre Anleitung und werden kontrolliert von den volkseigenen Gütern beziehungsweise der Maschinenausleihstation.

Die Agronomen der volkseigenen Güter sind zur bäuerlichen Beratung stärker heranzuziehen.

Die Schulung der Dorfwirtschaftsberater soll in Sonderkursen auf den staatlichen Landwirtschaftsschulen erfolgen.

e) Der Unkrautbekämpfung ist stärkste Beachtung zu schenken.

f) Die Verbesserung der Bodenkultur durch Heckenanpflanzung ist in Sachsen-Anhalt und einigen Gebieten von Brandenburg durchzuführen.

g) Die örtliche Reserveausnützung durch Umbruch und intensive Pflege des Grünlandes, besonders in Mecklenburg und Brandenburg.

h) Die Wasser- und Bodenverbände führen ihre Arbeit unter Anleitung und Kontrolle der VdgB und der Dorfgemeinschaften durch.

Es ist notwendig, die Leitungen dieser Verbände und ihre Arbeitsmethoden zu überprüfen.

Die Durchführung dieser großen Aufgaben hängt wesentlich ab von der Entwicklung der Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe und der mit ihnen verbundenen Dorfgemeinschaften. Einige Bauern haben die Frage aufgeworfen, ob es nicht an der Zeit ist, *den Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe, die in vielen Kreisen ihre Arbeit schon gut entwickelt haben, die Dorfgemeinschaften direkt anzuschließen*. Das würde eine wesentliche Vereinfachung der Arbeit bedeuten, denn wir brauchen nicht zwei wirtschaftliche Vereinigungen im Dorfe nebeneinander. Selbstverständlich kann man das nur dort machen, wo die Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe bereits gute Arbeit leisten. Bisher haben sich gewisse Angestellte der früheren Raiffeisengenossenschaften einer solchen Regelung widersetzt. Der Prozeß gegen die leitenden Genossenschaftsangestellten in Mecklenburg hat gezeigt, daß überall eine systematische strenge Kontrolle der Genossenschaften notwendig ist. Die in den Leitungen der Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe tätigen werktätigen Bauern müssen unmittelbar einen stärkeren Einfluß auf die Arbeit in den Genossenschaften erhalten.

Über die Entwicklung der Neubauernwirtschaften

In den letzten zwei Jahren hat sich der größte Teil der Neubauernwirtschaften konsolidiert, ein Teil der Neubauern ist sogar

zu Mittelbauern geworden. Es gibt aber eine Anzahl Orte, wo die Gemeindevorsteher mit den Großbauern unter einer Decke stecken und die Neubauern mit allen Mitteln schikanieren. Es kommt hinzu, daß infolge mangelnder Hilfe und Kontrolle Neubauern bei der Erstellung ihrer Häuser von Privatunternehmern betrogen wurden, indem die Kosten zu hoch berechnet wurden.

Die Mißstände in einigen Kreisen in bezug auf die Lage der Neubauern und die Tatsache, daß einige Neubauern auf Grund mangelnder Erfahrungen noch nicht vorwärtsgekommen sind und daß in einigen Fällen Neubauern sich als uninteressiert an der Entwicklung der Wirtschaft gezeigt haben, machen es notwendig, daß die Kreisräte den Stand jeder einzelnen Neubauernwirtschaft, die das Ablieferungssoll nicht erfüllen konnte oder die sonst in Schwierigkeiten geraten ist, überprüfen und helfen, wie sie nur können. Das gilt besonders für Mecklenburg und Brandenburg. In diesen Ländern gibt es eine Anzahl unbesetzter Neubauernstellen. Wir fordern von beiden Landesregierungen unverzügliche Maßnahmen, damit diese Neubauernstellen besetzt werden.

In der Diskussion zur Vorbereitung des Parteitagcs wurde in einer Reihe Dörfer die Einführung einer Einheitssteuer für die Landwirtschaft vorgeschlagen, die nach Hektargröße und Zahl der Beschäftigten gestaffelt ist. Eine solche Landwirtschaftssteuer ist nach Meinung der werktätigen Bauern gerechter und vereinfacht die Steuerberechnung und Steuerzahlung. Wir halten diesen Vorschlag für richtig und unterstützen ihn.

Verbesserung der Arbeit der Maschinenausleihstationen

Im Interesse der größeren Hilfe für die werktätigen Bauern ist vorgesehen, daß in den Jahren 1951 bis 1955 die Anzahl der Maschinenausleihstationen von 524 auf 750 erhöht werden soll.

Das wird eine intensivere Bodenbearbeitung ermöglichen und den Bauern die Erntearbeit erleichtern. Die Zahl der Traktoren wird in dieser Zeit von 11 950 auf 37 500 erhöht, die Zahl der Traktorenpflüge von 14 090 auf 38 500. Außerdem wird die Zahl der Mähmaschinen, Dreschmaschinen usw. um das Mehrfache erhöht. Das bedeutet, daß unsere Maschinenindustrie im Jahre 1955 so viele landwirtschaftliche Maschinen produziert, daß es möglich sein wird, allen

werktätigen Bauern Maschinen für die Durchführung der landwirtschaftlichen Arbeiten zur Verfügung zu stellen. Es wird also dann nicht mehr möglich sein, daß wirtschaftlich stärkere Bauern wirtschaftlich schwächere Bauern ausnutzen und von ihnen Getreide, Kartoffeln oder Holz für die Ausleihung von Geräten verlangen. Es wird nicht mehr vorkommen, daß Großbauern für Neubauern Holzfahren durchführen unter der Bedingung, daß die Hälfte des Holzes dem Großbauern zukommt. Die Abhängigkeit der Klein- und Mittelbauern wird bald ein Ende haben.

Zur Verbesserung der Arbeit der Maschinenausleihstationen schlagen wir vor:

a) Stärkeres Heranziehen der bäuerlichen Beiräte, da sie die Verbindung zwischen den Maschinenausleihstationen und den werktätigen Bauern herstellen.

b) Bessere Schulung der Traktoristen auf politischem und fachlichem Gebiet, um die Qualität ihrer Arbeit zu erhöhen.

c) Intensive Ausbildung der Agronomen auf wissenschaftlicher Grundlage, so daß sie in der Lage sind, die Arbeit der Traktoristen zu kontrollieren und anzuleiten und die Dorfwirtschaftsberater zu unterstützen.

d) Festlegung von Normen für eine Woche, für die Arbeitsperioden der Frühjahrsbestellung, der Ernte und der Herbstbestellung sowie die Festlegung der gesamten Jahresnorm. Für die Erfüllung der jeweilig festgesetzten Normen sind entsprechende Prämien zu gewähren.

e) Der Personalbestand in den Landesverwaltungen der Maschinenausleihstationen ist bis zum Beginn der Herbstbestellung um 30 bis 40 Prozent herabzusetzen.

f) Zur besseren Anleitung sind Instrukteurgruppen aus den besten und politisch fortgeschrittensten Aktivisten zu schaffen und in den Schwerpunkten einzusetzen.

g) Die Buchführung ist von den Landesverwaltungen der Maschinenausleihstationen in die einzelnen Stationen zu verlegen.

h) Maßnahmen für ein vereinfachtes und wirksameres System der Kontrolle des Brennstoffverbrauchs sind zu ergreifen.

i) Die Genossenschaftsbanken und die Deutsche Bauernbank sind für den bargeldlosen Zahlungsverkehr zwischen Bauern und Ma-

schinenausleihstationen weitgehend einzuschalten, um die Außenstände schnellstens einzuziehen.

k) Es sind Vorschläge über die Neuregelung des Dienstleistungstarifes auszuarbeiten.

l) Um die Vollbeschäftigung der Maschinenausleihstationen und die höchstmögliche Ausnutzung der Traktoren und des Geräteparks zu ermöglichen, ist für genügend Ersatzteile und Material zu sorgen.

Die volkseigenen Güter sollen Mustergüter werden

Die volkseigenen Güter sollen hochproduktive und mechanisierte Wirtschaften werden, die die Basis bilden für die Erzeugung von hochwertigem Saatgut und die Zucht von Rassevieh. Für die volkseigenen Güter sind höhere Ernteerträge festgesetzt als für die privaten Bauernwirtschaften, und zwar:

Getreide und Hülsenfrüchte	31 Doppelzentner je Hektar
Ölfrüchte	20 Doppelzentner je Hektar
Zuckerrüben	345 Doppelzentner je Hektar

Die Entwicklung der volkseigenen Güter ist bisher eine ungleichmäßige. Wir haben volkseigene Musterwirtschaften und eine ganze Anzahl volkseigener Güter, auf denen Mißwirtschaft herrscht. Auf dem volkseigenen Gut St. Ulrich in Mücheln im Lande Sachsen-Anhalt wurde bei einer Kontrolle festgestellt, daß die Felder unkrautet sind. Der stellvertretende Leiter der Betriebsgewerkschaftsleitung drückte seine Arbeitsmoral in den Worten aus: „Geh langsam, deine Füße brauchst du noch das ganze Leben lang.“ Ich frage, in welchem Zustand mag sich die Parteiorganisation der SED auf diesem Gute befinden?

Notwendig ist, daß die Direktoren der volkseigenen Güter streng nach dem Grundsatz der Rentabilität arbeiten. Von den Kreissekretariaten und Landwirtschaftsabteilungen der Partei muß eine direkte Anleitung der Parteigruppen auf den volkseigenen Gütern erfolgen. Ähnlich wie in der Industrie gilt es, für jedes volkseigene Gut einen Betriebswirtschaftsplan auszuarbeiten und die strengste Finanzdisziplin sicherzustellen. Die Höhe der Arbeitsmoral auf den volkseigenen Gütern zeigt sich in der Entfaltung des Wettbewerbes und

in der Bildung von Feldbrigaden, die nach dem Prinzip des Leistungslohnes die Verantwortung für die einzelnen landwirtschaftlichen Kulturen von der Schälffurche bis zur Ernte übernehmen. Das wird die Verantwortlichkeit der Landarbeiter erhöhen, ihnen ermöglichen, sich zu Spezialisten zu entwickeln und dadurch höhere Leistungslöhne zu erreichen. Die Organisierung des Wettbewerbes zwischen den Feldbrigaden um die Erhöhung der Hektarerträge ist die fortschrittlichste Methode zur Erreichung einer höheren Arbeitsergiebigkeit. Die Lösung dieser Aufgabe erfordert, daß die Partei der Schulung und dem Erfahrungsaustausch der Kulturleiter der volkseigenen Güter größere Aufmerksamkeit widmet.

Bisher ist die Aufzucht hochwertiger Herdbuchtiere auf den volkseigenen Gütern vernachlässigt worden. Angesichts der Bedeutung der Aufzucht von Rassevieh auf den volkseigenen Gütern für die Belieferung der werktätigen Bauern schlagen wir folgende Maßnahmen vor:

a) Jedes volkseigene Gut soll wenigstens in einer Tierart eine anerkannte Herdbuchherde besitzen.

b) Das Ministerium für Land- und Fortwirtschaft soll dazu übergehen, einige Hauptzuchtgüter zu bestimmen, die unmittelbar dem Ministerium und dem Viehzuchtforschungsinstitut Dummerstorf unterstehen.

c) Das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft soll bestimmen, auf welche spezielle Zucht sich die einzelnen volkseigenen Güter spezialisieren. Diese Güter arbeiten unter der Leitung des für ihre Zuchtarbeit in Frage kommenden Hauptzuchtgutes.

d) Klein- und Mittelbauern, die Zuchtvieh, das auf volkseigenen Gütern erzeugt wurde, erworben haben, sind in Zuchtviehringen zusammenzufassen, damit die weitere Verfolgung der Zucht durch die Viehzuchthauptgüter der VVG erfolgen kann. Diese Zuchtviehringe sind Bestandteile der Dorfgemeinschaften.

e) Schaffung eines staatlichen Handelskontors für Zucht- und Nutzvieh, welches gleichzeitig im Auftrag der Regierung das Herdbuch für die volkseigenen Güter führt.

f) Förderung der Viehzucht durch vermehrte Einfuhr von Futtermittelkonzentraten.

g) Weiterer Ausbau der Besamungsstationen auf staatlicher Grundlage und wissenschaftliche Ausbildung der Besamungstechniker.

h) Erweiterung der gemeinschaftlichen Schafhaltung im Rahmen der Dorfgenossenschaft.

i) In Übereinstimmung mit den Bauern soll die Eingliederung der Züchterverbände in die VdgB unter Aufhebung ihrer Selbständigkeit erfolgen.

k) Die Kleintierverbände bleiben im Ortsmaßstab bestehen. Eine entsprechende Abteilung für Kleintierzüchter ist bei den VdgB zu schaffen mit dem Ziel des weiteren Anschlusses an die Dorfgenossenschaften.

l) Überwachung des öffentlichen Tiergesundheitsdienstes, der Bienenseuchenbekämpfung und der Überwachung der Viehwirtschaftsberater und Milchleistungsprüfer.

Diese großen Aufgaben in der Landwirtschaft erfordern, daß die *Parteiorganisationen der SED in den Dörfern mehr Anleitung und Unterstützung von den Parteileitungen erhalten*. Es ist aber auch notwendig, daß die Zentralvereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe sich bewußt wird, daß die großen Aufgaben des Fünfjahrplans die Verbesserung der Arbeit der VdgB erfordern. Die VdgB sind die großen Bauernorganisationen, die die wirtschaftlichen Interessen der Bauern vertreten und sich die Demokratisierung des Dorfes zur Aufgabe gestellt haben. Auch in den VdgB ist es notwendig, die Kritik und Selbstkritik zur Entfaltung zu bringen, damit mit Hilfe der Masse der Mitglieder die Hemmnisse und Schwierigkeiten überwunden werden.

Antwort an die werktätigen Bauern Westdeutschlands

In Eisenach fand eine gemeinsame Tagung der Vertreter der werktätigen Bauern aus Westdeutschland und aus der Deutschen Demokratischen Republik statt. Auf dieser Konferenz wurde von den westdeutschen Vertretern erklärt, daß die „Liberalisierung der Marktwirtschaft“ den Tod der deutschen Landwirtschaft bedeute. Die Bauern beklagten sich darüber, daß durch die sogenannte „Liberalisierung“ des Handels der deutsche Markt mit ausländischen Waren überflutet wird und dadurch Absatzschwierigkeiten für die deutschen Bauern entstanden sind. Sie werden gezwungen, ihre Waren zu Preisen abzusetzen, die nicht einmal die Erzeugungskosten decken. Ist es

nicht schändlich, daß der oberste Beamte der Bonner Protektoratsverwaltung, Dr. Adenauer, auf einer Pressekonferenz Anfang dieses Jahres erklärte: „Wir müssen schon in den sauern Apfel beißen und unsere Landwirtschaft dem Marshallplan opfern“?

Aber die Bauern Westdeutschlands sind nicht gewillt, sich dem Marshallplan, dem USA-Finanzkapital, zum Opfer zu bringen!

Uns ist seit langem klar, daß der Marshallplan das Mittel ist, um die Wirtschaft in Westdeutschland zu ruinieren. Den westdeutschen Bauern ist jedoch erst jetzt auf Grund der Herabdrückung der Preise zum Bewußtsein gekommen, daß die Krise in der Landwirtschaft Westdeutschlands durch den Marshallplan hervorgerufen wird.

Auf der Eisenacher Konferenz wurde von den westdeutschen Vertretern eine Reihe Mindestforderungen vorgeschlagen, die nicht nur unsere Zustimmung finden, sondern die wir in der Deutschen Demokratischen Republik vollständig durchführen werden. Wir sagen jedoch den Bauern in Westdeutschland, daß das oberste Lebensinteresse der Bauern und des ganzen schaffenden Volkes die Erhaltung des Friedens ist. Um die friedliche Arbeit der Bauern zu sichern, müssen auch die Bauern mitkämpfen für die Verteidigung des Friedens, müssen sie eindeutig Stellung nehmen für das Verbot der Atombombe und mithelfen, die Militarisierung Westdeutschlands, die Verwandlung Westdeutschlands in eine Kriegsbasis der amerikanischen Rüstungsfabrikanten zu verhindern.

Wir werden auch den werktätigen Bauern Westdeutschlands durch das Beispiel des Fünfjahrplans den Beweis erbringen, daß alle wirtschaftlichen Fragen im Interesse des Volkes gelöst werden können, wenn das Volk selbst bestimmt und nicht, wie in Westdeutschland, die anglo-amerikanischen Gouverneure und ihr Diener Adenauer.

Die Großbauten im Fünfjahrplan

Der mächtige Aufschwung der Wirtschaft ist verbunden mit einer Anzahl großer Bauvorhaben. Der Gesamtumfang der großen Arbeiten im Volkswirtschaftsplan ist mit 26,89 Milliarden DM veranschlagt. Mit diesen Mitteln sollen neue Industriewerke und Kultur-

bauten wie Schulen usw. errichtet werden, soll der Aufbau der zerstörten Städte erfolgen.

Der Aufbau des neuen Hüttenwerkes am Ufer der Oder bedeutet den Aufbau einer ganzen Stadtanlage. Die Erweiterung der Betriebe der Schwerindustrie erfordert den Bau weiterer Arbeiterwohnungen. In den Gebieten der Eisenerzgruben, des Kupferbergbaus müssen neue Arbeitersiedlungen geschaffen werden. Der Bau der Werften für Hochseeschiffe bringt die Konzentration einer großen Zahl von Arbeitskräften mit sich, für die Wohnmöglichkeiten geschaffen werden müssen.

Die wichtigste wirtschaftspolitische Aufgabe ist daneben der *Wiederaufbau der zerstörten Städte der Republik*, in erster Linie der Hauptstadt Deutschlands, Berlin, und der wichtigsten Industriezentren der Republik: Dresden, Magdeburg, Chemnitz, Dessau und anderer. Der Umfang der Wiederherstellungs- und Bauarbeiten in den 53 Städten ist auf 4,16 Milliarden DM veranschlagt.

Bisher wurde oft nach den Plänen der einzelnen Stadtverwaltungen gebaut, und die großen Erfahrungen der fortschrittlichen Städteplanung wurden nicht genügend berücksichtigt. Der Wiederaufbau der zerstörten Städte soll jetzt streng nach den Plänen durchgeführt werden, die vom Ministerium für Aufbau bestätigt sind.

Das wichtigste ist, daß aus den Trümmern der von den amerikanischen Imperialisten zerstörten Städte solche Städte erstehen, die schöner sind denn je. Das gilt besonders für unsere *Hauptstadt Berlin*. Bei der Stadtplanung sollten unsere Fachleute ausgehen von der Sorge um den Menschen in bezug auf seine Arbeit, Wohnung, Kultur und Erholung. In der Weimarer Zeit wurden in vielen unserer Städte Gebäudekomplexe gebaut, die in ihrer architektonischen Gestaltung nicht den Wünschen der Bevölkerung entgegenkamen, die nicht der nationalen Eigenart unseres Volkes entsprachen, sondern dem formalistischen Denken einer Anzahl Architekten, die die Primitivität gewisser Fabrikbauten auf die Wohnbauten übertrugen. Unter dem Hitlerfaschismus wurde dieser Kasernenstil noch weiter entwickelt. Einige unserer Architekten, besonders in der Bauabteilung des Magistrats von Groß-Berlin, wollen die Hauptstadt Deutschlands durch den Bau von niedrigen Häusern verniedlichen und Gebiete der Innenstadt nach den Richtlinien für Stadtrandsiedlungen bebauen. Der grundsätzliche Fehler dieser Architekten besteht darin, daß sie nicht an die Gliederung und Architektur Berlins anknüpfen,

sondern in ihren kosmopolitischen Phantasien glauben, daß man in Berlin Häuser bauen könne, die ebensogut in die südafrikanische Landschaft passen.

Wir haben alle diese Pläne abgelehnt und ersuchen die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und den Magistrat von Groß-Berlin, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, daß im Wettbewerb der Baufachleute und Architekten der Aufbau der Hauptstadt Deutschlands auf der Grundlage der geschichtlich entstandenen Struktur der Stadt erfolgt. Das Zentrum der Stadt soll sein charakteristisches Bild erhalten durch monumentale Gebäude und eine architektonische Komposition, die der Bedeutung der Hauptstadt Deutschlands gerecht wird.

Wäre es nicht zweckmäßig, im Zentrum der Stadt den Straßenzug von der Stalinallee bis zum Brandenburger Tor wieder aufzubauen, den Lustgarten und den Alexanderplatz als die beherrschenden Plätze des Stadttinnern zu architektonisch schönen Plätzen zu gestalten, durch den Arbeitsenthusiasmus der Berliner Bevölkerung die alten schönen Gebäude im Zentrum der Stadt wieder herzustellen und die neuen Gebäude an diesen Plätzen und an der Hauptstraße architektonisch schön im Sinne des Volksempfindens zu gestalten? Wir wollen in Berlin keine amerikanischen Kästen und keinen hitlerischen Kasernenstil mehr sehen.

Gleichzeitig ist es notwendig, die Arbeiterviertel bei den großen Industriebetrieben wieder, aber schöner als früher, aufzubauen. Wir sind überzeugt, daß es unseren Baumeistern gelingen wird, in Berlin und in den Großstädten der Republik in monumentalen Bauten die Kraft und die Stärke des Aufbauwillens und der großen Zukunft Deutschlands zum Ausdruck zu bringen. Ein Volk, das solche gewaltige Aufgaben wie den Fünfjahrplan in Angriff nimmt, wird auch Baumeister hervorbringen, die imstande sind, in der Gestaltung der Städte diese grandiosen Ideen zum Ausdruck zu bringen.

Unser Beitrag zum Fortschritt auf dem Gebiete des Bauwesens soll gerade darin bestehen, daß sowohl unsere Stadtplanung als auch der Städtebau, der Industriebau, der Bau der neuen Kulturstätten und der Maschinenausleihstationen das Besondere unserer nationalen Kultur zum Ausdruck bringen. Das Zentrum unserer Hauptstadt, der Lustgarten und das Gebiet der jetzigen Schloßruine, muß zu dem großen Demonstrationsplatz werden, auf dem Kampfwille und Aufbauwille unseres Volkes Ausdruck finden können.

Es ist höchste Zeit, daß bei der Ausführung der Bauten materialsparende Konstruktionen, die dem neuesten Stand der Technik entsprechen, zur Anwendung kommen. Es ist das System der Reihengebäuden anzuwenden; für solche Montagebauweisen sind genormte Schwer- und Leichtbetonteile zu entwickeln. Dadurch wird auch der Aufwand an Bauholz verringert, was bei unserem Holz-mangel besonders wichtig ist. Die Möglichkeiten der Verwendung örtlicher Baustoffe müssen mehr ausgenutzt werden. Die Selbstkosten im Bauwesen müssen bedeutend gesenkt werden.

Es hat sich erwiesen, daß eine Anzahl Bauten durchgeführt wurden, die nicht im Plan vorgesehen waren. Das Ministerium der Finanzen und die staatlichen Banken sind verpflichtet, *die strengste Finanzkontrolle über die Durchführung der Bauarbeiten in der Republik* durchzuführen, so daß Bau- und Wiederherstellungsarbeiten in volkseigenen Betrieben, die nicht im Plan festgelegt sind, unter keinen Umständen durchgeführt werden dürfen.

Die Beschaffung von Arbeitskräften und die Qualifizierung der Arbeitskräfte

Der große Aufschwung unserer gesamten Wirtschaft in den nächsten fünf Jahren erfordert eine große Anzahl neuer, qualifizierter Arbeiter, Techniker, Ingenieure und anderer Spezialisten in der Industrie, in der Landwirtschaft und eine größere Anzahl Kulturschaffender. Die Erhöhung der Produktion der Industrie auf das Doppelte im Verhältnis zu 1936 ist nur möglich, wenn neben dem Aufbau neuer Werke in einer großen Zahl von Betrieben zum Zwei- oder Dreischichtensystem übergegangen wird. Nur durch die volle Ausnutzung der Produktionskapazität mit Hilfe des *Zwei- und Dreischichtensystems* ist es möglich, die vorgesehene Erhöhung der Lebenshaltung der Bevölkerung zu erreichen.

Die Gesamtzahl der Beschäftigten im Jahre 1955 muß sich im Vergleich zu 1950 auf 113,3 Prozent erhöhen, das heißt, *es müssen 890 000 Personen mehr in der Volkswirtschaft tätig sein*, davon 448 000 in der Industrie, 230 000 im Bauwesen und 25 000 im Transport. Der Anteil des technischen Personals muß stärker steigen als die Zahl der Produktionsarbeiter, nämlich um 26,5 Prozent.

Im Vergleich zu 1950 wird *der Prozentsatz der weiblichen Arbeitskräfte in der gesamten Volkswirtschaft von 37 Prozent auf 42 Prozent und in der volkseigenen Industrie von 33,3 Prozent auf 42 Prozent erhöht*. Daher ist es notwendig, die rückständigen Auffassungen, die bei einigen Betriebsdirektoren gegen die Beschäftigung weiblicher Arbeitskräfte vorhanden sind, zu überwinden. Das trifft vor allem auf die Reichsbahn zu, wo der Anteil weiblicher Arbeitskräfte nur 6 Prozent beträgt. Um die Zahl der gelernten Arbeiterinnen zu erhöhen, soll die Zahl der weiblichen Lehrlinge auf 48 Prozent erhöht werden.

Damit ihr euch eine Vorstellung machen könnt, erwähne ich nur: Allein im Eisenerzbergbau und in der Eisen- und Stahlindustrie soll die Zahl der Arbeiter um 67 232 zunehmen; in den Betrieben des Schwermaschinenbaus muß die Zahl der Arbeitskräfte auf 144 Prozent im Verhältnis zu 1950 erhöht werden; Bergmann-Borsig muß im Laufe des Fünfjahrplans 7000 neue Arbeitskräfte einstellen, die Maschinenfabrik Görlitz 6000, Kranbau Eberswalde 6000, LEW Hennigsdorf 6000, Niles-Werke Berlin 4000, Wanderer-Werke Siegmarschönau 6000, Werkzeugfabrik Gera 7000 usw. Die Zahl des ingenieurtechnischen Personals soll in diesen fünf Jahren verdoppelt werden.

Für die neuen Schiffswerften werden allein für die Produktion 8500 Arbeitskräfte benötigt.

Aus diesen Zahlen erseht ihr, daß *das wichtigste Problem die Schulung qualifizierter Arbeitskräfte und die Ausbildung des ingenieurtechnischen Personals ist*.

Es ist notwendig, daß wir uns vergegenwärtigen, daß infolge des Hitlerkrieges der Anteil der Facharbeiter an der Gesamtbeschäftigtenzahl in der Industrie von etwa 50 Prozent 1938 auf etwa 42 Prozent zurückgegangen ist. Die großen Aufgaben der Industrie erfordern jedoch, daß *der Anteil der Gelernten auf mindestens 75 Prozent erhöht wird*. Dazu kommt, daß die übrigen ungelerten Arbeiter durch Kurse ebenfalls eine höhere Qualifikation erhalten müssen. Wir müssen also erreichen:

1. daß die Gelernten ihre Fachkenntnisse erweitern, damit sie auf das Niveau der technischen Intelligenz kommen;
2. daß die Angelernten zu gelernten Arbeitern werden;
3. daß die Ungelernten sich eine berufliche Qualifikation aneignen und mindestens in die Gruppe der Angelernten aufrücken.

Ich glaube, ihr werdet mir zugeben, daß ich nicht zuviel gesagt habe, wenn ich einleitend betonte: Die Hauptaufgabe ist, lernen und noch einmal lernen!

Um die Zahl der Lehrlinge zu erhöhen, wird festgelegt, daß in den volkseigenen Industriebetrieben im Jahre 1951 der Prozentsatz der Lehrlinge im Verhältnis zur Gesamtbeschäftigtenzahl 11,6 Prozent betragen soll, während er 1950 nur 10,7 Prozent beträgt.

In den Berufsschulen sollen 964 200 Schüler unterrichtet werden. Auf technischen Hochschulen und Lehranstalten sollen 33 500 Ingenieure und Techniker für die Industrie, 10 000 für das Bauwesen und 10 000 für den Verkehr ausgebildet werden.

Wir müssen erreichen, daß alle in volkseigenen Betrieben beschäftigten Jugendlichen in Betriebsberufsschulen lernen oder, solange die Plätze noch nicht ausreichen, an Betriebsberufskursen teilnehmen.

Durch die Qualifizierung der Berufsausbildung soll die Lehrdauer, die 1950 durchschnittlich 2,7 Jahre beträgt, 1955 auf 2,1 Jahre gesenkt werden.

Der Anteil der Arbeiter und Bauern auf den Fachschulen ist auf 75 Prozent im Jahre 1955 zu erhöhen.

Der Anteil der weiblichen Fachschüler soll auf 40 Prozent erhöht werden. Wir haben also keine Zeit mehr, über die Gleichberechtigung der Frauen und Mädchen zu diskutieren, sondern jetzt wird sie durchgeführt!

Steigerung der Arbeitsproduktivität und Senkung der Selbstkosten

Die Steigerung der industriellen Produktion hängt wesentlich ab von der besseren Ausnutzung der vorhandenen Produktionsmöglichkeiten und von der Steigerung der Arbeitsproduktivität. Nach dem Plan muß in den fünf Jahren in der Industrie eine Steigerung der Arbeitsproduktivität um 60 Prozent gegenüber 1950 erreicht werden, im Bauwesen um mindestens 55 Prozent. Gleichzeitig müssen die Selbstkosten der Industrieproduktion um mindestens 23 Prozent im Verhältnis zu 1950 gesenkt werden. Dadurch wird die Rentabilität aller Zweige der volkseigenen Wirtschaft bedeutend erhöht.

Unsere Pläne in bezug auf Steigerung der Arbeitsproduktivität und Verbesserung der Qualität der Arbeit erfordern, daß wir uns das

Ziel setzen, *das technische und kulturelle Niveau der Mehrheit der Arbeiterschaft auf das Niveau der technischen Intelligenz zu bringen.*

Wenn ihr euch heute an die Zeit erinnert, wo wir zum erstenmal die Losung ausgaben: „Mehr produzieren, um besser leben zu können“ und der Befehl Nr. 234 der Sowjetischen Militärverwaltung veröffentlicht wurde, so wird jeder anerkennen, daß sich inzwischen in der volkseigenen Wirtschaft ein neues Verhältnis zur Arbeit entwickelt hat. Es hat sich erwiesen, daß auch in der Industrie die Kritik und Selbstkritik ein Entwicklungsgesetz ist. Die Kritik an der mangelhaften Arbeitsorganisation hat fördernd gewirkt. Wie viele Arbeiter überprüfen jetzt schon selbstkritisch ihre Arbeitsleistung, verbessern die Arbeitsorganisation, wenden neue Methoden an und helfen mit bei der Festsetzung technisch begründeter Arbeitsnormen.

Ist es nicht der Ausdruck eines hohen Arbeitsenthusiasmus, wenn *Arbeiter jetzt schon selbst die Verlustzeiten feststellen und mithelfen bei der richtigen Berechnung des Leistungslohnes?*

220 000 Jungaktivisten haben wir heute in der Industrie und eine große Zahl Arbeitsbrigaden, die um den Titel „Brigade der ausgezeichneten Qualität“ kämpfen. Angeregt durch den sowjetischen Stalinpreisträger, den Dreher Bykow, wird bei uns in Metallbetrieben das Schnelldrehverfahren ausprobiert und vielfach schon mit Erfolg angewandt. Die Dreher Wirth, Manig, Huhn, Zabel und andere erbrachten den Beweis, daß *das Schnelldrehverfahren* bei uns ebenso anwendbar ist wie in der Sowjetunion. Auf diese Weise wird es möglich sein, die Arbeitsproduktivität der Arbeiter, die an diesen Maschinen arbeiten, um 50 Prozent zu erhöhen.

In einer Reihe Maschinenbetriebe sind Aktivisten zur *Bedienung mehrerer Maschinen* übergegangen, in Webereien gingen Arbeiter zum *Mehrstuhlssystem* über, bei der Eisenbahn entwickelte sich die *Bewegung der 500er-Lokbrigaden*, die 500 Kilometer täglich fahren. Das hat zur Materialersparnis und zur Kohleneinsparung geführt. In den Energiebetrieben wurden Qualitätsbrigaden gebildet, die sich zum Ziel gesetzt haben, eine höhere Qualität der Reparaturen zur Erreichung größerer Betriebssicherheit zu erzielen.

Jetzt haben wir selbst die Erfahrung gemacht, welch große Bedeutung die Worte des Genossen *Stalin* über den Wettbewerb haben, der sagte:

„Das Großartigste am Wettbewerb ist, daß er in den Ansichten der Menschen über die Arbeit eine radikale Umwälzung hervorruft, denn er verwandelt die Arbeit aus einer schimpflichen und schweren Last, als die sie früher galt, in eine Sache der *Ehre*, in eine Sache des *Ruhmes*, in eine Sache des *Heldentums* und des *Heroismus*.“¹

Um den Wettbewerb als die Hauptmethode der Steigerung der Arbeitsproduktivität zu entfalten, hat die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik beschlossen, den besten Aktivisten hohe Auszeichnungen zu verleihen. Die Auszeichnungen „Held der Arbeit“, „Verdienter Aktivist“, „Verdienter Erfinder“, „Brigade der ausgezeichneten Qualität“ werden von der Regierung auf Grund der Vorschläge des FDGB und der betreffenden Fachministerien verliehen. Die Auszeichnungen sind mit Prämienzahlungen verbunden. Außerdem erfolgt die Verleihung von Wanderfahnen und die Verteilung von Prämien für besondere Betriebsleistungen.

Die wichtigste Aufgabe zur weiteren Erhöhung der Arbeitsproduktivität ist die *fachmännische Schulung der Aktivisten durch Kurse, Fernunterricht, Besuch von Schulen und durch die unmittelbare Hilfe der technischen Intelligenz*. Es ist nicht entscheidend, einzelne Höchstleistungen zu erreichen; alle Arbeiter sollen Kenntnis erhalten von den fortschrittlichen Arbeitserfahrungen, und in allen Abteilungen sollen Brigaden der Steigerung der Arbeitsproduktivität und der höchsten Qualität der Arbeit gebildet werden. Dazu ist der breiteste Erfahrungsaustausch durch Produktionsberatungen, Konferenzen, Betriebswandzeitungen und anderes zu organisieren.

Bei der Anwendung des Leistungslohnes wirkt sich die starke Erhöhung der Arbeitsproduktivität auch in der Erhöhung des Lohnes der Arbeiter aus. Als gutes Beispiel möchte ich die Vereinigung volkseigener Betriebe des Mansfelder Kupferschieferbergbaus anführen:

	1949	1. April 1950	Steigerung
Zahl der Arbeiter	12 913	14 760	14,3 Prozent
davon im Leistungslohn	5 207	6 613	27 Prozent

Im Jahre 1949 betrug demnach der Anteil der Leistungslohnarbeiter an der Gesamtzahl der beschäftigten Arbeiter 40 Prozent, am 1. April 1950 = 45 Prozent.

¹ J. Stalin, „Politischer Bericht des Zentralkomitees an den XVI. Parteitag der KPdSU (B)“, Dietz Verlag, Berlin 1949, S. 79.

Die durchschnittliche Häuerleistung je Schicht ist wie folgt gestiegen:

im Jahre 1947	1,24 qm Flözfläche
im Jahre 1948	1,33 qm Flözfläche
im Jahre 1949	1,74 qm Flözfläche
im Februar 1950	1,78 qm Flözfläche
im Mai 1950	1,92 qm Flözfläche

Im Oktober 1950 beträgt das Soll 2,12 Quadratmeter.

Im Volkseigenen Betrieb Stahl- und Walzwerk Max-Hütte, Untereichenborn, erfolgte seit Einführung des Leistungslohnes durchschnittlich folgende Lohnsteigerung (in DM):

	1947	1949	I. Quartal 1950
Im Gesamtbetrieb			
je Arbeiter	228,56	252,16	286,14
in der führenden Abteilung			
je Arbeiter	240,60	291,93	305,86
je Beschäftigten	249,07	273,—	298,63

Die Steigerung beträgt zwischen 1947 und dem I. Quartal 1950 = 25,4 Prozent je Arbeiter, je Beschäftigten = 19,5 Prozent, während die Arbeitsproduktivität im gleichen Zeitraum um 35 Prozent gestiegen ist.

Als schlechtes Beispiel in bezug auf die Arbeitsproduktivität kann man die Volkswerft Stralsund anführen. Der Ausfall an Arbeitsstunden ist dort außerordentlich hoch. So betragen zum Beispiel im April 1950 bei den Arbeitern

die Sollstunden	806 256
die Fehlstunden	98 840
die Iststunden	707 416,

was einen Ausfall von 12,2 Prozent bedeutet.

Im Jahre 1955 müssen 85 Prozent der im Produktionsprozeß beschäftigten Arbeiter im Leistungslohn beschäftigt werden.

Es ist notwendig, künftighin die Lohnpolitik so zu entwickeln, daß die Arbeiter und die technische Intelligenz einen Anreiz erhalten, in den für den Aufbau wichtigsten Betrieben zu arbeiten. Vor allem ist es notwendig, die Lohnregelung im Bergbau zu ändern. Das Politbüro unserer Partei hat sich mit der Lage im Bergbau beschäftigt

und vorgeschlagen, daß eine *Verordnung über die Stellung der Bergarbeiter* ausgearbeitet wird, in der festgelegt werden sollten:

Maßnahmen zur schnelleren Mechanisierung und technischen Rekonstruktion der bergbaulichen Einrichtungen;

Lohnerhöhungen im Bergbau entsprechend der Schwere der Arbeit;

besondere Prämien-gewährung für qualitativ gute Arbeit und für langjährige Arbeit.

Weiter sollen Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen und kulturellen Lage durchgeführt werden durch Bau von Wohnungen, Zurverfügungstellung von mehr Arbeitskleidung und Verbesserung der Gesundheitsfürsorge.

Besonders verdienten Bergmännern werden die Ehrentitel „Meisterhäuer“ oder „Verdienter Bergmann“ verliehen.

Nach außen wird die Bedeutung des Bergmannsberufes Ausdruck finden in einer besonderen Bergmannskleidung mit besonderen Abzeichen für die Berufsgrade.

Wir unterbreiten diese Vorschläge den auf dem Parteitag anwesenden Delegierten aus dem Bergbau und bitten um ihre Stellungnahme.

Zusammenfassend möchte ich sagen, daß *die Steigerung der Arbeitsproduktivität und die Selbstkostensenkung* vor allem durch folgende Maßnahmen erreicht werden müssen:

a) Breitere Entfaltung der Wettbewerbsbewegung unter der Leitung der betreffenden Industriegewerkschaft und Erhöhung der Zahl der Brigaden.

b) Einbeziehung aller Arbeiter und der technischen Intelligenz in den Erfahrungsaustausch durch Organisierung der Produktionsberatungen in allen Betriebsabteilungen und Organisierung von Konferenzen sowie durch Austausch von Briefen zwischen den Belegschaften.

c) Breitere Einführung des Leistungslohnes auf der Grundlage der technisch begründeten Arbeitsnormen. Die TAN-Büros müssen enger mit der Belegschaft zusammenarbeiten und die Initiative zur Mitarbeit der Arbeiter und der technischen Intelligenz fördern.

d) Entwicklung der Beispiele der Selbstkontrolle der Arbeiter, die sich verpflichten, nur Erzeugnisse erster Qualität abzuliefern.

e) Ausbau des schriftlichen betrieblichen Erfahrungsaustausches mit Stachanowarbeitern in der Sowjetunion, in Polen, in der Tschechoslowakei.

f) Übergang zur Schaffung persönlicher Hefte, die der Arbeiter bei sich trägt und in die die täglichen Leistungen eingetragen werden.

g) Stärkere Verbindung zwischen den technischen Lehranstalten und den Aktivisten der Betriebe durch Vorträge und persönliche Konsultationen, gleichzeitig Änderung der Arbeitsmethoden der Technischen Hochschulen, an denen auch über die neuen Erfahrungen in der Produktion gelehrt werden soll.

h) Entfaltung der Kritik an bürokratischen Methoden in manchen Verwaltungen der volkseigenen Betriebe und anderen staatlichen Wirtschaftsorganen.

Die Entwicklung des Handels

Auf dem Gebiet des Handels ist seit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik eine neue Lage eingetreten. Infolge des Aufschwungs der Wirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik aus eigener Kraft und der Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion und den Staaten des Friedenslagers ist es möglich geworden, den Außenhandel bedeutend zu entwickeln. Vor dem ganzen deutschen Volke wurde der Beweis erbracht, daß *die Regierung eines einheitlichen demokratischen Deutschlands schon heute imstande wäre, durch die Entfaltung aller wirtschaftlichen Kräfte in der deutschen Heimat und durch Handelsverträge auf der Grundlage der Gleichberechtigung alle wirtschaftlichen Fragen Deutschlands unter Ausschaltung jedes imperialistischen Druckes zu lösen.*

Der Umfang des *Außenhandels* hat sich, wenn wir 1947 gleich 100 setzen, wie folgt entwickelt:

1947 =	100
1948 =	314
1949 =	645
1950 =	1360

Ich möchte darauf hinweisen, daß der Import aus der Sowjetunion im Jahre 1950 doppelt so hoch war wie 1948. Die Lebensmittellieferungen aus der Sowjetunion zeigen folgende Steigerung:

	1948	1950
Cetreidelieferungen ..	140 000 Tonnen	500 000 Tonnen
Fettlieferungen	11 000 Tonnen	21 000 Tonnen
Hinzu kommen:		
Textilrohstoffe	8 855 Tonnen	28 600 Tonnen

Von großer Bedeutung für die Entwicklung unserer Wirtschaft sind die sowjetischen Lieferungen an Walzwerkserzeugnissen, Erzen, Hüttenkoks, Erdöl usw.

Wenn westdeutsche Politiker erklären, daß sie die diskriminierenden Bedingungen der amerikanischen Monopolherren annehmen müssen, weil Westdeutschland ohne Kredite nicht auskommen könne, so zeigt das Beispiel unseres Außenhandels, daß wir sehr wohl Kredite zur Erhöhung der Lebenshaltung der Bevölkerung erhalten können, aber ohne irgendwelche Bedingungen, die die Souveränität Deutschlands beschränken. Wie ungesund, wie nachteilig die Außenhandelsentwicklung für die Bevölkerung Westdeutschlands verläuft, zeigen folgende Tatsachen: Im Jahre 1949 führte Westdeutschland für 7,3 Milliarden Waren ein, während die Ausfuhr 3,8 Milliarden betrug. Das ist ein Defizit von 3,5 Milliarden Mark. Die Rohstoffeinfuhr betrug 1928 für dieses Gebiet 52 Prozent und ist auf 27 Prozent im Jahre 1949 gesunken. Der Fertigwarenanteil der Ausfuhr betrug 1928 80 Prozent und sank auf 50 Prozent. Es gibt keinen Wirtschaftler in Westdeutschland, der sich mit dieser Entwicklung befreunden kann. Die schwerindustriellen Kreisen in Westdeutschland nahe-stehende Zeitung „Industriekurier“ nimmt zum Beispiel Stellung gegen das Verbot der anglo-amerikanischen Gouverneure, Werkzeugmaschinen nach Osteuropa zu liefern. Die Zeitung schreibt:

„Kein Fabrikant wird Verständnis dafür aufbringen, wenn seine ausländische Konkurrenz, die gleich ihm zum westeuropäischen Block zählt, alle Chancen nutzt, die ihm versagt sind.“

In dem Artikel wird der Beweis erbracht, daß die Ausfuhr von Werkzeugmaschinen aus Westdeutschland zugunsten des Exports Englands, der Schweiz und anderer Länder nach den Oststaaten verhindert wird:

Es wird Zeit, daß die am Funktionieren der westdeutschen Wirtschaft Interessierten sich der Veränderung in der Weltlage bewußt werden. Die Wirtschaft Westdeutschlands kann von ihren englischen und amerikanischen Konkurrenten keine Unterstützung erwarten. Es ist nun einmal eine Tatsache, daß die Länder der Planwirtschaft, mit der Sowjetunion an der Spitze, zugleich die Länder des wirtschaftlichen Aufschwungs sind, in denen die größten Möglichkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung bestehen. Niemand kann sich der Erkenntnis verschließen, daß ein Deutschland, das mit der gewaltigen Volksrepublik China freundschaftlich verbunden ist, unberechenbare Möglichkeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs hat.

Von diesem Standpunkt aus ist es von weittragender Bedeutung, daß wir bereits nach der Fertigstellung der hauptsächlichsten Kontrollzahlen unseres Fünfjahrplans *Vorbereitungen für den Abschluß eines fünfjährigen Handelsabkommens mit der Sowjetunion, mit Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn* treffen konnten. Diese Abkommen werden eine große Stabilität in unserer wirtschaftlichen Entwicklung ermöglichen. Während Westdeutschland mit Amerika und England, den Zentren der sich entwickelnden Wirtschaftskrise, verbunden ist, ist die Deutsche Demokratische Republik verbunden mit den Ländern des wirtschaftlichen Aufschwungs, den Ländern ohne Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit.

Ich habe schon bei einer anderen Gelegenheit gesagt, daß *unsere Außenhandelspolitik auf ganz Deutschland orientiert* ist. Die amerikanischen Agenten haben behauptet, daß wir an Not und Erwerbslosigkeit in Westdeutschland interessiert seien. In Wirklichkeit jedoch werden Not und Krise von den USA-Gouverneuren auf dem Petersberg organisiert. Die Tatsache, daß wir bei unseren Außenhandelsbesprechungen die Wünsche der westdeutschen Wirtschaftsinteressenten mit berücksichtigt haben, ist der Beweis, daß wir alles tun wollen, um der *Bevölkerung Westdeutschlands zu helfen, aus den Fängen der amerikanischen Monopolherren herauszukommen*.

Die Entwicklung des Außenhandels der Deutschen Demokratischen Republik ist verbunden mit der *Schaffung eines Hafens für Hochseeschiffe*. Wir haben das Projekt eines Hochseehafens an der Ostseeküste geprüft und sind zu dem Schluß gekommen, vom Bau eines neuen Hochseehafens abzusehen, da wir der Überzeugung sind, daß die Zeit kommt, wo dem Außenhandel eines demokratischen Deutschlands wieder *die Häfen von Hamburg und Lübeck zur Verfügung*

stehen. Bis dahin werden wir auf Grund einer Vereinbarung mit der polnischen Regierung einen Teil des polnischen Hafens Szczecin für unsere Hochseeflotte benutzen. Jeder Wirtschaftler weiß, daß Berlin und Ostdeutschland die Basis für den Hamburger Handel sind. Das wird selbstverständlich Brauer, der amerikanische Bürgermeister in Hamburg, niemals verstehen, obwohl er genau weiß, daß Hamburg durch die Spaltung Deutschlands mehr als 30 Prozent seines Handels verloren hat. *Die Hafenarbeiter, die Werktätigen, die Handelsherren und Geschäftsleute von Hamburg, Lübeck und Kiel jedoch werden sich der Erkenntnis nicht verschließen können, daß der Aufschwung dieser Hafenstädte nur möglich ist, wenn die amerikanisch gelenkten Herren aus ihren Stadtverwaltungen verschwinden und patriotische Männer der Nationalen Front des demokratischen Deutschland die Leitung der Geschicke von Hamburg, Lübeck und Kiel übernehmen.*

Wir wünschen, daß alles getan wird, um den *Innenhandel* zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und den Wirtschaftsinteressenten Westdeutschlands weiterzuentwickeln. General Clay und auch der amerikanische Gouverneur McCloy haben geglaubt, sie könnten durch die Blockade der Deutschen Demokratischen Republik unseren Neuaufbau verhindern. Es hat sich erwiesen, daß wir die Stärkeren sind, daß wir starke Freunde haben, die uns in der schwierigsten Zeit der Blockade halfen. Herr McCloy weiß das sehr gut. In Wirklichkeit sind ja seine kolonialen Methoden zur Unterbindung des deutschen Innenhandels weniger gegen die Deutsche Demokratische Republik als gegen die Wirtschaft Westdeutschlands gerichtet. McCloy will die westdeutsche Wirtschaft drosseln, damit Deutschland nicht wieder als Konkurrent auf dem westlichen Teil des Weltmarktes auftritt.

Wir werden alles tun, um die von den englischen und amerikanischen Besatzungsmächten errichtete Mauer niederzureißen. Um ein Auseinanderleben der einzelnen Teile Deutschlands zu verhindern und durch Ausgestaltung der innerdeutschen Wirtschaftsbeziehungen die Bedingungen für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands zu erleichtern, sind wir *bereit, mit jedem in Westdeutschland geschäftliche Beziehungen zu unterhalten, unter der einen Bedingung, daß die vertraglich übernommenen Verpflichtungen genau eingehalten werden.* Deshalb werden wir alles tun, um die Zusammenarbeit mit der rheinischen Metallindustrie auszubauen.

Wir wissen, daß *die niedersächsischen Bauern* und die Konservenindustrie auf Berlin und die Deutsche Demokratische Republik als Absatzgebiet angewiesen sind. Wir werden deshalb die Wirtschaftsbeziehungen mit den Vertretern der Bauernorganisationen in Niedersachsen auch weiterhin pflegen. Im Rahmen des Interzonenhandelsvertrages haben wir Lebensmittellieferungen aus Westdeutschland, Käse aus Bayern, Wein aus Westdeutschland, Fischkonserven aus Norddeutschland in Höhe von 12 Millionen Westmark laufen. Dazu kommt das Abkommen, das ich mit Herrn Minister Gereke vereinbart habe. Herr Gereke wurde wegen Vertretung der Bauerninteressen von der Bonner Verwaltung zur Verantwortung gezogen. Herr Adenauer hält den Verkauf von Konserven direkt für lebensgefährlich, denn er hat mit der Regierungskrise in Bonn gedroht, wenn Gereke nicht zum Rücktritt aus der niedersächsischen Regierung gezwungen wird. Man hat gegen Herrn Gereke den Vorwurf erhoben, daß seine geschäftlichen Verhandlungen ein politischer Akt gewesen seien. Nehmt das, wie ihr wollt, Adenauer bestätigt durch seine hysterischen Maßnahmen nur, daß er selbst fühlt, daß die Bonner Protektoratsverwaltung auf einem Vulkan sitzt.

Wir schlagen allen patriotisch denkenden Deutschen im Westen unserer Heimat vor, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um *den deutschen Innenhandel durch folgende Maßnahmen weiterzuentwickeln:*

1. *Ablehnung der Einfuhr aller amerikanischen und englischen Waren, die in Deutschland selbst hergestellt werden können*, mit der eindeutigen Erklärung, daß die Lieferanten solcher Waren, die gegen den Willen der deutschen Wirtschaftsorgane eingeführt werden, künftig nicht mit Bezahlung rechnen können;

2. *Ablehnung jeder Einmischung der englischen oder amerikanischen Gouverneure* und anderer Besatzungsorgane in den deutschen Innenhandel;

Förderung des Innenhandels ohne Rücksicht auf die Beschränkungen durch die Anweisungen der anglo-amerikanischen Gouverneure.

3. *Entfernung der amerikanischen Agenten aus den westdeutschen Handelsorganen* und Besetzung der Funktionen mit patriotisch denkenden Wirtschaftsfachleuten;

4. *Entfernung der wirtschaftsfeindlichen Elemente*, die die Interessen der amerikanischen Monopolherren vertreten, aus den Verwaltungen in Hamburg, Lübeck und Niedersachsen, um den Weg frei zu machen für die Entwicklung des Handels;

5. *Teilnahme der westdeutschen Wirtschaftskreise am Außenhandel der Deutschen Demokratischen Republik.*

Die Erhöhung der Lebenshaltung der Bevölkerung

Eine der wichtigsten Aufgaben der Durchführung des Fünfjahresplans ist die Hebung des materiellen Wohlstandes der Bevölkerung. Der Friedensstand soll nicht nur erreicht, sondern bedeutend überschritten werden.

Es ist eine *Erhöhung des Arbeitslohnes* der Arbeiter, Angestellten, Ingenieure und Techniker in der gesamten Volkswirtschaft um 16,8 Prozent vorgesehen und in der Industrie um 20 Prozent gegenüber dem Stand von 1950.

Gleichzeitig ist eine weitere *Senkung der Preise* für Nahrungsmittel und Artikel des Massenbedarfs von mindestens 28 Prozent sowie eine wesentliche Senkung der Steuersätze für die Werktätigen vorgesehen.

Die *Erhöhung des Einkommens der Landbevölkerung* soll durch die Steigerung der Hektarerträge und der Ergiebigkeit der Viehzucht erreicht werden sowie durch die Stabilisierung der Erfassungspreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und die Senkung der Einzelhandelspreise für Industriewaren, die die werktätigen Bauern benötigen.

Wir haben bereits auf unserer Ersten Parteikonferenz erklärt, daß wir die Aufhebung der Rationierung anstreben. Dazu ist notwendig, daß genügend Reserven geschaffen werden. Wir sind der Meinung, daß sich die neu gewählte Volkskammer mit diesen Fragen beschäftigen wird. Wir halten es für möglich, daß Ende 1951 oder Anfang 1952 die Rationierung für Fleisch, Fisch, Fett, Milch und Eier aufgehoben und der freie Handel mit allen Nahrungsmitteln und Industriewaren zu einheitlichen Preisen erreicht werden kann.

Der jährliche Verbrauch der Bevölkerung je Kopf an Lebensmitteln soll in der Zeit des Fünfjahrplans in folgendem Maße gesteigert werden:

	1936	1952	1955
Mehl und Nahrungsmittel kg	109,2	121,0	109,2
Fleisch kg	46,8	38,0	50,4
Trinkmilch Liter	127	100	130
Zucker kg	22,9	23,0	23,0
Kartoffeln kg	170,8	180,0	171,0
Kaffee, geröstet kg	1,9	1,3	1,9

Die Versorgung mit Kleiderstoffen soll verdoppelt, mit Leder-
schuhen verdreifacht, mit Trikotagen auf mehr als das Dreifache er-
höht werden.

Diese Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung kann nicht
einfach mit den Statistiken Westdeutschlands und der westlichen
kapitalistischen Länder verglichen werden, weil in ihren Statistiken
über den durchschnittlichen Lebensstandard auch der Luxusverbrauch
der Bourgeoisie inbegriffen ist.

In der Zeit des Fünfjahrplans wird *das Volkseinkommen auf mehr
als 160 Prozent gegenüber 1950 steigen*. Nachdem die parasitären
Gesellschaftsgruppen, die Großkapitalisten, Junker, Großgrund-
besitzer und auch ein Teil der Großhandelschieber, ausgeschaltet wur-
den, ist der Anteil der werktätigen Bevölkerung am Verbrauch des
Volkseinkommens höher geworden.

So zeigen die Planzahlen des Fünfjahrplans die steigende Lebens-
haltung des werktätigen Volkes im Gegensatz zur Entwicklung in
Westdeutschland, wo viele Arbeiterfamilien infolge Erwerbslosigkeit
Not leiden und ein Teil des Volkseinkommens von der herrschenden
Clique des Finanzkapitals gemeinsam mit den anglo-amerikanischen
Besatzungsmächten vergeudet wird.

Welches sind die Hauptaufgaben auf dem Gebiet der Kultur?

Die Kulturaufgaben haben im Fünfjahrplan eine große Bedeutung,
weil die gewaltigen schöpferischen Aufgaben, die im Plan festgelegt
sind, nur erfüllt werden können, wenn eine fortschrittliche deutsche
Kultur entwickelt und diese zur Sache des Volkes wird. Heute sehen

wir überall, in den Industriezentren, in den Schulen, im Dorfe, einen großen Wettbewerb im Lernen. Noch niemals gab es ein so tiefes Streben in unserem Volke, sich gutes Wissen anzueignen, sich mit der fortschrittlichen Wissenschaft vertraut zu machen.

Mit dem Fünfjahrplan setzen wir uns das Ziel, *die kulturelle Rückständigkeit und die Kulturzersetzung, die durch die Herrschaft der deutschen faschistischen Monopolherren und Junker herbeigeführt wurde, endgültig zu überwinden und eine fortschrittliche deutsche Kultur für unser ganzes deutsches Vaterland zu entwickeln.* Das heißt:

1. Es gilt, die Reste der Rassenideologie, der imperialistischen Denkweise, die Bestrebungen, mittelalterliche Gebräuche wieder einzuführen, und die Erscheinungen der Zersetzung der Kunst, wie sie vor allem aus Amerika importiert werden, zu überwinden.

2. Es gilt, die humanistischen Traditionen zu pflegen und die Werke unserer großen Klassiker der Literatur, der Musik, der Kunst dem Volke zu vermitteln.

3. Es gilt, durch die Entwicklung einer neuen, fortschrittlichen Literatur, Kunst, Musik den heldenhaften Kampf gegen den Imperialismus, gegen Versklavung und nationale Unterdrückung, das Große der demokratischen Umwandlung, des Neuaufbaus, der neuen Menschen und ihrer gegenseitigen Beziehungen zu gestalten und dadurch die Volksmassen zu erziehen und die in ihnen ruhenden unerschöpflichen Kräfte zur Entfaltung zu bringen.

4. Es gilt, unserem Volke die Kultur der Sowjetunion und der Länder der Volksdemokratie sowie das Schaffen der antiimperialistischen Schriftsteller und Künstler aus den anderen Ländern zu vermitteln.

Die Hauptaufgabe in der Zeit des Fünfjahrplans ist die *Hebung des wissenschaftlichen Niveaus im gesamten Schul- und Bildungswesen.* Der Fünfjahrplan sichert die Weiterführung der demokratischen Schulreform und die demokratische Erneuerung der deutschen Kultur. Er befriedigt das Verlangen der Massen des Volkes nach ständiger Erweiterung und Hebung des Wissens, er steigert das Studium der Arbeiter und Bauern an Fach- und Hochschulen, sichert die Heranbildung einer neuen, fortschrittlichen Intelligenz und fördert besonders die Aneignung und Auswertung der reichen Erfahrungen der sozialistischen Sowjetunion auf kulturellem Gebiet.

Ich möchte nur einige Zahlen zur Erläuterung anführen. Die staatlichen Mittel für die Volksbildung werden 1955 um 40 Prozent höher sein als 1950. Die Zahl der Grundschulen und der Berufsschulen wird bis zum Jahre 1955 auf 13 400 erhöht, wobei infolge des Heranwachsens der schwachen Kriegsjahrgänge die Schülerzahl in den Grundschulen von 2 700 000 (1950) auf 2 100 000 (1955) absinkt. Dagegen steigt die Zahl der Schüler in den Berufsschulen von 845 000 auf 964 200. Die Zahl der Studenten wird sich verdoppeln, die der Arbeiter- und Bauernstudenten wird von 7500 auf 12 000 steigen. Sieben neue Hochschulen sollen eröffnet werden. Die Zahl der Lehrer an den Grundschulen und Berufsschulen soll von 80 300 im Jahre 1950 auf 109 300 erhöht werden. Für Investitionen auf dem Gebiete des Volksbildungswesens sind 600 Millionen DM vorgesehen, wodurch der Neubau von Grundschulen mit 250 000 Plätzen, von Berufsschulen mit 154 000 und von Hochschulen mit 8600 Studienplätzen gesichert wird.

Damit unsere arbeitenden Mütter ohne Sorge um ihre Kinder ihrer Arbeit nachgehen und all ihre Kräfte in den Dienst der Steigerung der Arbeitsproduktivität stellen können, ist es dringend notwendig, in weitaus stärkerem Maße als bisher sowohl Kindergärten und Kindertagesstätten als auch Kinderheime und Kindererholungsheime auszubauen und neu zu schaffen. Das bedingt weiterhin, daß eine noch höhere Qualifizierung der Erzieherkräfte für diese Einrichtungen erreicht werden muß.

Wir lenken die Aufmerksamkeit der staatlichen Organe besonders auf die *Förderung der Lehrerausbildung*. Durch Ausbau des Zentralinstituts für Pädagogik, der Pädagogischen Fakultäten an den Universitäten, der pädagogischen Fachschulen und durch Organisation von besonderen kurzfristigen Seminaren für Lehrer und Junglehrer muß den Lehrern die Möglichkeit gegeben werden, sich die Ergebnisse der fortschrittlichen Wissenschaft anzueignen. Es ist an der Zeit, daß wir nicht nur die Lehrbücher der fortschrittlichen Pädagogik, die von Sowjetgelehrten herausgegeben wurden, verbreiten, sondern daß diese Lehrbücher auch Gegenstand der Arbeit in den Lehrerkonferenzen und pädagogischen Fachschulen werden. Wir müssen unsere Aufmerksamkeit besonders dem Grundschullehrer und dem Junglehrer widmen, ihm helfen und alle Möglichkeiten geben, seine pädagogischen und sonstigen wissenschaftlichen Studien fortzusetzen; denn *der Grundschullehrer hat eine hohe gesellschaft-*

liche Funktion. Der Lehrer, und insbesondere der Grundschullehrer, hat große schöpferische Aufgaben. Wenn er die Kinder im Geiste der Vaterlandsliebe erziehen will, so kann er das nur erreichen, wenn zum Beispiel im Unterricht die vielseitigen Probleme des Wirtschaftsplanes zum Gegenstand der Rechenaufgaben, zum Inhalt des Deutschunterrichts usw. gemacht werden und wenn die Kinder aus dem Munde von Aktivisten, von Ingenieuren und Technikern selbst Kenntnis erhalten von den neuen Fragen des Aufbaus. Es ist notwendig, daß die Kreisräte und Bürgermeister den Grundschullehrern auch in materieller Hinsicht mehr helfen.

Auf dem Gebiete der Herausgabe der Schulbücher haben das Ministerium für Volksbildung und der Verlag „Volk und Wissen“ Großes geleistet. Nunmehr gilt es, diese Schulbücher weiter zu vervollkommen. *Es ist Zeit, wirklich neue Schulbücher zu schaffen, vor allem auf dem Gebiete der Geschichte, der Literatur, der Biologie und des Deutschunterrichts.*

Wir begrüßen die große kulturelle Leistung der Freien Deutschen Jugend und der Jungen Pioniere, die den Wettbewerb für gutes Wissen und gutes Lernen organisiert und sich damit ein besonderes Verdienst erworben haben. Mit Recht fordern die Eltern, daß in den Schulen die Kinder erzogen werden im Geiste der Liebe zur Deutschen Demokratischen Republik, der Liebe zur Arbeit, der Liebe zur Sowjetunion und den anderen Ländern des Friedensblockes. *Die Biographien der großen Männer und der großen Lehrmeister unseres Volkes*, wie des Präsidenten Wilhelm Pieck, der heldenhaften antifaschistischen Kämpfer Georgi Dimitroff und Ernst Thälmann, die Biographien des großen deutschen Wissenschaftlers Karl Marx und der großen Lehrmeister aller Völker, Wladimir Iljitsch Lenins und Josef Wissarionowitsch Stalins, gehören mit Recht in den Lehrplan der Schulen.

Wir schlagen dem Ministerium für Volksbildung vor, *Maßnahmen zur qualitativen Hebung des Universitätsstudiums* zu ergreifen. Der Unterricht müßte planmäßiger und kontrollierter erfolgen. Schon in den ersten Semestern sind Zwischenprüfungen notwendig. Studenten, die die Zwischenprüfungen nicht in sämtlichen Lehrfächern bestehen, sollten von den Universitäten und Hochschulen verwiesen werden. Für Arbeiter- und Bauernstudenten müßten besondere Richtlinien gelten. Die Verbesserung des Universitätsstudiums ist möglich zum Beispiel durch Schaffung fester Lehrpläne, Bildung von Studiengrup-

pen und durch Studienkontrolle seitens der Lehrer und Assistenten. Dazu ist erforderlich, daß mehr Assistenten entwickelt werden. Die Änderung der Studienpläne muß in der Richtung erfolgen, daß die Studenten die Möglichkeit auch zu praktischen Studien erhalten. Das ist nur möglich bei einer zehnmonatigen Studienzeit im Jahr.

Ich lenke die Aufmerksamkeit der staatlichen Verwaltungsorgane darauf, daß die *Oberschulen* in bezug auf das Unterrichtsniveau den Anforderungen nicht genügen. Wir schlagen deshalb vor:

a) mehr Neulehrer für den Unterricht an Oberschulen vorzubereiten;

b) einen Teil der Oberschulen in die Industriezentren zu verlegen, damit mehr Arbeiterkinder die Möglichkeit haben, die Oberschule zu besuchen;

c) mehr Stipendien für Oberschulen zu gewähren, damit Arbeiterkinder die Oberschulen besuchen können.

Die Erfüllung der großen Aufgaben des Fünfjahrplans macht es notwendig, daß auch Zehnklassenschulen eingeführt werden, deren Schüler zum Studium an Ingenieurschulen oder Schulen ähnlichen Charakters übergehen könnten.

Ich darf darauf hinweisen, daß durch die Beschlüsse der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik im Jahre 1950 mehr als 31 Millionen DM an *Stipendien* für Studenten der Universitäten und Hochschulen zur Verfügung gestellt werden. Es wäre jedoch zweckmäßig, die Festsetzung der Stipendien zu differenzieren. Zum Grundstipendium sollten für besondere Leistungen Zusatzstipendien gewährt werden.

Es ist außerdem an der Zeit, daß beschleunigt ein Plan für die *Entwicklung des Fernunterrichts* ausgearbeitet wird.

Wir sind der Meinung, daß das Arbeiter- und Bauernstudium, das den Werktätigen die Grundlage für das Universitätsstudium geben soll, so durchgeführt werden muß, daß es den Arbeiter- oder Bauernstudenten gleichzeitig auf den Beruf, den er erlernen will, vorbereitet.

Wenn wir die Zahlen der Studenten näher untersuchen, müssen wir allerdings eine beunruhigende Tatsache feststellen: *der prozentuale Anteil der Studentinnen ist in ständigem Absinken*. Während er 1946 noch 36,7 Prozent betrug, ist er in diesem Jahre auf 30 Prozent abgesunken. Noch schlimmer ist die Lage an den Arbeiter- und

Bauernfakultäten. Gegenüber 19 Prozent im Jahre 1948/49 sind nach Angabe des Ministeriums für Volksbildung nur noch 16 Prozent der Studenten an den Arbeiter- und Bauernfakultäten Mädchen. Wir fordern, daß 40 Prozent der Studenten an den Arbeiter- und Bauernfakultäten Mädchen sein müssen.

Wir stellen anerkennend fest, daß es mit Hilfe der Studiengruppen der Freien Deutschen Jugend gelungen ist, einen neuen, besseren Arbeitsstil an den Universitäten sowie den Hoch- und Fachschulen zu entwickeln. Die kollektive Durcharbeitung von Vorlesungen, Büchern und allen Fragen des Studiums hat sich durchgesetzt. Durch die Hilfe beim Studium durch ältere Semester wurden breite Kreise von Studenten für die Mitarbeit in den Zirkeln der Studiengruppen gewonnen. Wir begrüßen die Losung der FDJ: „*Der beste FDJler — der beste Student.*“ An unseren Hochschulen und Universitäten wächst eine neue, fortschrittliche Intelligenz heran, die aufs engste mit der werktätigen Jugend und mit dem werktätigen Volk verbunden ist. Diese Hochschuljugend war dabei, als es galt, den Arbeitern in der Max-Hütte durch den Bau der Wasserleitung zu helfen; sie arbeitet mit am Bau der Bodetalsperre, beim Aufbau Berlins, beim Bau der Sosatalsperre. Nach Beendigung ihres Studiums brauchen sich unsere Studenten und Studentinnen keine Sorge zu machen: wir brauchen sehr viele fähige und geschulte Kräfte, so daß ihnen alle Aufstiegsmöglichkeiten offenstehen.

Im Interesse der Hebung der Volksbildung ist es notwendig, das *System populärwissenschaftlicher Vorträge* zu entwickeln und die Zahl der Volkshochschulen zu vergrößern. Die Organisierung von Ausstellungen und von Führungen durch die Museen ist ebenfalls ein Mittel der Volkserziehung. Wir lenken die Aufmerksamkeit des Ministeriums für Volksbildung weiter auf die Tatsache, daß in zahlreichen Orten nur alle drei Wochen eine Filmvorführung stattfindet. Durch Lieferung einer größeren Zahl von Schmalfilmapparaten muß erreicht werden, daß jede Woche mindestens einmal in jedem Dorf eine Filmvorstellung stattfindet.

Im letzten Jahr haben wir auf dem Gebiet der *Kunst und Literatur* eine Anzahl bedeutender fortschrittlicher Leistungen zu verzeichnen. Sind nicht die Nationalhymne und die neuen Volkslieder von Johannes R. Becher und Hanns Eisler Beweise der Wiedererweckung und Entwicklung der besten Traditionen des deutschen Volksliedes? Diese Volkslieder, die vom Geist des Friedens und des Neuaufbaus er-

füllt sind, haben viel dazu beigetragen, Begeisterung für den Kampf um den Frieden zu verbreiten und den Arbeitsenthusiasmus weiter zu entfachen. Diese Lieder sind der Ausdruck des Neuen, des Schönen bei uns. Sie beflügeln unsere Jugend und alle Werktätigen zu neuen, größeren Leistungen. Die „Stalin-Kantate“ von Kuba und das „Mansfelder Oratorium“ von Stephan Hermlin sind ebenfalls solche fortschrittliche Leistungen. In diesem Zusammenhang möchte ich den großen antiimperialistischen Film „Der Rat der Götter“ von Friedrich Wolf und Kurt Maetzig hervorheben. In dem Theaterstück „Du bist der Richtige“ hat Gustav von Wangenheim zum erstenmal das neue Leben der Jugend, den Kampf der Jugend der neuen Zeit gestaltet.

Als großen Fortschritt betrachten wir die Tatsache, daß solche namhafte Schriftsteller und Dichter, wie Johannes R. Becher, Arnold Zweig, Bertolt Brecht, Anna Seghers, dazu übergegangen sind, *junge Autoren und Schriftsteller zu beraten und ihnen die Erfahrungen der älteren Künstler zu vermitteln*. Durch diese enge Zusammenarbeit werden die Jungen lernen, und unsere alten Schriftsteller werden verjüngt. Das Neue sehen wir darin, daß auch Werktätige begonnen haben, Erzählungen über den Aufbau eines Werkes, den Kampf um die Talsperre, die Leistung eines Aktivisten und anderes zu schreiben. In den Betrieben, wo eine Gruppe solcher junger Talente vorhanden ist, sollte man dazu übergehen, eine Gruppe junger Schriftsteller des Betriebes zu bilden und ihnen Anleitung und Unterstützung geben.

Auf dem Gebiete der Kunst hat sich im letzten Jahr eine solche Situation entwickelt, daß zwar aus dem Volke immer mehr junge künstlerische Kräfte hervorgehen, daß aber unsere Schulen und Lehranstalten für die bildenden Künste im Inhalt ihrer Arbeit, in der Überwindung des Formalismus noch nicht so weit sind, diese jungen Menschen zu Kunstschaffenden im Sinne einer realistischen Kunst entwickeln zu können. Wir bitten daher das Ministerium für Volksbildung, sich mehr für die Arbeit auf dem Gebiete der Kunst zu interessieren.

Wir begrüßen, daß einige Freunde sich zur Aufgabe gestellt haben, nach den Methoden des großen sowjetischen Theaterleiters und Pädagogen Stanislawski *Schauspieler neuen Typus* zu erziehen. Die Grundlage für die Auswahl und Entwicklung der jungen Künstler sind die Laienspielgruppen, die Volks- und Jugendchöre, die Volks-

tanzgruppen und die Musikgruppen. Das Deutschlandtreffen der Freien Deutschen Jugend hat gezeigt, welche Talente in unserem Volke vorhanden sind, wenn wir sie nur zu wecken verstehen. Wir schlagen deshalb vor, daß die Leiter von Laiengruppen mit Hilfe des Ministeriums für Volksbildung von Berufskünstlern und erfahrenen Fachleuten der Hochschulen angeleitet und unterstützt werden. Die Lehrer der Hoch- und Fachschulen für Musik, Malerei usw. sollten systematisch Schulbegehungen durchführen, um begabte Kinder festzustellen, die Unterricht in den betreffenden Instituten erhalten und später Hochschulen besuchen können. Mir scheint die Schaffung eines Zentralhauses für Laienkunst notwendig.

Wir hoffen aber auch, daß es gelingt, noch in diesem Jahr einen Umschwung in der *Kulturarbeit der Freien Gewerkschaften* zu erreichen. Die Freien Gewerkschaften müssen die Träger der Kulturarbeit in den Betrieben, den Maschinenausleihstationen und den volkseigenen Gütern werden. Es gibt bereits große Möglichkeiten: In den meisten Großbetrieben haben wir schon Kulturstätten, in den Plänen für den Aufbau der neuen Großbetriebe sind ebenfalls Kulturhäuser vorgesehen; auf zehn volkseigenen Gütern werden Kulturhäuser geschaffen, und bis 1955 sollen bei weiteren 226 Maschinenausleihstationen Kulturhäuser gebaut werden. Die Freien Gewerkschaften müssen sich ihrer Bedeutung als Kulturträger mehr bewußt sein.

Zur gleichen Zeit ist es notwendig, daß unter der Leitung der Gewerkschaften, der Freien Deutschen Jugend und mit Hilfe der staatlichen Organe der Volksbildung systematisch *Kulturveranstaltungen in den Dörfern* organisiert werden. Die ganze Dorfbevölkerung wird es begrüßen, daß wir alles in unseren Kräften Stehende tun, um die früher von den Großgrundbesitzern und ihrer reaktionären Staatsmacht systematisch aufrechterhaltene Rückständigkeit im Dorfe zu überwinden und den werktätigen Bauern und allen Dorfbewohnern die Errungenschaften der Kultur zu vermitteln.

Wir halten es für notwendig, daß die staatlichen Organe und die Massenorganisationen in der nächsten Zeit überprüfen, wieweit das Kulturgesetz verwirklicht wurde und wieweit das Gesetz zur Förderung der Jugend durchgeführt worden ist. Im Fünfjahrplan ist die Förderung der Jugend auf allen Gebieten vorgesehen. Aus dem sorgfältigen Studium der bisherigen Erfahrungen des Jugendgesetzes müssen wir die Lehre ziehen, wie Arbeit und Studium der Jugend in der Zeit des Fünfjahrplans noch besser zu leiten sind.

Bauvorhaben für Jugend und Sport im Rahmen des Fünfjahrplans

Die Freie Deutsche Jugend mit der Organisation der Jungen Pioniere und die Demokratische Sportbewegung haben vorgeschlagen, für die nächsten fünf Jahre eine Investitionssumme von 400 Millionen DM einzusetzen. Im einzelnen soll diese Summe für folgende Bauvorhaben verwandt werden:

Das Zentrale Pionierlager wird ausgebaut und erweitert.

Dem starken Anwachsen des Jugendverbandes entsprechend werden neue Jugendheime errichtet, besonders in der Stadt Berlin und in den anderen großen Städten unserer Republik.

Die Wuhlheide, in der die Ernst-Thälmann-Republik der Jungen Pioniere anlässlich des Deutschlandtreffens errichtet worden war, soll zu einem großen Pionierpark ausgebaut werden.

Zur Verstärkung ihrer ideologischen Arbeit errichtet die Freie Deutsche Jugend eine Reihe von Jugendschulen.

Besonders große Bedeutung wird dem Ausbau von weiteren Zeltlagern beigemessen, damit unsere Jungaktivisten aus den Betrieben in jugendgemäßer Form Erholung finden können.

Im Laufe der nächsten fünf Jahre werden in einer Anzahl von größeren Städten unserer Republik weitere Häuser der Jungen Pioniere errichtet.

In großem Maße sollten die Jungen Pioniere bei den volkseigenen Gütern und Maschinenausleihstationen Versuchsfelder, Versuchsgärten und Mitschurin-Stationen einrichten.

Durch den Bau neuer Jugendherbergen sollen neue Wandergebiete erschlossen werden.

Selbstverständlich wird dem Ausbau von weiteren Sportstadien die größte Beachtung geschenkt, wobei vorgesehen ist, vor allem bei den volkseigenen Betrieben und den Maschinenausleihstationen ausreichende, moderne Sportanlagen zu schaffen.

Es ist eine vordringliche Aufgabe des FDGB, der Demokratischen Sportbewegung die größtmögliche Hilfe dabei angedeihen zu lassen.

Außerdem plant der Deutsche Sportausschuß mit Hilfe des FDGB in den Orten, in denen die Werktätigen ihren Urlaub verbringen, Sportanlagen zu schaffen.

In verschiedenen Großstädten unserer Republik werden Hallenschwimmbäder und in Berlin ein „Haus des Deutschen Sports“ errichtet.

Die Hochschule für Körperkultur wird zu einer modernen Akademie mit allen zu einem intensiven Lehrbetrieb notwendigen Sportanlagen erweitert.

Für die weitere Organisation des Wassersports als Volkssport sollen neue Bootshäuser und Schwimmbäder errichtet werden, vor allem in der Nähe Berlins.

Es muß in den nächsten Jahren erreicht werden, alle Sportarten, die früher nur bestimmten Schichten vorbehalten waren, in vollem Umfange zum Volkssport zu entwickeln. So werden wir Tennisplätze errichten, neue Segel- und Ruderboote bauen sowie für den Wintersport Bob- und Rodelbahnen und Eis-Stadien.

Durch den Bau neuer Radrennbahnen soll der Radsport weitere Förderung erfahren.

Zur weiteren Qualifizierung unserer Spitzensportler werden Trainingslager errichtet.

Für die Entwicklung des Segelflugsports und des Modellbaus der Freien Deutschen Jugend werden die notwendigen Schulen, Fluganlagen, Werkstätten und Hallen errichtet.

Für die Entwicklung des Motorsports, bei dem jetzt bereits von unseren jungen Nachwuchskräften gute Leistungen erzielt wurden, werden neue Maschinen und Trainingsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt.

Entwicklung der wissenschaftlichen Forschungsarbeiten

Die Entwicklung der wissenschaftlichen Forschungsarbeiten ist von erstrangiger Bedeutung. Wir sind uns bewußt, daß Deutschland durch die Hitlerherrschaft und den Hitlerkrieg mit seinen Folgen auf vielen Gebieten der wissenschaftlichen Forschung zurückgeblieben ist. Deshalb ist es notwendig, in allen Betrieben, Lehranstalten, wissenschaftlichen Instituten die wissenschaftlichen Forschungsarbeiten allseitig zu entwickeln. Nachdem bei uns die Garantien geschaffen sind, daß

die Errungenschaften der Wissenschaft und Technik in den Dienst der Entwicklung der Friedenswirtschaft gestellt werden, haben wir die Regierung der Sowjetunion gebeten, unseren Wissenschaftlern die allseitige Entwicklung der wissenschaftlichen Forschungsarbeiten für friedliche Zwecke zu erlauben. Wir haben diese Erlaubnis bekommen und danken dem Vorsitzenden des Ministerrates der Sowjetunion, Generalissimus Stalin, noch einmal für dieses Vertrauen.

In erster Linie ist es im Interesse der Durchführung des langfristigen Planens notwendig, die Forschungsarbeiten auf dem Gebiete der Natur- und Gesellschaftswissenschaften sowie der Technik zu fördern. Vordringlich sind die Sicherung der Rohstoffbasis und der Energieversorgung und die zweckmäßige Ausnutzung der Rohstoffe. Auf Grund der Aufgaben des Fünfjahrplans ist es notwendig, die geologische Forschung zu systematisieren und zu verstärken und neue Rohstoffvorkommen — Kohle, Eisenerz, Erdöl und andere — aufzufinden zu machen. Es sind die Forschungsarbeiten zu entwickeln zur Verbesserung der metallurgischen Herstellungsverfahren und der Legierungstechnik; zur Weiterentwicklung und systematischen Anwendung der Kunst- und Preßstoffe, der Lederersatzstoffe, der keramischen Baustoffe sowie der Glasbaustoffe; zur Einsparung von Material durch Einführung der Leichtbaumethode; zur Weiterentwicklung moderner Fertigungsverfahren, wie zum Beispiel der Schweißtechnik; zum zweckmäßigeren Einsatz modernster Werkzeugmaschinen; zur Verbesserung der Verfahren bei der Synthese von Fettstoffen; zur Entwicklung verbesserter und neuartiger pharmazeutischer Präparate besonders für die Tuberkulose- und Krebstherapie.

Lenkung und Kontrolle der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten liegen in den Händen der Hauptabteilung für Wissenschaft und Technik beim Ministerium für Planung. Es ist notwendig, diese Arbeiten durch die Bildung von wissenschaftlich-technischen Beiräten für die einzelnen Fachgebiete zu entwickeln. Bei den Leitungen der Vereinigungen volkseigener Betriebe ist die Forschungs- und Entwicklungsarbeit unzureichend organisiert. Es ist erforderlich, daß arbeitsfähige Abteilungen für Planung und Lenkung der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten in den Leitungen der Vereinigungen volkseigener Betriebe geschaffen werden.

Wir sind interessiert an der Förderung der Arbeiten der Akademie der Wissenschaften sowohl in bezug auf die Grundlagenforschung wie auf die angewandte Forschung. Das Ministerium für Wirtschafts-

planung wird der Akademie der Wissenschaften im Rahmen der großen Planaufgaben Mittel für die besondere Förderung bestimmter Forschungsaufgaben zur Verfügung stellen.

Es ist notwendig, daß die Akademie der Wissenschaften sowie die wissenschaftlichen Institute zur Herausgabe technischer Fachliteratur Arbeitsgruppen bilden.

Die Erfüllung der Aufgaben auf dem Gebiet der Wissenschaft und Technik erfordert die Heranziehung aller Wissenschaftler, Ingenieure, Techniker und Spezialisten, ungeachtet ihrer früheren Parteizugehörigkeit oder ihrer Weltanschauung. Der Maßstab für die Heranziehung zur Arbeit ist die Bewährung in ehrlicher Arbeit für den Aufbau unserer Heimat.

Antwort auf Beschwerden der technischen Intelligenz

Von einigen Akademikern und Technikern wurden berechtigte *Beschwerden über ihre Behandlung durch Mitarbeiter von Wirtschaftsorganen und durch manche Gewerkschaftsfunktionäre in den Betrieben* geführt. Einige Spezialisten erklärten, die Führung der SED habe ein gutes Verhältnis zu den Geistesschaffenden, aber eine Anzahl Funktionäre in den Betrieben tue etwas anderes. Das trifft leider zu, da manche Genossen unsere Politik immer noch nicht begriffen haben. In der Betriebsgruppe Heyden in Radebeul zum Beispiel erklärte ein Genosse: „Die Arbeiter können nicht gutheißen, wie die Intelligenz bevorzugt wird.“ In der Ortsdelegiertenkonferenz in Malchow erklärte ein Bauunternehmer, der Parteimitglied ist: „Ich bin der Meinung, daß man den Arbeitern ebensoviel zu essen geben soll wie den Intelligenzlern.“

Das sind die bekannten Argumente der anglo-amerikanischen Propaganda, die einerseits versucht, die Spezialisten mit Korruptionsgeldern zu kaufen, aber zugleich die Arbeiter gegen die Intelligenz hetzt, um einen Gegensatz zwischen beiden zu schaffen und ihn für ihre verbrecherischen Ziele auszunutzen. Wir wissen, daß die amerikanische Spionageagentur einen speziellen Fonds zur Gewinnung von Technikern, Ingenieuren und Chemikern hat. Und bei uns gibt es solche Dummköpfe, die durch Mißachtung manche Spezialisten direkt den feindlichen Agenten zutreiben.

Im Namen des Politbüros erkläre ich ausdrücklich, daß die Intelligenz entsprechend ihren Leistungen, die sie sich in langem, mühevollen Studium erworben hat, Anspruch auf einen höheren Lebensstandard hat.

Wir halten es für notwendig, daß die technische Intelligenz stärker durch den Förderungsausschuß unterstützt wird. Ein Teil der leitenden Techniker und Ingenieure erhält noch nicht die zusätzliche Karte für Intellektuelle. In manchen Betrieben sind die Gehälter der technischen Intelligenz ungenügend. Es ist erforderlich, daß Richtlinien für die *Gehaltsregelung der technischen Intelligenz durch Einzelverträge* herausgegeben werden. Von Angehörigen der technischen Intelligenz wurde die Frage der *Pension* gestellt. Es gibt bereits einen Entwurf des Politbüros über die *zusätzliche Altersversorgung der technischen Intelligenz*. Für die Angehörigen der technischen Intelligenz in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben wird darin außer der Sozialpflichtversicherung eine Altersversorgung vorgeschlagen. Vom 65. Lebensjahr ab oder bei vorzeitiger Erwerbsunfähigkeit des Begünstigten soll eine monatliche Rente von 60 bis 80 Prozent des durchschnittlichen Monatsbruttogehaltes gewährt werden. Die Ehefrau soll eine Witwenrente von 50 Prozent des Bruttogehaltes erhalten, Waisen unter 18 Jahren eine Rente von 25 Prozent.

Festigung des Bündnisses der Arbeiterschaft und der technischen Intelligenz

Ich schlage folgende Maßnahmen vor:

1. In allen Betrieben sollen besondere Versammlungen der technischen Intelligenz gemeinsam mit den Aktivisten stattfinden, wo der Fünfjahrplan, die Aufgaben und Perspektiven der technischen Intelligenz beraten und über die Maßnahmen zur Beseitigung der Beschwerden der technischen Intelligenz gesprochen wird.
2. Der Entwurf des Gesetzes über die Altersversorgung der technischen Intelligenz wird unverzüglich der Regierung übergeben.
3. Wir erklären, daß Kinder der technischen Intelligenz selbstverständlich die Möglichkeit haben, an Hochschulen zu studieren.

4. Wir bitten, Beschwerden der technischen Intelligenz uns direkt zuzustellen.

5. Überall, wo eine feindliche Stellungnahme gegen die Intelligenz erfolgt, sind unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um die Hintermänner festzustellen. Wir bitten die technische Intelligenz, alle Fälle von Korruptionsangeboten aus gegnerischen Kreisen zu melden, damit wir den Agenten ein für allemal das Handwerk legen können.

Wir bitten andererseits die Wissenschaftler, Ingenieure und Techniker, der Entwicklung der Aktivisten, der jungen Studenten, der jungen Techniker und Ingenieure besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Je größer die Zahl unserer Spezialisten ist, um so höher wird die Qualität der Arbeit zum Nutzen der großen Sache des Neuaufbaus unseres Vaterlandes sein. Da wir uns auf vielen Gebieten auf die hervorragenden Ergebnisse sowjetischer Forscher und Wissenschaftler stützen können, hoffen wir, die Zurückgebliebenheit im wesentlichen überwinden zu können.

Anglo-amerikanische Agenten wollen Techniker verschleppen

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch auf folgendes hinweisen: Uns ist bekannt, daß die anglo-amerikanische Agenturenzentrale des Herrn Kaiser in Bonn Maßnahmen eingeleitet hat, um durch betrügerische Versprechungen Angehörige der technischen Intelligenz nach Westdeutschland zu locken. Wir sind aber überzeugt, daß jeder Wissenschaftler, jeder Forscher, jeder Techniker, Ingenieur oder Chemiker die großen Perspektiven der technischen Entwicklung und der Forschungsarbeit in der Deutschen Demokratischen Republik erkennt und damit auch die Aufstiegsmöglichkeiten, die bei uns vorhanden sind. Hier arbeitet der Wissenschaftler und Techniker für das Volk, für den Neuaufbau der deutschen Heimat, für eine glückliche Zukunft seiner Kinder, während er im westdeutschen Protektorat für die privaten Interessen gewisser Herren arbeiten und mit den Folgen der Entwicklung der Wirtschaftskrise rechnen muß. Nach den Erfahrungen mit der Hitlerherrschaft weiß die technische Intelligenz, daß es nicht klug ist, auf Versprechungen von Leuten einzugehen, die keine Zukunft haben.

Förderung des Gesundheitswesens

Auch auf dem Gebiete des Gesundheitswesens sind im Fünfjahresplan wesentliche Maßnahmen vorgesehen. Zur Verbesserung des Gesundheitszustandes der Bevölkerung ist das System des Gesundheitsschutzes zu erweitern. Vor allem sind die vorbeugenden Maßnahmen stärker zu entwickeln, und die medizinische Betreuung der Bevölkerung ist zu verbessern. Wir legen besonderen Wert darauf, daß der *Feriedienst der Freien Gewerkschaften* weiterentwickelt wird, dabei sollten auch die Privatpensionen stärker in Anspruch genommen werden. Nach den mir vorliegenden Statistiken beanspruchen zwei- bis dreimal mehr Angestellte als Arbeiter den Feriedienst. Es ist erforderlich, noch in diesem Jahr zu erreichen, daß mehr Arbeiter als Angestellte die Plätze des FDGB, die Sanatorien und Erholungsstätten benutzen. Wir wollen, daß sich vor allem die Arbeiter der Großbetriebe von ihrer schweren Arbeit erholen.

Für die Jahre 1951 bis 1955 sind die staatlichen Mittel für das Gesundheitswesen auf mehr als 150 Prozent der Ausgaben von 1950 festgesetzt. Im Interesse einer guten medizinischen Betreuung der Bevölkerung ist es notwendig, die bestehenden Krankenhäuser und Spezialkliniken mit modernen medizinischen Apparaten auszustatten und das Personal fachlich und politisch zu qualifizieren. *Die Polikliniken stellen den Grundpfeiler einer fortschrittlichen Entwicklung des Gesundheitswesens im neuen Deutschland dar.* Im Plan ist der Neubau von 146 Polikliniken und Ambulanzen sowie von 500 Landambulanzen vorgesehen. Wir halten es für notwendig, daß die Polikliniken bei den Großbetrieben ausgebaut werden und daß besonders bei den Betrieben der Hüttenindustrie, des Bergbaus und der chemischen Industrie Nachtambulatorien geschaffen werden. Dadurch wird erst die Möglichkeit einer regelmäßigen Behandlung der Belegschaftsmitglieder geschaffen.

Wir sind überzeugt, daß es möglich ist, eine noch größere Anzahl Ärzte als bisher für die Mitarbeit in den Polikliniken und für die medizinische Betreuung der Werktätigen zu gewinnen. Wir sollten großzügiger als bisher auch Privatärzte zur Mitarbeit an der Verbesserung der sanitären Verhältnisse und an der Senkung des Krankenstandes in ihrem Bezirk heranziehen.

Es ist notwendig, in den nächsten fünf Jahren die Zahl der Ärzte im öffentlichen Dienst von 6934 auf 13 000 und die Zahl des mittleren medizinischen Personals von 43 000 auf 66 000 zu erhöhen. Die Zahl der Studenten an den Medizinischen Fakultäten der Hochschulen ist von 4000 auf 5000 und an den mittleren medizinischen Lehranstalten von 6500 auf 8000 zu erhöhen. Gleichzeitig ist es notwendig, das Studienprogramm der Medizinischen Fakultäten zu überprüfen mit dem Ziel, die jährliche Studienzeit intensiver zu gestalten, indem die Ferien verkürzt werden und die Studiendisziplin erhöht wird.

Fragen der Finanzpolitik

Der Abschnitt XII unseres Fünfjahrplanentwurfes über die Hauptaufgaben des Fünfjahrplans behandelt die Grundsätze unserer Finanzpolitik. In Anwendung dieser Grundsätze wird es uns gelingen, die gesamte Staatshaushaltswirtschaft von der Republik bis zur letzten Gemeinde auszugleichen. Eine entscheidende Veränderung im Staatshaushalt bedeuten die Jahr für Jahr steigenden Einnahmen aus der volkseigenen Industrie, die sich bis 1955 auf 227 Prozent erhöhen. Aus dieser Tatsache sieht die Bevölkerung, daß *die Gewinne der Großbetriebe, die früher in die Taschen der Monopolkapitalisten flossen, jetzt der gesamten Volkswirtschaft zugute kommen und ermöglichen, allmählich den Steueranteil der werktätigen Bevölkerung an den Staatseinnahmen zu senken*. Wir denken, daß zum Beispiel die Lohnsteuer bis 1955 um die Hälfte gesenkt werden kann.

Der Übergang der wichtigsten Betriebe sowie der Eisenbahn in die Hand des Volkes und die Schaffung staatlicher Handelsorganisationen haben die Beziehungen zwischen Staatshaushalt und Volkswirtschaft grundlegend verändert. *Es entwickelt sich ein einheitliches Finanzsystem der Republik*. Damit hat sich auch die Rolle des Finanzministeriums und der Banken geändert. Die Banken sind zu Finanzkontrollorganen der volkseigenen Betriebe geworden und müssen die Rentabilität der Betriebe und die genaue Durchführung der Investitionen entsprechend dem Plan von der finanziellen Seite sicherstellen. Es muß eine große Erziehungsarbeit geleistet werden, um den Angestellten der Betriebe zu erklären, daß ihre betriebliche Finanzwirtschaft einen Teil der Finanzwirtschaft der Republik dar-

stellt und daß es ihre Aufgabe ist, exakt die Verpflichtungen gegenüber dem Wirtschaftsplan und dem Staatshaushalt zu erfüllen. Es darf nicht mehr vorkommen, daß Direktoren aus privatkapitalistischem Denken heraus willkürlich Investitionen durchführen oder hohe Aufwendungen für Repräsentation und andere Dinge machen. Jeder Angestellte, jeder Arbeiter muß sich bewußt sein, daß jede Einsparung von Material und Geld uns ermöglicht, das Tempo des Aufbaus zu beschleunigen.

Wir lenken die Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf die Tatsache, daß in den Finanzministerien der Länder die Kleineigentümer nach wie vor schärfer zur Steuerzahlung herangezogen werden als die begüterten Kreise. Einige Finanzminister, wie Rohner in Sachsen, Moog in Thüringen, Lieutenant in Brandenburg und Kunisch in Sachsen-Anhalt, haben den Steuerapparat geradezu als Kampfinstrument gegen die antifaschistisch-demokratische Ordnung benutzt. Sie haben Steuerhinterziehungen begünstigt. In Sachsen wurden über 60 Prozent der Großbetriebe während Rohners Tätigkeit in ihrer Finanzgebarung überhaupt nicht geprüft, dafür aber die Klein- und Kleinstbetriebe um so gründlicher. Im Lande Sachsen sind 3600 Mitarbeiter der Steuerverwaltung tätig, daneben aber in der privaten Steuerberatung, das heißt in der Beratung zur Steuerhinterziehung, 4063 Personen.

Die Entwicklung unserer Republik ist durch die Stabilität unserer Währung gekennzeichnet. Die Steigerung der Produktion im Fünfjahrplan, die Preissenkung für Massengebrauchsgüter und Produktionsmittel werden weiter zur Festigung der Deutschen Mark beitragen.

Der Kampf gegen feindliche Sabotagetätigkeit

Die Aufbauerfolge in der Deutschen Demokratischen Republik sucht der Gegner durch die verschiedensten Methoden der Sabotage zu stören. Er wird seine Anstrengungen mit dem Wachsen der Erfolge verdoppeln. Gerade darin kommt die Verworfenheit des Gangstertums der feindlichen Kräfte in Westdeutschland zum Ausdruck, daß sie nach Hitlers Beispiel nur einen Gedanken haben: zerstören, zerstören.

Der Gegner führte Sprengstoffattentate auf unsere Verkehrslinien durch, er versuchte, das Verbindungswesen zu stören, andere spezialisierten sich auf die Verschiebung von Maschinen aus unserem Gebiet nach Westdeutschland. Es gibt eine Anzahl Fälle, wo bewußte Konstruktionsfehler gemacht wurden. Feindliche Elemente haben bei der Materialzuteilung volkseigene Betriebe zurückgesetzt.

In der Brikettfabrik des Kombinates „Profen“ wurde das Wasser aus dem Kessel gelassen. Der Kessel stand unter Feuer; durch Zulassung von kaltem Wasser, das zu starker Dampfbildung führte, explodierte der Kessel. Am Hochofen eines Stahlwerkes bestand eine Sabotagegruppe unter der Leitung eines früheren SS-Offiziers. Im BMW-Werk fand eine Gasexplosion im Termitofen statt, da der Gasahn nicht geschlossen worden war. Gleichzeitig fand eine Brandstiftung statt.

In dem Werk „Afo“ wurde das Walzwerk außer Betrieb gesetzt, indem ein Stück Stahl in das Getriebe gelegt wurde. In einem Zementwerk wurde der Leiter des FDGB verhaftet und in seiner Wohnung wurden antisowjetische Flugblätter und Broschüren einer westlichen Agentur gefunden. Im Kali-Kombinat mußte ein Produktionsleiter wegen Spionage verhaftet werden. Die Untersuchung ergab, daß eine Anzahl leitender Mitarbeiter mit der alten Direktion des Kalikonzerns Wintershall im Westen Verbindung hatte.

Das sind nur einige Beispiele. Kürzlich schickte die Agentur des Herrn Kaiser einige Jugendliche mit dem Auftrag, Brandstiftungen in Dörfern durchzuführen.

Welche Lehren müssen wir aus diesen Tatsachen ziehen?

1. In allen Betrieben muß eine *strenge Werkkontrolle* durchgeführt werden.

2. In allen Betrieben sind *die Belegschaften über die feindliche Tätigkeit aufzuklären*. Die Lehren des Prozesses Herwegen, des Prozesses gegen leitende Angestellte der Raiffeisengenossenschaften, die Ergebnisse der Untersuchungen in bezug auf den Solvay-Konzern sind offen in Belegschafts- und Abteilungsversammlungen, aber auch in den Städten und Dörfern zu behandeln, damit die ganze werktätige Bevölkerung wachsender wird und mithilft, rechtzeitig die Vorbereitungen der gegnerischen Agenten aufzudecken.

Es ist notwendig, die Arbeit der staatlichen Sicherheitsorgane zu unterstützen. Wir machen darauf aufmerksam, daß die amerikani-

schen, britischen, französischen und jugoslawischen Agentenzentralen eng mit der Schumacher-Zentrale in Hannover und der Kaiser-Zentrale in Bonn zusammenarbeiten, die tagtäglich Agenten in die Deutsche Demokratische Republik schicken. Besonders nach dem Einfall der Amerikaner in Korea müssen sich alle friedliebenden Kräfte bewußt sein, daß die dort angewandten Methoden der Kriegsprovokation auch in Magdeburg oder in Gebieten an der Zonengrenze Anwendung finden können. Dieser Gefahr der Provokation kann nur begegnet werden durch die rechtzeitige Vernichtung der anglo-amerikanischen Agentennester in der Nähe der Zonengrenze im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik. Wenn die feindlichen Kräfte wissen, daß sie im Gebiete der Deutschen Demokratischen Republik keine Stützpunkte mehr haben, dann werden sie es sich reiflich überlegen, solche Provokationen zu riskieren.

Verbesserung der Arbeit des Staatsapparates

Die Durchführung der großen Aufgaben des Fünfjahrplans erfordert eine wesentliche Verbesserung der Arbeit des Staatsapparates.

Die Durchführung des Fünfjahrplans setzt die *Qualifizierung aller Mitarbeiter des Staats- und Wirtschaftsapparates* voraus. Sie müssen lernen, die Mitarbeiter der Verwaltungsorgane und die Werktätigen davon zu überzeugen, wie die Gesetze durchgeführt werden sollen. Der Fünfjahrplan sowie eine ganze Reihe Gesetze, die im letzten Halbjahr von der Volkskammer angenommen wurden, sind ein Bestandteil des neuen Staatsrechts, das wir entwickeln. Dieses neue Staatsrecht muß allen Angestellten zum Bewußtsein gebracht werden, damit sie in der Lage sind, mit Initiative diese Gesetze durchzuführen.

Die Qualifizierung der Mitarbeiter des Staats- und Wirtschaftsapparates kann nicht nur in Kursen erfolgen oder im Selbststudium. Wichtig ist, daß die Mitarbeiter des Staatsapparates im täglichen Leben lernen, von den Aktivisten, von den Angehörigen der technischen Intelligenz. Es darf keinen Mitarbeiter eines Wirtschaftsorgans geben, der zum Beispiel nicht die fortgeschrittensten Arbeitsmethoden der Aktivisten der betreffenden Industrie kennt.

Das Entscheidende ist die Entfaltung der Kritik und Selbstkritik. Wenn wir die bürokratischen Hindernisse im Staatsapparat überwinden und alle in den Menschen vorhandenen Kräfte wecken wollen, wenn im Staatsapparat neue Arbeitsmethoden Anwendung finden sollen, dann ist *die Entfaltung der Kritik und Selbstkritik, die das Gesetz der Entwicklung im Staate ist*, die nächstwichtigste Aufgabe. Ist es nicht ungeheuerlich, daß in Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg Finanzminister die Finanzpolitik unserer Regierung offen sabotieren konnten, ohne daß die Parteiorganisation der Sozialistischen Einheitspartei oder die Organisationen der Blockparteien oder die Gewerkschaften dagegen aufgetreten sind? Zeigt nicht der Herwegen-Prozeß, wie infolge bürokratischen, gedankenlosen Verhaltens und opportunistischer Einstellung Teile der Gewerkschaftsfunktionäre, das heißt zum größten Teil Mitglieder unserer Partei, das Treiben der Konzernagenten geduldet haben? Zeigt nicht der Raiffeisen-Prozeß in Mecklenburg, daß verantwortliche Mitarbeiter des Landwirtschaftsministeriums, aber auch demokratische Funktionäre in den Genossenschaften vertrauensselig waren und die Tätigkeit der gegnerischen Kräfte unterschätzten?

Die Arbeiter Sachsen-Anhalts und die Bauern Mecklenburgs haben recht, wenn sie fordern, daß die verantwortlichen Funktionäre im Staats- und Wirtschaftsapparat wachsamer sein müssen. Vor allem ist es notwendig, daß die Staatsfunktionäre sorgfältiger die Vorschläge und die Kritik aus der Bevölkerung beachten, damit rechtzeitig Mißstände beseitigt werden. Wir hoffen, daß die jetzt bei den Wahlen stattfindende öffentliche Berichterstattung der Minister der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, der Minister der Länderregierungen, der Kreisräte und Gemeinderäte zur Entfaltung der Kritik und Selbstkritik auch im Staatsapparat und zur Verbesserung seiner Arbeit führt.

Die Perspektive

Ich möchte nun zusammenfassen. Ich glaube, alle werden mit mir übereinstimmen, wenn ich sage, es hat sich erwiesen, daß wir vollständig recht hatten, als wir im Herbst vorigen Jahres sagten: „*Die Zeit der Erfolge hat begonnen!*“ Die Deutsche Demokratische Repu-

blik ist wie ein großer Bauplatz. Aber nicht nur das. Es ist in unserer Republik auch wie in einer Schule, *überall wird gelernt, gelernt und noch einmal gelernt. Einer hilft dem andern, die technische Intelligenz hilft den Aktivisten, die Arbeiter helfen den Bauern, die Bauern helfen dem ganzen Volk, die Wissenschaftler und Künstler stellen ihr ganzes Können in den Dienst des großen Aufbaus.*

Nach Erfüllung des Zweijahrplans in anderthalb Jahren können wir sagen: *Bei uns hat das arbeitende Volk ein gesichertes Leben. Die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen haben jetzt ein Vaterland, für das es sich lohnt, alle Kräfte einzusetzen, für das es sich lohnt, zu lernen und zu schaffen wie nie zuvor.* Die Leistungen der Arbeiterklasse und des ganzen schaffenden Volkes zeigen allen Völkern unseren Willen zum friedlichen Aufbau. Diese Leistungen der aufbauwilligen Kräfte in unserem Volk, der Arbeiter und Bauern, Geistes-schaffenden, Handwerker, Gewerbetreibenden, haben das Sowjetvolk und die Völker der Volksdemokratie zu unseren Freunden gemacht.

Wenn ihr fragt: Womit sollen wir jetzt beginnen? so antworte ich euch: *Beginnt mit der Kritik an eurer eigenen Arbeit und der Arbeit in eurer Werkabteilung, im Dorfe in der Maschinenausleihstation, in der Schule und Hochschule.* Die beste Vorbereitung für die Durchführung des Fünfjahrplans, das ist die Überwindung der Rückständigkeiten bei uns. In den Betrieben gilt es, den Leerlauf zu überwinden, neue, technisch begründete Normen festzusetzen, die Arbeitsorganisation zu verbessern. Im Dorfe gilt es, die noch zurückgebliebenen Wirtschaften mit vorwärtszubringen. An den Schulen und Hochschulen gilt es, das wissenschaftliche Niveau des Studiums zu erhöhen, die Lerndisziplin zu stärken; und in den Verwaltungen müssen neue, fortschrittliche Arbeitsmethoden eingeführt werden, damit die staatlichen und wirtschaftlichen Verwaltungen imstande sind, die großen Aufbaufaufgaben auf allen Gebieten zu leiten.

Wir sind uns bewußt, *daß der Fünfjahrplan noch nicht die Lösung aller Fragen bringt, denn die Lösung der Lebensfragen des Volkes, das erfordert viel Lernen, das erfordert, die Menschen zu Menschen der neuen Zeit zu erziehen und zu einer höheren Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung überzugehen.*

Aber wir können auch deshalb nicht von einer vollständigen Lösung der Lebensfragen unseres Volkes sprechen, weil die Einheit Deutschlands noch fehlt. Man kann sagen, daß die Bedingungen gegeben sind, um den Kampf der Nationalen Front des demokratischen

Deutschland zum Siege zu führen. In Westdeutschland entwickelt sich eine Lage, in der alle Schichten der Bevölkerung in Gegensatz kommen zu den Kolonisierungsmaßnahmen des USA-Imperialismus, zur Drosselung der Wirtschaft, zur Hinderung deutschen Kulturschaffens. Westdeutschland ist das Gebiet, in dem sich die Widersprüche des Kapitalismus am typischsten zeigen. Andererseits werden dadurch die Bedingungen geschaffen für den Sieg der Nationalen Front des demokratischen Deutschland in ganz Deutschland. Welche Bedingungen sind dies?

1. Der amerikanische Imperialismus nutzt seine Position als Okkupationsmacht dazu aus, um die hochkapitalistischen Gebiete Westdeutschlands als Kolonialgebiet zu beherrschen. Die Okkupationsmacht nimmt der westdeutschen Wirtschaft die Absatzmärkte weg und drosselt mit Hilfe des Marshallplans die Produktion. Erwerbslosigkeit und Not des arbeitenden Volkes sind die unvermeidlichen Folgen. Daraus ergibt sich, daß sowohl die Arbeiter wie die Unternehmer, denen die USA die Absatzmöglichkeiten nehmen, aber auch die Bauern, die unter der Agrarkrise leiden, die durch den unnötigen Import amerikanischer Lebensmittel hervorgerufen wurde, also alle Schichten der Bevölkerung, an der Beseitigung der nationalen Knechtschaft interessiert sind.

2. Das deutsche Volk hat die schmerzlichen Erfahrungen aus zwei Weltkriegen hinter sich, und da beginnt jetzt der amerikanische Imperialismus, Westdeutschland in eine Militärbasis für seinen Angriffskrieg zu verwandeln. In einer Zeit, wo noch die Ruinen des zweiten Weltkrieges die Terrorakte der anglo-amerikanischen Luftwaffe anklagen, sind alle Bedingungen gegeben für eine große Volksbewegung gegen die Kriegstreiber, gegen jene, die Deutschland völlig vernichten wollen.

3. Deutschland ist ein Staat, dessen Bevölkerung ein hochentwickeltes Nationalbewußtsein besitzt. Der Plan des USA-Imperialismus, dieses Nationalbewußtsein mit Hilfe von Konserven zu betäuben, so wie man afrikanische Völker mit Glasperlen und anderen Dingen bedacht hat, dieser Plan kann nicht gelingen. Es zeigt sich, daß die sogenannte „amerikanische Lebensweise“ bei den Massen der deutschen Bevölkerung immer mehr auf Widerstand stößt.

4. Eine besondere Bedingung ist, daß Deutschland zum Unterschied von anderen Ländern, die vom englischen und amerikanischen

Imperialismus unterdrückt werden, ein zahlenmäßig starkes Proletariat hat. Wenn es gelingt, der Arbeiterklasse in den westdeutschen Gebieten zum Bewußtsein zu bringen, daß der Kampf um die nationale Einheit des demokratischen Deutschlands die Lebensfrage des deutschen Volkes ist, dann wird die nationale Bewegung so stark werden, daß die englischen und amerikanischen Imperialisten nicht mehr lange imstande sind, in diesem Lande zu bleiben, wo die Mehrheit des Volkes sie mit Haß verfolgt.

Die Arbeiterklasse in Westdeutschland kann ihre geschichtliche Aufgabe nur erfüllen, wenn es gelingt, den Einfluß des amerikanischen Imperialismus auf die Gewerkschaften auszuschalten und die Gewerkschaften zu Kampforganisationen für die Interessen der Arbeiter zu machen, die an der Widerstandsbewegung aktiv teilnehmen.

5. Von größter Bedeutung ist, daß der Kampf um die Einheit Deutschlands nicht wie vorher nur mit Argumenten geführt wird, sondern daß durch die Erfolge der Deutschen Demokratischen Republik vor der ganzen Bevölkerung Westdeutschlands der lebendige Beweis erbracht wird, daß alle Lebensfragen des deutschen Volkes auf der Grundlage einer friedlichen demokratischen Ordnung in einem einigen, souveränen Deutschland gelöst werden können.

Die Erfolge des freien demokratischen Teiles Deutschlands werden bis ins Ruhrgebiet, bis nach Hamburg, bis nach München dringen und bis in die entlegensten Bauerndörfer Niedersachsens, Oldenburgs und Süddeutschlands bekannt werden.

Arbeiterdelegationen aus Westdeutschland mögen sich selbst überzeugen, wie wir das neue Deutschland erbauen. Die herrlichen Lieder vom Aufbau werden durch den Äther nach Westdeutschland dringen und die friedliebenden Menschen begeistern. Die technische Intelligenz in Westdeutschland wird von den großen Aufbauleistungen in der Deutschen Demokratischen Republik und vom Aufschwung der Wissenschaft hören.

6. Die Aufbauerfolge der Deutschen Demokratischen Republik sind gewährleistet und gesichert durch die Unterstützung der großen Sowjetunion und der volksdemokratischen Länder. Die enge Verbundenheit der Deutschen Demokratischen Republik mit der Sowjetunion und den anderen Ländern der Planwirtschaft zeigt dem ganzen deutschen Volke, wie alle Lebensfragen Deutschlands zum Nutzen des Volkes gelöst werden können. Heute können wir schon sagen:

Wenn Westdeutschland aus dem Kreis der Marshallplanländer ausscheidet, wird sofort eine Erleichterung der Lage der werktätigen Bevölkerung eintreten. Wir werden aber nicht so lange warten, sondern helfen heute schon der westdeutschen Wirtschaft durch den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen und die Einbeziehung der westdeutschen Wirtschaftsinteressen in unsere Außenhandelspolitik.

Wir geben das Beispiel des friedlichen Aufbaus und zeigen durch die Tat, daß alle Bedingungen gegeben sind, um ein einiges, friedliches, demokratisches und starkes Deutschland zu schaffen, *ein Deutschland, das stark ist durch die hohe Qualität der Arbeit seiner schaffenden Menschen, das stark ist durch das hohe Bildungsniveau, durch die Fortschritte der Agrarwissenschaft und durch die feste und unverbrüchliche Freundschaft zur Sowjetunion und zu den volksdemokratischen Ländern.*

In der westdeutschen Presse sagt man, wir seien zur Offensive übergegangen. Damit wird bestätigt, daß unsere Erfolge bereits in Westdeutschland wirken. *Durch die Erfolge unseres Aufbaus, durch die Stärke unserer Staatsmacht, durch die Erfolge auf kulturellem Gebiet beginnt sich in der Tat das Kräfteverhältnis in Deutschland zugunsten der friedliebenden demokratischen Kräfte, zugunsten der Anhänger der Nationalen Front des demokratischen Deutschland zu verändern.* Jeder Aufbauernfolg hilft, das Kräfteverhältnis zugunsten der Nationalen Front des demokratischen Deutschland weiter zu verändern. Deshalb ist der Fünfjahrplan der Plan des Kampfes um ein besseres Leben des Volkes, aber zugleich die starke Waffe im Kampf um ein neues Deutschland.

Referat auf dem III. Parteitag der SED
in Berlin vom 20. bis zum 25. Juli 1950.

Inhalt

Zur dritten Auflage	5
Um die Einheit Deutschlands	7
Marshallplan — Versklavungsplan	7
Das Wesentliche des deutschen Plans des Wiederaufbaus	10
Welchen Erfolg bringt die Einheit Deutschlands?	12
Die gegenwärtigen Aufgaben der demokratischen Verwaltung	13
Über das Wesen der staatlichen Ordnung	13
Bürgerliche Staatstheorien	15
Verschärfung des Klassenkampfes	18
Die Staatsgewalt im Dienste des Fortschritts	19
Der Wirtschaftsplan als Staatsaufgabe	20
Beseitigung bürokratischer Mißstände in der Verwaltung	22
Unser Kampf um die Festigung der Demokratie	23
Bewußte Freundschaft zur Sowjetunion und den Volksdemokratien	26
Kampf um die Demokratie als die Grundaufgabe	26
Die nächsten Aufgaben der staatlichen Verwaltung	28
Die Tätigkeit der Zentralen Kontrollkommission	31
Die allgemeine Krise des Kapitalismus und Deutschland ..	33
Die Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus nach dem zweiten Weltkrieg	33
Die Entwicklung der Wirtschaftskrise in den USA im Rahmen der Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus	36
Die Verschärfung der Gegensätze zwischen den USA und Großbritannien	39
Die Wirkung der allgemeinen Krise des Kapitalismus in den Kolonien	42

Die allgemeine Krise des Kapitalismus und die Zukunft Deutschlands	42
Der Zweijahrplan und seine Bedeutung	49
Die gesellschaftlichen Veränderungen in der sowjetischen Besatzungszone als Voraussetzung für den Neuaufbau	49
Ergebnisse der Wiederherstellung der Friedenswirtschaft	53
Der Wirtschaftsplan für das Jahr 1948	55
Die wichtigsten Aufgaben für 1948	58
Der Zweijahrplan 1949/50	61
Erhöhung der Arbeitsproduktivität	64
Die Entwicklung der Landwirtschaft und die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung	66
Entwicklung des Außenhandels	69
Die Aussichten des Zweijahrplans	70
Richtlinien der Wirtschaftspolitik im Zweijahrplan	73
Die Grundlagen demokratischer Wirtschaftspolitik	73
Worauf kommt es jetzt an?	75
Die Hauptaufgaben in der Industrie im Jahre 1949	77
Über die Höhe der Reparationen	80
Die großen Wiederherstellungsarbeiten	81
Einige Vorschläge zur besseren Planerfüllung	83
Größere Verantwortlichkeit der leitenden Angestellten und der Funktionäre der Massenorganisationen	83
Über die Leitung der volkseigenen Betriebe	83
Über die Zusammenarbeit der Betriebe des volkseigenen Sektors	84
Aufgaben der Finanzpolitik	85
Die Bedeutung der Hennecke-Bewegung	85
Der Leistungslohn	88
Technisch begründete Arbeitsnormen — die Grundlage der Lohnberechnung	90
Ein Wort an die technische Intelligenz	91
Mehr Aufmerksamkeit dem Handwerk	95
Mehr Hilfe den Umsiedlern	96
Die Ergebnisse in der Landwirtschaft im Jahre 1948	96
Die Hauptaufgaben in der Landwirtschaft im Jahre 1949	98

1. Hebung der Produktivität der volkseigenen landwirtschaftlichen Betriebe	99
2. Hilfe für die Bauern durch Entwicklung der Maschinenaustleihstationen	101
3. Verbesserung der Lage der Landarbeiter	102
4. Erfüllung des Programms für den Bau von Neubauerngehöften	102
5. Stärkere Förderung der Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe	103
6. Vorschläge zur Verbesserung der Lage der werktätigen Bauern	104
7. Ausbau des staatlichen Erfassungsapparates und des Aufkaufs freier Mengen zu höheren Preisen	106
8. Mehr Demokratie im Dorfe	107
9. Über die kulturelle Entwicklung im Dorfe	108
Maßnahmen zur Vereinfachung und Verbilligung des Handels	109
Über die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Gebrauchsgütern	110
Die Aufgaben im Wohnungsbau, Gesundheitswesen und in der sozialen Fürsorge	112
Erziehung von Fachkräften	115
Entwicklung des Kulturlebens	118
Ausblick	119
Das neue Verhältnis zur Arbeit	123
Die Leistung der Aktivisten	123
Der fehlerhafte Kreis wurde durchbrochen	123
Was wurde erreicht?	125
Das Neue in unserer Wirtschaftspolitik	129
Unsere demokratische Politik ist in ganz Deutschland durchführbar	132
Die Rolle der Volkskontrolle	134
Mehr Wachsamkeit zur Verhinderung von Sabotage	134
Die wichtigsten Erfahrungen der Hennecke-Bewegung	135
Was ist das Charakteristische der Hennecke-Aktivisten?	136
Die nächste Aufgabe — die Entfaltung des Wettbewerbs	137
Was ist die Grundlage des Leistungslohnes?	140
Mehr Aufmerksamkeit der Landwirtschaft!	141
Verbesserung der Arbeit der Gewerkschaftsorgane	142

Die nächsten Aufgaben der Gewerkschaften	143
Antwort auf Fragen von Aktivisten	147
Aufgaben der technischen Intelligenz	156
Aktivisten und technische Intelligenz	156
Die Rentabilität der Betriebe sichern!	157
Kritik und Selbstkritik — eine Lebensnotwendigkeit	158
Jeder ein Meister seines Faches	161
Was ist das Neue in unserer Zeit?	161
Die Jugend und der Wirtschaftsplan für 1949	164
Die führende Rolle der Arbeiterschaft	166
Demokratische Ordnung für ganz Deutschland	168
Die neuen Aufgaben der Aktivistenbewegung	170
Die wichtigsten Aufgaben der FDJ	173
Berufswettbewerb und Berufsausbildung	175
Bessere Nachwuchsplanung durch die Verwaltung	176
Kultur, Frohsinn und Erholung	179
Die Aktivisten — Kämpfer für den Frieden	183
Unsere Wirtschaft braucht wissenschaftlichen Nachwuchs	188
Über die Rolle der volkseigenen Betriebe	193
Die volkseigenen Betriebe — die Grundlage unserer demo- kratischen Ordnung	193
Die Anstrengungen vergrößern!	194
Wachsamkeit tut not!	197
Die volkseigenen Betriebe dienen der Einheit Deutschlands ..	198
Die neuen Aufgaben in der Landwirtschaft	201
Für die Erhöhung der Erträge	201
Was sind die nächsten Aufgaben?	202
Mehr motorische Kraft für die werktätigen Bauern	203
Die MAS zu agrartechnischen und kulturellen Zentren machen ...	204
Was sind die Maschinenausleihstationen?	205
Volkseigene Güter — Mustergüter	207
Arbeitswettbewerb — die wichtigste Methode der Produktions- steigerung	208
Leistungslohn in den MAS und volkseigenen Gütern	210
Fachschulung verstärken!	211

Einige Aufgaben der VdgB	212
Entwicklung einer breiten Demokratie im Dorfe	213
Antwort auf Fragen der Bauern	216
Der Landjugend ein besseres Leben	225
Eine erfreuliche Bilanz	225
Die Aufgaben im Jahre 1950	228
Die demokratische Initiative auf dem Lande entfalten	231
Die wichtigste Aufgabe — Entwicklung der MAS	232
Die fortschrittliche Kultur ins Dorf tragen	236
Landarbeit muß ein Beruf werden	238
Den Bauern die fortschrittlichste Agrarwissenschaft	240
Die Dorfgenossenschaften — Organe gegenseitiger Hilfe	242
Das Neubauern-Bauprogramm beschleunigt durchführen	243
Volkseigene Güter — Helfer der Neubauern	244
Mehr Schutz der Landarbeiterjugend	245
Helft das neue demokratische Dorf schaffen	247
Einige theoretische Aufgaben	251
Die Deutsche Demokratische Republik hilft Westdeutschland	253
Keinerlei Produktionsbeschränkung in der DDR	253
Die Wahrheit über die Reparationen	255
Handlungsmöglichkeiten mit dem Osten auch für Westdeutschland	256
Der Zweijahrplan wird übererfüllt	262
Der Fünfjahrplan und die Perspektiven der Volkswirtschaft	265
Einleitung	265
Die Ziele des Fünfjahrplans	266
Die Entwicklung des Wirtschaftsplans von 1945 bis 1950	269
Die Erfüllung des Zweijahrplans in anderthalb Jahren	273
Erhöhung der Rationen für Fleisch und Fett ab 1. September 1950	276
Erhöhung der Löhne der Arbeiter und Angestellten in den volkseigenen und gleichgestellten Betrieben	278
Dank an die Aktivisten und Jungaktivisten	279

Der Fünfjahrplan	280
Die praktischen Hauptaufgaben in den Jahren 1951 bis 1955 ...	282
Der Aufschwung der Industrie	283
Transportwesen	286
Privatbetriebe	288
Entwicklung des Handwerks	288
Herabsetzung der Reparationen	289
Über die Aufgaben der Gewerkschaften	291
Die Aufgaben in der Landwirtschaft	293
Die Bedeutung der Dorfwirtschaftspläne	295
Maßnahmen zur Steigerung der Hektarerträge	298
Über die Entwicklung der Neubauernwirtschaften	299
Verbesserung der Arbeit der Maschinenausleihstationen	300
Die volkseigenen Güter sollen Mustergüter werden	302
Antwort an die werktätigen Bauern Westdeutschlands	304
Die Großbauten im Fünfjahrplan	305
Die Beschaffung von Arbeitskräften und die Qualifizierung der Arbeitskräfte	308
Steigerung der Arbeitsproduktivität und Senkung der Selbstkosten	310
Die Entwicklung des Handels	315
Die Erhöhung der Lebenshaltung der Bevölkerung	320
Welches sind die Hauptaufgaben auf dem Gebiet der Kultur?	321
Bauvorhaben für Jugend und Sport im Rahmen des Fünfjahrplans	329
Entwicklung der wissenschaftlichen Forschungsarbeiten	330
Antwort auf Beschwerden der technischen Intelligenz	332
Festigung des Bündnisses der Arbeiterschaft und der technischen Intelligenz	333
Anglo-amerikanische Agenten wollen Techniker verschleppen ...	334
Förderung des Gesundheitswesens	335
Fragen der Finanzpolitik	336
Der Kampf gegen feindliche Sabotagetätigkeit	337
Verbesserung der Arbeit des Staatsapparates	339
Die Perspektive	340

Im gleichen Verlag erschienen:

Albert Norden

SO WERDEN KRIEGE GEMACHT

Über Hintergründe und Technik der Aggression

172 Seiten, broschürt 1,50 DM, Halbleinen 2,80 DM

Eine Mahnung von brennender Aktualität in unseren Tagen, da der amerikanische Imperialismus sich anschickt, die Welt von neuem in Brand zu setzen. Die Wand der Lügenpropaganda durchstoßen, hinter der die Kriegsabenteuer dieses Jahrhunderts vorbereitet wurden und werden, die wirklichen Triebkräfte, die Methoden der Aggression und das Geheimnis der Kriegsentstehung aufdecken, um den Menschen rechtzeitig die Augen zu öffnen — das gehört heute zu den dringendsten Aufgaben aller Kämpfer für den Frieden.

Albert Norden

LEHREN DEUTSCHER GESCHICHTE

Zur politischen Rolle des Finanzkapitals und der Junker

4. Auflage · 303 Seiten, Halbleinen 4,50 DM

Wer Nordens Buch liest, und es müssen Hunderttausende lesen, der empfindet unmittelbar den ganzen Wahnsinn des finanzkapitalistischen Systems . . . Nordens Buch ist ein überaus wertvoller Bestandteil unserer langsam wachsenden fortschrittlichen Literatur, ein Element dessen, was wir das werdende neue Deutschland nennen.

Jürgen Kuczynski in der „Täglichen Rundschau“, Berlin



DIETZ VERLAG BERLIN C 2

